



ORGANISATION FÜR SICHERHEIT
UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

DER GENERALSEKRETÄR

**JAHRESBERICHT 2001
ÜBER DAS ZUSAMMENWIRKEN
ZWISCHEN ORGANISATIONEN UND
INSTITUTIONEN IM OSZE-GEBIET**

(1. November 2000 - 31. Oktober 2001)

A-1010 WIEN, KÄRNTNER RING 5-7

TEL.: +43-1 514 36-0, FAX: +43-1 514 36-96, E-MAIL: pm-ext-coop@osce.org

Dieser Jahresbericht wurde von der Abteilung für externe Kooperation im Büro des Generalsekretärs verfasst. Die Institutionen und Feldeinsätze der OSZE stellten die entsprechenden Informationen über ihre Tätigkeit zur Verfügung.

Layout und Redaktion: OSZE- Konferenzdienste
Titelblatt: Regionales Programmbüro - Wien

SEC.DOC/2/01
26. November 2001

DEUTSCH
Original: ENGLISCH

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
MITTEILUNG DES GENERALSEKRETÄRS	1
ZUSAMMENARBEIT AUF AMTSSITZEBENE	7
OSZE-INSTITUTIONEN	19
Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte	19
Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten	22
Der Beauftragte für Medienfreiheit	23
Die Parlamentarische Versammlung der OSZE	24
OSZE-MISSIONEN	29
Die OSZE-Präsenz in Albanien	29
Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina	32
Die OSZE-Mission in Kroatien	37
Die OSZE-Mission in der Bundesrepublik Jugoslawien	40
Die OSZE-Mission im Kosovo	44
Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje	51
Die Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus	56
Die OSZE-Mission in Estland	60
Die OSZE-Mission in Lettland	62
Die OSZE-Mission in Moldau	65
Der Projektkoordinator in der Ukraine	68
Das OSZE-Büro in Baku	70
Die Unterstützungsgruppe in Tschetschenien	73
Die OSZE-Mission in Georgien	75
Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst	79
Das OSZE-Büro in Eriwan	81
Das OSZE-Zentrum in Almaty	83
Das OSZE-Zentrum in Aschgabad	86
Das OSZE-Zentrum in Bischkek	89
Die OSZE-Mission in Tadschikistan	92
Das OSZE-Zentrum in Taschkent	95
ANHANG I	99
Beschlussdokument - Die Plattform für kooperative Sicherheit	99
ANHANG II	103
Abkürzungen	103

MITTEILUNG DES GENERALSEKRETÄRS

Der Zeitraum 1. November 2000 bis 31. Oktober 2001, auf den sich dieser Jahresbericht bezieht, war für die OSZE wieder ein Jahr intensiver Tätigkeit sowohl am Sitz der Organisation als auch vor Ort. Die OSZE bemühte sich aktiv um die Festigung ihrer Beziehungen zu Partnerorganisationen, um eine effiziente Nutzung der verfügbaren Ressourcen sicherzustellen und ein synergieförderndes Umfeld für den Ausbau der Arbeit vor Ort und die Vermeidung von Doppelgleisigkeiten zu schaffen. Die in der Plattform für kooperative Sicherheit festgelegten Mechanismen und Instrumente wurden zu „Bausteinen“ für nicht hierarchisch strukturierte Partnerschaften. Diesbezüglich beruht unsere Stärke und die unserer wichtigsten Partner auf den gemeinsamen Grundprinzipien und Zielsetzungen bei der Verfolgung der umfassenden Sicherheit im OSZE-Gebiet.

Die OSZE ist sich darüber im Klaren, dass angesichts des breiten Spektrums und der Komplexität der Sicherheitsfragen und Herausforderungen, denen sich Europa stellen muss, die gegenseitig verstärkende Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsorganisationen und -institutionen unerlässlich ist. Die Beziehungen zwischen der OSZE und ihren wichtigsten Partnerorganisationen werden weitgehend durch die Ereignisse vor Ort bestimmt und sind daher pragmatisch und zielorientiert. Als eine Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok und somit wirklich gesamteuropäischer Rahmen für die 55 Teilnehmerstaaten, ist es das erklärte Ziel der OSZE, den Weg der Stärkung und Entwicklung von Partnerschaften weiter zu beschreiten.

Im Berichtszeitraum kam es in der OSZE zu einigen Veränderungen, die der Stärkung der operativen Kapazitäten der Organisation einschließlich des Sekretariats dienen sollten. Ferner bewirkten neue Entwicklungen in der OSZE-Region eine verstärkte OSZE-Präsenz vor Ort. Die Ausweitung der Feldeinsätze machte ihrerseits eine engere Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen erforderlich und zeigte die Notwendigkeit auf, die Rolle und Aufgaben der OSZE sichtbarer und anderen besser verständlich zu machen.

Die Plattform für kooperative Sicherheit, die auf dem Gipfeltreffen von Istanbul 1999 als Be-

schlussdokument der Europäischen Sicherheitscharta verabschiedet wurde, gibt neue Anstöße für die Zusammenarbeit vor Ort wie auch auf Amtssitzebene. Die Plattform nennt als konkretes Ziel die weitere Festigung der ineinander greifenden und gegenseitig verstärkenden Zusammenarbeit zwischen den internationalen Organisationen und Institutionen, die sich mit der Förderung der Sicherheit im OSZE-Gebiet befassen. Durch sie bietet sich die OSZE unter anderem als flexibler Ad-hoc-Rahmen für Zusammenarbeit an, in dem Synergien geschaffen und die organisationsspezifischen Stärken dennoch erhalten bleiben. Dieser Jahresbericht über das Zusammenwirken von Organisationen und Institutionen im OSZE-Gebiet ist der zweite, seit der Generalsekretär im Rahmen der Plattform mit dieser Aufgabe betraut wurde.

Die OSZE hat sich mit ihren derzeit mehr als 20 Missionen und rund 5000 nationalen und internationalen Mitarbeitern zu einer Organisation entwickelt, die aktiv vor Ort tätig ist. Ihre Aktivitäten nahmen an Umfang und Vielfalt erheblich zu. Ein Indikator dafür sind unter anderem die Ausgaben, die seit 1994 um fast 1200 Prozent gestiegen sind; der aktuelle Haushalt beläuft sich auf 225 Millionen Euro. Wenn man die Gehälter der dienstzugehörigen Mitarbeiter sowohl vor Ort als auch in den Zentralen einrechnet, für die die Teilnehmerstaaten aufkommen, tätigte die OSZE 2001 Ausgaben von insgesamt rund 450 Millionen Euro. An diesen Wachstumsindikatoren lässt sich ablesen, dass die OSZE in jeder Hinsicht ein ernst zu nehmender Partner ist.

Auch nach Ende der Teilung Europas in zwei Lager sind die in der Schlussakte von Helsinki 1975 festgeschriebenen Ziele der OSZE (der ehemaligen KSZE) heute noch genauso gültig wie vor 26 Jahren. Ihre drei Sicherheitsaspekte - die politisch-militärische, die ökonomische und ökologische sowie die menschliche Dimension - sind eng miteinander verknüpft, weshalb die OSZE einen umfassenden Sicherheitsansatz gewählt hat. Die OSZE setzt ihre organisatorische Weiterentwicklung fort und evaluiert laufend ihre Arbeit vor Ort, um optimal auf die sowohl konventionellen als auch neuartigen Konflikte der heutigen Zeit reagieren zu können, die durch Globalisierung und komplexe nichtmilitärische

Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität gekennzeichnet ist. In der Überzeugung, dass Zusammenarbeit, Dialog und die gemeinsame Nutzung der Stärken und Fachkenntnisse der einzelnen Organisationen der richtige Ansatz für Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge sind, legt die OSZE größten Wert auf den Aufbau von Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen, wissenschaftlichen Institutionen, regionalen und subregionalen Organisationen sowie NGOs.

Die Institutionen der Organisation - das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM) und der Beauftragte für Medienfreiheit - sind wesentliche Instrumente zur Wahrung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Die Verteidigung und Förderung der Demokratie ist und bleibt der Prüfstein, an dem die Arbeit der OSZE, insbesondere ihrer Institutionen und Feldeinsätze, täglich gemessen wird. Gleichzeitig ist die menschliche Dimension ein Kernstück unserer Tätigkeit und eine unserer wichtigsten komparativen Stärken. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV) bemüht sich um die Ausweitung der Zusammenarbeit, indem sie den interparlamentarischen Dialog weiterentwickelt und Demokratieteams und Wahlbeobachter zur Unterstützung der Feldeinsätze entsendet. Gemeinsame Wahlbeobachtungseinsätze der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und des Europäischen Parlaments (EP) trugen zu den internationalen Beobachtungsbemühungen in Albanien und Belarus sowie zu den Wahlen zur Kosovo-Versammlung am 17. November 2001 bei. Die Aktivitäten der OSZE-Institutionen bilden eine weitere strategische Schiene für kooperative Bemühungen mit unseren Partnerorganisationen.

Die jüngste Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zeigte, wie wichtig die Partnerschaft zwischen der OSZE - politisch vertreten durch den Amtierenden Vorsitzenden und rumänischen Außenminister Mircea Geoană -, den Vereinten Nationen (VN), der Europäischen Union (EU), der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und dem Europarat ist. Die Bemühungen der Länder und ihrer Organisationen im Streben nach Demokratie erfordern pragmatische Lösungen, gemeinsames Vorgehen und einen einheitlichen Standpunkt seitens der internationalen Gemeinschaft. Als auf

dem Wege des politischen Dialogs friedliche Lösungen herbeigeführt wurden, erteilte die internationale Gemeinschaft mit einer Stimme dem Teufelskreis aus ethnischer Gewalt und ethnischen Auseinandersetzungen in dem Land und in der Region eine Absage, indem sie politische Problemlösungen unterstützte.

Die OSZE wurde von den Unterzeichnern des Rahmenabkommens von Ochrid (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) gebeten, besonders bei der Umsetzung der in Anhang C des Rahmenabkommens enthaltenen vertrauensbildenden Maßnahmen Hilfestellung zu leisten. Das bedeutet ein Engagement in folgenden Bereichen: Parlamentswahlen, Polizeifragen, Medien und interethnische Beziehungen, insbesondere im Bildungswesen und in Bezug auf die Verwendung von Sprachen. Unter Achtung der Europäischen Union als Gesamtkoordinator hat sich die OSZE verpflichtet, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien in ihren Bemühungen um eine friedliche und dauerhafte Lösung des Konflikts weiter zu unterstützen. Ferner ist bei der Umsetzung des Rahmenabkommens die Beibehaltung der engen Zusammenarbeit mit den wichtigsten Partnerorganisationen sowohl auf Ebene der Zentralen als auch der Außenstellen geplant. Es wurden regelmäßige Koordinationssitzungen eingerichtet, die als Forum für die Überprüfung der Aktivitäten und Pläne und für Informationsaustausch dienen. Da die Sicherheit unserer internationalen Beobachter und der Beobachter anderer internationaler Organisationen von größter Bedeutung ist, bin ich mit NATO-Generalsekretär Lord Robertson in Schriftwechsel getreten, in dem die von der NATO zur Verfügung zu stellenden Sicherheitsmaßnahmen festgehalten sind.

Mit der Einrichtung der Einsatzzentrale und dem Beginn der Umsetzung des REACT-Programms (Schnelle Einsatzgruppen für Expertenhilfe und Kooperation) wurde in der OSZE eine Struktur für Planung, Koordination und Personalbeschaffung aufgebaut, die unter anderem eine bessere Schnittstelle für unsere Dialogpartner bietet. Dadurch wurde der Informationsfluss zwischen der OSZE und ihren Partnerorganisationen über die verschiedenen Einsatzzentralen und Krisenstäbe erheblich verbessert.

Die Einsatzzentrale im OSZE-Sekretariat wurde im September 2000 eingerichtet. Neben ihrer Aufgabe, potenzielle Krisengebiete aufzuzeigen, spielt sie auch eine Schlüsselrolle bei der

Planung und Koordination der Entsendung neuer OSZE-Feldeinsätze. Die OSZE-Mission in der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), die ihre Tätigkeit im März 2001 aufnahm, war die erste Feldmission, die erfolgreich unter der Zuständigkeit der Einsatzzentrale eingerichtet wurde. Im Sinne der Plattform für kooperative Sicherheit führte ich am 15. Februar 2001 einen Schriftwechsel mit dem Generalsekretär des Europarats über die Modalitäten der Zusammenarbeit; dieser Schriftwechsel bewirkte eine engere Koordination der Aktivitäten von OSZE und Europarat in Belgrad.

Die vertrauensbildenden Aktivitäten in Südserbien sind ein Beispiel für jene Art von kooperativen Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen und staatlichen Stellen, die heute wichtige Wegbereiter der Stabilität in einer nach wie vor sensiblen Region sind. Die Stabilisierung der Lage, unter anderem durch die Schaffung eines multiethnischen Polizeiausbildungsprogramms, macht es notwendig, dass die OSZE in fachübergreifenden Fragen eng mit dem serbischen Innenministerium, der NATO/KFOR, der EU (EUMM), der UNMIK und anderen Durchführungspartnern zusammenarbeitet. Bis Mai 2002 werden 400 neue Polizeibeamte ihre Ausbildung abgeschlossen haben, von denen mehr als die Hälfte der albanischen Volksgruppe angehört.

Es ist geplant, dass die OSZE ihre Rolle bei zivilpolizeilichen Aktivitäten weiter ausbaut. So ergaben sich etwa aus der Führungsrolle der OSZE in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zusätzliche Möglichkeiten für eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission. Auf Anregung der Europäischen Kommission wurde das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen in der Planungsphase berücksichtigt. Diese ganzheitliche und umfassende Planung von Polizeiaktivitäten wird laufende und künftige Langzeitprojekte im Zusammenhang mit der Polizei in Mazedonien verstärken.

Im April 2001 wurde das auf REACT gestützte Rekrutierungs- und Einsatzsystem für ziviles Fachwissen eingeführt. Die Vorteile des REACT-Programms, unter anderem die Auswahl des Personals anhand einheitlicher Qualitätskriterien, seine rasche Entsendung vor Ort und eine in jeder Phase vollständig transparente Personalverwaltung, werden sich für die OSZE als sehr nützlich erweisen. Später kann dieses System

auch unseren Partnerorganisationen dazu dienen, ihren Personalbedarf vor Ort abzudecken. Das REACT-Konzept wurde unseren Partnerorganisationen bei mehreren Gelegenheiten vorgestellt, wodurch der Dialog und eine gemeinsame Sichtweise bezüglich aktueller und künftiger Entwicklungen in Bezug auf den raschen Einsatz und eine missionsvorbereitende Schulung gefördert wurden. Darüber hinaus fand am 29. Oktober 2001 ein informelles Treffen statt, das Gelegenheit zur Überprüfung und Erörterung der Erkenntnisse und bewährten Praktiken gab, die in den sechs Monaten seit der Einführung von REACT gewonnen wurden. Es ist beabsichtigt, die Vereinbarkeit mit ähnlichen Programmen durch die Fortsetzung dieses Informationsaustauschs mit unseren wichtigsten Partnern zu verbessern.

Ein weiterer Bereich, in dem die OSZE und ihre Partnerorganisationen einander mit ihrem Fachwissen ergänzen können, ist die Vereinheitlichung und Standardisierung der Ausbildung. In diesem Jahr ergaben sich durch die verstärkte Teilnahme und der gegenseitigen Mitwirkung an Seminaren und gemeinsamen Projekten ausgezeichnete Gelegenheiten zum Austausch von Informationen und zum Aufbau von Arbeitsbeziehungen, zum Beispiel mit der Fortbildungsakademie der UN, UNHCR, dem Referat der Europäischen Kommission für Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie mit dem Sekretariat des EU-Rates.

Der OSZE ist bewusst, wie wichtig die Einbeziehung einer geschlechtsspezifischen Perspektive und die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei allen ihren Feldeinsätzen sind. Der OSZE-Verhaltenskodex und die OSZE-Leitsätze gegen den Menschenhandel werden gemäß dem Beschluss Nr. 426 des Ständigen Rates gegen den Menschenhandel mit anderen internationalen Organisationen erörtert. Diese Leitsätze wurden gemeinsam mit den von der OSZE getroffenen Maßnahmen allen internationalen Partnerorganisationen zur Kenntnis gebracht, um ein gemeinsames Vorgehen gegen den Menschenhandel zu ermöglichen, insbesondere in Bezug auf die Beteiligung internationaler Mitarbeiter an diesen strafbaren Handlungen.

Die Gender-Beraterin der OSZE trifft regelmäßig mit Organisationen zusammen, die in der Koordinationsgruppe der Arbeitsgruppe Menschenhandel des Stabilitätspakts vertreten sind.

Die Aktivitäten gegen den Menschenhandel werden zwischen internationalen Organisationen, Partner-NGOs, zuständigen staatlichen Stellen und OSZE-Feldeinsätzen zunehmend besser abgestimmt. Wie wichtig diese Koordination zwischen den internationalen Organisationen ist, wird auch immer wieder bei den OSZE-Schulungen zur Sensibilisierung für Gender-Fragen betont. Die Arbeit der IOM und des BDIMR vor Ort und in der Arbeitsgruppe des Stabilitätspakts ist ein Beispiel für aktive und innovative Zusammenarbeit in dieser Frage. Zur weiteren Förderung der konkreten Zusammenarbeit vor Ort und unter anderem zur Schaffung von Mechanismen für Informationsaustausch und Konsultation habe ich am 30. August 2001 mit dem Generaldirektor der IOM ein Memorandum of Understanding unterzeichnet.

Eine Frage, die für die OSZE-Region zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist die Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen. Viele internationale Organisationen sind sich der dringenden Notwendigkeit bewusst, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, die mit der Verbreitung solcher Waffen verbunden sind. Auf dem Wiener Ministerratstreffen im November 2000 verabschiedete die OSZE das Dokument über Kleinwaffen, das wohl das umfassendste Dokument zu diesem Thema sein dürfte, das je von einer internationalen Organisation beschlossen wurde. Das OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen vereint Normen, Grundsätze und Maßnahmen, die Herstellung und Handel regeln, die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung verbessern und Waffenlager sichern und reduzieren sollen und Maßnahmen in Bezug auf Kleinwaffen im Rahmen der Konfliktverhütung und Konfliktnachsorge vorsehen.

Die Kleinwaffenfrage rückte im Berichtszeitraum auf der internationalen Agenda immer weiter nach oben und erreichte im Juli 2001 mit einer großen internationalen Konferenz bei den Vereinten Nationen ihren Höhepunkt. Das richtungweisende Übereinkommen der OSZE hinterließ auf diese Konferenz einen nachhaltigen Eindruck und trug andernorts zu weiteren Prozessen bei, etwa zur Formulierung politischer Konzepte im Euroatlantischen Partnerschaftsrat und im Stabilitätspakt. Die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Sicherheitsorganisationen in Kleinwaffenfragen wurde ebenfalls intensiviert, und es werden sich sicherlich weitere Gelegenheiten für eine Zusammen-

arbeit ergeben. So arbeiten zum Beispiel der Euroatlantische Partnerschaftsrat und die OSZE seit einem gemeinsamen Kleinwaffen-Workshop im Juni 2001 in Baku an gemeinsamen Projekten im Kaukasus und in Zentralasien.

Ein weiterer vielversprechender Bereich für unsere Beziehungen zu Partnerorganisationen liegt in der Erstellung praxisnaher Strategien zur Förderung regionaler Lösungen und regionaler Zusammenarbeit. Das gilt vor allem - aber nicht ausschließlich - für unsere Aktivitäten in den Ländern Südosteuropas, im Kaukasus und in Zentralasien. Durch ihre Position in Zentralasien und im Kaukasus hat die OSZE die Möglichkeit, den Ländern in leitender Funktion bei der Bewältigung der Herausforderungen zu helfen, die mit ihren Reformen verbunden sind. Zur Umsetzung eines ganzheitlichen Ansatzes bei der Förderung von Stabilität und Entwicklung und beim Vorgehen gegen Sicherheitsbedrohungen neuen Typs wie der illegale Waffen-, Drogen-, Menschenhandel und der internationale Terrorismus sowie gegen andere Formen des Extremismus müssen die internationalen Akteure ihre Aktivitäten im Einvernehmen mit den zentralasiatischen Staaten koordinieren.

Die Europäische Sicherheitscharta bietet ferner die OSZE als ein Forum für subregionale Zusammenarbeit an. Sie unterstreicht die Bedeutung der subregionalen Zusammenarbeit als sicherheitsstärkendes Element im ganzen OSZE-Gebiet und als Katalysator für die Integration von Ländern in umfassendere Strukturen. In diesem Zusammenhang ist der auf Initiative der EU entstandene Stabilitätspakt für Südosteuropa unter der Schirmherrschaft der OSZE nach wie vor ein wertvolles Instrument für die Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit zwischen subregionalen Organisationen und der OSZE, internationalen Organisationen und Institutionen in der Region. Die OSZE ist sich auch darüber im Klaren, wie wichtig die Aufnahme engerer Beziehungen zu subregionalen Organisationen ist, etwa mit der Organisation der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BSEC), der Zentraleuropäischen Initiative (CEI), der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative (SECI) und dem Rat der Ostseestaaten (CBSS), die auch mit Konfliktverhütung befasst sind.

Als Reaktion auf die tragischen Folgen des Terroranschlags vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten richtete der OSZE-Vorsitz eine Arbeitsgruppe gegen Terrorismus unter dem

Vorsitz der dänischen Delegation ein. Zur Unterstützung dieser Arbeitsgruppe und um auf zusätzliches Fachwissen zurückgreifen zu können, wurde im Sekretariat eine Sonderarbeitsgruppe gegen Terrorismus eingerichtet. Auch die OSZE-Institutionen und der Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE wurden um Beiträge ersucht. Der Ständige Rat der OSZE wird über seine Arbeitsgruppe gegen Terrorismus einen Entwurf für eine Erklärung und Empfehlungen der OSZE für einen Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung verfassen, der auf dem Neunten Ministerratstreffen verabschiedet werden soll. Verstärkte bilaterale Erörterungen mit Partnerorganisationen, darunter die Vereinten Nationen (ODCCP), die EU, der Europarat und die Südosteuropäische Kooperationsinitiative (SECI), konzentrierten sich auf die Überprüfung bestehender Verpflichtungen und auf gemeinsame Bemühungen zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus.

Zur weiteren Unterstützung der Bemühungen in diesem Bereich bot sich die Regierung Kirgisisans als Gastgeber einer Veranstaltung im Anschluss an die Konferenz über organisiertes Verbrechen, Drogenhandel und Terrorismus an, die am 19. und 20. Oktober 2000 in Taschkent (Usbekistan) stattfand. Die internationale Konferenz von Bischkek zum Thema „Stärkung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien: Stärkung umfassender Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus“ wird gemeinsam von OSZE und ODCCP organisiert und am 13. und 14. Dezember 2001 stattfinden.

Wie der Amtierende Vorsitzende in seiner Rede im Ständigen Rat am 11. Januar feststellte, „wird Sicherheit ohne nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, ohne Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zur Sicherung eines Lebens in Würde für unsere Bürger immer brüchig bleiben. Die OSZE verfügt zwar weder über die personellen noch finanziellen Ressourcen für Großprojekte mit wirtschaftlichen Elementen ... aber sie kann politischer Katalysator sein und mithelfen, potenzielle ökonomische und ökologische Problemzonen aufzuzeigen, und Staaten und andere Organisationen dazu veranlassen, konkret tätig zu werden“

In diesem Bewusstsein nahm das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE (OCEEA) kooperative Arbeitsbeziehungen zu mehreren internationalen Organisationen auf. Damit können die Pro-

grammaktivitäten verstärkt und mehr Mittel für die Realisierung ökonomischer und ökologischer Aktivitäten vor Ort aufgebracht werden. Diese Bemühungen stehen mit der Plattform für kooperative Sicherheit im Einklang und bestehen aus formellen und informellen Konsultationen mit Finanzinstitutionen sowie mit internationalen und nichtstaatlichen Organisationen.

Vertreter der Europäischen Kommission nahmen aktiv am Neunten Treffen des OSZE-Wirtschaftsforums am 15. Mai 2001 in Prag teil. Ferner war die Europäische Kommission in Brüssel Gastgeber eines der Vorbereitungsseminare für das Wirtschaftsforum, bei dem die Kommission über ihre Erfahrungen in *Good Governance* vor dem Hintergrund der Globalisierung berichtete. Auf dem Seminar wurde betont, dass die Herausforderungen der Globalisierung und deren Auswirkung auf traditionelle Vorstellungen vom Begriff *Governance* zunehmend internationale Zusammenarbeit, Koordination und gemeinsame Strategien zur Bewältigung neuer Probleme auf globaler Ebene erforderlich machen.

Zwischen dem UNDP und dem OCEEA entsteht derzeit eine Partnerschaft, die zu einer stärker ergebnisorientierten Zusammenarbeit führen soll. Es finden regelmäßig Konsultationen mit Vertretern des UNDP-Regionalzentrums in Preßburg zu Themen wie *Good Governance*, Umwelt und Frühwarnung statt, aus denen in Zukunft eine Zusammenarbeit bei der Programmplanung entstehen soll. Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE) nimmt nach wie vor aktiv an Seminaren und Konferenzen der OSZE teil und ist der OSZE bei der Überprüfung der Umsetzung von OSZE-Verpflichtungen in der ökonomischen und ökologischen Dimension behilflich.

Einen wichtigen Beitrag zur Arbeit der OSZE in allen Dimensionen sowohl auf Ebene der Zentralen als auch vor Ort leistete die NGO-Gemeinschaft. Zum Beispiel arbeitete das OCEEA im abgelaufenen Jahr bei der Vorbereitung für das Wirtschaftsforum 2001 mit mehr als 100 NGO-Vertretern zusammen, die sowohl Redner als auch Teilnehmer stellten. Vor Ort sind die NGOs eine wertvolle Informationsquelle für die dort tätigen Mitarbeiter und häufig mit Aktivitäten befasst, die OSZE-Zielsetzungen unterstützen. Dieser Jahresbericht zeigt auch, dass die Zusammenarbeit in Form von Informationsaustausch, der Weitergabe von Know-how

und durch gemeinsam veranstaltete Seminare und Konferenzen ein beachtliches Ausmaß angenommen hat.

Abschließend möchte ich den Generalsekretär des Rates der Europäischen Union, Javier Solana, zitieren, der in seiner Rede im Ständigen Rat der OSZE am 18. Januar 2001 in Wien Folgendes sagte: „Das letzte Jahrzehnt hat uns mit vielen Bedrohungen für die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa konfrontiert. Jede von ihnen geht mit eigenen Herausforderungen einher, an die unterschiedlich herangegangen werden muss. Doch sie alle haben uns eines gelehrt: Kein Staat, keine Institution oder Organisation ist in der Lage, diese Herausforderungen und Risiken im Alleingang zu bewältigen.“

Diesem Urteil kann ich mich nur anschließen. In diesem Geist werden wir unsere gegenseitig verstärkende Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Gemeinschaft fortsetzen und stärken.

ZUSAMMENARBEIT AUF AMTSSITZEBENE

Die Zusammenarbeit der OSZE mit anderen maßgeblichen internationalen Organisationen hat die Plattform für kooperative Sicherheit zur Grundlage - das Beschlussdokument der Europäischen Sicherheitscharta, das auf dem Gipfeltreffen von Istanbul 1999 beschlossen wurde und die Forderung erhebt, „die auf gegenseitiger Verstärkung beruhende Beziehung zwischen jenen Organisationen und Institutionen [zu stärken], die mit der Förderung der umfassenden Sicherheit innerhalb des OSZE-Gebiets befasst sind.“ Die Plattform nennt die verschiedensten Konsultationsmechanismen und Modalitäten für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Institutionen und bildet den Rahmen, in dem die OSZE mit ihren Partnern zusammenarbeitet. Im Einklang mit den in der Plattform für kooperative Sicherheit aufgeführten Mechanismen setzte die OSZE im gesamten Berichtszeitraum die Zusammenarbeit mit ihren Partnern auf Amtssitzebene fort.

Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Partnerorganisationen wird hauptsächlich über die Abteilung für externe Zusammenarbeit im OSZE-Sekretariat abgewickelt. Die Abteilung untersteht dem Büro des Generalsekretärs und unterstützt diesen als erste Anlaufstelle für Kontakte auf Amtssitzebene zu den externen Partnern der OSZE. Gemäß PC.DEC/364 vom 29. Juni 2000 ist sie gemeinsam mit anderen Abteilungen des Sekretariats „für die Umsetzung der Modalitäten der Zusammenarbeit gemäß Teil II des Beschlussdokuments der Europäischen Sicherheitscharta verantwortlich“. In Wahrnehmung dieser Aufgabe ist die Abteilung für Treffen auf Amtssitzebene mit Organisationen und Institutionen zuständig, die mit der Förderung der umfassenden Sicherheit im OSZE-Gebiet befasst sind. Die Abteilung für externe Zusammenarbeit sorgt auch für die Kontinuität, Kohärenz und Kontrolle der Bemühungen um Zusammenarbeit mit externen Partnern. Darüber hinaus ist sie in zunehmendem Maß dafür verantwortlich, anderen Organisationen und Institutionen die Arbeit der OSZE näher zu bringen und dafür zu sorgen, dass diese Arbeit in Erklärungen und Arbeitsdokumenten der Partnerorganisationen und -institutionen gebührend und angemessen gewürdigt wird.

Die Zusammenarbeit auf Amtssitzebene erfolgt in Form diverser Konsultationen auf hoher Ebene, Treffen auf Expertenebene, bilateraler Treffen und durch gegenseitige Teilnahme an Sitzungen von Interesse. Bei diesen Sitzungen stehen der Informationsaustausch zu aktuellen Problemen und die Erörterung möglicher Bereiche der Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Die Treffen auf Amtssitzebene befassen sich auch mit den Entwicklungen vor Ort und bilden die politische Plattform für die Feldaktivitäten. Politische Konsultationen auf Amtssitzebene sollen die Vor-Ort-Aktivitäten stärken und ergänzen. Immer häufiger besuchen hochrangige Vertreter von Partnerorganisationen Sitzungen des Ständigen Rates der OSZE in Wien und ähnlicher politischer Gremien, was ebenfalls die Beziehungen stärkt.

Einer der Höhepunkte der Zusammenarbeit zwischen den Zentralen der OSZE und ihrer Partner ist das Dreiertreffen auf hoher Ebene, das seit 1993 alljährlich stattfindet. Ziel dieses Treffens zwischen den Vorsitzenden und Generalsekretären der OSZE und des Europarats sowie dem Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Genf ist eine bessere Koordination der Arbeit in Bereichen von allseitigem Interesse. Der Teilnehmerkreis wurde inzwischen auf verschiedene Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, die Europäische Kommission (EK), die Internationale Organisation für Migration (IOM) und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ausgedehnt.

Dieses Jahr kamen die am Dreiertreffen beteiligten Partner - die OSZE, der Europarat und die Vereinte Nationen sowie deren Sonderorganisationen - am 16. Februar in Wien zusammen. Gastgeber des Treffens war die OSZE, vertreten durch den Generalsekretär und einen Vertreter des Vorsitzes. Wie schon in der Vergangenheit wurden auch die Europäische Kommission, das IKRK und die IOM eingeladen. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Fortschritte in Richtung Frieden und Stabilität in Südosteuropa, insbesondere in der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), sowie der Kaukasus. Die Partner besprachen auch Fragen der menschlichen Dimension, unter anderem Intoleranz, Rassismus und Menschenhandel. Sie kamen überein, in einigen Gebieten Südosteuropas und im Kaukasus enger

zusammenzuarbeiten und verstärkt Informationen auszutauschen.

Es wurde auch der Bericht des zielgerichteten Treffens auf Expertenebene über *Good Governance* erörtert, das am 15. Februar 2001 in Wien unter dem gemeinsamen Vorsitz des Direktors des OSZE-Konfliktverhütungszentrums und des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE stattfand. Bei dem zielgerichteten Dreiertreffen wurde anhand der Beispiele Georgien und Bosnien und Herzegowina (BiH) übereinstimmend festgestellt, dass die wichtigsten Merkmale von *Good Governance* Transparenz und der Zugang zu Informationen, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Mitsprache der Öffentlichkeit, Rechenschaftspflicht und Vorhersehbarkeit sind. In Anerkennung der Tatsache, dass *Good Governance* der Schlüssel zu einem erfolgreichen Reformprozess ist, kamen die Teilnehmer überein, *Good Governance* nach den Beispielen Georgien und BiH zu fördern und aufzubauen.

Bei diesem Treffen wurde darauf hingewiesen, dass die internationalen Organisationen ihre Tätigkeit besser koordinieren müssten, nicht nur durch die Weitergabe von Informationen, sondern - was noch wichtiger sei - durch einander ergänzender Agenden sowie durch ausreichende Kontakte zwischen ihren Zentralen und Außenstellen. Es sei ferner notwendig, den Informationsfluss und den Konsultationsprozess zwischen den Partnern zu verbessern, um Synergien sowohl vor Ort als auch auf Amtsebene zu fördern und dadurch den Reformländern eine eindeutigere und eindrücklichere Botschaft zu geben. Die Teilnehmer an dem Treffen diskutierten auch Konfliktverhütung und deren ökonomischen und ökologischen Aspekte, bei denen die OSZE eine wichtige Rolle spielt.

Neben den Dreiertreffen auf hoher Ebene und den zielgerichteten Treffen kam die OSZE mit ihren Partnern auch zu Gesprächen auf Arbeitsebene zusammen. Um die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen und -institutionen auf Amtsebene zu stärken, sind derzeit Vorbereitungen für Konsultationen auf Arbeitsebene mit den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen im Gange, die es bisher noch nicht gab. Treffen auf Stabsebene, wie sie bereits mit dem Europarat, der NATO und der EU stattfinden, bieten Gelegenheit zur Erörterung operativer Angelegenheiten auf Experten-

und Arbeitsebene und verstärken gleichzeitig die Beziehungen zwischen den Zentralen.

Als Reaktion auf die Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien fanden öfter als bisher hochrangige und Stabtreffen mit EU, NATO und Europarat zur Koordination der Umsetzung des Rahmenabkommens statt. Ziel und Zweck dieser Treffen war die Erörterung der von den Organisationen geplanten Aktivitäten, die Ermittlung von Bereichen für eine mögliche Zusammenarbeit und die Beurteilung der *Task Force Essential Harvest* in der Zeit während und nach der schwierigen Sicherheitslage. Die EU zeichnet für die Gesamtkoordination verantwortlich, während andere internationale Organisationen, die in einem bestimmten Bereich aufgrund ihrer komparativen Stärken federführend sind, den Vorsitz in Untergruppen übernehmen sollen.

Die Einsatzzentrale des OSZE-Sekretariats kam vom 14. bis 16. Mai in Brüssel mit Vertretern der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), der EK und des EU-Ratssekretariats zu mehreren Treffen auf Arbeitsebene zusammen. Die internationalen Partner erörterten den Stand der politisch-militärischen und Krisenbewältigungs-Strukturen, die von der EU derzeit eingerichtet werden, sowie Mittel und Wege zur Verbesserung der Kooperationsmechanismen zwischen der OSZE und ihren Partnerorganisationen, insbesondere im Bereich des Informationsaustauschs und des Krisenmanagements.

Ferner fanden am 9. und 10. Juli 2001 in Brüssel Sitzungen auf Arbeitsebene zwischen Mitarbeitern des OSZE-Sekretariats, der Europäischen Kommission und des EU-Ratssekretariats sowie der NATO statt. Hauptzweck dieser Sitzungen war die Erörterung konkreter Bereiche der Zusammenarbeit und von Möglichkeiten zu ihrer Verstärkung und Vertiefung aus operativer Sicht. Weitere Themen waren die Zusammenarbeit vor Ort, insbesondere in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), im Kaukasus und in Zentralasien, und Aktivitäten im polizeilichen Bereich. Die Partner wurden außerdem über die institutionelle Reorganisation informiert. Als Folgeveranstaltung stattete eine Gruppe von Mitarbeitern der EK-Dienststelle „Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ dem OSZE-Sekretariat in Wien vom 3. bis 6. September 2001 einen Besuch zum Schwer-

punktthema ziviles Krisenmanagement und Zivilpolizei ab.

Am 29. Oktober 2001 veranstaltete das OSZE-Sekretariat ein informelles Delegationsleitertreffen zur Beurteilung der Fortschritte bei der Umsetzung von REACT und der Einsatzzentrale. Als Beitrag zu einem pragmatischen und steten Informations- und Erfahrungsaustausch nahmen an diesem Treffen auch Experten der Partnerorganisationen teil. Die Teilnehmer ermittelten und diskutierten auf strategischer Ebene nachahmenswerte Praktiken und Lehren aus der Implementierungsphase.

Am 3. und 4. Juli 2001 fand in Wien das erste vom Konfliktverhütungszentrum (KVZ) einberufene Koordinationstreffen statt, an dem hochrangige Vertreter der Außenstellen und aus den Amtssitzen von UNHCR, IOM, Europarat und OSZE teilnahmen. Unter Bedachtnahme auf die jeweiligen Rollen und Länderprogramme erörterten die Vertreter Modalitäten der Zusammenarbeit und Koordination in der Region der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), um unnötige Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und das Zusammenwirken zwischen den Partnerorganisationen zu verbessern.

Das erste gemeinsame regionale Folgetreffen, an dem Vertreter von UNHCR, IOM, Europarat und OSZE sowie das UNDP als Beobachter teilnahmen, fand am 4. Oktober 2001 in Tiflis (Georgien) statt. Auf der Tagesordnung standen Probleme der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen sowie Migrations- und Asylprobleme. Ferner fand am 23. Oktober 2001 in Taschkent (Usbekistan) ein Gemeinsames Regionaltreffen für Zentralasien zwischen der OSZE, UNHCR und der IOM statt. Neben einer Überprüfung der Modalitäten für die Zusammenarbeit vor Ort, gemeinsamen Sorgen wie dem Menschenhandel und Fragen, die mehrere Länder betreffen, waren die Entwicklungen in Afghanistan und die Gefahr eines verstärkten Flüchtlingszustroms Gegenstand der Erörterungen.

Die kooperativen Beziehungen mit den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen waren im abgelaufenen Jahr besonders intensiv. Am 6. und 7. Februar 2001 nahm der Generalsekretär der OSZE am Vierten Treffen auf hoher Ebene für Zusammenarbeit und Friedensstiftung zwischen den UN und regionalen Organisationen teil. Bei dem Treffen waren achtzehn Delegationen regionaler und subregionaler internatio-

ner Organisationen vertreten. Es befasste sich mit allen Aspekten der Friedensstiftung, einschließlich der Phasen Konfliktverhütung und Konfliktnachsorge, und ging speziell auf das Zusammenspiel und die Zusammenarbeit internationaler Organisationen sowie auf die Prinzipien und Modalitäten dieser Zusammenarbeit ein. Die OSZE war durch den Generalsekretär und den rumänischen Botschafter in New York, Sorin Ducaru, vertreten, die aktiv an den Beratungen teilnahmen und Hintergrundmaterial über das Instrumentarium, die Erfahrungen und Aktivitäten der OSZE verteilten.

Während seines Aufenthalts in New York traf der Generalsekretär der OSZE zu getrennten Gesprächen mit Generalsekretär Kofi Annan und anderen UNO-Beamten zusammen, unter ihnen die Stellvertretende Generalsekretärin Louise Frechette und der Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, Kieren Prendergast. Bei diesen Unterredungen kamen vor allem geographische Bereiche zur Sprache, in denen die beiden Organisationen direkt zusammenarbeiten, darunter der Balkan, der Kaukasus und Zentralasien. Konkrete Themen waren die Lage in Südserbien, die Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina, die Lage in Georgien und die dort ablaufenden politischen Prozesse, einschließlich der Maßnahmen im Anschluss an die gemeinsame OSZE/UN-Berurteilungsmission in Gali, sowie gemeinsame Lagebeurteilungen in verschiedenen Regionen.

Der Generalsekretär der OSZE kam auch mit dem Generalsekretär der Organisation für afrikanische Einheit (OAU), S.E. Abdulah Belkeziz, und dem Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), S.E. Dr. Salim Ahmed Salim, sowie mit dem Exekutivsekretär der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), S.E. Juri Jarow, zu Gesprächen über Fragen von beiderseitigem Interesse zusammen.

Im Einvernehmen mit den Vereinten Nationen bot die OSZE an, das erste regionale Folgetreffen zum vierten Treffen auf hoher Ebene zwischen der UNO und regionalen Organisationen 2002 in Wien zu veranstalten. Schwerpunkt der Tagesordnung werden konkrete regionale Aspekte der Zusammenarbeit bei der Friedensstiftung sein; der Teilnehmerkreis wird sich aus Vertretern regionaler Organisationen in Europa zusammensetzen. Derzeit laufen die Vorbereitungen, die auch Konsultationen mit dem Generaldirektor des Büros der Vereinten Natio-

nen in Genf und Vertretern der UN-Hauptabteilung Politische Angelegenheiten einschließen.

Der Generalsekretär der OSZE und Mitarbeiter des OSZE-Sekretariats nahmen am 27. Februar 2001 an der Sitzung zur Koordination der auf dem Balkan aktiven Organisationen (BOAC) in Brüssel teil. Gastgeber des Treffens unter dem Vorsitz des Sondergesandten der Vereinten Nationen für den Balkan, Carl Bildt, war NATO-Generalsekretär Lord Robertson; Teilnehmer waren unter anderem die schwedische Außenministerin Anna Lindh als Vertreterin der EU-Präsidentschaft, der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union und Hohe Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, sowie der EU-Kommissar für Außenbeziehungen, Christopher Patten. Es wurden Fragen im Zusammenhang mit Südserbien, darunter Anpassungen der Sicherheitszone und andere Maßnahmen zum Abbau der Spannungen und zur Förderung von Vertrauen und Stabilität in der Region behandelt. Am 22. März 2001 wurde ein weiteres BOAC-Treffen in Brüssel unter dem Vorsitz der Stellvertretenden UN-Generalsekretärin Louise Frechette einberufen, an dem Vertreter der OSZE, der EU, des Europarats, der EK, der NATO, von UNHCR und anderen UN-Sonderorganisationen teilnahmen.

Am 18. April 2001 traf der Generalsekretär der OSZE mit dem Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge, Ruud Lubbers, in Genf zu Gesprächen über die Lage in Afghanistan, in Zentralasien und in Tschetschenien zusammen. Er führte auch Gespräche mit dem Beigeordneten Hochkommissär Jessen-Petersen und mit Mitarbeitern des *Emergency Response Unit* über die von der OSZE und UNHCR entwickelten neuen Ansätze für Personaleinstellung, Sicherheit und rasche Reaktionsfähigkeit.

Im Rahmen der laufenden Bemühungen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen stattete der Hochkommissär der OSZE einen Besuch ab, bei dem er am 18. Oktober 2001 im Ständigen Rat sprach. In seiner Rede ging Lubbers auf die vielen Facetten der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und UNHCR ein, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben. Er nannte einige Bereiche, in denen die beiden Organisationen mit gemeinsamen Herausforderungen konfrontiert sind, etwa Flüchtlingsfragen und Fremdenfeindlichkeit, und unterstrich die Notwendigkeit eines

weiteren Ausbaus der Beziehung, um diese Herausforderungen bewältigen zu können. Abschließend appellierte der Hochkommissär an die OSZE und UNHCR, durch eine klare Rollen- und Aufgabenverteilung Doppelgleisigkeiten bei Zuständigkeiten und Bemühungen zu vermeiden. Insbesondere betonte er, wie wichtig es für beide Organisationen sei, einander in ihren jeweiligen Fachbereichen zu ergänzen.

Fester Bestandteil der kooperativen Beziehungen zwischen der OSZE und dem Europarat ist das „2+2“-Treffen auf hoher Ebene, zu dem seit 1993 die Vorsitzenden und Generalsekretäre von OSZE und Europarat alljährlich zusammenkommen.

Dieses Jahr wurde das Treffen zum ersten Mal in der Konstellation „2+2/3+3“ abgehalten, die auch die Präsidenten der Parlamentarischen Versammlungen der beiden Organisationen einschloss. Dieser „trilaterale Ansatz“ ist ein wertvoller Beitrag zur Suche nach Lösungen für gemeinsame Herausforderungen. Das Treffen fand am 11. April 2001 in Bukarest unter dem Vorsitz des Amtierenden Vorsitzenden und rumänischen Außenministers Geoană statt und diente in erster Linie der Abstimmung politischer Konzepte und der Erörterung möglicher Bereiche der Zusammenarbeit vor Ort zwischen den beiden Organisationen. Die Teilnehmer betonten, dass sich die Arbeit der beiden Organisationen in Bereichen von beiderseitigem Interesse auch weiterhin an den Grundsätzen der Komplementarität und gegenseitigen Verstärkung orientieren sollte, wie sie im Gemeinsamen Katalog der Kooperationsmodalitäten dargelegt sind; dieser Katalog wurde von den Generalsekretären des Europarats und der OSZE am 12. April 2000 im Anschluss an das „2+2“-Treffen des vergangenen Jahres unterzeichnet. Der „2+2/3+3“-Prozess wurde auf dem Folgetreffen auf hoher Ebene am 30. Oktober 2001 in Vaduz (Liechtenstein) fortgesetzt. Hauptthema war die Koordination der Aktivitäten zur Bekämpfung des Terrorismus. Übereinstimmend erklärten sich die Teilnehmer zu gemeinsamen Bemühungen bereit, um den Terrorismus - unter anderem durch einen Dialog zwischen den Kulturen und Religionen - an seiner Wurzel zu bekämpfen. Sie betonten ihre Solidarität mit der internationalen Koalition gegen den Terrorismus und seine Drahtzieher.

Auf Einladung des Europarats fand am 20. Juli 2001 in Straßburg ein „2+2“-Treffen auf der Ebene hoher Beamter statt, das hauptsächlich

dem Meinungs austausch über weitere Entwicklungen seit dem „2+2/3+3“-Treffen auf hoher Ebene in Bukarest diente. Besprochen wurden unter anderem die Entwicklungen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, in der Bundesrepublik Jugoslawien, in Albanien, im Kaukasus, in der Ukraine, in Belarus und in Bosnien und Herzegowina sowie Fragen zur menschlichen Dimension, REACT und Wahlbeobachtungsangelegenheiten.

Am 30. August 2001 fand im OSZE-Sekretariat ein Folgetreffen zum Treffen der Führungskräfte statt, das informellen Konsultationen über die Umsetzung des Rahmenabkommens gewidmet war. Das Treffen war insofern besonders wichtig, als die notwendigen Maßnahmen zur möglichst effizienten Erfüllung der Vorgaben aus dem Abkommen und der Zusammenarbeit festgelegt wurden. Zum Teilnehmerkreis zählten Vertreter der OSZE-Institutionen, des OSZE-Vorsitzes, des Europarats, der EK und der OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje.

Auf Einladung des Generalsekretärs des Europarats, Walter Schwimmer, sprach der Generalsekretär der OSZE am 11. Mai 2001 auf der 108. Tagung des Ministerkomitees des Europarats in Straßburg. Er ging in seiner Rede auf Fragen der demokratischen Stabilität auf dem Balkan und die Lage im Kaukasus ein. Darüber hinaus nutzte der Generalsekretär seinen Aufenthalt in Straßburg zu Gesprächen mit mehreren teilnehmenden Außenministern. Am 9. November 2000 hatte der Generalsekretär bereits an der 107. Tagung des Ministerkomitees des Europarats teilgenommen. Schon damals hatte er unter anderem die Notwendigkeit und die Bereitschaft der OSZE bekräftigt, ihre Aktivitäten im Kampf gegen den Terrorismus eng mit denen des Europarats abzustimmen.

Am 12. Juli 2001 kam der Generalsekretär des Europarats nach Wien, wo er im Ständigen Rat der OSZE eine Rede hielt und mit dem Generalsekretär der OSZE zu bilateralen Gesprächen zusammentraf. In seiner Ansprache im Ständigen Rat ging Generalsekretär Schwimmer auf die Kernbereiche der Arbeit des Europarats ein, darunter die Förderung und Verteidigung der pluralistischen Demokratie, der Menschenrechte, der Minderheitenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, sowie auf die verstärkte Zusammenarbeit mit der OSZE in den Bereichen Konfliktverhütung und Konfliktnachsorge. Als Beispiel

nannte er den Schriftwechsel zwischen den beiden Generalsekretären (OSZE und Europarat) vom 15. Februar 2001, in dem die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen in Bezug auf die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) bekräftigt wurde. In der Vereinbarung wurden Bereiche enger Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Einsatzleitern in Belgrad festgelegt, die auch ihre Arbeitsprogramme einschließen. Um diese Zusammenarbeit von Anfang an zu erleichtern, benützten der Europarat und die OSZE von März bis Juli 2001 gemeinsame Büroräume.

Bei dem bilateralen Treffen der Generalsekretäre am 12. Juli 2001 konzentrierten sich die Erörterungen unter anderem auf Tschetschenien und Belarus sowie auf die Frage der gemeinsamen Nutzung der OSZE-Büros in Baku und Eriwan. Als Folge dieses Gespräches unterzeichneten die OSZE und der Europarat am 26. September 2001 eine Vereinbarung über die Präsenz von Menschenrechts- beziehungsweise Rechtsstaatlichkeitsbeamten des Europarats in den OSZE-Büros in Baku und Eriwan. Der Europarat setzte darüber hinaus die höchst willkommene und sinnvolle Praxis fort, Experten zur OSZE-Mission im Kosovo abzustellen, insbesondere zum Institut für juristische Fortbildung und zur Unterstützung der Zivilverwaltung. Diese Praxis unterstützt die Bemühungen um die gemeinsame Nutzung der knappen Ressourcen und die Stärkung der pragmatischen Zusammenarbeit vor Ort.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE wurde auch mit der Teilnahme der OSZE an der Berichterstattergruppe der Ministerstellvertreter des Europarats für Beziehungen des Europarats mit der OSZE (GR-OSCE) fortgeführt. Die Sitzungen der GR-OSCE sind ein wichtiges Instrument für die Überprüfung und den Gedankenaustausch über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen. Darüber hinaus wurden zwei Berichte veröffentlicht, die einen Überblick über die Zusammenarbeit des Europarats mit dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten und dem Beauftragten für Medienfreiheit geben.

Auch die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU) wurde im Berichtszeitraum laufend vertieft. Auf politischer Ebene spricht die Delegation des EU-Mitgliedstaats, der jeweils die EU-Präsidentschaft innehat, bei allen OSZE-Sitzungen im Namen der Europäischen

Union. Das ermöglicht regelmäßige Konsultationen zwischen EU, OSZE-Vorsitz und Sekretariat. Parallel zu den regelmäßigen Treffen auf Arbeitsebene dienen hochrangige Treffen und Vorträge von Vertretern der EU und der OSZE einem offeneren Dialog und einem besseren Einblick in die Tätigkeit des anderen. Die Bedeutung dieses Dialogs wird noch dadurch verstärkt, dass die OSZE traditionell mit jeder EU-Präsidentschaft mindestens einmal zur Erörterung von Fragen beiderseitigen Interesses und zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der OSZE zusammentrifft.

Am 7. November 2000 sprach der Generalsekretär auf Einladung der französischen EU-Präsidentschaft in Brüssel vor der OSZE-Arbeitsgruppe der EU. Er traf dort mit Javier Solana, dem Hohen Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ der EU, sowie mit NATO-Generalsekretär Lord Robertson zusammen. Ferner führte er Unterredungen mit dem Direktor und Mitarbeitern des politischen Stabes des EU-Ratssekretariats und mit dem Direktor und Mitarbeitern der Direktion der Europäischen Kommission für allgemeine Angelegenheiten und multilaterale Beziehungen; bei diesen Begegnungen wurden die Arbeitsbeziehungen zwischen Mitarbeitern der EU und der OSZE sowohl auf Amtssitzebene als auch vor Ort weiter vertieft.

Der für Außenbeziehungen zuständige EU-Kommissar Christopher Patten hielt am 20. November 2000 eine Rede im Ständigen Rat der OSZE, in der er einen umfassenden Überblick über die enge Zusammenarbeit zwischen der EU und der OSZE in zahlreichen Regionen und Tätigkeitsbereichen gab. Unter dem Hinweis, dass die von Südosteuropa ausgehenden Sicherheitsbedrohungen in den letzten Jahren die größte Herausforderung für die Organisationen dargestellt hätten, betonte Patten, wie wichtig der Aufbau bestandfähiger demokratischer Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit sei. Der Kommissar würdigte auch die positive Rolle der OSZE bei der Vorbereitung der Kandidatenländer auf den Beitritt zur Europäischen Union, insbesondere durch die Arbeit des BDIMR, des HKNM und des Medienbeauftragten.

Am 7. Mai 2001 traf der Generalsekretär der OSZE in Brüssel zu einem bilateralen Gespräch mit Kommissar Patten und mehreren leitenden Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu-

sammen. Sie erörterten die Bereiche für eine weitere Zusammenarbeit zwischen der EU-Kommission und der OSZE und die dazu geeigneten Mittel und Wege. Ergebnis dieser Unterredung war eine informelle Grundsatzvereinbarung über das Vorgehen der Europäischen Kommission und der OSZE im Krisenfall.

Darüber hinaus hielt der Hohe Vertreter der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, S.E. Javier Solana, am 18. Januar 2001 eine Rede im Ständigen Rat der OSZE. Er skizzierte die sich abzeichnende Rolle der EU beim Krisenmanagement und verwies auf die Notwendigkeit, in diesem Bereich eine tragfähige Partnerschaft zwischen der OSZE und der EU aufzubauen. Die Sicherheitsherausforderungen der letzten zehn Jahre hätten deutlich gezeigt, dass keine Organisation oder Institution in der Lage ist, diese Herausforderungen für sich allein zu bewältigen.

Während der schwedischen EU-Präsidentschaft reiste der Generalsekretär der OSZE am 29. Januar 2001 zu Konsultationen mit der schwedischen Außenministerin Anna Lindh und anderen EU-Mitarbeitern nach Stockholm. Bei diesen Treffen wurden zahlreiche Themen im Zusammenhang mit Konfliktverhütung und zivilen Mechanismen des Krisenmanagements wie REACT, Mittel und Wege zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der EU in diesen Bereichen, polizeibezogene Aktivitäten der OSZE sowie OSZE-Aktionen in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt erörtert.

Auf Einladung der schwedischen EU-Präsidentschaft und von Botschafter Bjurner, dem Vorsitzenden des politischen und sicherheitspolitischen Komitees der EU, reiste der Generalsekretär der OSZE nach Brüssel, wo er am 27. Februar 2001 bei einem Arbeitsessen erneut mit Mitgliedern des Komitees zusammentraf. Bei diesem Aufenthalt führte er auch Gespräche mit der Europäischen Kommission, der Generaldirektion „Auswärtige Beziehungen“ und dem Sicherheitskomitee, bei denen die Zusammenarbeit zwischen der EU und der OSZE im zivilen Krisenmanagement erörtert wurde.

Am 17. Mai traf der Generalsekretär erneut mit Botschafter Bjurner zusammen, mit dem er die EU-Konfliktverhütung und mögliche Bereiche der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen erörterte. Abgesehen von den Kontakten zwischen dem OSZE-Vorsitz und dem OSZE-Sekretariat mit den Ländern, die

künftig die EU-Präsidentschaft übernehmen werden, ermutigte Botschafter Bjurner auch zu Kontakten zwischen den beiden Organisationen auf Sekretariats-Ebene. Er sprach sich auch dafür aus, dass OSZE-Missionsleiter das politische und sicherheitspolitische Komitee der EU besuchen sollten, um den EU-Mitgliedstaaten einen besseren Einblick in die verschiedenen Verhältnisse vor Ort zu geben.

Die schwedische Außenministerin Anne Lindh kam zu einem Besuch nach Wien und sprach am 27. Juni 2001 in einer Sondersitzung des Ständigen Rates der OSZE. Sie verwies auf die positive Entwicklung der gemeinsamen Bemühungen der beiden Organisationen in Serbien und der Bundesrepublik Jugoslawien und erörterte weitere Grundsätze und Modalitäten für das Zusammenwirken von OSZE und EU im Hinblick auf eine verstärkte Zusammenarbeit in einigen inhaltlichen und geographischen Bereichen. Sie griff einige Schlüsselbereiche für die Zusammenarbeit heraus, wie etwa die Entwicklung und Koordination eines Instrumentariums für Krisenbewältigung, das durch abgestimmte Methoden und Normen Interoperabilität gewährleistet, und die Unterstützung der EU für OSZE-Aktivitäten in geographischen Bereichen, in denen die OSZE über eine ausgedehnte Präsenz vor Ort verfügt. Zum Thema Krisenmanagement verwies die Ministerin auf das Programm der Europäischen Union zur Verhütung gewaltsamer Konflikte, das Anfang des Monats vom Europäischen Rat in Göteborg verabschiedet worden war. Sie meinte, dass das Programm unter anderem die Konfliktverhütungsmechanismen der EU stärken werde, da es klare politische Prioritäten für Präventivmaßnahmen enthalte, die Entwicklung präventiver Strategien für Regionen und Länder vorsehe und zur verstärkten Nutzung des politischen Dialogs anrege.

Im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit in mehreren inhaltlichen und geographischen Bereichen mit der Präsidentschaft, dem EU-Ratssekretariat und der Kommission traf der Generalsekretär der OSZE am 27. Juni 2001 mit Generaldirektor Brian Crowe, dem Leiter der Generaldirektion für Außenbeziehungen im Ratssekretariat zusammen. Crowe kam in Begleitung von Kollegen, unter anderem aus der Strategieplanungs- und Frühwarn Einheit und dem Lagezentrum und Militärstab, zu ausführlichen Konsultationen mit dem Sekretariat nach Wien. Die Erörterungen bezogen sich unter anderem auf die Zusammenarbeit in den Bereichen Institutionen-

aufbau und *Good Governance* sowie auf Möglichkeiten für zukünftige regelmäßige Gespräche auf Stabsebene, gemeinsame Ausbildungsprogramme für Mitarbeiter und den kurzzeitigen Austausch von Personal.

Auf Einladung der belgischen EU-Präsidentschaft und des Vorsitzes des politischen und sicherheitspolitischen Komitees hielt der Generalsekretär am 28. September 2001 anlässlich eines Arbeitssessens des politischen und sicherheitspolitischen Komitees der Europäischen Union eine Rede. Am selben Tag nahm auch der Polizeiberater der OSZE-Einsatzzentrale an einem Treffen auf Expertenebene teil, bei dem die technischen Aspekte der Zusammenarbeit mit der EU bei der Umsetzung des Rahmenabkommens erörtert wurden. Weiters fand auch eine Zusammenkunft mit Generaldirektor Brian Crowe statt, der im Ratssekretariat für grundsatzpolitische Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus zuständig ist. Er skizzierte kurz die ersten Maßnahmen, die das Ratssekretariat im Einvernehmen mit der Europäischen Kommission zur Entwicklung eines neuen politischen Instrumentariums trifft.

Im Berichtszeitraum bestand eine rege Zusammenarbeit mit der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO). Die Partnerschaft zwischen der NATO und der OSZE wird weitgehend von der praktischen Zusammenarbeit vor Ort bestimmt und durch hochrangige Treffen und Treffen leitender Mitarbeiter auf Amtsebene weiter gefestigt. Mit der Unterzeichnung eines Schriftwechsels zwischen den beiden Organisationen am 11. Oktober 2001 über den NATO-Beitrag zur Sicherheit der internationalen Beobachter in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien erfuhr die kooperative Beziehung eine weitere Stärkung.

Am 2. November 2000 sprach NATO-Generalsekretär Lord Robertson erstmals im Ständigen Rat der OSZE. Er ging auf die verschiedenen Arten der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen, ihre komparativen Stärken und Wege zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit ein. Lord Robertson verwies auf die positiven Beispiele der Zusammenarbeit vor Ort in Bosnien und im Kosovo und sprach sich für eine weitere Zusammenarbeit der beiden Organisationen auf institutioneller Ebene aus. Der Generalsekretär unterstrich die Notwendigkeit einer noch intensiveren Zusammenarbeit durch informelle per-

sönliche Kontakte, vermehrte gegenseitige Besuche hoher Beamter, eine regelmäßige Unterrichtung des Ständigen Rates der OSZE über die Aktivitäten der NATO und die Abhaltung gemeinsamer Seminare für Mitarbeiter der NATO und der OSZE zu zentralen Themen wie den Beziehungen zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich, der öffentlichen Sicherheit bei friedenserhaltenden Einsätzen und frühzeitigem Krisenmanagement. Der Generalsekretär schloss mit der Feststellung, dass seiner Ansicht nach eine engere Beziehung zwischen der NATO und der OSZE ein strategisches Gebot für den europäischen Sicherheitsrahmen sei.

Auf Einladung von NATO-Generalsekretär Lord Robertson reiste der Generalsekretär der OSZE am 17. Mai 2001 nach Brüssel, um vor dem Euro-atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) zu sprechen. Als Beispiel für die Bedeutung einer gegenseitigen Vertretung vor Ort führte der Generalsekretär die aktive Vertretung der OSZE an der Krisenmanagementübung CMX 2001 an, an der sie gemeinsam mit dem Stab für politische Reaktion teilnahm. Bis dahin hatte sich die Beteiligung der OSZE an CMX-Übungen auf Beobachtung beschränkt. Lord Robertson erwähnte auch die Unterstützung der OSZE bei der Umsetzung der vertrauensbildenden Maßnahmen in Südserbien und die Zusammenarbeit zwischen KFOR und OMIK bei den landesweiten Wahlen im Kosovo und verwies auf die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen wie auch mit der EU im Hinblick auf gemeinsame Vorgehensweisen und Standpunkte.

Bei diesem Besuch traf der Generalsekretär der OSZE auch mit dem Stellvertretenden NATO-Generalsekretär Balazino zu einer Erörterung der Lage in Südosteuropa und insbesondere in Südserbien zusammen. Er informierte Botschafter Balazino über die dort laufenden Aktivitäten der OSZE, einschließlich der Vorbereitungen für die Polizeiausbildung und die Wahlen im Kosovo.

Die OSZE und die NATO setzten den verstärkten Ausbau ihrer Kontakte zwischen den Amtssitzen durch regelmäßige Treffen leitender Mitarbeiter fort. Im Berichtszeitraum fanden am 6. November 2000 und am 20. März 2001 gemeinsame Sitzungen von Führungskräften beider Organisationen statt. Dabei unterrichteten die Teilnehmer einander über ihre Arbeitsbereiche und erörterten auch die Lage in Konfliktgebieten wie der ehemaligen jugoslawischen Republik

Mazedonien, der Bundesrepublik Jugoslawien und dem Kosovo und ihre Vorstellungen über eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen ihren Organisationen. Neben den regelmäßigen Treffen leitender Mitarbeiter wurden mehrere Koordinationssitzungen zur Umsetzung des Rahmenabkommens abgehalten. Bei diesen Sitzungen waren neben der OSZE und der NATO auch wiederholt Vertreter der EU, von UNHCR und des Europarats anwesend.

Als konkretes Beispiel dieser Zusammenarbeit sei der gemeinsame EAPC/OSZE-Workshop über Kleinwaffen und leichte Waffen am 21. und 22. Juni 2001 in Baku (Aserbaidschan) erwähnt. Die Regierungen der Schweiz und Aserbaidschans waren Gastgeber dieses Workshops, bei dem der Generalsekretär der OSZE die Eröffnungsansprache hielt; er appellierte an die beiden Organisationen, ihre Zusammenarbeit auf diesem Gebiet fortzusetzen und gemeinsam Pilotprojekte zu Kleinwaffenfragen auszuarbeiten.

Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) nahm in den letzten Jahren bei den Feldaktivitäten, in denen es Berührungspunkte zwischen den Mandaten der beiden Organisationen gibt, beträchtlich zu. Der Generaldirektor der IOM, Brunson McKinley, sprach am 30. August 2001 im Ständigen Rat der OSZE. In seiner Erklärung würdigte er die OSZE mit ihrem Sicherheitsschwerpunkt im weitesten Sinn als ausgezeichnetes Diskussionsforum für Migrationsfragen, die in viele Aspekte der Stabilität und Sicherheit hineinreichen. Die intensivste Zusammenarbeit zwischen dem IOM und der OSZE gebe es im Bereich der Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere aufgrund der aktiven Rolle der IOM in der Arbeitsgruppe Menschenhandel des Arbeitskreises III des Stabilitätspakts unter dem Vorsitz der OSZE und des BDIMR. Abschließend nannte der Generaldirektor weitere Bereiche der Zusammenarbeit, darunter den Ausbau der Kapazitäten für die Steuerung und Stabilisierung der Migrationsströme durch Maßnahmen der Lokalverwaltungen und meinte, „kaum ein Aspekt der IOM-Aktivitäten lässt sich nicht auch auf das OSZE-Gebiet übertragen“. Am selben Tag wurde ein Memorandum of Understanding unterzeichnet, das im Grunde nur eine weitere formale Bestätigung der sich weiterentwickelnden Beziehungen zwischen der IOM und der OSZE darstellt.

Am 25. Oktober 2001 hielt der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), Jakob Kellenberger, eine Rede im Ständigen Rat der OSZE, in der er die starke Partnerschaft zwischen dem IKRK und der OSZE insbesondere bei Feldeinsätzen würdigte. Er berichtete ausführlich über die Zusammenarbeit beider Organisationen vor Ort, wo beide Feldpräsenzen eingerichtet haben, und erklärte: „Wenn wir mit manchen Herausforderungen im OSZE-Gebiet besser zurechtkommen als in anderen Teilen der Welt, so hat das sicherlich mit der Tatsache zu tun, dass es die OSZE und ihre Aktivitäten gibt“. Im Anschluss an seine Rede im Ständigen Rat traf Dr. Kellenberger zu einem bilateralen Treffen mit dem Generalsekretär der OSZE zusammen, bei dem Bereiche der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen und bei der Ausbildung vor Ort näher erörtert wurden und die aktuelle Lage in Afghanistan und den Nachbarländern, die der OSZE angehören, einen besonderen Schwerpunkt bildete.

Die regionale und subregionale Zusammenarbeit hat als sicherheitsstärkender Faktor im ganzen OSZE-Gebiet größte Bedeutung; sie wirkt als Katalysator für die Integration von Ländern in größere Strukturen. Die Verbindung zwischen dem OSZE-Sekretariat und regionalen und subregionalen Organisationen entwickelte sich gemäß den Vorgaben der Plattform für kooperative Sicherheit kontinuierlich weiter.

Am 22. Juni 2001 nahm der Generalsekretär der OSZE auf Einladung des italienischen Außenministers an der Ministertagung der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) in Mailand teil, wo er eine Erklärung abgab, die mit einer Einladung an seine CEI-Gesprächspartner schloss, gemeinsam Bereiche möglicher Zusammenarbeit zu erörtern.

Am 29. März 2001 führte der Generalsekretär der OSZE ein Gespräch mit Helle Degn, der Kommissarin für demokratische Entwicklung im Rat der Ostseestaaten (CBSS). Gemeinsam erörterten sie Mittel und Wege zur Förderung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen der OSZE und dem CBSS.

Der Generalsekretär des Rates für kollektive Sicherheit, Nikolajenko, hielt sich am 13. Juni 2001 in Wien zu Gesprächen mit dem Generalsekretär der OSZE auf. Dabei informierte er den Generalsekretär über das jüngste Gipfeltreffen des Rates in Eriwan, auf dem die Teilnehmer übereinkamen, bei neuen Bedrohungen

und Herausforderungen wie Terrorismus, Drogenhandel und organisierter Kriminalität sowie im politischen Bereich intensiver zusammenzuarbeiten. Sie äußerten auch die Bereitschaft, mit der OSZE einen systematischeren Dialog aufzunehmen, der zu gemeinsamen Standpunkten zu verschiedenen Sicherheitsaspekten führen soll.

Auf Einladung der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) nahm der Generalsekretär der OSZE an der Konferenz über die Rolle regionaler und multilateraler Organisationen bei der Verteidigung und Förderung der Demokratie teil, auf der er auch einen Vortrag hielt. Diese Konferenz fand vom 19. bis 21. Februar 2001 in Washington, D.C., statt.

Aus dem umfassenden Sicherheitsbegriff der OSZE folgt, dass sich die Organisation auch mit ökonomischen und ökologischen Fragen auseinanderzusetzen hat. Daher gehört zur Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen auch die Beschäftigung mit sicherheitsgefährdenden ökonomischen und ökologischen Aspekten, indem diesbezügliche Kontakte intensiviert werden. Die wichtigste Schaltstelle für die ökonomische und ökologische Dimension der OSZE ist das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE (OCEEA). Zur Verstärkung der gemeinsamen Bemühungen und zur Erhöhung der Ressourcen für die ökonomischen und ökologischen Aktivitäten der Feldeinsätze baute das OCEEA im Berichtszeitraum kooperative Arbeitsbeziehungen zu einigen anderen internationalen Organisationen auf. Teil dieser Bemühungen waren mehrere formelle und informelle Konsultationsrunden mit der UN/ECE, dem UNDP, dem UNEP und anderen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen auf Ebene der Amtssitze und vor Ort sowie mit der EK, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), der Organisation für wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem Europarat, der Weltbank und der NATO.

Im Rahmen der Zusammenarbeit der OSZE mit Finanzinstitutionen traf der Generalsekretär der OSZE am 21. Februar 2001 mit Mats Karlsson, dem Vizepräsidenten für externe und UN-Angelegenheiten der Weltbank, zusammen. Bei diesem Treffen wurden Fragen erörtert, die für beide Partner von Interesse sind.

Am 10. Mai 2001 stattete der Generalsekretär der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Antonio Maria Costa, dem Vorsitz und dem Sekretariat/KVZ der OSZE einen Besuch ab. Bei einem Treffen Costas mit dem Generalsekretär der OSZE wurden unter anderem die Modalitäten für eine Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der EBWE auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Zielsetzungen und in konkreten Situationen erörtert.

Im Rahmen seiner ständigen Aktivitäten organisiert das OCEEA das jährliche OSZE-Wirtschaftsforum. Das Forum bietet einen Rahmen für den Dialog zwischen hohen Vertretern der OSZE-Teilnehmerstaaten, internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen, nichtstaatlichen Organisationen, der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Vom 15. bis 18. Mai 2001 fand in Prag das Neunte Treffen des Wirtschaftsforums der OSZE zum Thema „Transparenz und *Good Governance* in wirtschaftlichen Angelegenheiten“ statt. In dem Bewusstsein, dass Transparenz und verantwortungsvolle Staatsführung (*Good Governance*) ein Schlüssel zu Sicherheit und Stabilität im OSZE-Gebiet sind, stellten die Teilnehmer des Treffens übereinstimmend fest, dass Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung durch die Schaffung entsprechender Institutionen und die praktische Umsetzung geeigneter politischer Konzepte in den einzelnen Ländern und weltweit gestärkt werden sollten.

Im Berichtszeitraum verstärkten sich die kooperativen Beziehungen der OSZE mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa erheblich. Seit seiner Verabschiedung auf der EU-Ministerkonferenz im Juni 1999 in Köln steht der Stabilitätspakt für Südosteuropa unter der Schirmherrschaft der OSZE. Er bietet der internationalen Gemeinschaft ein Forum für engere Zusammenarbeit zwischen EU, Europarat, UNO, NATO, OECD, den internationalen Finanzinstitutionen, den Regionalinitiativen und den Ländern Südosteuropas zur Verwirklichung der Zielsetzungen des Stabilitätspakts.

Die Beziehungen zwischen der OSZE und dem Stabilitätspakt spielen eine wichtige Rolle für die langfristige Stabilisierung einzelner Länder und der ganzen Region, eine Zielsetzung, für die der Pakt ins Leben gerufen wurde. Dank ihrer Erfahrung in all ihren Dimensionen ist die OSZE in der Lage, wirksame Konfliktverhütung und Konfliktnachsorge zu betreiben. Darüber

hinaus ist die Organisation dank der starken Betonung ihrer Feldaktivitäten wie kaum eine andere geeignet, Krisen und Probleme in Südosteuropa zu lösen.

Dass die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Stabilitätspakt immer wichtiger wird, zeigt auch die Ernennung von Botschafter Alexander Rondos am 6. Februar 2001 zum Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Stabilitätspakt. Am 31. Mai 2001 legte Botschafter Rondos dem Ständigen Rat der OSZE zum ersten Mal seine Vorstellungen dar. Als Vorsitzender von Arbeitskreis I (Demokratisierung und Menschenrechte) habe er sich davon überzeugen können, wie wichtig es ist, im Rahmen des Arbeitskreises Minderheitenfragen, den Beziehungen zwischen Volksgruppen sowie der Zusammenarbeit besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die OSZE leitet mit Erfolg die Stabilitätspakt-Arbeitsgruppe Menschenhandel im Rahmen des Arbeitskreises III und unterstützt die Gender-Arbeitsgruppe des Arbeitskreises I. Zu letzterem Thema fand am 16. Juli 2001 in Wien ein Treffen zwischen dem Generalsekretär der OSZE und der Koordinatorin der Stabilitätspakt-Arbeitsgruppe Menschenhandel, Dr. Helga Konrad, statt. Dabei wurden unter anderem der PC-Beschluss Nr. 426 vom 12. Juli 2001 zum Menschenhandel und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe bei dessen Umsetzung sowie eine administrative Unterstützung für das Büro von Dr. Konrad erörtert. Die Beraterin für geschlechtsspezifische Fragen im Sekretariat steht in Ausbildungsfragen und zum regelmäßigen Informationsaustausch laufend in engem Kontakt mit der Koordinatorin der Arbeitsgruppe und deren Büro. Ein besonders wichtiges Thema ist dabei auch das Verhalten internationaler Mitarbeiter im Umgang mit Opfern des Menschenhandels.

Am 11. Oktober 2001 hielt der Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, Bodo Hombach, eine Rede im Ständigen Rat der OSZE. Er beschrieb seine Bemühungen in Vorbereitung der Regionalkonferenz vom 25. und 26. Oktober 2001 in Bukarest und deren Aufgabe, die Partnerländer des Stabilitätspakts dazu zu ermutigen, sich zu einer Reformagenda und zu Maßnahmen der regionalen Zusammenarbeit zu bekennen. Ferner unterrichtete Hombach den PC über die wichtigsten Entwicklungen im Rahmen des Stabilitätspakts im abgelaufenen

Jahr und über die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der OSZE in verschiedenen Bereichen von beiderseitigem Interesse.

Der rumänische Vorsitz war Gastgeber der zweiten Regionalkonferenz des Stabilitätspakts am 25. und 26. Oktober 2001. Schwerpunkte der Tagung waren der Stand der verschiedenen von Geldgebern finanzierten Programme, die Fortschritte bei der Entwicklung neuer Strategien im Rahmen der Arbeitskreise des Stabilitätspakts und der von maßgeblichen Akteuren eingeleitete Prozess zur Kanalisierung der gespendeten Gelder auf vorrangige Bereiche des Stabilitätspakts. Den Vorsitz führten die Weltbank und die Europäische Kommission, die die Regionalkonferenz gemeinsam mit dem Sonderkoordinator des Stabilitätspakts und der rumänischen Regierung organisiert hatten.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten richtete der OSZE-Vorsitz eine Arbeitsgruppe gegen Terrorismus unter dem Vorsitz der dänischen OSZE-Delegation ein. Zur Unterstützung dieser Arbeitsgruppe setzte der Generalsekretär der OSZE im Sekretariat einen Sonderarbeitsstab gegen Terrorismus ein. Gestützt auf die Arbeit dieser Gremien will der Ständige Rat der OSZE dem Ministerratstreffen im Dezember 2001 den Entwurf einer Erklärung über die Bekämpfung des Terrorismus und Empfehlungen für einen OSZE-Aktionsplan zur Annahme vorlegen. Bei diesem Prozess wurden auch bestehende internationale Verpflichtungen berücksichtigt, die im Rahmen der OSZE, der UN sowie europäischer Regionalorganisationen eingegangen wurden, um sicherzustellen, dass der Beitrag der OSZE die bereits bestehenden internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus ergänzt und erweitert. Am 17. Oktober 2001 trat die Arbeitsgruppe gegen Terrorismus unter Beteiligung von Experten des ODCCP, des Europarats, der EU und der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative (SECI) zusammen. Die Experten nahmen eine Bestandsaufnahme der bestehenden Verpflichtungen und Aktivitäten zur Bekämpfung des Terrorismus vor.

Die Regierung von Kirgisistan wird Gastgeber der internationalen Konferenz von Bischkek zum Thema „Stärkung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien: Stärkung umfassender Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus“ sein. Es ist dies eine Folgekonferenz zur Konferenz des ODCCP und des OSZE-

Vorsitzes gegen Drogen, organisierte Kriminalität und Terrorismus vom 19. und 20. Oktober 2000. Die Konferenz in Bischkek wird gemeinsam von OSZE und ODCCP veranstaltet und findet am 13. und 14. Dezember 2001 statt.

Im Hinblick darauf trafen der Generalsekretär der OSZE und der Exekutivdirektor des ODCCP, Pino Arlacchi, am 10. Oktober 2001 zu einer Besprechung zusammen, bei dem sowohl die Vorbereitungen für die Konferenz von Bischkek als auch die Aktivitäten und Pläne beider Organisationen im Kampf gegen den Terrorismus erörtert wurden. Darüber hinaus gab es im Vorfeld der Konferenz zahlreiche Treffen auf Arbeitsebene mit dem ODCCP. Am 5. November 2001 findet in Wien eine erweiterte Vorbereitungssitzung statt, an der auch Experten internationaler Organisationen teilnehmen werden und die für eine gründliche Vorbereitung der Konferenz von Bischkek sorgen soll.

Das OSZE-Sekretariat veranstaltet regelmäßig Seminare und Konferenzen zu OSZE-relevanten Fragen, an denen Delegierte der OSZE-Teilnehmerstaaten, der Kooperationspartner im Mittelmeerraum und der Kooperationspartner der OSZE, Vertreter internationaler und nichtstaatlicher Organisationen sowie von OSZE-Institutionen und -Aktivitäten vor Ort teilnehmen können. Diese Seminare bieten Gelegenheit für einen Dialog und einen wechselseitig befruchtenden Gedankenaustausch und erarbeiteten Empfehlungen für künftige Aktivitäten.

Vor diesem Hintergrund fanden im Berichtszeitraum vier Seminare statt. Die OSZE/Japan-Konferenz 2000 „Umfassende Sicherheit in Zentralasien - Erfahrungsaustausch zwischen der OSZE und Asien“ am 11. und 12. Dezember 2000 in Tokio war die erste gemeinsame Tagung der OSZE mit Japan und gleichzeitig die erste mit einem asiatischen Kooperationspartner.

Am 20. und 21. Mai 2001 war Seoul Schauplatz der OSZE/Korea-Konferenz 2001. Dieses Seminar befasste sich schwerpunktmäßig mit dem Instrumentarium, das die OSZE mit Erfolg zum Abbau bewaffneter Konflikte in Europa, insbesondere im Bereich der VBM und VSBM, anwendete, und mit dessen Anwendbarkeit in Nordostasien.

Am 8. und 9. Oktober 2001 folgte ein OSZE-Seminar in Kiew zum Thema „Präventive Funktionen der OSZE: Erfahrungen, Möglich-

keiten, Aufgaben“. Zentrales Thema des Seminars war die Zusammenarbeit zwischen internationalen, subregionalen und nichtstaatlichen Organisationen sowie mit wissenschaftlichen Institutionen. Der Generalsekretär der OSZE stellte bei dieser Veranstaltung fest: „Die Devise heißt Partnerschaft, insbesondere zwischen den wichtigsten Akteuren, die in konkreten Situationen im ‚euro-atlantisch-asiatischen‘-Raum zusammenarbeiten.“

Das alljährliche Mittelmeerseminar fand am 30. und 31. Oktober 2001 in Dubrovnik (Kroatien) statt und widmete sich dem Thema „Die Umsetzung der Verpflichtungen aus der ökonomischen und ökologischen Dimension der OSZE: Die Erfahrungen der OSZE und ihre Bedeutung für den Mittelmeerraum“. Durch das Seminar erhielten die Kooperationspartner im Mittelmeerraum und alle anderen Teilnehmer Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über die Anwendbarkeit der ökonomischen und ökologischen Aktivitäten der OSZE im Mittelmeerraum.

OSZE-INSTITUTIONEN

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

Europarat

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) arbeitete im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa innerhalb der in Arbeitskreise und Arbeitsgruppen gegliederten Mechanismen mit dem Europarat zusammen. Es wirkte an dem OSZE/Europarat-Projekt für die Strafvollzugsreform in Südosteuropa mit, einer gemeinsamen Initiative zur Verbesserung der Haftbedingungen und der Verwaltung der Haftanstalten in den Ländern der Region.

Einer früheren Anregung des BDIMR folgend, das vorgeschlagen hatte, die institutionelle Zusammenarbeit vor Ort zwischen der OSZE und dem Europarat auszubauen, wurde dem BDIMR-Büro in Montenegro für den Großteil des Zeitraums 2000-2001 ein Sonderbeauftragter des Generalsekretärs des Europarats zugeteilt.

In der Ukraine beschäftigt sich das BDIMR nach wie vor in enger Abstimmung mit dem Europarat mit der umfassenden Überprüfung der Menschenrechtsgesetze des Landes. Es gab mehrere gemeinsame Workshops zu konkreten Rechtsvorschriften.

In Armenien und Aserbaidschan führen das BDIMR und der Europarat ihre Zusammenarbeit bei Schulungsprojekten für Strafvollzugspersonal fort. In der Region wurden gemeinsame Treffen mit Experten beider Organisationen und den beiden Ländern abgehalten.

Auch bei der Unterstützung der Volksanwaltschaften stimmten BDIMR und Europarat ihre Tätigkeit laufend und unbürokratisch aufeinander ab.

Die Maßnahmen des BDIMR zur Unterstützung des Sonderbeauftragten der Russischen Föderation für Menschenrechte in Tschechien, Kalamow, erfolgten im engen Einvernehmen mit dem Europarat.

Die Zusammenarbeit mit dem Europarat und insbesondere mit seiner Parlamentarischen Versammlung wurde 2001 vertieft. Im März 2001 besuchten BDIMR-Beamte den Europarat, wo sie Gespräche mit der Venedig-Kommission, der Direktion für politische Angelegenheiten, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) führten, die der verstärkten Koordination der Aktivitäten sowie der Erörterung von Mitteln und Wegen zur weiteren Verbesserung der bestehenden guten Beziehungen zwischen den Institutionen dienten.

Zum Thema Wahlbeobachtung gab das BDIMR gemeinsam mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vorläufige Erklärungen zu allen vom BDIMR beobachteten Wahlen ab, darunter die Parlamentswahlen in Serbien (BRJ), Aserbaidschan, Moldau, Montenegro (BRJ), Bulgarien und Albanien. Im Anschluss an die Parlamentswahlen in Aserbaidschan vom November 2000 organisierte das BDIMR gemeinsam mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats einen Besuch anlässlich der Nachwahlen, die in einigen Wahlkreisen stattfanden.

Gemeinsam mit dem KGRE gab das BDIMR die vorläufigen Ergebnisse und Schlussfolgerungen zu den Kommunalwahlen in Kroatien im Mai 2001 bekannt.

Bei der Venedig-Kommission hat das BDIMR Beobachterstatus und nimmt an vielen ihrer Sitzungen teil. Das BDIMR und die Venedig-Kommission arbeiteten insbesondere bei allen Aktivitäten im Zusammenhang mit Wahlhilfe zusammen. In Armenien verfassten Venedig-Kommission und BDIMR in enger Abstimmung Stellungnahmen, in denen bestimmte verbesserungswürdige Bereiche aufgezeigt wurden. Im Februar 2001 veranstalteten die OSZE (BDIMR und Büro in Eriwan) und die Venedig-Kommission des Europarats in Eriwan einen Runden Tisch, bei dem mit Vertretern der Behörden, politischen Parteien und der Zivilgesellschaft Verbesserungen des Wahlgesetzes von 1999 diskutiert wurden.

Im Mai 2001 nahmen das Sekretariat und die Parlamentarische Versammlung des Europarats

am BDIMR-Seminar zur menschlichen Dimension über Wahlprozesse teil.

Vereinte Nationen (UN)

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Das BDIMR war Mitinitiator der Meinungsumfrage *Young Voices*, die in 35 Ländern Europas und Zentralasiens die Ansichten von Kindern und Jugendlichen zu grundlegenden Fragen der Politik, der Menschenrechte und der Gesellschaft erhob. Diese Befragung wurde von UNICEF in Vorbereitung des ersten „Kindergipfels“ der Generalversammlung der Vereinten Nationen ausgearbeitet und koordiniert. Die Ergebnisse wurden am 16. Mai 2001 auf der Konferenz über Kinder in Europa und Zentralasien in Berlin vorgestellt.

Am 27. September 2001 stellte UNICEF die Umfrageergebnisse in einer Sitzung am Rande des OSZE-Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension vor, um den Teilnehmerstaaten, OSZE-Beamten und Mitarbeitern vor Ort die Meinung der Kinder und Jugendlichen bewusst zu machen. Dabei wurde festgestellt, dass diese Ansichten in OSZE-Programmen und allen Maßnahmen zugunsten von Kindern berücksichtigt werden sollten, und die Bereitschaft der OSZE erörtert, Partner der Initiative *Global Movement for Children* zu werden.

Abteilung für Wahlhilfe der Vereinten Nationen (UNEAD)

Die BDIMR-Abteilung Wahlen nahm an einem von der UN-Abteilung für Wahlhilfe (UNEAD) organisierten Treffen teil, bei dem erörtert wurde, wie die Wahlbeobachtung international vereinheitlicht werden kann. UNEAD nahm im Mai 2001 am BDIMR-Seminar zur menschlichen Dimension über Wahlprozesse teil.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)

Mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung im Jahr 1998 wurde eine formelle Basis für die Zusammenarbeit zwischen BDIMR und dem UN-Hochkommissär für Menschenrechte geschaffen. Die beiden Büros führen regelmäßig Konsultationen auf allen Ebenen und sind bestrebt, einander in ihren Aktivitäten zur Förderung der Menschenrechte zu unterstützen und zu stärken.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsgruppe Menschenhandel des Stabilitätspakts initiierte das BDIMR gemeinsam mit UNHCHR und UNICEF ein neues Projekt, dessen Ergebnis ein zusammenfassender analytischer Bericht über die Lage in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Moldau, Rumänien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Jugoslawien in Bezug auf den Menschenhandel und die Gegenmaßnahmen dieser Länder sein soll. Der Bericht wird auch eine Analyse der vorhandenen Untersuchungen über das Umfeld beinhalten, aus dem die Opfer des Menschenhandels kommen, und die wichtigsten Themen und Empfehlungen für Programme zur Bekämpfung des Menschenhandels skizzieren. Er wird ferner einen praktischen und programmorientierten Überblick über den aktuellen Wissensstand in Bezug auf Täter und Opfer, eine Aufstellung laufender Initiativen und Projekte und eine Kontaktliste von Personen und Organisationen enthalten, die sich die Bekämpfung des Menschenhandels zur Aufgabe gemacht haben.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Die Zusammenarbeit zwischen BDIMR und UNHCR erfolgt auf der Grundlage eines offiziellen Schriftwechsels aus dem Jahr 1998.

UNHCR arbeitete am BDIMR-Projekt zur Registrierung von Personen mit ständigem Wohnsitz in Armenien mit, wobei die UNHCR-Experten einen wichtigen Beitrag zur Registrierung der Flüchtlinge leisteten.

Das BDIMR unterstützte auch gemeinsam mit UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration Maßnahmen im Anschluss an die Regionalkonferenz über Probleme von Flüchtlingen, Vertriebenen, anderen Formen der Vertreibung und Rückkehrern in den Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten und betroffenen Nachbarstaaten, die 1996 in Genf abgehalten wurde.

Das BDIMR und UNHCR unterstützten auch drei Workshops für Richter, Staatsanwälte und Verteidiger in Usbekistan zum Thema Völkerrechtsnormen.

Europäische Union (EU)

Europäische Kommission (EK)

Das BDIMR nahm 2001 zwei gemeinsame Programme mit der Europäischen Kommission in Angriff. Das erste ist ein Anschlussprogramm

zur Förderung der Menschenrechte und der Demokratisierung in Zentralasien; das zweite betrifft Roma im Rahmen des Stabilitätspakts. Die gemeinsamen Aktivitäten des BDIMR und der Europäischen Kommission waren wegweisend für die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen im Bereich der Menschenrechte und Demokratisierung. Mit dem gemeinsamen Programm für Zentralasien soll die Rechtsstaatlichkeit, die Zivilgesellschaft und die Achtung der Menschenrechte in Zentralasien gefördert werden. Es besteht aus mehreren Projekten zur Überprüfung der Rechtsvorschriften, zur Förderung des Dialogs zwischen nichtstaatlichen Organisationen und Regierungen, zur Stärkung der Rolle der Frauen im öffentlichen Leben und zur Hilfestellung für innerstaatliche Menschenrechtsinstitutionen und bei der Strafvollzugsreform.

Nach dem Muster des Programms für Zentralasien begannen das BDIMR und die Europäische Kommission gemeinsam mit der OSZE-Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus im Jahr 2000 mit der Verwirklichung eines gemeinsamen Programms, das bessere Voraussetzungen für die Demokratisierung und die Schaffung eines pluralistischen politischen Systems in Belarus schaffen soll. Das Programm wurde 2001 fortgesetzt.

Im Zuge der Bemühungen der BDIMR-Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti um eine formelle Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen in Fragen der Roma und Sinti durch die Schaffung einer informellen Kontaktgruppe für Roma unter Beteiligung des BDIMR, des Europarats und der Europäischen Kommission ging sie auch eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission im Rahmen eines gemeinsamen Arbeitsprogramms ein.

Auf dem Gebiet der Wahlbeobachtung und der technischen Hilfe hielt das BDIMR regelmäßig Kontakt mit der neu geschaffenen Dienststelle Wahlen der Generaldirektion für Außenbeziehungen der Europäischen Kommission. Die Kommission nahm im Mai 2001 aktiv am BDIMR-Seminar zur menschlichen Dimension über Wahlprozesse teil und war in die Beratungen über die Einrichtung einer beschränkten internationalen Wahlbeobachtungsmission für die Präsidentenwahlen in Belarus eng eingebunden. Die BDIMR-Abteilung Wahlen nahm im Mai 2001 an einer Konferenz der Europäischen Kommission über die Rolle der Men-

schenrechte und der Demokratisierung in der Konfliktverhütung und Konfliktlösung teil.

Europäisches Parlament (EP)

Das Europäische Parlament war an den politischen Konsultationen vor der Einrichtung der beschränkten Wahlbeobachtungsmission für die Präsidentenwahlen in Belarus beteiligt. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament gab das BDIMR die vorläufigen Ergebnisse der ersten Runde der Parlamentswahlen in Albanien bekannt.

Stabilitätspakt für Südosteuropa

Im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa führt das BDIMR den Vorsitz in der Arbeitsgruppe Menschenhandel des im Dezember 2000 eingerichteten Arbeitskreises III (Sicherheitsfragen). Die Arbeitsgruppe koordiniert die Aktivitäten der internationalen Organisationen im Kampf gegen den Menschenhandel. Sie sorgt für politische Führung, verleiht diesen Aktivitäten öffentliches Profil und hilft mit, internationale Prioritäten zu setzen. Sie fungiert ferner als Clearingstelle, in der das Fachwissen der verschiedenen Institutionen und Experten, die sich mit Menschenhandel befassen, gesammelt wird.

In Koordination mit dem Europarat entwickelte das BDIMR die Website *Stability Pact Legislationline*, die als Hilfsmittel für die Gesetzgeber in den von den OSZE-Verpflichtungen zur menschlichen Dimension betroffenen Rechtsbereichen dienen soll. Ihre Hauptzielsetzung ist es, den Rechtsraum zu vergrößern, in dem sich die Gesetzgeber bewegen, indem ein direkter Zugang zu den für diese Rechtsbereiche relevanten Gesetzesbestimmungen der OSZE-Teilnehmerstaaten eröffnet wird.

Das BDIMR beteiligte sich auch an einem regionalen Projekt des Stabilitätspakts zur Strafvollzugsreform. Als Teil eines Projekts, das in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Europarat verwirklicht wird, unternimmt das BDIMR auch zahlreiche Aktivitäten zur Förderung der Rechte der Roma.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

In Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration unterstützte das BDIMR Projekte zur Bekämpfung des Menschenhandels, darunter Forschungsprojekte in Tadschikistan und über den Menschenhandel in

Richtung Balkan, über den Balkan und aus dem Balkan. In der gesamten OSZE-Region, insbesondere in der Region des Stabilitätspakts, sowie in vielen Ursprungsländern des Menschenhandels in Richtung der Region wie etwa der Ukraine stimmt das BDIMR seine Initiativen eng mit der IOM ab. Das BDIMR und die IOM informierten einander auch über konkrete Fälle von Menschenhandel und bemühten sich gemeinsam, Opfern von Menschenhandel die Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern.

Das BDIMR führte sein Programm zur Schulung kirgisischer Grenzschutzbeamte in den Menschenrechten in Zusammenarbeit mit der IOM durch und unterstützte seinerseits die IOM bei der Verwirklichung ihres Programms für freiwillige Rückkehr abgewiesener Asylbewerber aus der Tschechischen Republik, der Slowakei, aus Ungarn und Rumänien.

Das BDIMR und die IOM arbeiteten auch bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten in Aserbaidschan im Zusammenhang mit der Hilfe für das neue Grenzschutz-Schulungszentrum zusammen. Ende Oktober 2001 organisierten die beiden Organisationen auch gemeinsam einen wichtigen Workshop in Almaty über Migrationsrecht und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Der Workshop war eine Folgeveranstaltung zur regionalen Konferenz über Probleme von Flüchtlingen, Vertriebenen, anderen Formen der Vertreibung und Rückkehrern in den Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten und betroffener Nachbarstaaten, die 1996 in Genf stattgefunden hatte.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Das BDIMR koordiniert seine Aktivitäten und pflegt den Informationsaustausch mit dem IKRK regelmäßig auf informeller Basis. Auf Ebene der Amtssitze standen der Direktor des BDIMR und der Präsident des IKRK in Schlüsselfragen in regelmäßigem Kontakt. Der Leiter des Zentralen Suchdienstes und der Schutzabteilung des IKRK gehört dem beratenden BDIMR-Ausschuss für die Verhütung von Folter an. Vertreter des IKRK nehmen laufend an den vom BDIMR organisierten OSZE-Treffen zur menschlichen Dimension teil. Im Rahmen der Zusammenarbeit vor Ort leistete ein IKRK-Experte einen Beitrag zu einem Managementprojekt über Haft und Untersuchungshaft und TB-Überwachung in Belarus, das vom BDIMR gemeinsam mit der OSZE-Beratungs- und Über-

wachungsgruppe in Belarus durchgeführt wurde. Das BDIMR koordinierte auch seine Schulungsprogramme für Strafvollzugspersonal in Zentralasien mit dem Leiter der regionalen Delegation des IKRK für Zentralasien.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

Das BDIMR führt Konsultationen mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und versorgt sie mit Informationen.

Weltbank (WB)

Das BDIMR hat zugesagt, das Weltbankprojekt für die Entwicklung einer Richterausbildungsakademie in Kasachstan ergänzend zu unterstützen und die Ausbildung jener Richter zu übernehmen, die selbst in der Akademie unterrichten werden, und darüber hinaus an der Entwicklung des Lehrplans für das Studienfach Strafrechtspflege mitzuarbeiten.

DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

Europarat

Sowohl der erste Hohe Kommissar für nationale Minderheiten, der Niederländer Max van der Stoep, als auch Rolf Ekéus aus Schweden, der ihm am 1. Juli 2001 im Amt nachfolgte, pflegten eine für beide Seiten wertvolle Zusammenarbeit mit dem Europarat in Fragen, die in den Aufgabenbereich des Hohen Kommissars fallen. Diese Zusammenarbeit schloss regelmäßige Konsultationen auf Expertenebene mit verschiedenen Direktionen und Abteilungen des Europarats sowie mit der Venedig-Kommission ein.

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt empfing Rolf Ekéus am 3. Juli in Den Haag den Kommissar des Europarats für Menschenrechte, Alvaro Gil-Robles. Am 20. Juli traf er mit dem Generalsekretär des Europarats, Walter Schwimmer, und leitenden Beamten in Straßburg zu Gesprächen über ein breites Spektrum von Fragen von beiderseitigem Interesse zusammen.

Vereinte Nationen (UN)

In Zusammenarbeit mit dem BDIMR setzte der HKNM seine Unterstützung für das UNDP und UNHCR in deren Bemühungen um die Schaffung oder Stärkung von Volksanwaltschaften in verschiedenen Ländern fort. Darüber

hinaus unterstützte der HKNM wie bisher UNHCR und das UNDP in ihren Spendenaufufen in schwierigen humanitären Situationen, die in manchen Ländern die interethnischen Beziehungen beeinträchtigen.

Der HKNM pflegte den Kontakt mit UNHCHR, insbesondere in dem Bestreben, die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Minderheiten zu unterstützen.

Am 19. Juli 2001 traf der neue HKNM in Genf mit dem Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge, Ruud Lubbers, zu Gesprächen über Fragen von beiderseitigem Interesse zusammen, bei denen auch Mittel und Wege zur weiteren Stärkung und Entwicklung der laufenden Zusammenarbeit erörtert wurden. Die Grundlage dieser Zusammenarbeit bildet eine formelle Vereinbarung in Form eines Schriftwechsels zwischen dem ehemaligen HKNM und UNHCR.

Europäische Kommission (EK)

Zwischen dem HKNM und zuständigen Dienststellen der EK bestehen Kontakte in Form regelmäßiger Konsultationen zu sowohl allgemeinen als auch konkreten Fragen, die für beide Seiten von Belang sind. Mit EK-Vertretern hielt man sowohl in Brüssel als auch in den jeweiligen Hauptstädten Kontakt. Der HKNM bemühte sich insbesondere um finanzielle Unterstützung für verschiedene Projekte vor Ort durch die EK, durch die interethnische Spannungen gemildert werden sollen, darunter auch einzelstaatliche Strategien zugunsten der Roma und Sinti. Diese Zusammenarbeit schlug sich auch in einem substantziellen Beitrag der EK zur Unterstützung der Südosteuropa-Universität in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien nieder.

DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Der OSZE-Bbeauftragte für Medienfreiheit arbeitet eng mit anderen einschlägigen internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zusammen. Sein Büro nimmt Informationen von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) zu Medienfragen entgegen und bewertet sie. Bei dieser Tätigkeit sind seine wichtigsten Partner *Reporters sans frontières*, das Internationale Presseinstitut, ANEM (Vereinigung unabhängiger elektronischer Medien in Serbien), *The Centre for Extreme Journalism in Russia*, *The*

Freedom Forum und andere. Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen erstreckt sich auf Fragen im Zusammenhang mit dem Mandat des Medienbeauftragten. Besonders häufig arbeitet er mit dem Europarat und den Vereinten Nationen zusammen.

Europarat

In einigen länderspezifischen und strukturellen Fragen arbeitet der Beauftragte unter anderem in Form von Informationsaustausch und gemeinsamen Treffen eng mit dem Europarat zusammen.

Er organisierte gemeinsam mit dem Europarat eine „Regionalkonferenz über freie Medien in Südosteuropa: Schutz von Journalisten und ihre Rolle bei der Aussöhnung, der Förderung friedlicher Beziehungen zwischen den Volksgruppen und der Verhütung von Konflikten“. Sie fand vom 28. Februar bis 2. März 2001 in Zagreb statt und beschäftigte sich mit dem aktuellen Zustand der Medien in Südosteuropa, mit dem Ziel, die Entwicklung regionaler Strategien zur Förderung der Medienfreiheit zu unterstützen.

Der OSZE-Medienbeauftragte arbeitet gemeinsam mit dem Europarat an einigen Initiativen in der Ukraine, insbesondere an der Analyse von Gesetzesvorhaben im Medienbereich.

Vereinte Nationen und Organisation der amerikanischen Staaten (OAS)

Am 29. und 30. November 2000 kam es bei einem Seminar in London zu einer zweiten Begegnung zwischen dem OSZE-Bbeauftragten für Medienfreiheit, dem UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung und dem Sonderbeauftragten der OAS für freie Meinungsäußerung. Dieses zweite Seminar verfolgte drei Hauptziele, nämlich Standards in Bezug auf die Haupthindernisse für freie Meinungsäußerung vorzuschlagen, eine engere Zusammenarbeit und einen intensiveren Informationsaustausch zwischen den Beteiligten herbeizuführen und einen Gedankenaustausch mit NGOs und unabhängigen Fachleuten zu ermöglichen.

Sie erörterten auch regionale Entwicklungen in Afrika und in der ASEAN-Region. Das Ergebnis dieser Erörterungen war eine abschließende Erklärung, in der sich die drei Beauftragten für die Schaffung regionaler Mechanismen zur Förderung des Rechts auf Meinungsfreiheit und der Menschenrechte im Allgemeinen aussprachen.

Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit übermittelte den UN einschlägiges Material zur Lage der Medien in einigen OSZE-Teilnehmerstaaten.

Stabilitätspakt für Südosteuropa

Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit befasste sich mit einigen Angelegenheiten im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa. Sein Büro ist Mitglied der Arbeitsgruppe Medien und beteiligt sich regelmäßig an deren Aktivitäten.

Im Rahmen des Stabilitätspakts war der OSZE-Beauftragte Initiator eines Projekts mit dem Titel „Unsere Zukunft verteidigen: mobile.culture.container“. Dieses mobile Haus der Begegnung mit Bibliothek wurde in Tuzla (Bosnien und Herzegowina) im Beisein zahlreicher internationaler und örtlicher Würdenträger offiziell vorgestellt. Es kommen hier bereits Jugendliche aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammen, um über ihre gemeinsame Zukunft zu sprechen. Der mobile.culture.container besuchte bisher Osijek (Kroatien), Čačak (Bundesrepublik Jugoslawien) und Gorazde (Bosnien und Herzegowina).

Nichtstaatliche Organisationen

Die Natur seiner Tätigkeit bedingt, dass der OSZE-Beauftragte in engem Kontakt mit NGOs steht, die sich mit Medien befassen. Sie versorgen sein Büro mit Informationen zu konkreten Fällen von Medienbehinderung durch Regierungen von OSZE-Teilnehmerstaaten. Zu den engsten Mitarbeitern des Beauftragten zählen *Reporters sans frontières*, das Internationale Presseinstitut, ANEM (Vereinigung unabhängiger elektronischer Medien in Serbien), *The Centre for Extreme Journalism in Russia*, *The Freedom Forum* und andere. In dem alljährlich erscheinenden Jahrbuch *Freedom and Responsibility* gibt der OSZE-Beauftragte einen umfassenden Überblick über Medien-NGOs.

DIE PARLAMEN- TARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen sowie zwischen den OSZE-Insti-

tutionen. Die Versammlung setzt sich auch für eine engere Koordination und Zusammenarbeit zwischen internationalen parlamentarischen Institutionen ein.

Die Parlamentarische Versammlung sieht in der auf dem Gipfeltreffen von Istanbul 1999 verabschiedeten Plattform für kooperative Sicherheit eine wichtige Grundlage für die Entwicklung organisationsübergreifender Beziehungen im OSZE-Gebiet. Die OSZE-Parlamentarier empfahlen deshalb, die Zusammenarbeit und Koordination zwischen der OSZE und anderen regionalen Institutionen, insbesondere Europarat, NATO, EU und GUS, zu verstärken, um Überschneidungen zu vermeiden und es ihnen allen zu ermöglichen, die jeweiligen organisatorischen Fähigkeiten, die Erfahrungen und die Infrastruktur der anderen zu nützen und dadurch ihre wechselseitigen Bemühungen zu verstärken und zu intensivieren.

In ihrer Pariser Erklärung vom Juli 2001 betonte die Parlamentarische Versammlung, dass alle OSZE-Institutionen regelmäßige Konsultationen über die Frage abhalten sollten, wie ihre Zusammenarbeit und der Informationsaustausch über ihre Aktivitäten gefördert und verstärkt werden können. Die Parlamentarische Versammlung empfahl der OSZE ferner, ihre Aktivitäten im Bereich der Demokratisierung in Zusammenarbeit mit dem Europarat auszuweiten und den Teilnehmerstaaten insbesondere Hilfestellung bei der Justizreform zu leisten. Es wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, für die Lösung konkreter Probleme im ökonomischen und ökologischen Bereich einen kooperativen Ansatz zu suchen und den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen internationalen und/oder nichtstaatlichen Organisationen zu fördern, die in einem bestimmten Bereich oder einer bestimmten Region tätig sind.

Zusammenarbeit innerhalb der OSZE

Seit ihrer Gründung im Jahr 1991 entwickelten die Parlamentarische Versammlung der OSZE und ihr internationales Sekretariat eine regelmäßige und formelle Wechselbeziehung auf hoher Ebene mit den anderen OSZE-Institutionen. Es ist inzwischen üblich, dass der Amtierende Vorsitzende und die Leiter der OSZE-Institutionen an der Jahrestagung und an den Sitzungen des Ständigen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung teilnehmen, um

über ihre Tätigkeit zu berichten und Fragen zu beantworten.

Darüber hinaus werden Erklärungen und Entschlüsse der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung dem Amtierenden Vorsitz der OSZE und dem Ministerrat der Organisation übermittelt. Jedes Jahr spricht der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE auf dem Gipfeltreffen beziehungsweise im Ministerrat der OSZE. Im November 2000 unterstrich Präsident Severin die Notwendigkeit einer verstärkten Transparenz und Rechenschaftspflicht in den Beschlussfassungsverfahren der OSZE. Er betonte auch, dass Mängel wie das versteckte Vetorecht in der konsensorientierten OSZE beseitigt werden und die Kompetenzen der OSZE-Institutionen genau festgelegt werden müssten, insbesondere jene der zu wenig genutzten Parlamentarischen Versammlung.

Die Versammlung ist bei offiziellen OSZE-Treffen auf allen Ebenen vertreten und bemüht sich auch weiterhin um die Pflege guter Arbeitsbeziehungen zum OSZE-Sekretariat in Wien. Diese Beziehung und die Koordination sollten jedoch weiter verstärkt werden, um zu vermeiden, dass sich wichtige Veranstaltungen beider Seiten überschneiden, was Abgeordnete der Parlamentarischen Versammlung der OSZE mitunter daran gehindert hat, an bestimmten OSZE-Aktivitäten teilzunehmen.

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE beanstandete, dass der Informationsfluss vom Amtssitz der OSZE in Wien zum Sekretariat der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Kopenhagen nicht immer reibungslos und zeitgerecht funktioniere. Auf der Jahrestagung im Juli 2001 in Paris verabschiedete die Parlamentarische Versammlung der OSZE einstimmig eine EntschlieÙung, durch die ein Ad-hoc-Ausschuss für Transparenz und Rechenschaftspflicht eingerichtet wurde. Die OSZE wird sich nach Kräften bemühen, mit diesem Ausschuss zusammenzuarbeiten.

Der Generalsekretär, seine beiden Stellvertreter sowie andere Mitarbeiter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nehmen regelmäßig an OSZE-Treffen teil und fungieren gelegentlich als Berichterstatter bei verschiedenen Konferenzen und Seminaren.

Im Februar 2001 änderte die Parlamentarische Versammlung ihre Geschäftsordnung und ermöglichte damit auch Wintertagungen.

Hauptzweck dieser Tagungen ist es, den Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ein zusätzliches Forum zu bieten und die Kommunikation und den Dialog zwischen der Versammlung und den anderen OSZE-Institutionen zu verbessern. Die erste Wintertagung wird am 21. und 22. Februar 2002 stattfinden.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE arbeitet sehr eng mit den OSZE-Feldeinsätzen zusammen, insbesondere im Zusammenhang mit der Arbeit der Ad-hoc-Ausschüsse und Arbeitsgruppen sowie bei Präsidentenbesuchen und Wahlbeobachtungsmissionen. Die Ad-hoc-Ausschüsse der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu Belarus, Moldau und Abchasien (Georgien) arbeiten in diesen Ländern eng mit den OSZE-Feldeinsätzen zusammen. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE veranlasste eine Verstärkung der Kontakte zwischen der Versammlung und den Feldeinsätzen und legte den Abgeordneten nahe, die Missionen von Zeit zu Zeit zu besuchen, um sich über die OSZE-Aktivitäten zu informieren und die Missionen politisch zu unterstützen. Wenn die Parlamentarische Versammlung der OSZE die Besuche vor Ort systematisiert, kann sie eine Elite gut informierter Parlamentarier heranbilden, die finanzielle Ersuchen für die OSZE-Feldeinsätze in ihren nationalen Parlamenten wahrscheinlich energischer unterstützen werden.

Die Parlamentarische Versammlung arbeitete mit den Feldaktivitäten auch eng in konkreten Projekten wie dem Runden Tisch über die Wahlen in Kasachstan zusammen, in dessen Rahmen die PV, das OSZE-Zentrum in Almaty und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte zu mehreren Arbeitstreffen mit der zentralen Wahlbehörde zusammentrafen. Weiters stattete der Leiter des OSZE-Büros in Eriwan, Botschafter Roy Reeve, dem internationalen Sekretariat in Kopenhagen im Mai 2001 einen Besuch ab, um mögliche Projekte und die künftige Zusammenarbeit zwischen seinem Büro und der PV zu erörtern.

Ferner arbeitet die Parlamentarische Versammlung der OSZE bei ihrem Wahlbeobachtungsprogramm mit dem Büro der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) zusammen. 1997 unterzeichneten der Vorsitzende der OSZE und der PV-Präsident in Kopenhagen eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem BDIMR und der Parla-

rischen Versammlung der OSZE, die eine intensivere Zusammenarbeit der beiden Institutionen bei der Wahlbeobachtung bewirken soll. Wann immer die PV eine Wahlbeobachtungsdelegation entsandte, ernannte der Amtierende Vorsitzende ein ranghohes Mitglied der Parlamentarischen Versammlung zum Leiter der OSZE-Beobachtungsmission. Dadurch erhielten die Bemühungen der Organisation vor Ort insgesamt ein deutlicheres Profil und gewannen an Glaubwürdigkeit. BDIMR-Vertreter nehmen häufig an PV-Seminaren und -Treffen teil, bei denen sie als Experten in konkreten Fragen zur Verfügung stehen; die Parlamentarische Versammlung ist ihrerseits oft bei BDIMR-Treffen entweder auf politischer oder auf exekutiver Ebene vertreten, wobei PV-Mitarbeiter gelegentlich als Berichtserstatter fungierten.

Die Zusammenarbeit mit den Büros des Beauftragten für Medienfreiheit und des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten war sehr gut, und es ist inzwischen eine bewährte Tradition, jeweils an den Seminaren und Treffen der anderen teilzunehmen. Im Herbst 2001 sponserten die PV und das Büro des Beauftragten für Medienfreiheit gemeinsam ein Praktikantenprojekt für junge Journalisten aus dem Kosovo. Zwei junge Journalisten aus dem Kosovo arbeiten teils im Büro des Beauftragten für Medienfreiheit und teils in der PV. Zwei weitere Praktikanten aus dem Kosovo sind in der Region Kosovo tätig. Das Projekt wird durch den Journalistenpreis der PV gesponsert, und das Büro des Beauftragten für Medienfreiheit zeichnete für das Gesamtprogramm der beiden Praktikanten verantwortlich, die auch der Jahrestagung der PV in Paris beiwohnten.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE arbeitet auch eng mit dem Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE zusammen und nimmt aktiv an den jährlichen Treffen des Wirtschaftsforums sowie an den Vorbereitungsseminaren teil. Die Amtsträger des zweiten Allgemeinen Ausschusses der PV halten Einleitungsreferate und Mitarbeiter des Internationalen Sekretariats der PV übernehmen die Berichterstattung.

Zusammenarbeit mit anderen internationalen Institutionen

Im abgelaufenen Jahr setzte die Parlamentarische Versammlung der OSZE ihre Zusammenarbeit mit anderen internationalen Parlamentsgremien fort. Auf der Jahrestagung der

Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Juli 2000 in Bukarest waren Vertreter des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Versammlung der Westeuropäischen Union, der Interparlamentarischen Versammlung der GUS, der Parlamentarischen Versammlung der NATO und des Nordischen Rates anwesend.

Im April 2001 wurde das traditionelle „2+2“-Treffen zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und dem Generalsekretär der OSZE einerseits und dem Vorsitzenden des Ministerkomitees des Europarats und dem Generalsekretär des Europarats andererseits auf ein „3+3“-Treffen erweitert, das nun auch die beiden Präsidenten der Parlamentarischen Versammlungen von Europarat und OSZE sowie die Generalsekretäre von Europarat und OSZE einschließt. Darüber hinaus halten die beiden Parlamentarischen Versammlungen regelmäßige Koordinationssitzungen mit den beiden Präsidenten und den beiden Generalsekretären oder ihren Stellvertretern ab.

Bei Wahlbeobachtungsmissionen arbeitet die Parlamentarische Versammlung der OSZE eng mit anderen parlamentarischen Institutionen, insbesondere dem Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, zusammen. Auch mit der Parlamentarischen Versammlung der NATO besteht eine Zusammenarbeit, deren Mitglieder sich oft Beobachtermissionen der PV anschließen. Die PV, die Parlamentarische Versammlung des Europarats und das Europäische Parlament arbeiten häufig als „Parlamentarische Troika“ der drei Parlamentsversammlungen zusammen, um Arbeitsüberschneidungen zu vermeiden und sicherzustellen, dass die internationale Gemeinschaft mit einer Stimme spricht.

Auch die Ad-hoc-Ausschüsse der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die in kritischen Regionen mit besonderen Problemen tätig sind, nehmen gelegentlich an Sitzungen der verschiedenen Parlamentarischen Troikas mit dem Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats teil, um die Koordination zu verbessern und internationale Parlamentarierprojekte zu stärken. In Albanien arbeitete eine Troika aus Vertretern der drei Parlamentsversammlungen mit der OSZE-Präsenz in Albanien zusammen, um dem albanischen Parlament bei der Entwicklung demokratischer Parlamentspraktiken und beim Ent-

wurf einer neuen Verfassung behilflich zu sein. Es ist geplant, diese Form der Zusammenarbeit mit der OSZE-Präsenz in Albanien fortzusetzen. In Belarus ist eine Parlamentariertrioika derzeit damit beschäftigt, den Dialog und die demokratische Entwicklung zu fördern. Eine Parlamentariertrioika ist auch im Hinblick auf den Stabilitätspakt geplant; sie soll dafür sorgen, dass jede der parlamentarischen Institutionen in den einzelnen Arbeitsgruppen des Stabilitätspakts vertreten ist. Man hofft, dass eine Parlamentariertrioika verfolgen kann, inwieweit sich Regierungen und internationale Organisationen an ihre Verpflichtungen halten, und dass sie gleichzeitig mithilft, die notwendigen Struktur-reformen durchzusetzen.

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sprach am 29. Mai 2001 im Ausschuss des Europäischen Parlaments für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigungspolitik; in seiner Erklärung unterstrich er die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen internationalen Parlamentariergremien zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle insbesondere in Bezug auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität. Präsident Severin erklärte, dass der Dialog zwischen den wichtigsten europäischen Sicherheitsorganisationen diesbezüglich vertieft werden müsse, insbesondere zwischen der OSZE, der NATO und der EU.

Daneben arbeiten die Ad-hoc-Ausschüsse der PV mit Außenstellen aller anderen internationalen Organisationen, insbesondere der UN, der NATO und der EU, zusammen. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE steht auch in regelmäßigem Kontakt mit NGOs, sowohl im Rahmen ihrer Tagungen als auch bei Feldmissionen ihrer Abgeordneten.

OSZE-MISSIONEN

DIE OSZE-PRÄSENZ IN ALBANIEN

Allgemeine Beurteilung

Die Präsenz in Albanien wurde vor vier Jahren eingerichtet. Sie ist nach wie vor eine der wichtigsten internationalen Organisationen im Land und genießt einen ausgezeichneten Ruf. Die Präsenz hat wohl eine Sonderstellung unter den OSZE-Missionen, da ihr Mandat ganz konkret von ihr verlangt, als koordinierende Instanz einen flexiblen Rahmen für andere Organisationen anzubieten. Dieses breit angelegte Mandat bedeutet, dass die Präsenz an den verschiedensten Aktivitäten beteiligt ist und dabei eng mit zahlreichen internationalen Organisationen zusammenarbeitet. Zehn Außenstellen im ganzen Land und ein Verbindungsbüro in Tirana unterstützen die Arbeit der Präsenz in ihrer Zentrale in Tirana.

Ein Großteil der Arbeit der Präsenz mit ihren internationalen Partnern erfolgt über die 39 Mitglieder umfassende Gruppe der Freunde Albaniens (FoA), in der die wichtigsten bilateralen und multilateralen Partner Albaniens vertreten sind. Seit der Krise im September 1998 bildet die Gruppe das wichtigste Kooperationsforum für die Vertreter der internationalen Gemeinschaft im Land. Den Vorsitz auf internationaler Ebene führen gemeinsam der Amtierende Vorsitzende der OSZE und der EU-Vorsitz, auf lokaler Ebene ist der Leiter der OSZE-Präsenz FoA-Vorsitzender. Was das Sekretariat der Gruppe anbelangt, so ist die Präsenz bemüht, Informationen über geberfinanzierte Programme weiterzuleiten und in einem breiten Spektrum von Fragen politischen Konsens herbeizuführen. Dadurch bildet die Gruppe auch ein regelmäßiges Diskussionsforum für politische Fragen und Reformstrategien in den Bereichen Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, *Good Governance*, Wirtschaftsentwicklung, Sicherheit und öffentlichen Ordnung. Die Gruppe tritt regelmäßig entweder in Wien oder in Brüssel zu internationalen Plenartagungen zusammen, um die Fortschritte zu beurteilen, die Albanien allgemein auf seinem Reformweg und in Richtung Stabilität macht.

Künftige Zusammenarbeit

Die Präsenz wird weiterhin die erste Anlaufstelle für buchstäblich alle internationalen Organisationen und viele internationale NGOs sein, die nach Albanien kommen. Aufgrund ihres breitgefassten Mandats und ihres weit verzweigten Außenstellennetzes besitzt die Präsenz wesentlich fundiertere Kenntnisse über die meisten wichtigen Fragen im Land als alle anderen Organisationen. Die Präsenz gibt den Vertretern internationaler Organisationen, die das Land besuchen, eine Einführung über die Lage im Land. Sie kann auch Analysen zu konkreten Fragen anbieten, insbesondere zu politischen und Sicherheitsangelegenheiten.

Europarat

Der Europarat und die Präsenz arbeiten in den meisten wichtigen politischen Fragen eng zusammen. Der Sonderbeauftragte des Europarats nimmt an den allmorgendlichen Sitzungen der Präsenz teil, und einmal im Jahr reist der Leiter der Präsenz nach Straßburg, um Probleme von beiderseitigem Interesse zu erörtern. Auf fachlicher Ebene gibt es zwischen der Präsenz und dem Europarat eine Zusammenarbeit in folgenden Fragen:

- **Wahlen:** Dank der engen Arbeitsbeziehung in Wahlangelegenheiten zwischen dem Sonderbeauftragten und dem Leiter der Präsenz wird sowohl in der Öffentlichkeit als auch gegenüber den politischen Parteien und an anderer Stelle eine gemeinsame Linie vertreten. Die internationale Wahlbeobachtungsmission bei den albanischen Parlamentswahlen am 22. Juli 2001 war ein gemeinsames Unternehmen des BDIMR und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Die zuständigen albanischen Wahlbehörden erhielten von der Präsenz Hilfestellung und Unterstützung.
- **Rechts- und Justizreform:** Der Europarat und das Büro des juristischen Beraters der Präsenz befassen sich gemeinsam mit der Prüfung des Gesetzes über den Hohen Justizrat, mit Fragen der Kommunalverwaltung sowie mit Polizeifragen und der Justizreform. Auch bei der Entwicklung und Verwaltung der Richterakademie gibt es insofern eine gewisse Zusammenarbeit, als einer der

Juristen aus dem Büro des juristischen Beraters Unterrichtsunterstützung liefert.

- Entwicklung der Volksanwaltschaft: Beide Organisationen sind in der Geberkoordinationsgruppe vertreten, die den Ombudsmann unterstützt.
- Menschenrechte: Die beiden Organisationen informieren einander und beraten Konsulanten, die mit der Analyse verschiedener Fragen der Menschenrechte und der Rechtsreform beauftragt wurden. Das Menschenrechtsbüro der Präsenz ebnete dem Europarat den Weg zur Aufnahme in die interministerielle Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels.
- Dezentralisierung: Die Präsenz und der Europarat arbeiten bei der begleitenden Kontrolle von Dezentralisierungsfragen zusammen. Gemeinsam unterstützen sie die albanische Regierung bei der Schaffung einer effizienten Kommunalverwaltung im Einklang mit der albanischen Verfassung und der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, die von Albanien ratifiziert wurde.
- Korruptionsbekämpfung: Die Präsenz und der Europarat unterstützten die Einrichtung der Beobachtergruppe für Korruptionsbekämpfung, die beurteilen und analysieren soll, wie die für die Bekämpfung der Korruption wesentlichen institutionellen Reformen vorankommen.

Vereinte Nationen (UN)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Seit 1998 führt das UNDP in ausgewählten Gebieten Albaniens sein Programm „Tauscht Waffen gegen Entwicklung“ durch. Auf wiederholte Aufforderung durch die Freunde Albaniens startete die Regierung im Frühjahr 2000 ein landesweites Programm zur Einsammlung von Waffen. Informationen aus den Außenstellen der Präsenz deuteten darauf hin, dass die Erfolgsquote sehr uneinheitlich ist und es an Ausrüstung und Mitteln mangelt. Als das UNDP darüber informiert wurde, kündigte es an, dass es ab September 2001 das landesweite Programm durch Aufklärung, technische Hilfe und Bestandskontrollen unterstützen werde. Die Präsenz sucht auch Mittel und Wege zur Förderung des UNDP-Programms im Nordosten des Landes, wo

die Einsammlung der Waffen besonders schleppend vor sich geht.

Bei der Wahlhilfe war die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem UNDP weniger umfangreich als im Vorjahr, da das UNDP sein diesbezügliches Engagement eingeschränkt hat. Beide Organisationen waren jedoch im Verwaltungsrat des Wählereintragsprojekts 2001 vertreten.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)

Das UNHCHR-Büro in Bosnien und Herzegowina und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE unterstützten die Präsenz bei der Zusammenstellung des Unterrichtsmaterials für den Lehrgang „Polizei für Frauenrechte: Gewalt in der Familie, Prostitution und Frauenhandel“. Teile des Lehrgangs wurden sowohl in das Schulungsprogramm der Polizeiausbildungsmissionen in Albanien, namentlich des Multinationalen Polizeiberaterstabs der WEU, als auch in das von den USA finanzierte Internationale Schulungsprogramm für kriminalpolizeiliche Ermittlungen übernommen.

Die Präsenz arbeitete auch eng mit dem UNHCHR-Beauftragten zusammen, um Albanien bei der Erfüllung seiner Berichterstattungspflicht gegenüber den Vereinten Nationen gemäß den Menschenrechtsübereinkommen zu unterstützen.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Während der Krise im Kosovo 1998-1999 standen die Präsenz und das UNHCR-Büro in Tirana in enger Verbindung. Nachdem die Kosovo-Flüchtlinge das Land wieder verlassen hatten, traten für UNHCR andere Fragen in den Vordergrund seiner Tätigkeit in Albanien, wodurch neue Beziehungen rund um die Asyl- und Migrationsfrage entstanden. UNHCR ist Berichterstatter der FoA-Fachgruppe für Asyl und Migration, in der zentrale Probleme wie die Grenzkontrollpolitik, die Haft illegaler Einwanderer, der Umgang mit Häftlingen und der EU-Aktionsplan für Albanien und die Nachbarregion erörtert werden. Die Präsenz und UNHCR verfassten einen Entwurf für eine Vierer-Übereinkunft mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der Internationalen Katholischen Kommission für Wanderungsfragen (ICMC) über die Einführung einer ersten Sicher-

heitsüberprüfung, mit deren Hilfe illegale Migranten aus dem Flüchtlingsstrom herausgefiltert werden sollen.

UNHCR und die Präsenz sind auf Führungsebene in engem Kontakt und erörtern vorsorglich Probleme, die sich im Fall eines Flüchtlingszustroms nach Albanien ergeben könnten, wenn sich die Lage in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien verschlechtern sollte.

Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK)

Die Außenstelle der Präsenz in Kukës führt häufig den Vorsitz bei den regelmäßigen monatlichen Sitzungen der gemeinsamen albanisch-kosovarischen Grenzkommission, in der albanische Polizei- und Zollbeamte, Mitarbeiter der zivilen Polizei der UNMIK und KFOR-Offiziere von beiden Seiten der Grenze zwischen Albanien und dem Kosovo zusammenkommen. Die Präsenz und die UNMIK erörterten auch einen Vorschlag der albanischen Regierung, die das Wirtschaftswachstum im nordöstlichen Albanien durch eine Steigerung des Handels ankurbeln und zu diesem Zweck zwei zusätzliche Grenzübergänge zwischen Albanien und dem Kosovo eröffnen will. Dadurch könnte auch der illegale Grenzübertritt und der Schmuggel eingedämmt werden. Anfang Juli 2001 wurde einer der vorgeschlagenen neuen Grenzübergänge in Morina (Bezirk Tropoja) offiziell eröffnet.

Europäische Union (EU)

EU-Mitgliedstaaten/Ministerrat

Die Präsenz arbeitet mit den Mitgliedstaaten der EU über die Gruppe der Freunde Albaniens zusammen. Von Zeit zu Zeit spricht der Leiter der Präsenz vor der Gruppe des Rates „Westbalkan“ in Brüssel. Vertreter der Präsenz halten auf verschiedenen Ebenen und zu einem breiten Spektrum von Aktivitäten Kontakt zu den bilateralen Botschaften der EU-Mitgliedstaaten.

Europäische Kommission (EK)

Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) zur Förderung umfassender politischer, institutioneller und wirtschaftlicher Reformen bilden den Grundstein der Westbalkanpolitik der EU.

In Bezug auf Albanien hielt die EU weitere Vorarbeiten für angezeigt, bevor Verhandlungen über ein SAA aufgenommen werden. Deshalb richtete sie Anfang 2001 die Hochrangige Lenkungsgruppe (HLSG) unter der Leitung der

Kommission ein. Während der Vorbereitungen für die drei HLSG-Treffen führte die Kommission ausführliche Konsultationen mit der Präsenz, deren Ansichten sie zu verschiedenen Fragen - von der Waffeneinsammlung bis zum Menschenhandel - einholte. Im Schlussbericht der Kommission über die HLSG, in dem die Aufnahme von Verhandlungen vorgeschlagen wird, finden sich viele Anregungen der Präsenz wieder. Wie im Bericht vorgeschlagen, überlegen die Präsenz und die Kommission nun gemeinsam, wie sie ihre enge Zusammenarbeit vor und während des Verhandlungsprozesses in Fragen der Demokratisierung, der Menschenrechte sowie der Justiz und der Innenpolitik fortsetzen können.

Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM)

Die Präsenz und die EUMM in Albanien haben ein Memorandum of Understanding zur Regelung ihrer Beziehungen unterzeichnet. Sie tauschen Informationen zwischen den Zentralen aus und stimmen ihre Tätigkeit vor Ort untereinander ab. Die EUMM übermittelt der OSZE ihre Berichte über die Sicherheitslage und das politische und soziale Umfeld. EUMM-Teams sind zurzeit im Norden und im Süden des Landes im Einsatz und besuchen die OSZE-Außenstellen, um sich über die aktuellen Verhältnisse in der Region zu informieren.

Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)

Mit Unterstützung und auf Ersuchen der Präsenz übernahm die NATO die Führung in der Entmilitarisierungsgruppe der Freunde Albaniens. In ihrer Funktion als Berichterstatter der Gruppe überarbeitete die NATO einen früheren britischen Plan für eine Einrichtung zur Zerstörung instabiler Kampfmittel und Munition sowie von Munition, die im Rahmen des landesweiten Waffeneinsammelungsprogramms der Regierung abgegeben wurde. Der NATO-Plan sieht vor, die Einrichtung in Elbasan südöstlich von Tirana zu benützen, in der derzeit Landminen entschärft werden. Die Außenstelle der Präsenz in dieser Stadt hält sich über diese Entwicklungen am Laufenden.

Der Außenstellenkoordinierungsstab der Präsenz (FSCC) arbeitet eng mit der Kommunikationszone West der Kosovo-Friedenstruppe (KFOR) in Durrës zusammen. Die Kommunikationszone West wird die OSZE mit Hubschraubern für gelegentliche Flüge in entlegene

Landesteile und bei Bedarf auch für medizinische oder durch andere Notfälle bedingte Evakuierungen unterstützen.

Ein aus vier Offizieren bestehendes provisorisches NATO-Grenzbeobachtungsteam in Albanien erhält Informationen vom FSCC und den Außenstellen für seine Berichte über die Lage an den Grenzen zu den Nachbarländern, insbesondere zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

In Fragen des Menschenhandels und der illegalen Migration in Albanien steht die Präsenz in täglichem Arbeitskontakt mit der IOM. Das Menschenrechtsbüro der Präsenz meldet in Abstimmung mit den Außenstellen Fälle von Menschenhandel, worauf IOM/ICMC-Hilfsprogramme für die Betroffenen in Gang gesetzt werden können.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Das Menschenrechtsbüro inspiziert gemeinsam mit dem IKRK Untersuchungseinrichtungen in Polizeikommissariaten im ganzen Land und stellt bei Bedarf Informationen und Unterstützung zur Verfügung.

Westeuropäische Union (WEU)

Die Präsenz stand bis zur Einstellung des Multinationalen Polizeibeobachterstabs der Westeuropäischen Union (WEU/MAPE) im Mai 2001 mit diesem in enger Verbindung.

Weltbank (WB) und Internationaler Währungsfonds (IWF)

Die Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem IWF erfolgt hauptsächlich über die Gruppe der Freunde Albaniens. Die Präsenz arbeitet insbesondere mit den Projektmanagern der Weltbank in Washington in Fragen der Korruptionsbekämpfung, der Rechts- und Justizreform und der Reform des öffentlichen Dienstes zusammen. Vor kurzem vereinbarten die Präsenz und die Weltbank eine engere Zusammenarbeit in Fragen der Dezentralisierung und des Vermögensrechts. In ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Gruppe der Freunde Albaniens nimmt die Präsenz auch an den Koordinationstreffen der Weltbank für Geldgeber in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung teil.

Das Büro für Wirtschaft und Umwelt (EEO) der Präsenz ist Mitglied der mit Strategien zur Wachstumsförderung und Armutsbekämpfung befassten Arbeitsgruppe der Weltbank. Da die OSZE als einziges Mitglied der Arbeitsgruppe über ein Netz von Außenstellen verfügt, kann das EEO umfassende Informationen und Empfehlungen aus diesen Außenstellen beitragen.

Über das EEO arbeitet die Präsenz eng mit dem IWF und der albanischen Regierung an der Einrichtung einer Investitionsförderungsagentur in Albanien.

DIE OSZE-MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Allgemeine Beurteilung

In Durchführung ihres Mandats arbeitet die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina (BiH) mit einigen internationalen Organisationen und Institutionen in BiH eng zusammen. Diese Arbeitsbeziehungen wurden auf allen Missionsebenen eingerichtet. Zum Zwecke des Informationsaustauschs und einer umfassenden politischen Koordination führen der Leiter der Mission und sein Stellvertreter einmal wöchentlich Gespräche mit leitenden Mitarbeitern des Büros des Hohen Repräsentanten (OHR), von UNHCR, der Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina (UNMBiH), der Stabilisierungstruppe (SFOR) und der Internationalen Polizeieinsatztruppe (IPTF). Leitende Mitarbeiter der Mission nehmen regelmäßig an Treffen der *Inter-Agency Planning Group* bestehend aus Vertretern der genannten Organisationen teil, die unter anderem für die Ausarbeitung der Fragen zuständig ist, die den Führungskräften vorgelegt werden. Auf Ebene der Außenstellen arbeiten alle Organisationen routinemäßig in Form regelmäßiger Treffen eng zusammen.

Künftige Zusammenarbeit

Im zweiten Halbjahr 2001 sollen die wichtigsten in BiH tätigen internationalen Organisationen vereinbarungsgemäß gemeinsam eine strategische Überprüfung der Gesamtbemühungen der internationalen Gemeinschaft vornehmen, um die Wirksamkeit und Effizienz ihrer Arbeit zu erhöhen. Dieser Rationalisierungsprozess wird vor allem die Planung in den funktionellen Bereichen, die Kernkompetenzen der verschiedenen Organisationen, ihre jeweiligen

Stärken und Schwächen und die derzeit eingesetzten Ressourcen zum Gegenstand haben.

Auch regional engagiert sich die Mission für einen verstärkten Austausch von Informationen und Fachwissen mit anderen OSZE-Missionen in der Region und anderen internationalen Organisationen, insbesondere in Fragen der Flüchtlingsrückkehr.

Büro des Hohen Repräsentanten (OHR)

Das Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) ist die federführende Stelle für die zivile Umsetzung des Friedens in Bosnien und Herzegowina. Im Friedensübereinkommen von Dayton aus dem Jahr 1995 wurde dem Hohen Repräsentanten die Aufgabe übertragen, im Namen der internationalen Gemeinschaft die Umsetzung der zivilen Aspekte des Friedensübereinkommens in Bosnien und Herzegowina zu überwachen. Die Mission arbeitet eng mit den verschiedenen Abteilungen des OHR zusammen und nimmt an themenbezogenen Koordinierungsgruppen teil, in denen verschiedene internationale und nicht-staatliche Organisationen (NGOs) vertreten sind.

Die OHR-Arbeitsgruppe Wiederaufbau und Rückkehr (RRTF) bietet den Rahmen für die vielleicht erfolgreichsten organisationsübergreifenden Bemühungen, den Implementierungsplan für Vermögensrecht, den so genannten PLIP. Die beachtlichen Fortschritte bei der Rückkehr von Minderheitenangehörigen in den vergangenen zwei Jahren standen im zeitlichen Zusammenhang mit der Verabschiedung akzeptabler Vermögensgesetze und der Ausarbeitung des PLIP. Auf Ebene der Zentralen kommen Vertreter der RRTF des OHR, der OSZE, von UNHCR, der IPTF, der UNMBiH und der Kommission für Grundeigentumsansprüche bei den PLIP-Stabsitzungen zusammen. Bei diesen Sitzungen wird die Umsetzungspolitik geplant. Im Interesse eines einheitlichen Vorgehens und einer systematischen Informationssammlung bedient sich der PLIP eines Netzes von Kontaktstellen vor Ort, von denen die meisten OSZE-Außenstellen sind. Mehr als 90 Prozent der Menschenrechtsfälle der OSZE haben mit PLIP-Fragen zu tun.

Die OSZE, die RRTF, UNHCR und UNHCHR unternehmen auch gemeinsame Anstrengungen, um zu gewährleisten, dass die Rückkehr der Minderheiten und der Zugang zu den Versorgungsdiensten von Dauer sind. Unter dem Vorsitz der OSZE-Mission überprüft und

verfolgt die Arbeitsgruppe für Versorgungsdienste Fälle, in denen die Wasser-, Gas- und Stromversorgung unterbrochen wurde, über die OSZE-Menschenrechtsreferenten im ganzen Land berichtet hatten. Ferner erarbeiten die OSZE, das OHR und UNHCR im Koordinationszentrum für Menschenrechte gemeinsam ihre Menschenrechtspolitik.

Die Gruppe für Koordination und politische Maßnahmen im Bildungswesen, die von der OSZE mit Menschenrechtsmaterial und Unterstützung vor Ort versorgt wird, ist eine wichtige, dem OHR unterstellte pädagogische Gruppe, in der neben anderen die Weltbank, der Europarat, die Europäische Union und UNESCO vertreten sind.

Die Mission nimmt ferner an Sitzungen der Gruppe für wirtschaftliche und soziale Rechte (GESR) teil, in der die OSZE 2000 den Vorsitz führte. Diese Gruppe ist ein wichtiges Gremium für Diskussionen, die Erstellung politischer Konzepte und kollektives Vorgehen in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Rechte. Ausgehend von der Arbeit der Gruppe erarbeiteten das OHR, UNHCR, UNHCHR und die OSZE eine Strategie der internationalen Gemeinschaft zur Verhinderung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, die die Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen bildet.

Im Mai 2000 richteten die OSZE, das OHR und UNHCR als Untergruppe der GESR die Roma-Koordinationsgruppe ein. Sie dient dem Informationsaustausch zwischen den vor Ort tätigen NGOs und internationalen Organisationen und ermittelt vorhandene Schwachstellen und Bedürfnisse in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte der Roma.

Gemeinsam mit dem OHR, dem Europarat und anderen Partnern unterstützt die Mission die Menschenrechtskommission (BiH-Ombudsmann und Menschenrechtskammer), die Kommission für Grundeigentumsansprüche und die Volksanwaltschaften der Teilgebiete. Die OSZE und das OHR nehmen an den monatlichen Sitzungen der Bevollmächtigten und Institutionen teil, bei denen die offiziellen Vertreter der beiden Teilgebiete und des Staates sowie Vertreter der Volksanwaltschaft und der BiH-Menschenrechtskammer Fragen der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Menschenrechtsinstitutionen und die Einhaltung ihrer Beschlüsse erörtern. Die Mission unterstützt die Umsetzung der Beschlüsse dieser Institutionen.

Die Demokratisierungsabteilung der Mission und ihr Parlamentunterstützungsprojekt riefen 2001 eine Koordinationsgruppe mit dem OHR ins Leben, die um internationale Unterstützung für die Parlamentarische Versammlung von BiH werben soll. Die Koordinationsgruppe fungiert als Clearingstelle für Hilfeleistungen unter den Auspizien des OHR, der OSZE und des technischen Hilfsprojekts der Europäischen Kommission.

Die Koordinationsgruppe für die Zivilgesellschaft, an der das OHR, die OSZE, USAID, die EU, die Weltbank, der Europarat, UNHCR, UNHCHR und seit kurzem auch die *Soros Foundation* und der NGO-Rat des *International Council of Volunteer Agencies* teilnehmen, soll dafür sorgen, dass es im ganzen Land einen wirksamen rechtlichen Rahmen für die Arbeit von NGOs gibt. Dank der Bemühungen der Gruppe verabschiedete das Unterhaus des gesamtstaatlichen Parlaments ein Gesetz über Vereinigungen und Stiftungen. Ferner beteiligt sich die Demokratisierungsabteilung an der Gender-Koordinationsgruppe (OHR, UNICEF, UNHCR, UNDP und IOM), die zahlreiche Initiativen und Aktivitäten zu Gender-Fragen koordiniert.

Die Medienabteilung der Mission befasste sich in Zusammenarbeit mit dem OHR weiterhin mit den Mediengesetzen, dem Gesetz über freien Informationszugang und dem Verleumdungsgesetz und deren Durchführung. Im ersten Halbjahr 2001 schloss die Abteilung erfolgreich die Umwandlung von Radio FERN in eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt von BiH (BH Radio 1) ab. Diese Umwandlung wurde durch die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem OHR sowie dank der Unterstützung und Finanzierung durch die Europäische Kommission, die Schweizer Regierung und andere FERN-Sponsoren ermöglicht. Die OSZE-Mission in BiH betreibt auch die Helpline für freie Medien, bei der Journalisten Fälle von Verfolgung, Bedrohung und Einmischung im Rahmen ihrer Berufsausübung melden können. Die Helpline wird mit dem Regulator für Kommunikation (der früheren unabhängigen Medienkommission), der IPTF, dem Büros des Ombudsmannes und dem OHR koordiniert, um sicherzustellen, dass auf Bedrohungen, Einschüchterung oder Einmischung reagiert wird.

Die OSZE-Abteilung Wahlen und Implementierung steht in Wahlangelegenheiten, insbesondere im Zusammenhang mit dem endgültigen

Wahlgesetz, in regelmäßigem Kontakt mit der Rechtsabteilung des OHR. Enge Zusammenarbeit mit dem OHR besteht auch im Zusammenhang mit der Strategie für die Einrichtung der Wahlbehörde, deren Sekretariat und Finanzierung aus Budgetmitteln, sowie mit der politischen Abteilung des OHR in kommunalen und kantonalen Fragen, darunter Fragen der Beurteilung von Beamten und von Sanktionen gegen Beamte.

Zwischen der Abteilung für regionale Stabilisierung und dem militärischen Stab des OHR gibt es eine enge Zusammenarbeit. Die OSZE, das OHR, SFOR und die UNMBiH nehmen gemeinsam an der Gemeinsamen Arbeitsgruppe für Sicherheitspolitik teil, in der Militärfragen erörtert und koordiniert werden.

Europarat

Die Menschenrechtsabteilung der Mission informierte die Berichtersteller des Europarats mehrmals über Beitrittsfragen. Das OHR und der Europarat lassen sich von der Mission über den Stand der Rückerstattung von Eigentum informieren, um Ministern und Amtsträgern des Landes Argumente entgegenhalten zu können, wenn diese behaupten, diese Frage sei in BiH geregelt. Die Mission arbeitet auch mit der Venedig-Kommission des Europarats bei der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen zusammen, etwa für das neue Gesetz über die Gerichtsbarkeit, das Volksanwaltschaftsgesetz der Republika Srpska und die Zusammenlegung des Verfassungsgerichtshofs und der Menschenrechtskammer.

Im März 2001 organisierte die Mission gemeinsam mit dem Europarat eine Diskussion am Runden Tisch über die Roma und das Rahmenabkommen über den Schutz nationaler Minderheiten, die Teil des gemeinsamen Projekts „Die Roma im Stabilitätspakt“ von Europarat und BDIMR war.

Im Anschluss an die vom Europarat erhobenen Forderungen in Bezug auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen und Ersatzdienst befasst sich die Menschenrechtsabteilung der Mission gemeinsam mit OHR, UNHCR und Europarat mit der Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen und der Entwicklung einer Strategie für die Einführung der notwendigen Rechtsreform. Im Anschluss an die Öffentlichkeitskampagne der Abteilung brachte die Re-

gierung der Föderation BiH einen Gesetzesentwurf für ein neues Verteidigungsgesetz ein.

Im Zusammenhang mit dem Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2000 sorgten die OSZE und der Europarat gemeinsam für die Beschaffung und Verteilung von Unterrichtsmaterial über die Menschenrechte in Schulen der Sekundarstufe im ganzen Land. Die Demokratisierungsabteilung der Mission arbeitet ferner mit den Europaratsinitiativen zum Thema öffentliche Verwaltung zusammen, darunter auch Fragen wie die Ausbildung im öffentlichen Dienst, die Förderung von Frauen in der Politik und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft.

Vereinte Nationen (UN)

Hochkommissär der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)

UNHCHR ist in Fragen des Frauenhandels federführend und stützt sich bei der Umsetzung seiner diesbezüglichen Politik auf die im ganzen Land präsenten IPTF-Beamten. Es wurde vereinbart, dass die Menschenrechtsreferenten der OSZE Fälle von Frauenhandel an die IPTF-Offiziere weiterleiten, um die Anzahl der mit den einzelnen Fällen befassten Personen gering zu halten.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Laut Anhang 7 des Friedensübereinkommens von Dayton ist UNHCR federführend für Rückkehrfragen zuständig. Die OSZE-Mission arbeitet mit UNHCR zusammen und interveniert bei den Behörden, wenn es im Zusammenhang mit der Rückkehr zu Gewalt kommt, oder in Fragen, wie Beschäftigung, Bildung, Registrierung, Zugang zu Dokumenten und zu Versorgungsdiensten, die für die Bestandfähigkeit der Rückkehr von Belang sind. Die Mission arbeitet auch an grenzüberschreitenden Fragen mit, etwa im Zusammenhang mit der Rückerstattung von Privateigentum oder der Inhaftierung von Rückkehrern, die Minderheiten angehören.

Internationale Polizeieinsatztruppe der Vereinten Nationen (IPTF)

Für Polizeifragen ist die IPTF zuständig. Die Menschenrechtsabteilung der Mission unterstützt sie, wenn Menschenrechtsfragen zu regeln sind und die IPTF an dem betreffenden Standort über keinen Menschenrechtsexperten verfügt. Die Menschenrechtsabteilung hat inzwischen auch Erfahrung im polizeilichen Vorgehen bei De-

logierungen gesammelt. Menschenrechtsbeamte sind gemeinsam mit IPTF-Beamten bei Delogierungen anwesend, um sich zu vergewissern, dass die örtliche Polizei die Standards beachtet.

Die gemeinsame Einsatzzentrale der Mission (JOC) tauscht täglich operative Informationen und Ermittlungsdaten mit der IPTF aus und unterstützt diese in ihrer Kontrollfunktion gegenüber der örtlichen Polizei, deren Vorgehen bei Ausschreitungen und Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Delogierungen und Rückkehr sie überwacht. Bei den allgemeinen Wahlen am 11. November 2000 arbeitete die IPTF gemeinsam mit örtlichen Polizeidienststellen einen schriftlichen Sicherheitsplan für jedes Wahllokal aus.

Die Demokratisierungsabteilung der Mission berät sich mit der IPTF bei Initiativen zur Korruptionsbekämpfung, die Teil ihres Programms zur Finanzierung und Realisierung von kommunaler Infrastruktur sind.

Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina (UNMBiH)

Vor dem Abschluss des Projekts der UNMBiH zur Evaluierung des Justizsystems (JSAP) im Dezember 2000 verfasste das OHR gemeinsam mit JSAP einen Gesetzesentwurf für die Reform des Rechtssystems in Bosnien und Herzegowina, in deren Rahmen eine Sicherheitsüberprüfung aller Richter und Staatsanwälte vorgesehen ist. Die Menschenrechtsabteilung der Mission beobachtete gemeinsam mit JSAP Gerichtsverfahren und informierte JSAP über die Ergebnisse anderer Feldaktivitäten.

Europäische Union (EU)

Europäische Kommission (EK)

Die Demokratisierungsabteilung der Mission arbeitete Hand in Hand mit der EK am Programm für Kleinstvorhaben der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte für 2001 mit und half bei der Auswahl örtlicher NGOs.

Beobachtermmission der Europäischen Union (EUMM)

Ein EUMM-Verbindungsbeamter arbeitet mehrere Stunden täglich in der Gemeinsamen Einsatzzentrale der Mission. Während der Kommunal- und Parlamentswahlen stellte die EUMM (bis Dezember 2000 unter der Bezeichnung EUMM bekannt) der OSZE verstärkte Kommunikationsunterstützung und

zusätzliche VHF-Verstärker zur Verfügung. Mehrere EUMM-Beobachter fungierten als Wahlbeobachter in den Wahllokalen.

Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)

Stabilisierungsgruppe (SFOR)

Die Mission arbeitet eng mit SFOR, dem NATO-Hauptquartier in Brüssel und dem OHR zusammen, um die Teilgebiete beim Abbau und Umbau ihrer Streitkräfte und bei der Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu unterstützen. Gemeinsam mit SFOR führt sie auch den Vorsitz im Lenkungsausschuss für die Umstrukturierung der Streitkräfte der Teilgebiete. In Zusammenarbeit mit dem NATO-Hauptquartier und dem Genfer Zentrum für demokratische Kontrolle der Streitkräfte stärkte die OSZE-Mission die parlamentarischen Verteidigungsausschüsse in BiH. Die Mission arbeitet auch mit SFOR, dem NATO-Koordinationszentrum für Lufteinsätze, den tschechischen Luftstreitkräften und dem Büro des Persönlichen Beauftragten bei der Durchführung von Beobachtungsflügen in BiH zusammen, die vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den Teilgebieten von BiH stärken sollen.

Die Gemeinsame Einsatzzentrale der Mission (JOC) arbeitet in Sicherheitsfragen eng mit SFOR zusammen. Jede der beiden Organisationen hat zur jeweils anderen einen Verbindungsoffizier in Voll- oder Teilzeit abgestellt. Der Einsatzplan der OSZE für Notfälle ist weitgehend mit dem SFOR-Plan abgestimmt.

SFOR sorgte auch für die Sicherheit der OSZE bei den Parlamentswahlen vom 11. November 2000, indem sie den Schutz von Personen mit Sonderstatus (leitendes Wahlaufsichtspersonal, internationale Beobachter und ständiger Wahlstab) gewährleistete. SFOR-Mitarbeiter nahmen an der Schulung für leitendes Wahlaufsichtspersonal der OSZE teil, bei der situationsbewusstes Verhalten trainiert und auf die Minengefahr aufmerksam gemacht wurde. Im Bedarfsfall wurden SFOR-Verbindungsteams als Berater in die JOC sowie in alle OSZE-Regionalzentren und Außenstellen entsandt, wobei sie gleichzeitig für die Verbindung zu den SFOR-Truppenteilen vor Ort und im Hauptquartier sorgten.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Der OSZE-Mission in BiH stand bei der Organisation und Abwicklung der Stimmabgabe der im Ausland wohnhaften Wahlberechtigten bei allen bisher abgehaltenen Wahlen in BiH das Fachwissen und das Büronetz der IOM zur Verfügung. Ohne diese Zusammenarbeit hätten hunderttausende Flüchtlinge aus BiH ihr Wahlrecht nicht wahrnehmen können. Darüber hinaus spielte die IOM eine wichtige Beraterrolle bei der Nationalisierung des Briefwahlprogramms und der Verlegung der gesamten Operation nach Sarajewo.

Weltbank (WB)

Die Abteilung für regionale Stabilisierung der Mission stimmte sich bei allen Vorbereitungsmaßnahmen für die Prüfung des Verteidigungshaushalts des Jahres 2000, mit der für mehr Transparenz im Haushaltswesen von BiH gesorgt werden sollte, mit der Weltbank und anderen Partnern ab. Es wurde ein Lenkungsgremium eingerichtet, dem die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die OSZE und andere Organisationen angehören, um das vorhandene Expertenwissen in diesem Bereich allen Beteiligten zugänglich zu machen.

Die Mission arbeitete auch gemeinsam mit der Weltbank an der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für eine dauerhafte Rückkehr. Die Menschenrechtsabteilung führt den Vorsitz in der Gruppe für wirtschaftliche und soziale Rechte und setzte sich in dieser Funktion für die Reform des Arbeitsrechts und die Korruptionsbekämpfung ein. Darüber hinaus bietet die Weltbank in Koordination mit der OSZE und anderen internationalen Organisationen Banken und Versorgungsbetrieben Schulungskurse an. Diese Schulungskurse ergänzen die Ausbildung, die die OSZE den Kommunalverwaltungen zur Entwicklung bestandfähiger Infrastrukturprojekte anbietet.

OSZE-Institutionen

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Die Menschenrechtsabteilung der Mission fungiert als Bindeglied zwischen dem BDIMR-Berater für Fragen der Roma und Sinti und den Romani-NGOs in BiH und unterstützt den BDIMR-Berater bei seiner Tätigkeit durch Beteiligung an dessen Projekten und Veranstaltungen.

Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV)

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE entsandte einen ihrer Abgeordneten in den Beirat des Projekts für Parlamentsunterstützung (PSP). Dieser Beirat beurteilt die Funktionsweise der Parlamentarischen Versammlung von BiH und beobachtet, wie der Austausch und die Schulungsaktivitäten im Rahmen des Projekts vorankommen. Da die PV seit Juni 2001 eine Schlüsselrolle im parlamentarischen Arbeitskreis des Stabilitätspakts einnimmt, ist zu erwarten, dass die Zusammenarbeit zwischen PV und dem PSP weiter zunehmen wird.

Sonstige Zusammenarbeit

Kommunikationsregulierungsstelle (CRA) (früher Kommission für unabhängige Medien - IMC)

In Zusammenarbeit mit der CRA/IMC beschäftigte sich die Medienabteilung der Mission mit der Schaffung eines Presserats, der als Selbstregulierungsmechanismus für die Presse gedacht ist. Die OSZE unterstützt nach wie vor das Sekretariat des Presserats, dem sie auch bei der Weiterentwicklung seiner Verfahren zur Weiterleitung der Fälle Hilfestellung leistet. Dabei bestand eine enge Zusammenarbeit mit der IMC/CRA, der Europäischen Kommission und Pro Media, dem Internationalen Ausschuss für Forschung und Austausch von USAID.

DIE OSZE-MISSION IN KROATIEN

Allgemeine Beurteilung

Bei der Erfüllung ihres Mandats arbeitet die OSZE-Mission in Kroatien in erster Linie mit dem Europarat, der Mission des Hochkommissärs der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR), dem Büro des Hochkommissärs der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) und der Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM) zusammen. Auch mit anderen OSZE-Institutionen bestehen enge Arbeitskontakte.

Mit vielen anderen internationalen Organisationen in Kroatien steht die Mission sowohl routinemäßigen als auch fallbezogen in Arbeitsbeziehungen: in Vermisstenfragen mit dem Internationalen Ausschuss für Vermisste (ICMP) und dem Internationalen Komitee vom Roten

Kreuz (IKRK); in Bezug auf die Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Gerichtshof in Den Haag mit dem Verbindungsbüro des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien; bei Projekten in Zusammenhang mit der Rückkehr und gegen den Menschenhandel mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM); in Polizeifragen mit der IPTF in BiH; in Fragen der grenzüberschreitenden Sicherheit mit SFOR; bezüglich politischer Vereinbarungen über die Donauregion zwischen der Regierung und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien (UNTAES) mit dem Verbindungsbüro der Vereinten Nationen; bei der Minenbeseitigung und Minenwarnung mit dem Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für Minenräumung (UNMAAP), der Unterstützungsgruppe der Westeuropäischen Union (WEU) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP).

Künftige Zusammenarbeit

Die Mission beabsichtigt, ihre Kontakte mit dem BDIMR in Roma-Fragen im Hinblick auf die Planung gemeinsamer Projekte mit der Europäischen Union zu intensivieren.

Im Bereich Demokratisierung ist eine Verstärkung des Kapazitätenaufbaus und der Bestandfähigkeit örtlicher NGOs geplant, wodurch die Entwicklung und Stärkung der Zivilgesellschaft in Kroatien weitergeführt wird. Darüber hinaus plant die Mission, gemeinsame grenzüberschreitende Demokratisierungsaktivitäten und -projekte mit Partnern in Bosnien und Herzegowina und Jugoslawien auszuarbeiten. Im Sinne des langfristigen Ziels der Mission, Privatmedien zu unterstützen und zu fördern, besteht die Absicht, Fachkurse für private elektronische Sendeanstalten abzuhalten und dazu Fachleute zu bestimmten Themen einzuladen.

Europarat

Die Mission und der Europarat setzten ihre Zusammenarbeit bei der Förderung der Gesetzesreform und der Umsetzung der Verpflichtungen aus internationalen Verträgen fort. Besonders intensiv war die Zusammenarbeit in Fragen der Medienfreiheit, bei denen der Europarat das normsetzende Gremium für Europa ist. Aktiven Austausch gab es im Bereich der Gesetzgebung zur Regelung der Minderheitenrechte, insbesondere zum Verfassungsgesetz über Minderheitenrechte, mit dessen Ausarbeitung die

kroatischen Behörden nach wie vor beschäftigt sind, wobei die Venedig-Kommission des Europarats Beratung und Expertenwissen beisteht. Die Mission steht in engem Arbeitskontakt mit den Vertretern der politischen Organe des Europarats - Parlamentarische Versammlung und Ministerkomitee - und Mitgliedern der unabhängigen Expertenausschüsse, die die Einhaltung der Verpflichtungen Kroatiens aus Menschenrechtsverträgen überwachen, und versorgt sie mit Informationen.

Gemeinsam mit dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit und dem Europarat veranstaltete die Mission vom 28. Februar bis 2. März 2001 in Zagreb eine Konferenz über Medienfreiheit. Rund 100 Medienfachleute aus 17 Ländern und mit Medienangelegenheiten befasste NGOs und internationale Organisationen erörterten den Schutz von Journalisten und deren Rolle bei der Versöhnung und der Förderung von Frieden zwischen den Volksgruppen.

Vereinte Nationen (UN)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Auf Ebene der Zentralen und der Außenstellen gibt es zum Zwecke des Informationsaustauschs ad hoc und bedarfsorientierte Kontakte zur Mission.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)

Die Mission ist regelmäßig Gastgeberin gemeinsamer Treffen mit dem Amt des UNHCHR, bei denen Festnahmen wegen Kriegsverbrechen und in Kroatien anhängige Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen besprochen werden. Einige andere einschlägige internationale Organisationen wie das UN-Verbindungsbüro, das IKRK und UNHCR sowie Vertreter der US-Botschaft, der Europäischen Union und des ICTY-Verbindungsbüros nehmen ebenfalls an diesen Treffen teil. Auf Ersuchen des UNHCHR-Büros in Zagreb informiert die Mission über Menschenrechtsfragen und Standards, die für die Mandate beider Organisationen von Bedeutung sind.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Die OSZE-Mission in Kroatien und die UNHCR-Mission in Kroatien haben unterschiedliche Mandate, die einander jedoch in vielen Bereichen ergänzen, und sie arbeiten auf

Ebene der Zentralen und der Außenstellen in Fragen der Rückkehr zusammen. Gemeinsam mit UNHCR bietet die OSZE-Mission Einzelpersonen, die sich an die Büros der beiden Missionen vor Ort wenden, Beratung und Hilfestellung auf der Basis eines für solche Fälle festgelegten gemeinsamen Schemas an; beide Missionen beraten auch die Regierung bei Gesetzesvorhaben, die für Rückkehrfragen von Bedeutung sind, insbesondere in Bezug auf die Rückerstattung von Eigentum. Dieses gemeinsame Schema musste Anfang 2001 umfassend an die neuen Verhältnisse angepasst werden. Gemeinsam mit UNHCR, dem Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) und der OSZE in BiH bemüht sich die Mission, Rückkehrwillige zwischen Kroatien und BiH mit Informationen versorgen. Erst kürzlich hat die Mission in Kroatien ihre Zusammenarbeit mit UNHCR in Jugoslawien verstärkt und Arbeitsbeziehungen zur OSZE-Mission in Belgrad aufgenommen.

Seinem Mandat entsprechend und im Einklang mit dem Übereinkommen von Dayton (Anhang 7) ist UNHCR federführend für die Repatriierung der zwischen 1991 und 1995 im Zuge des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien Vertriebenen zuständig. Im Wissen um die Überschneidungen ihrer Mandate in zentralen Bereichen vereinbarten die beiden Missionen 1998, ein regionales Gremium zu schaffen, das ihre gemeinsamen Aktivitäten und grundsatzpolitischen Konzepte unterstützen und koordinieren sollte. Aus dieser Initiative entstanden auf Ebene der Zentralen die Gruppe für die Erleichterung der Rückkehr (RFG) und die Gruppen für die Erleichterung der Rückkehr in bestimmte Gebiete (ARFG, in denen die beiden Missionen gemeinsam den Vorsitz führen) in den geographischen Zuständigkeitsbereichen der OSZE-Koordinationszentren beziehungsweise der UNHCR-Außenstellen für Knin, Šišak und Vukovar. Vor allem die ARFG dienen dem Informationsaustausch und der Entwicklung regionaler Einsatzstrategien, Aktivitäten und Hilfsmaßnahmen zur Förderung der bestandfähigen Rückkehr. Dadurch können beide Missionen ihre Ressourcen besser ausnützen und Doppelgleisigkeiten verringern, wodurch der regionale Rückkehrprozess effizienter unterstützt und in der Zusammenarbeit mit der Regierung und regionalen Partnern ein einheitlicher internationaler Standpunkt vertreten werden kann. Diese Strukturen sind außerdem das Gegenstück zur Einsatzgruppe für Rückkehr und Wiederauf-

bau in BiH, was die grenzüberschreitende Rückkehr erleichtert.

Darüber hinaus finden wöchentliche Koordinationssitzungen der Stellvertretenden Missionsleiter und Büroleiter statt, an denen auch UNHCHR, das UN-Verbindungsbüro und die EUMM teilnehmen, wodurch ein kontinuierlicher Informationsaustausch sichergestellt ist.

Internationaler Strafgerichtshof der Vereinten Nationen für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)

Die Mission steht in ständigem Kontakt mit dem ICTY-Büro in Zagreb. Sie arbeiten bei der Strafverfolgung von Kriegsverbrechen und in Vermisstenfragen zusammen und halten zu diesem Zweck regelmäßig Sitzungen ab. Vor Ort leistet die Mission im Rahmen ihres Mandats technische Hilfe, zum Beispiel indem sie fallweise bei der Exhumierung von Opfern von Kriegsverbrechen anwesend ist.

Internationale Polizeieinsatztruppe der Vereinten Nationen (IPTF)

Die der Mission unterhält über ihre Außenstellen gelegentliche Kontakte in Polizeifragen.

Europäische Union (EU)

Europäische Kommission (EK)

Die Mission kooperiert in Fragen der Rückkehr und des Wiederaufbaus sowohl mit der Delegation der Europäischen Kommission in Zagreb durch Informationsaustausch als auch mit dem Durchführungspartner der Europäischen Kommission, dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) zusammen.

Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM)

In politischen Fragen findet zwischen der EUMM (die bis Dezember 2000 unter dem Kürzel ECMM bekannt war) und der Mission sowohl vor Ort als auch auf Ebene der Zentralen ein regelmäßiger Austausch von Berichten und einschlägigen Informationen statt. EUMM-Vertreter nehmen auch an den wöchentlichen Koordinationssitzungen der stellvertretenden Missions- und Büroleiter teil.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die Mission steht bezüglich Rückkehrfragen vor allem vor Ort gelegentlich mit der IOM in Kontakt. Abgesehen davon arbeitet die Mission

mit der IOM in den Bereichen Asyl, Migration und Menschenhandel zusammen.

Die Mission und die IOM veranstalteten am 28. November 2000 gemeinsam ein Treffen am Runden Tisch zum Thema Menschenhandel. Bei diesem Treffen wurde beschlossen, einen Arbeitskreis gegen Menschenhandel in Kroatien einzurichten, der aus vier Arbeitsgruppen zu den Themen Rechtsvorschriften, Strafverfolgung, Verhütung sowie Hilfe und Schutz besteht. Es war dies die erste Zusammenkunft der internationalen Gemeinschaft, der kroatischen Regierung, des Parlaments und von NGOs zum Thema Menschenhandel. Im Anschluss daran war das Ministerium für Arbeit und Soziales im Mai 2001 Gastgeber einer Konferenz zum Thema Menschenhandel. Die Konferenz wurde von der Internationalen katholischen Kommission für Wanderungsfragen (ICMC), der IOM und der britischen Botschaft organisiert und unterstützt. Die Mission nahm an der Konferenz teil und führte den Vorsitz in einer Arbeitsgruppe über Strafverfolgungsmaßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

In unregelmäßigen Abständen findet zwischen der Mission und dem IKRK ein Informationsaustausch über Vermisste statt.

Mission der Westeuropäischen Union zur Unterstützung der Entminung in Kroatien (WEUDAM)

Zwischen den Außenstellen gibt es rege Kontakte in Fragen der Rückkehr, konkret in Bezug auf die Minenräumung und die Aufklärung der Öffentlichkeit über das Minenproblem. Gemeinsam mit der WEU und UNMAAP bemüht sich die Anlaufstelle der Mission für Minenaufklärung, Minenkoordinierungsgruppen auf Kantonebene aufzustellen, in denen auch die örtlichen Behörden und NGOs vertreten sind, und das Programm für internationale Standards im Umgang mit Minen umzusetzen. Die Mission der Westeuropäischen Union zur Unterstützung der Entminung in Kroatien (WEUDAM) wird unter schwedischer Leitung und im Rahmen der WEU bis zum Ablauf ihres gegenwärtigen Mandats fortgeführt.

Stabilitätspakt für Südosteuropa

Die Mission beteiligte sich auch weiterhin an der Arbeit des Lenkungsausschusses des Stabilitätspakts für Flüchtlingsfragen. Seit Februar

2001 befasst sich die Mission mit der Erstellung der Agenda für regionale Aktion, die eine eindeutige Verknüpfung zwischen den internationalen Verpflichtungen der Regierungen von Kroatien, Bosnien und Herzegowina und der Bundesrepublik Jugoslawien und dem konkreten Bedarf an internationaler Hilfe durch den Stabilitätspakts herstellt. Die Mission wird den Lenkungsausschuss weiterhin bei der Umsetzung dieses wichtigen Dokuments unterstützen, das vom Sonderkoordinator Bodo Hombach unmittelbar vor Beginn des regionalen Arbeitskreises vom 27. und 28. Juni 2001 in Zagreb offiziell vorgestellt wurde.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

Die Mission setzte insbesondere über ihre Feldpräsenz die Zusammenarbeit mit mehreren internationalen NGOs fort, die in den Bereichen Wiederaufbau, Demokratisierung, Wirtschaftsentwicklung, Rechtsberatung und Medien tätig sind, darunter etwa das *International Rescue Committee*, CARE (Demokratisierung), die Internationale katholische Kommission für Wanderungsfragen (ICMC) und der *International Research and Exchange Board* (IREX) ProMedia.

Andere Organisationen

Büro des Hohen Repräsentanten

Die Mission unterhält ständige Kontakte zum OHR in Fragen der grenzüberschreitenden Rückkehr, der Rückerstattung von Eigentum, von Wohn-/Mietrechten, Pensionszahlungen und der Umsetzung des kroatischen Amnestiegesetzes sowie der strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen.

DIE OSZE-MISSION IN DER BUNDESREPUBLIK JUGOSLAWIEN

In Wahrnehmung ihres Mandats arbeitet die OSZE-Mission in der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) in erster Linie mit dem Europarat, den Vereinten Nationen, der Übergangsverwaltungsmision der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK), dem Amt des Hochkommissärs der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR), dem Amt des Hochkommissärs der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) und dem Entwicklungsprogramm

der Vereinten Nationen (UNDP) zusammen. Einen besonderen Schwerpunkt der Zusammenarbeit bildet ferner die enge Abstimmung mit der NATO (KFOR) und der Europäischen Beobachtermission (EUMM) bei der OSZE-Initiative für multiethnische Polizeikräfte in Südserbien und bei anderen vertrauensbildenden Maßnahmen in dem Gebiet.

Von Fall zu Fall arbeitet die Mission mit einigen anderen internationalen Organisationen in der BRJ zusammen: dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), dem Internationalen Ausschuss für Vermisste (ICMP), dem Verbindungsbüro des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), dem Büro der Weltbank in Fragen betreffend *Good Governance*, dem UNDP in Bezug auf die Einrichtung eines Überbrückungsfonds zur Unterstützung eines Justizreformprogramms und der Richterausbildung, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Fragen des Menschenhandels und in Bezug auf die Registrierung außerhalb des Kosovo, der Europäischen Agentur für Wiederaufbau und dem UNDP in Bezug auf die gemeinsame Finanzierung der Aktivitäten der Mission für die serbische Radio- und Fernsehanstalt RTS und auf Medienprojekte in den Städten Preševo und Bujanovac (Südserbien).

Europarat

Die Mission und der Europarat arbeiten bei vielen ihrer Aktivitäten in der BRJ eng zusammen. Von März bis Juli 2001 benützten beide Missionen gemeinsam die Büroräume der OSZE, bevor der Europarat am 20. Juli seine eigenen Räumlichkeiten in Belgrad bezog. Ein Schriftwechsel zwischen dem Generalsekretär der OSZE und dem Generalsekretär des Europarats vom 15. Februar verankerte die Zusammenarbeit der beiden Organisationen in der BRJ. In dieser Vereinbarung sind die Bereiche festgelegt, in denen die Leiter der einzelnen Einsätze in Belgrad eng zusammenarbeiten und ihre Tätigkeit einschließlich ihrer Arbeitsprogramme koordinieren werden. Diese enge Verknüpfung zwischen den beiden Missionen sieht vor, dass die Vertreter des Europarats regelmäßig an den Sitzungen der Führungskräfte der Mission teilnehmen, regelmäßig einschlägige Informationen ausgetauscht werden, gemeinsam Beurteilungsbesuche stattfinden und man gemeinsam an Seminaren und Konferenzen teilnimmt.

Auf der Grundlage des Prioritätenprogramms zur Unterstützung der BRJ bei der Stärkung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit und im Hinblick auf ihren Beitritt zum Europarat sind die beiden Büros eine Zusammenarbeit in folgenden konkreten Bereichen eingegangen:

Gewährleistung der Förderung und Einhaltung der Menschenrechte; Stärkung der Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit der Gerichte; Justizreform:

- Im Zusammenhang mit dem Stabilitätspaktprojekt für Menschenrechtsinstitutionen wurde der Generaldirektion II des Europarats ein Programm der Aktivitäten und Projekte der Mission in Bezug auf Menschenrechtsinstitutionen (Volksanwaltschaften) übermittelt.
- Zum Zwecke des Informationsaustauschs und um Doppelgleisigkeiten und Lücken in der Programmerstellung zu vermeiden, hielten die Mission und der Europarat eine gemeinsame Koordinationssitzung für internationale Organisationen ab, die sich mit der Ausbildung für den öffentlichen Dienst befassen.
- Am 9. April 2001 veranstaltete die Mission gemeinsam mit dem Europarat einen Workshop über Justizreform, bei dem ein kohärenter Aktionsplan erstellt werden sollte.
- Auf der Grundlage einer Evaluierung des Strafvollzugs in Serbien durch Experten der OSZE und des Europarats arbeitete die OSZE-Mission ein umfassendes Reformpaket für den Strafvollzug aus.

Schutz der Minderheitenrechte:

- Die Mission informiert den Europarat regelmäßig über Fragen im Zusammenhang mit der Zivilgesellschaft in der BRJ.
- Die Mission führt regelmäßig einen Gedankenaustausch mit dem Europarat über die Evaluierung der Rechtsvorschriften in BRJ in Bezug auf Minderheiten durch.

Rede- und Versammlungsfreiheit:

- Es finden regelmäßige Konsultationen und ein regelmäßiger Dokumentenaustausch zum Entwurf von Rechtsvorschriften über Medien in der BRJ statt, darunter das Rundfunkgesetz, das Telekommunikationsgesetz und das Gesetz über Informationsfreiheit.

Unterstützung der Parlamentsreform in der BRJ und in Serbien:

- Die Mission und das im Europarat beheimatete *International Institute for Democracy (IID)* unterstützen gemeinsam die parlamentarischen Institutionen in der BRJ und in Serbien. Als federführende Organisation im Arbeitskreis des Stabilitätspakts für parlamentarische Zusammenarbeit leistet das IID dem Bundesparlament Hilfestellung, während die OSZE das serbische Parlament unterstützt.

Vereinte Nationen (UN)

Hochkommissär der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)

Es werden regelmäßig gemeinsame Treffen abgehalten, bei denen Fragen von beiderseitigem Interesse und gemeinsame Aktionen insbesondere in Südserbien festgelegt werden. Dazu gehören auch die zwischen der OSZE-Mission und dem Amt des UNHCHR abgestimmten Bemühungen zur Verbesserung des systematischen Vorgehens bei Menschenrechtsbeschwerden, Verhaftungen, Meldungen über Vermisste und Diskriminierungsfragen. Am 28. Juni veranstaltete das Amt des UNHCHR ein von der Mission angeregtes erstes Koordinationstreffen für Menschenrechte, das die Zusammenarbeit unter den in der BRJ tätigen internationalen Organisationen intensivieren sollte.

Darüber hinaus entwickelte sich die Zusammenarbeit auch im Rahmen der Untergruppe für Menschenrechte der Koordinationsstelle für Südserbien. Weiters nahmen Vertreter des UNHCHR und des Europarats am 9. und 10. Juli in Belgrad an einem Workshop teil, der von der OSZE-Mission zum Thema Volksanwaltschaftsmodell für die BRJ veranstaltet wurde.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Die Mandate der OSZE-Mission und der UNHCR-Mission für die BRJ ergänzen einander in Bezug auf die Hilfestellung und Unterstützung für die Behörden der BRJ bei der Erleichterung der Flüchtlingsrückkehr in und aus den Nachbarländern sowie der Binnenvertriebenen in ihre Heimstätten im Hoheitsgebiet der BRJ.

Zum Thema Flüchtlingsrückkehr nach Kroatien und BiH und Rückkehr von Binnenvertriebenen in das Kosovo hält die Mission regelmäßige Koordinationssitzungen mit UNHCR ab. Dabei gilt das besondere Augenmerk internen

Lösungsoptionen und dauerhaften Lösungen für alle Einzelfälle.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Im Bereich *Good Governance*, in dem die Mission und das UNDP über ähnliche Mandate verfügen, entwickelte die Mission eine umfassende Zusammenarbeit mit dem UN-Entwicklungsprogramm. Die OSZE-Mission und das UNDP stimmen ihre Aktivitäten aufeinander ab und informieren einander über einschlägige Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Südserbien. Die Mission organisierte gemeinsame Evaluierungsbesuche, um den Bedarf der örtlichen Bürgerinitiativen an Kapazitätenaufbau zu ermitteln. Die Möglichkeiten für diese Zusammenarbeit sollten durch den UNDP-Plan, die Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Region durch kleine Zuschüsse finanziell zu unterstützen, eine weitere Stärkung erfahren.

Ein anderer Bereich, in dem die Zusammenarbeit mit dem UNDP zugenommen hat, ist die Einrichtung eines Überbrückungsfonds für die dringend notwendige Erhöhung der Gehälter der Richter und Staatsanwälte in Serbien und für deren berufliche Fortbildung. Die Mission hat sich zum Ziel gesetzt, für diesen Fonds 10 Millionen US-Dollar aufzubringen. Der Fonds soll dann vom UNDP verwaltet werden.

Das UNDP erklärte sich auch bereit, der Mission Experten für die Erstellung eines umfassenden, aus Spendengeldern finanzierten Justizreformprogramms in Serbien zur Verfügung zu stellen. Auch das vorgeschlagene serbische Institut für juristische Fortbildung wäre Teil dieses Programms.

Internationaler Strafgerichtshof der Vereinten Nationen für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)

Die Mission arbeitet mit dem ICTY zusammen und überwacht auf dessen Ersuchen die Öffnung von Massengräbern in Serbien; sie stellt auch Experten zu den Gräbern ab. Beide Missionen informieren einander über die Ergebnisse der Exhumierungen und über Vermisste.

Internationale Polizeieinsatztruppe der Vereinten Nationen (IPTF)

Der leitende Polizeiberater der Mission traf im Laufe seiner Studie über die Reorganisation der jugoslawischen Polizei und insbesondere der Polizei in Serbien regelmäßig mit Vertretern der

IPTF zusammen. Bei der Vorbereitung des multiethnischen Polizeiprojekts in Südserbien, das am 4. Juni 2001 anlief, stellte die IPTF Informationen über bewährte Praktiken beim Aufbau der Polizeikräfte in BiH zur Verfügung.

Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK)

Die Mission und das UNMIK-Verbindungsbüro in Belgrad informieren einander über politische Fragen in der BRJ im Zusammenhang mit der Registrierung außerhalb des Kosovo und den Wahlen zur Kosovo-Versammlung am 17. November 2001. Die Experten der Mission unterstützen auch die UNMIK-Gerichte im Kosovo.

Europäische Union (EU)

Die Mission suchte die Zusammenarbeit mit dem EU-Vorsitz und der Europäischen Kommission, da die Aktivitäten im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses der BRJ mit der EU der Koordination bedurften.

Europäische Kommission (EK)

Die Mission nahm Beziehungen zur Kommission in Fragen der Korruptionsbekämpfung auf. Vertreter der Mission nahmen an einer Diskussionsrunde über Korruptionsbekämpfung teil, die für die OSZE-Teilnehmerstaaten veranstaltet wurde. Als eine der Schlussfolgerungen dieses Treffens wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten (von denen einige auch der EU angehören) enge Beziehungen zur Mission herstellen und ihr helfen sollten, indem sie Fortbildung finanzieren und Know-how im Kampf gegen die Korruption in der BRJ bereitstellen.

Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM)

Schwerpunkt der Zusammenarbeit zwischen den beiden Missionen ist im Wesentlichen der Informationsaustausch über die Sicherheit und die politische Lage in Südserbien im Zusammenhang mit der Umsetzung des multiethnischen Polizeiprojekts der Mission. Die EUMM (bis Dezember 2000 unter dem Namen ECMM bekannt) unterstützt die Polizeiausbildung der OSZE, indem sie Personal zur Verfügung stellt, das für die sichere Beförderung albanischer Schulungsteilnehmer zu und von den Ausbildungseinrichtungen in Südserbien sorgt. Die Mission und die EUMM informieren einander über die Menschenrechts- und Minderheitenrechtssituation in Südserbien.

Europäische Agentur für Wiederaufbau (EAR)

Die Mission unterhält Arbeitsbeziehungen mit dem Belgrader Büro der EAR. Die Agentur erklärte sich bereit, die unabhängige internationale Finanzkontrolle der Serbischen Rundfunk- und Fernsehanstalt (RTS) zur Gänze zu finanzieren, die ein wesentlicher Bestandteil des OSZE/RTS-Plans für die Umstrukturierung des Systems und seine Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Sendeanstalt ist. Die Bestimmungen der Vereinbarung zwischen EAR und RTS wurde von dem für RTS zuständigen OSZE-Berater für Nachrichtensendungen ausgearbeitet. Laut dieser Vereinbarung soll die OSZE-Mission in der BRJ die Durchführung der Vereinbarung und der Finanzprüfung überwachen.

Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)/Kosovo Friedenstruppe (KFOR)

Die Mission und KFOR-Vertreter in Südserbien arbeiteten gemeinsam an vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der am 4. Juni 2001 erfolgten Aufnahme der Tätigkeit der multiethnischen Polizeikräfte der OSZE in Südserbien. Die Mission nahm an der Koordinationssitzung zwischen NATO/EU/UN/OSZE vom 27. Februar 2001 in Brüssel teil, die sich mit der Lage in Südserbien befasste. Die Beurteilung der Sicherheits- und politischen Lage in dieser Region ist regelmäßig Gegenstand von Zusammenkünften von Vertretern der OSZE, der UN, von KFOR und anderen in Südserbien aktiven internationalen Organisationen. Die KFOR sorgte für die Sicherheit und den Transport albanischer Vertreter zu Treffen und Verhandlungen mit der OSZE-Mission.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die Agenda der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen wird von den Themen Bewegungen von Opfern des Menschenhandels, Polizeigesetz in der BRJ, Polizeireform, Bewegungen umgesiedelter Flüchtlinge und Einschätzung des Bevölkerungsanteils der Binnenvertriebenen in der BRJ beherrscht. Auch mit der IOM findet eine enge Koordination in Bezug auf die Registrierung außerhalb des Kosovo für die Kosovo-Wahlen vom 17. November 2001 statt. Es gab Konsultationen mit der IOM zur Vorbereitung des Runden Tisches über Menschenhandel, der von der Organisation am 19. und 20. April 2001 veranstaltet wurde.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Die Mission unterhält regelmäßige Kontakte zum IKRK in Bezug auf die Zusammenarbeit der BRJ mit dem ICTY, auf Menschenhandel, Vermisste, die Bewegungen umgesiedelter Flüchtlinge und die Einschätzung des Bevölkerungsanteils der Binnenvertriebenen in der BRJ. Die Medienexperten der Mission berieten sich mit den Medienreferenten des IKRK über mögliche finanzielle Beiträge in Form bezahlter Werbeeinschaltungen durch das IKRK für das Radioprojekt der OSZE-Mission in Südserbien, das am 1. Oktober 2001 anlief.

Stabilitätspakt für Südosteuropa

Zwischen der Mission und dem Stabilitätspakt besteht eine umfangreiche Kooperation, die im Wesentlichen Gender-Fragen und die Bekämpfung des Menschenhandels betrifft.

- Bekämpfung des Menschenhandels: In Zusammenarbeit mit der Koordinatorin des Stabilitätspakts für Fragen des Menschenhandels veranstaltete die Mission am 19. und 20. April 2001 in Belgrad einen Runden Tisch zum Thema Menschenhandel. Des Weiteren traf die Mission regelmäßig zu Konsultationen und Sitzungen mit dem Koordinator des Stabilitätspakts für Fragen des Menschenhandels zusammen, bei denen die Strategie und das Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe Menschenhandel mit Schwerpunkt BRJ besprochen wurden.
- Gender-Fragen: Gemeinsam mit dem Vorsitz des Arbeitskreises des Stabilitätspakts für Gender-Fragen half die Mission bei der Vorbereitung eines regionalen Koordinationstreffens über die Mitsprache von Frauen in der Politik, das am 16. Juni 2001 in Budapest stattfand. Die Mission berät sich regelmäßig mit dem Vorsitz über die Einführung von *gender mainstreaming* im öffentlichen und politischen Leben in der BRJ und über die Entwicklung gemeinsamer Strategien für offizielle Mechanismen zur Gleichstellung der Geschlechter in der BRJ.

Weltbank (WB)

Die OSZE-Mission nimmt an den monatlichen Weltbanktagungen teil. Das Hauptaugenmerk der gemeinsamen Bemühungen lag im Berichtszeitraum auf der Vorbereitung der Geberkonferenz für die BRJ vom 29. Juni 2001, mit besonderem Schwerpunkt *Governance* und

Umwelt. Die Teilnahme des Leiters der OSZE-Mission an der Geberkonferenz erleichterte die weitere Zusammenarbeit zwischen der Weltbank und der Mission. Erörtert wurde das Potenzial für die Entwicklung konkreter Projekte im Rahmen des Mandats der OSZE-Mission, wie etwa die Schaffung eines Überbrückungsfonds für Richter und Staatsanwälte in Serbien, Rechtsstaatlichkeit, die Ausbildung für den öffentlichen Dienst und die Reform der Polizei.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

Die Mission arbeitet mit den führenden internationalen sowie einigen nationalen NGOs zusammen. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind folgende Tätigkeitsbereiche der Mission:

- Good Governance: Gemeinsam mit dem nationalen NGO-Zentrum für freie Wahlen und Demokratie organisierte die Mission am 13. September 2001 eine Diskussionsrunde, bei der der Entwurf für ein neues Wahlgesetz erörtert wurde.
- Menschenhandel: Die Mission arbeitete mit nationalen NGOs wie ASTRA (*Anti-Sex-Trafficking-Action*), dem Jugoslawischen Zentrum für Kinderrechte in Belgrad und *Femina Creativa* zusammen, um in Padinska Skela bei Belgrad einen Zufluchtsort für Frauen einzurichten, die Opfer von Menschenhändlern wurden.
- Menschenrechte: Gemeinsam mit dem Komitee jugoslawischer Rechtsanwälte für Menschenrechte, dem Menschenrechtszentrum und dem Zentrum gegen Krieg veranstaltete die Mission am 9. und 10. Juli 2001 in Belgrad einen Workshop über ein Volksanwaltschaftsmodell für die BRJ.
- Strafvollzugsreform: In Fragen der Reform des Strafvollzugs steht die Mission in regelmäßigem Kontakt mit dem Menschenrechtszentrum.
- Stärkung parlamentarischer Institutionen: Die Mission pflegt einen regelmäßigen Informationsaustausch mit dem Ost-West-Institut und dem Internationalen Institut für Demokratie über die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex für Parlamentarier des Bundes und der Republik. Sie arbeitet auch mit dem Nationalen demokratischen Institut für internationale Angelegenheiten zusammen, hauptsächlich in Fragen der Entwicklung politischer Parteien und im Zusammenhang mit Programmen zur Unterstützung der Parlamentarier.
- Gender-Fragen: Die Mission kooperierte mit dem *STAR Network of World Learning*, mit dem sie die Konferenz „Perspektiven der Frauen im neuen politischen Kontext“ organisierte, die am 22. Juni 2001 in Belgrad stattfand. Ein weiterer Partner ist die norwegische Volkshilfe, mit der die Mission die Aktivitäten im Rahmen des Programms „Frauen schaffen es“ koordiniert. Dieses Programm sieht auch die Ausarbeitung von Schulungskursen für Ausbilder und die Ausarbeitung der Skripten für die Kursleiter und künftigen Kursteilnehmer vor.
- Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen: Im April 2001 nahm die Mission an einem vom Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) gesponserten Seminar über die Demokratisierung der jugoslawischen Armee teil. Der VSBM-Berater der Mission führte regelmäßige Konsultationen mit dem DCAF über das Reformprojekt für den Verteidigungs-/Sicherheitssektor der BRJ.

Darüber hinaus ist die Mission in enger Zusammenarbeit mit den oben erwähnten internationalen NGOs bemüht, gesetzliche und politische Lösungen für die Rückerstattung des Eigentums serbischer Flüchtlinge in Kroatien zu suchen und die Fachkompetenz von Rechtsanwälten aus Serbien und Kroatien zu erhöhen, um sie zu befähigen, vor kroatischen Gerichten und nötigenfalls vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Eigentumsrückgabefälle zu verhandeln.

Schließlich gibt es auch regelmäßige Kontakte betreffend auf die Ausarbeitung und Durchführung eines gemeinsamen Ausbildungsprojekts für 20 Richter und Staatsanwälte für die BRJ und Serbien.

DIE OSZE-MISSION IM KOSOVO

Allgemeine Beurteilung

Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen erfasst alle Aktivitäten der OSZE-Mission im Kosovo (OMIK) sowohl auf Ebene der Zentralen als auch vor Ort. Die OMIK

ist gemäß Resolution 1244 (1999) des UN-Sicherheitsrats fester Bestandteil der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK). Nach der Verabschiedung des Beschlusses Nr. 305 durch den Ständigen Rat und einem anschließenden Schriftwechsel zwischen OSZE und UNO vom 19. Juli 1999 vereinbarten die beiden Organisationen die zukünftige Arbeitsteilung und nähere Einzelheiten in Bezug auf die Befugnisse und Zuständigkeiten der UNMIK.

Gleichzeitig wurden auch die Struktur der Mission und die Beziehungen zwischen der UNMIK und den internationalen Organisationen - den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der OMIK - festgelegt. Es wurde vereinbart, dass die OMIK in allen Fragen des Institutionenaufbaus, etwa der Polizeischulung und -entwicklung, der Medienentwicklung, des Schutzes der Menschenrechte sowie in Fragen der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratisierung und in Wahlfragen, die Führungsrolle für die UNMIK übernimmt. Die Zusammenarbeit mit der UNMIK erstreckt sich jedoch auch auf grundsätzliche Angelegenheiten betreffend Rückkehr, Vermisste, Eigentumsrechte, Rechtsstaatlichkeit und Justiz, auf Fragen der Zivilgesellschaft und den Schutz ethnischer Gemeinschaften. Als fester Bestandteil der UNMIK-Struktur baute die OMIK auch strukturierte Beziehungen zu allen internationalen Organisationen auf, die in die Säulenstruktur einbezogen sind. Darüber hinaus ist die OMIK auch in den gemeinsamen Institutionen vertreten, die von der UNMIK ins Leben gerufen wurden, um die Provinz zu verwalten und das Mandat der Selbstverwaltung im Sinne der am 15. Dezember 1999 unterzeichneten Vereinbarung über die Gemeinsame Übergangsverwaltungsstruktur (JIAS) zu erfüllen.

Insgesamt beurteilte die OMIK die Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen im Kosovo positiv; die Arbeitsbeziehungen zwischen den UNMIK-Säulen sind zufriedenstellend. Die internationalen Organisationen leisteten einen wichtigen Beitrag zur Arbeit der Mission, und ihr Sachwissen war für den Erfolg vieler OMIK-Projekte ausschlaggebend. Die große Zahl internationaler Organisationen und NGOs im Kosovo ermöglicht der OMIK ein äußerst flexibles Vorgehen bei der Zusammenarbeit, da sie ihre Aufgaben nach den komparativen Stärken jeder Organisation richten kann. Durch die Zusammenarbeit hat die OMIK jedoch

an Profil verloren. Sich neben der engen Zusammenarbeit im Bewusstsein der Öffentlichkeit deutlicher zu verankern, stellt daher eine Herausforderung dar. Mitunter wäre eine verbesserte Zusammenarbeit bei der Vorbereitung, dem Inhalt, der Organisation und der Durchführung von Programmen angezeigt.

Europarat

Die OMIK und der Europarat arbeiten auf vielen Ebenen sehr gut zusammen, insbesondere im Bereich der Fortbildung für Richter und Rechtsanwälte. Besonders erwähnenswert ist die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und dem Kosovo-Institut für juristische Fortbildung (KJI) in Form gemeinsam organisierter Fortbildungsseminare für Richter und Staatsanwälte sowie von Workshops für Strafverteidiger. So waren zum Beispiel ein Symposium und verschiedene Diskussionsrunden zum Thema Gewalt in der Familie gemeinsame Veranstaltungen, bei denen man feststellen wollte, wie es um die Opferhilfe steht. Es gab auch Treffen zwischen Vertretern des Kosovo-Rechtszentrums (KLC) und Menschenrechtsexperten des Europarats, bei denen beschlossen wurde, Kurse über menschenrechtliche Regelungen in den Lehrplan der Rechtsfakultät der Universität Prishtinë/Priština aufzunehmen. Europaratsexperten waren der OMIK auch bei der Ausarbeitung von Rechtsdokumenten, insbesondere für den Entwurf der Rundfunkverordnung, behilflich.

Auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Bewusstseinsbildung führte der Europarat Programme zur Ausbildung und zum Aufbau von Kompetenzen für alle ethnischen Gemeinschaften durch. Der Europarat ist Durchführungspartner bei einem gemeinsamen Programm mit dem Titel „Roma im Stabilitätspakt“. Ferner war der Europarat auch wesentlich an der Vorbereitung und Durchführung einer Kampagne zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die Institution der Volksanwaltschaft beteiligt.

Die OMIK und der Europarat arbeiteten auch bei Wahlen umfassend zusammen. Entsprechend ihrem Mandat führte die Wahlbeobachtungsmission des Europarats eine in drei Phasen gegliederte Mission zur Beobachtung der Kommunalwahlen im Oktober 2000 durch. Es wurde ein Rahmen für die Zusammenarbeit bei den Wahlen zur Kosovo-Versammlung am 17. November 2001 geschaffen, bei denen der Europarat eine ähnliche Rolle übernehmen wird.

Über den Lenkungsausschuss ist der Europarat in beratender Funktion in die Verwaltung des unter OMIK-Leitung stehenden Instituts für Zivilverwaltung (ICA) eingebunden. In dieser Funktion entsandte der Europarat auch einen Experten als ICA-Direktor. Im Zusammenhang mit der Kosovo-Polizeischule (KPSS) stellte der Europarat einen Polizeibeamten für ein Multimedia-Schulungsprojekt ab, das vom Europarat gemeinsam mit dem Bukarester Institut für Verfassungs- und Rechtspolitik entwickelt wurde.

Vereinte Nationen (UN)

Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK)

Zwischen Vertretern der OMIK und der UN-Komponente der UNMIK-Säule für Zivilverwaltung besteht auf allen organisatorischen Ebenen eine aktive Zusammenarbeit. Auf der höchsten Ebene nimmt der OMIK-Leiter in seiner Funktion als stellvertretender Sonderbeauftragter des Generalsekretärs für Institutionenaufbau an den täglichen Sitzungen des Exekutivausschusses teil und ist Mitglied des Übergangsverwaltungsrats und des Kosovo-Übergangsrats. Die OMIK gehört der gemeinsamen Planungsgruppe der UNMIK an, die alle UNMIK-Zielsetzungen nach ihrer Priorität reiht und die Arbeit mittels säulenübergreifender Arbeitsgruppen abstimmt. Was die Berichterstattung anbelangt, so erstattet die OMIK ebenso wie die anderen Säulen wöchentlich und vierteljährlich Bericht an das Büro des Sonderbeauftragten, und ihre Beiträge fließen in die regelmäßigen Berichte des UN-Generalsekretärs an den UN-Sicherheitsrat ein.

Auf zentraler Verwaltungsebene ist die OMIK nach wie vor für eine der JIAS-Verwaltungsabteilungen verantwortlich, nämlich die Abteilung für demokratisches Regieren und Zivilgesellschaft (DDGCS). Die Abteilung will an den Entscheidungsprozessen der Verwaltung des Kosovo mitwirken, um auf die Notwendigkeit von Transparenz, der Achtung der Menschenrechte und der Unabhängigkeit der Medien sowie der NGOs aufmerksam zu machen. Durch diese Präsenz ist auch dafür gesorgt, dass das OMIK-Mandat in der allgemeinen UNMIK-Politik berücksichtigt wird. Neben anderen Aufgaben ist die DDGCS auch Anlaufstelle für alle Zulassungsanträge politischer Parteien und für die Ausarbeitung von UNMIK-Verordnungen.

Nach den Wahlen des Jahres 2000 richtete die JIAS-Abteilung für Lokalverwaltung eine Arbeitsgruppe für den Übergang bestehend aus Vertretern der UNMIK-Zivilverwaltung und der OMIK ein, die auch noch 2001 tätig war. Aufgabe der Arbeitsgruppe war die Überwachung und Unterstützung der Konsolidierung von lokalen Selbstverwaltungsorganen nach den Kommunalwahlen. Die UNMIK-Zivilverwaltung und die OMIK richteten gemeinsam mit KFOR eine örtliche Beratungsstelle ein, die den Kommunen bei Umstellungsfragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Wahlergebnisse Rat und Hilfe anbot. Die Zusammenarbeit zwischen UN und OMIK wurde inzwischen unter anderem auch auf die Aus- und Weiterbildung für Gemeindebedienstete und die Entwicklung politischer Parteien ausgedehnt.

Vertreter von OMIK und UNMIK führten neun Wochen lang mit sieben Experten aus dem Kosovo und sieben internationalen Mitarbeitern intensive Konsultationen über den Entwurf eines „Verfassungsrahmens für die provisorische Selbstverwaltung im Kosovo“. Mit dessen Kundmachung am 15. Mai 2001 war sichergestellt, dass für die zukünftigen Wahlen zur Kosovo-Versammlung ein vereinbartes Grundkonzept einer Wahlordnung vorhanden war und die Vorbereitungen für die Wahlen vom 17. November 2001 beginnen konnten. Für die Koordination aller Wahlanglegenheiten auf hoher Ebene sorgt die Arbeitsgruppe Wahlen, die so genannte Arbeitsgruppe 5. Ihr gehören unter anderem führende Vertreter der UNMIK und der EU an und sie ist eine der fünf Arbeitsgruppen, die von der Lenkungsgruppe unter dem Vorsitz des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Fragen der Umsetzung des Verfassungsrahmens eingesetzt wurden. Die OMIK arbeitet in allen Arbeitsgruppen mit verschiedenen internationalen Organisationen zusammen, am intensivsten ist sie jedoch in der Arbeitsgruppe 5 engagiert, in deren Sitzungen der Leiter der OMIK den Vorsitz führt.

Besonders eng war die Zusammenarbeit im Justizbereich. Die JIAS-Abteilung für Justiz verfolgte in Zusammenarbeit mit der OMIK Gerichtserfahren, insbesondere heikle interethnische Fälle. Beiden Säulen arbeiten auch eng bei der Abfassung zahlreicher UNMIK-Verordnungen zusammen. Die OMIK und die JIAS-Abteilung für Bildung und Wissenschaft widmeten sich ferner der Modernisierung der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Prishtinë/

Priština. Die OMIK leitete gemeinsam mit der JIAS-Abteilung für Justiz eine Arbeitsgruppe, die zur Umsetzung ihres Berichts „Kosovo: Halbjahresüberprüfung des Justizwesens“ ins Leben gerufen wurde. Das unter OMIK-Leitung stehende Kosovo-Institut für juristische Fortbildung arbeitet mit der Zivilverwaltung der Vereinten Nationen zusammen und bezieht sie in seine einschlägigen Ausbildungsaktivitäten ein, etwa zum Thema Gewalt in der Familie und Menschenhandel und bei der Einschulung im Kosovo tätiger internationaler Richter und von Rechtsreferenten verschiedener internationaler Organisationen. Und schließlich arbeitete die OMIK auch mit der Arbeitsgruppe für Jugendgerichtsbarkeit zusammen, um zu erreichen, dass die Kapazitäten sozialer Wohlfahrtseinrichtungen erhöht werden.

Seit dem Frühjahr 2000 koordiniert die OMIK gemeinsam mit der JIAS-Abteilung für Post und Telekommunikation sowie mit KFOR die Bemühungen zur Verwaltung des Frequenzspektrums. Dazu zählte auch der Wiederaufbau des Übertragungsnetzes und die Einrichtung eines Frequenzplans samt seiner Umsetzung. Die Frequenzänderung erfolgte im November 2000 in enger Zusammenarbeit mit KFOR gemäß den Empfehlungen der Internationalen Fernmelde-Union (ITU). In der Folge unterzeichnete die OMIK sowohl mit KFOR als auch UNMIK ein Memorandum of Understanding, in dem der OMIK offiziell die Verwaltung des Funkfrequenzbereichs übertragen wurde. Zurzeit steht die OMIK in Verhandlungen mit Geldgebern, unter ihnen das UNDP in Vertretung der japanischen Regierung, um sicherzustellen, dass der integrierte Plan für alle Parteien akzeptabel ist.

Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat)

Nach der Schaffung der Direktion für Wohnungswesen und Eigentum (HPD) und dem Erlass der entsprechenden Verordnung sowie der Einrichtung der Kommission für Wohnungs- und Eigentumsansprüche leistete die OMIK einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Funktionsweise beider Gremien. Zur Klarstellung der Zuständigkeit der HPD veranstaltete die OMIK im Februar 2001 in Prishtinë/Priština einen Workshop zu Eigentumsfragen, bei dem 25 Richter Problemfälle präsentierten, die durch die Kompetenzüberschneidungen der diversen zuständigen Institutionen entstanden waren. Die OMIK beobachtet auch weiterhin Verletzungen der Eigentumsrechte sowohl auf örtlicher Ebene

als auch säulenübergreifend und konzentriert sich auf Eigentumsfragen im Zusammenhang mit der Rückkehr und insbesondere auf die Notwendigkeit, ein wirksames System zur Behandlung von Eigentumskonflikten zu entwickeln und den Zugang zu Wiederaufbauhilfe zu regeln. Zu diesem Zweck verfolgt die OMIK die Arbeit der Direktion mit größter Aufmerksamkeit, insbesondere in Bezug auf die im März 2001 in Angriff genommene Überprüfung der Eigentums- und Wohnrechte in Wohnhäusern in der Region Prishtinë/Priština.

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

OMIK und UNICEF arbeiten in Angelegenheiten der Jugendgerichtsbarkeit zusammen und organisierten gemeinsam mehrere Seminare über die Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität. Nach regelmäßigen Erörterungen über die Rolle der Schule in einer ethnischen Gemeinschaft und über den Stellenwert der Staatsbürgerkunde in den Lehrplänen der Grund- und Sekundarstufe befassen sich OMIK und UNICEF nun gemeinsam mit der Frage der Staatsbürgerkunde an Schulen.

Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM)

Die Zusammenarbeit zwischen OMIK und UNIFEM erstreckt sich vorwiegend auf Fragen der Familie. Am 9. Februar 2001 veranstaltete das unter OMIK-Leitung stehende Kosovo-Rechtszentrum (KLC) in Zusammenarbeit mit UNIFEM ein Seminar über alternative Streitbeilegung in der Familie. In Registrierung- und Wahlkampffragen unterstützt UNIFEM aktiv die Bemühungen der OMIK um die Entwicklung einer Strategie, die es erlaubt, eine möglichst große weibliche Öffentlichkeit mit Informationsmaterial anzusprechen. Zurzeit erkundet die OMIK Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit bei künftigen Aktivitäten zur Information der Öffentlichkeit, die auch weibliche Kandidaten und weibliche Wähler erreichen. Im Mai 2001 wurde ein gemeinsames Schulungs- und Informationsprojekt für Politikerinnen durchgeführt, das durch Workshops zur Wissensvermittlung in Gender-Fragen und für Führungskompetenz in Gemeinden im ganzen Kosovo ergänzt wurde.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Das UNDP spielte bei der Unterstützung der Bemühungen der Mission um eine autonome

Medienlandschaft eine wesentliche Rolle. Im Anschluss an die gemeinsame Erhebung des Aus- und Fortbildungsbedarfs von Journalisten finanzierte das UNDP mehrere Programme zur Kompetenzsteigerung, einschließlich einer Ausbildung in Wahlfragen. Darüber hinaus arbeitete die OMIK mit dem UNDP und dem *Internationale Rescue Committee* bei der Organisation des Jugendkongresses 2001 zusammen, der Teil des UNDP-Programms *Youth Post-Conflict Participation* ist; es war dies ein Treffen von Jugend-NGOs, die die verschiedenen Volksgruppen des Kosovo vertreten. Die Veranstaltung fand vom 26. bis 29. Juni 2001 in der Kosovo-Polizeischule statt, die als Einzige im Kosovo über Räumlichkeiten verfügt, die für ein Treffen dieser Größe groß genug sind.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)

Im Bereich der Menschenrechte ist die Zusammenarbeit zwischen OMIK und UNHCHR besonders eng: die OMIK informiert ausführlich über die Lage der ethnischen Gemeinschaften, die von der Arbeitsgruppe Minderheiten, in der die OMIK den Kovorsitz führt, beurteilt und beobachtet wird und für die auch Lösungen vorgeschlagen werden.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Zwischen der OMIK und UNHCR gestaltete sich die Zusammenarbeit vor allem in Fragen der ethnischen Gemeinschaften und Menschenrechte besonders eng. Die Mandate der beiden Organisationen im Kosovo - Schutz und Förderung der Menschenrechte durch die OMIK beziehungsweise Schutz ethnischer Minderheiten durch UNHCR - ergänzen einander. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Zusammenarbeit ist die ausführliche Berichterstattung über die Lage der Volksgruppen; bisher erschienen sieben gemeinsame Berichte mit dem Titel „Zur Lage der ethnischen Minderheiten im Kosovo“. In der Arbeitsgruppe Minderheiten, in der die OMIK den Kovorsitz führt, befassen sich OMIK und UNHCR gemeinsam mit der Beurteilung und Überwachung der Probleme ethnischer Gemeinschaften und schlagen Lösungen vor.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen OMIK und UNHCR besteht auch bei der Beurteilung von Vorschlägen zur Rückkehr ethnischer Gemeinschaften, insbesondere von Kosovo-Serben. Beide Organisationen stützen sich dabei auf den Grundsatz, dass Binnenvertriebene das Recht

haben, von sich aus in ihre Heimstätten zurückzukehren, und suchen nach Mitteln und Wegen, die eine sichere und bestandfähige Rückkehr der Kosovo-Serben und anderer ethnischer Gemeinschaften gewährleisten. OMIK und UNHCR richteten außerdem eine Arbeitsgruppe zur Koordination der Rückkehr von Roma, Aschkali und Ägyptern ein. Die OMIK arbeitet mit UNHCR auch bei der Abfassung von Rechtsmitteln zur Kontrolle des Verkaufs von Eigentum ethnischer Gemeinschaften zusammen.

Internationaler Strafgerichtshof der Vereinten Nationen für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)

OSZE und IKRK gaben im Februar 2000 einen Band mit Fotografien persönlicher Gegenstände und Kleidungsstücke heraus, die bei den 200 Toten gefunden wurden, die durch den ICTY im Jahr 2000 geborgen wurden. Der Fotoband war Teil eines Projekts, das mithelfen sollte, die geborgenen Überreste zu identifizieren und den Familien von Vermissten beizustehen.

Internationale Polizeieinsatztruppe der Vereinten Nationen (IPTF)

Die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen war bei der Gründung der Kosovo-Polizeischule (KPSS) von allergrößter Bedeutung. Die KPSS wird oft als Musterbeispiel für multiethnische Projekte zum Aufbau von Kapazitäten auf dem Balkan angeführt; bisher wurden rund 4000 Polizeikadetten ausgebildet, bis Ende 2002 werden weitere 2000 die Ausbildung abgeschlossen haben. Die Zusammenarbeit beginnt bei der Sichtung der Bewerbungen für die KPSS. Nach Abschluss des Lehrgangs absolvieren die KPSS-Abgänger 19 Wochen lang eine strukturierte Ausbildung vor Ort, bei der jeder KPSS-Absolvent gemeinsam mit einem internationalen UNMIK-Polizisten Dienst versteht.

Ein weiterer erwähnenswerter Bereich der Zusammenarbeit ist die Exhumierung von Leichen und die Arbeit der *Victims Recovery and Identification Commission*. In diesem Bereich arbeitete die OMIK mit dem UNMIK-Polizeistab für Vermisste zusammen, um eine größere Zahl von Gerichtsmedizinern und Pathologen zur Verfügung zu haben. Dasselbe gilt für die Zusammenarbeit in Fragen des Menschenhandels, in denen die OMIK laufend die Standardverfahren überprüft, nach denen die UNMIK-Polizei, die IOM und die OMIK Opfern von Menschenhandel selbst Hilfe leisten, sowie für

die Überwachung der Umsetzung der UNMIK-Verordnung 2001/4 über das Verbot des Menschenhandels im Kosovo.

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Die OMIK arbeitet mit der Weltgesundheitsorganisation in Frauenfragen zusammen, darunter auch zum Thema Gewalt in der Familie. OMIK und WHO treten auch gemeinsam für Strategien zur Steigerung der Kapazitäten des Rechtssystems im Umgang mit Gewalt bei Jugendlichen sowie der Jugendgerichtsbarkeit ein, wobei soziale Fürsorgeeinrichtungen eine wichtigere Rolle spielen sollten. Ein weiterer Bereich der Zusammenarbeit bezieht sich auf den Schutz psychisch Kranker im Rahmen des Gesundheitswesens und auf das Problem der in der Anstalt von *Shtimë* widerrechtlich festgehaltenen Personen.

Europäische Union (EU)

Die EU bildet die vierte Säule der UNMIK-Struktur und ist für vier Verwaltungsabteilungen in der JIAS verantwortlich. Als Leiter der Säule Wiederaufbau ist die EU auch im Übergangsverwaltungsrat vertreten, der ein nützliches Forum für den Informationsaustausch auf höchster Ebene bietet. Die OMIK und die EU arbeiten auch im organisationsübergreifenden Lenkungsausschuss des Instituts für Zivilverwaltung sowie in der OMIK-Unterstützungsabteilung für die Zivilverwaltung zusammen, die für Aus- und Weiterbildungsaktivitäten für Beamte im Kosovo zuständig ist. Im Lenkungsausschuss sind das UNDP, die EU, der Europarat und mehrere JIAS-Abteilungen vertreten.

Europäische Kommission (EK)/Europäische Agentur für Wiederaufbau (EAR)

Die Europäische Kommission spielt auch außerhalb der Säulenstruktur der UNMIK eine aktive Rolle, da ihre Europäische Agentur für Wiederaufbau (EAR) der wichtigste Geldgeber für Wiederaufbauprojekte ist. In diesem Bereich erhält die Mission Finanzmittel für Projekte, die sich mit dem Institutionenaufbau befassen, und insbesondere für ihre Medienentwicklungsaktivitäten. Im Vorfeld der Wahlen 2000 finanzierte die EAR die Ausbildung in Wahlkampfmanagement, Medien- und PR-Aktivitäten sowie ein Programm zur Wähleraufklärung. Man hofft, dass die EAR bei den Wahlen am 17. November 2001 eine ähnliche Rolle spielen wird.

Die EAR unterstützt ein Pilotprojekt für Rechtsberatung im Kosovo, durch das die Kapazitäten örtlicher NGOs verstärkt werden sollen. Die OMIK führte in der Redaktionsgruppe, die für die Planung und Koordination des Programms für zivile Rechtsberatung zuständig ist, den Vorsitz. Dieses einjährige Pilotprojekt für zivile Rechtsberatung lief am 18. April 2001 an.

Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM)

Die Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM) und die OMIK informieren einander regelmäßig über die politische Gesamtlage.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

OSZE und IOM arbeiteten in allen Fragen der Briefwahl für den Urnengang im Kosovo am 17. November 2001 eng zusammen. Nach einer Ausschreibung erhielt die IOM den Auftrag zur Durchführung des Briefwahl-Projekts im Namen der OMIK, das die Registrierung, die Bearbeitung von Beschwerden und die Stimmenauszählung einschließt. Alle diesbezüglichen Maßnahmen werden gemäß den Regeln, Vorschriften und Leitlinien der OMIK durchgeführt. Der für die Briefwahl zuständige Direktor erstattet dem OMIK-Wahlleiter Bericht. Die IOM wird sich auch an der Veröffentlichung von PR-Material beteiligen, das auf Anliegen, Perspektiven und vorrangige Themen der Gemeinschaften eingeht.

OMIK und IOM arbeiten auch Hand in Hand in Fragen des Menschenhandels, der ein vorrangiges und höchst komplexes Problem in der Region darstellt. Die im Januar 2001 unterzeichnete Verordnung 2001/4 über das Verbot des Menschenhandels im Kosovo stellt den Menschenhandel unter Strafe und bietet Opfern besseren Schutz und verstärkte Unterstützung. Nach Erlass der Verordnung nahm die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen zu, worauf das Kosovo-Institut für juristische Fortbildung (KJI) die Verantwortung für die Aus- und Weiterbildung im Justizbereich übernahm und die OMIK mit der IOM und der UNMIK-Polizei bei der Befragung von Opfern des Menschenhandels zusammenarbeitete. Das KJI führte mehrere Seminare zum Thema Menschenhandel durch. So veranstaltete etwa die OMIK in Zusammenarbeit mit der IOM und dem US-Büro in Prishtinë/Priština ein Seminar über Methoden zur Bekämpfung des Menschenhandels, bei dem Richter und Staatsanwälte mit

der geltenden Rechtslage vertraut gemacht wurden. Darüber hinaus leitete die OMIK 60.000 US-Dollar der US-Regierung an die IOM als Unterstützung für deren Opferhilfe- und Repatriierungsprogramm weiter.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Zwischen der OMIK, dem IKRK und der UNMIK-Polizei besteht eine enge Zusammenarbeit in Fragen vermisster Personen, von in Serbien selbst Inhaftierten, von vermutlich im Kosovo Inhaftierten, sowie bei der Bergung und Identifikation von sterblichen Überresten. Diese Zusammenarbeit führte auch zur Schaffung der *Victims Recovery and Identification Commission* (VRIC). Die Menschenrechtsreferenten der OMIK halten mit den IKRK-Referenten vor Ort Verbindung in Fragen von Vermissten und angeblich in Haft befindlichen Personen. Das IKRK arbeitete auch am KPSS-Lehrplan mit und stellte den Schulen in der Folge Vortragende und Material über Menschenrechte und internationale Polizeiarbeit zur Verfügung.

Im Februar 2001 starteten OMIK und IKRK eine weitere gemeinsame Initiative: die Mitarbeit bei der Identifizierung der Opfer ethnisch motivierter Morde, deren Leichen im vergangenen Jahr exhumiert wurden. Im Rahmen einer Öffentlichkeitskampagne gab die OMIK einen Band mit 750 Fotografien von Kleidungsstücken und persönlichen Gegenständen heraus, die im Jahr 2000 vom ICTY geborgen wurden. Dieser Fotoband lag in allen IKRK-Außenstellen im Kosovo und im Vermisstenbüro zur Einsicht auf.

Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO/Kosovo-Friedenstruppe (KFOR))

Die OMIK unterhält enge Verbindungen zur Kosovo-Friedenstruppe (KFOR), die für ein sicheres Umfeld für die Aktivitäten der OMIK sorgt. Die Zusammenarbeit auf höchster Ebene findet in Form von Sitzungen des säulenübergreifenden Exekutivausschusses, des Übergangsverwaltungsrats und des Übergangsrates für das Kosovo statt, an denen sowohl der KFOR-Kommandant als auch der OMIK-Missionsleiter teilnehmen. KFOR hat in der OMIK-Zentrale ein Verbindungsbüro eingerichtet, und auf Brigade- und Bataillonsebene findet ein regelmäßiger Austausch von Informationen und Empfehlungen statt.

Im Vorfeld der Wahlen 2000 standen OMIK und KFOR in enger Zusammenarbeit in Bezug

auf die besonderen Sicherheitserfordernisse. Im Hinblick auf die Wahlen zur Kosovo-Versammlung im November 2001 wurden im Mai 2001 das Gemeinsame Sicherheitsteam für die Wahlen (JEST) und der Gemeinsame Stab für Wahleinsätze (JEOC) sowohl auf zentraler als auch auf regionaler Ebene reaktiviert, um alle Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit dem Wahlgang zu klären. In allen regionalen und zentralen JEOC-Strukturen, die unter der Leitung der OMIK stehen, sind KFOR und UNMIK-Polizeibeamte vertreten. Seit April 2001 laufen die Vorbereitungen, die sicherstellen sollen, dass jeden Tag Sicherheitskräfte als Begleitschutz für Angehörige ethnischer Gemeinschaften zur Verfügung stehen, die sich in die Wählerlisten eintragen lassen wollen. Gemeinsam mit den kommunalen Wahlbehörden (MEC) besichtigten OMIK, KFOR und UNMIK-Polizei weiter die Räumlichkeiten, die bei den Kommunalwahlen vom 28. Oktober 2000 als Wahllokale gedient hatten, und fanden weitere geeignete Lokale, um lange Warteschlangen vor den Wahllokalen zu vermeiden. Auf KFOR wartet eine wichtige Aufgabe, soll sie doch für einen friedlichen Verlauf bei der Stimmabgabe am 17. November 2001 sorgen.

Darüber hinaus wurde KFOR konkret mit dem Schutz und der Sicherheit der Rückkehrer beauftragt. Bis Februar 2001 arbeiteten OMIK und KFOR regelmäßig bei den wöchentlichen Sitzungen der Arbeitsgruppe Minderheiten und des Gemeinsamen Rückkehr-Ausschusses zusammen. KFOR und UNMIK erstellten außerdem gemeinsam einen Sendefrequenzplan und halfen bei der Wiederherstellung des terrestrischen Übertragungsnetzes im Kosovo.

Weltbank (WB)

Im Anschluss an eine vom Kosovo-Institut für juristische Fortbildung organisierte Diskussionsrunde erörtern OMIK und Weltbank derzeit Fragen, die in die Zuständigkeit des Handelsgerichts fallen.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

American Bar Association/Central and East European Law Initiative (ABA/CEELI)

Seit Ende 2000 bemühen sich ABA/CEELI und OMIK gemeinsam um Umsetzung einer Reform der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Im Januar 2001 erörterten die OMIK und ABA/CEELI das einjährige Praktikanten-

programm, das 20 Rechtsanwaltsanwärter auf ihre Rechtsanwaltsprüfung vorbereiten soll. ABA/CEELI war ein wichtiger Partner und Vermittler, der dafür sorgte, dass sieben Jurastudenten der Universität Prishtinë/Priština im April 2001 für den Völkerrechtswettbewerb in den USA und in Österreich vorbereitet wurden. OMIK, UN und ABA/CEELI koordinierten eine wöchentliche Arbeitsgruppe zur Systematisierung der Rechtsberatung im Kosovo.

Union der europäischen Rundfunkorganisationen (UER)

Die OMIK arbeitet in allen Rundfunkfragen mit der Europäischen Rundfunkunion zusammen.

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

In Fortsetzung der Bemühungen um die Weiterbildung von Lokalpolitikern bemühte sich die OMIK weiter mit der Friedrich-Ebert-Stiftung um die Entwicklung politischer Parteien und den Aufbau von Kapazitäten. Ein Schulungsseminar für Kommunalpolitik, kommunale Selbstverwaltung, Stadtplanung und kommunale Haushaltsplanung fand vom 1. bis 8. April 2001 in Freiburg (Deutschland) statt. Die FES finanzierte das Seminar, in dessen Rahmen auch ein Besuch beim Europarat und beim Kongress der Gemeinden und Regionen in Europa stattfand. Am 25. und 26. Mai fand auf kommunaler Ebene im Demokratisierungszentrum von Gjakovë/Đakovica ein gemeinsames OMIK/FES-Seminar zum Thema Sozialpolitik statt.

Internationale Stiftung für Wahlsysteme (IFES)

Für die Wahlen der Jahre 2000 und 2001 veranstalteten OMIK und IFES eine Reihe von Schulungskursen für Mitglieder der kommunalen Wahlbehörden (MEC). Im ersten Trimester 2001 wurden verschiedene Programme zum Kapazitätenaufbau unter der gemeinsamen Leitung von OMIK und IFES durchgeführt, darunter auch ein dreitägiges Seminar für 80 MEC-Mitglieder, inländische politische Beobachter und Vertreter politischer Parteien, die mit dem Wahlprozess im Kosovo befasst sind, und am 8. März 2001 ein Seminar für Entscheidungsträger im Kosovo über die Planung einer Wahlordnung.

Lawyers without Borders

Lawyers without Borders, eine NGO mit Sitz in den USA, ging eine formelle Partnerschaft mit dem von der OMIK geleiteten *Criminal Defence*

Resource Centre (CDRC) ein, in deren Rahmen eine Datenbank von Strafverteidigern zusammengestellt werden soll, die juristische Nachforschungen durchführen und vom ICTY angeforderte Dokumente verfassen werden.

Media Action International (MAI)

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen und die dazu nötige Registrierung suchte die OMIK im Januar 2001 wieder die Zusammenarbeit mit der NGO MAI, mit der sie eine wöchentliche Radiosendung zur Information der Wählerschaft produzierte. OMIK und MAI führen derzeit Gespräche betreffend die Produktion einer neuen Serie von Straßenveranstaltungen für die Novemberwahlen, die parallel zur Registrierung anlaufen sollen.

Nationales demokratisches Institut (NDI)

Im März 2001 organisierte die OMIK in Zusammenarbeit mit dem NDI und dem USAID-Büro für Initiativen im Kosovo für die Übergangszeit ein Treffen aller Organisationen, die sich mit der Entwicklung von Programmen zur Förderung der verstärkten Mitsprache der Bürger befassen. Dabei wurden Strategien zur verstärkten Einbeziehung der Bürger in den Entscheidungsprozess im Kosovo ausgearbeitet.

DIE „SPILLOVER“- ÜBERWACHUNGSMISSION IN SKOPJE

Allgemeine Beurteilung

Insgesamt waren die Arbeitsbeziehungen zu den internationalen und nichtstaatlichen Organisationen im Land im Berichtszeitraum ausgezeichnet. Mit Organisationen, deren Mandat das der Mission harmonisch ergänzt, waren die Aktivitäten stärker verzahnt, während andere Aktivitäten der Mission unterstützten oder mitfinanzierten oder deren Projekte umsetzten. Durch die aktuellen Krisen ergaben sich Schwerpunkte in den kooperativen Beziehungen, die sich dadurch präzisierten. Das in Ochrid vereinbarte und am 13. August 2001 in Skopje von den führenden Parteien im Parlament unterzeichnete Rahmenabkommen veränderte die politische Landschaft im Land. Anhang C des Abkommens, der mehrere vertrauensbildende Maßnahmen vorsieht, räumt der OSZE eine wichtige Stellung in verschiedenen Bereichen der Vertrauensbildung ein, darunter Polizeientwicklung, Überwachung

der Vertrauensbildung und Hilfestellung bei der Verlegung von Polizeikräften in Problemgebiete sowie technische Hilfe in den Bereichen Polizeireform, Medienentwicklung und interethnische Beziehungen. Koordinator der Initiativen nach Anhang C ist die Europäische Union, weshalb die Mission nun verstärkt mit der EU zusammenarbeitet, daneben aber weiterhin enge Arbeitsbeziehungen zu anderen Partnern unterhält.

Die Mission hält weiter ihre wöchentlich stattfindende organisationsübergreifende Koordinations Sitzung für Partnerorganisationen und Botschaften in Skopje ab und ist Gastgeber täglicher Informationssitzungen mit der NATO, der Beobachtermission der Europäischen Union, UNHCR, der EU/EK und anderen, bei denen die sicherheitspolitische Gesamtlage besprochen wird.

Künftige Zusammenarbeit

2002 wird die Mission ihre technischen Hilfsprogramme in Bereichen wie Minderheitenfragen/Aufbau interethnischer Beziehungen (hauptsächlich auf Ebene der Lokalverwaltungen), Medienprogrammen (auch für Minderheiten) und Programmen zur menschlichen Dimension verstärken. Die Mission plant auch, frühere Aktivitäten wieder aufzunehmen, die wegen des Konflikts von 2001 ausgesetzt wurden. Dabei handelt es sich um Programme zum Thema Menschenhandel unter Beteiligung des Referenten für die menschliche Dimension und um technische Hilfe für das Volksanwaltschaftsbüro.

Darüber hinaus wird die Mission in enger Zusammenarbeit mit der EU und dem Internationalen Schulungsprogramm der US-Regierung für kriminalpolizeiliche Ermittlungen ein Programm in Angriff nehmen, das 1000 neue Polizeibeamte, die nicht aus der Bevölkerungsmehrheit kommen, heranbilden und andere Fachausbildungskurse etwa über die Grundlagen bürgerlicher Polizeiarbeit enthalten wird. In Bezug auf die Durchführung der Volkszählung, die Parlamentswahlen und den durch das Selbstverwaltungsgesetz eingeleiteten Dezentralisierungsprozess wird die Zusammenarbeit unter der koordinierenden Leitung der EU und innerhalb des Rahmenabkommens fortgesetzt.

Bei all diesen Aktivitäten wird die Mission auch weiterhin auf die notwendige Abstimmung mit anderen internationalen Organisationen

sowie auf die Mitwirkung anderer OSZE-Institutionen (BDIMR, HKNM und OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit) achten. Die Mission wird auch im größtmöglichen Ausmaß örtlich verfügbare Personalressourcen und Fachkenntnisse nutzen.

Europarat

Die Mission organisiert gemeinsam mit dem Europarat Seminare und Tagungen, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gebiet um den Prespasee erleichtern. Es gab bereits eine gewisse Zusammenarbeit bei der gegenseitigen Unterstützung für ein Seminar unter der Schirmherrschaft des Europarats für die mazedonische Polizei. Die Mission lieferte Informationen über Methoden, Standards und Schwächen der Polizeiarbeit, um diese Seminare in Zukunft bestmöglich an den Bedarf anzupassen. Angesichts der aktuellen Lage im Land geht man davon aus, dass die Zusammenarbeit in den nächsten Monaten deutlich zunehmen wird. Wie im Rahmenabkommen vorgesehen, werden der Europarat und die EU bei der Umsetzung der Reformen zur Verwirklichung der lokalen Selbstverwaltung federführend sein. Im Berichtszeitraum informierte die Mission mehrmals Delegationen des Europarats über die politischen Verhältnisse und ging eine engere Zusammenarbeit vor Ort ein.

In den verbleibenden Monaten 2001 sowie 2002 wird die Mission vor allem im Hinblick auf das Volksanwaltschaftsprogramm eng mit dem Europarat zusammenarbeiten. Der Europarat wird für die Überprüfung des Gesetzesentwurfs für die Volksanwaltschaft verantwortlich sein, die Mission wird sich mit den Rechtsvorschriften befassen und sich nach Bedarf an der Ausbildung und an Aktivitäten zur Aufklärung der Öffentlichkeit in Bezug auf die Dezentralisierung der Volksanwaltschaft beteiligen.

Vereinte Nationen (UN)

Die Mission arbeitet praktisch täglich mit Bestandteilen des UN-Organisationsverbunds zusammen, in der Regel auf dem Wege eines informellen Informationsaustauschs. Besonders eng ist die Zusammenarbeit mit UNHCR in Fragen der Rückkehr und Wiedereingliederung von Vertriebenen.

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Ein leitender UNICEF-Vertreter nimmt an der wöchentlichen Missionssitzung teil und

leistet wichtige Beiträge dazu. Zur Unterstützung der Arbeit der UNICEF im Land informiert die Mission über aktuelle Angelegenheiten und politische und soziologische Kennzahlen und hilft bei der Suche nach geeigneten NGOs und Geldgebern für konkrete Projekte oder führt Bedarfserhebungen durch. Die Beziehung ist für beide Organisationen von Nutzen.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Es findet ein informeller Informationsaustausch statt, und beide Organisationen fördern gemeinsam die Lokalverwaltungsreform.

OSZE und UNDP sind beide in einer Geldgebergruppe für Dezentralisierung und Stärkung der Lokalverwaltung vertreten. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Lokalverwaltung werden politische Zielsetzungen festgelegt und Mittel und Wege besprochen, wie die Aktivitäten am besten zu koordinieren sind, um die Regierung bei der Verwirklichung dieser Ziele zu unterstützen.

Da den Gemeinden zahlreiche neue Aufgaben erwachsen werden, sobald das Lokalverwaltungsgesetz im Parlament (ein zentraler Punkt in der Rahmenvereinbarung) verabschiedet wird, könnten sich für viele kleinere Lokalverwaltungen große finanzielle Probleme und Nachteile aufgrund ihrer geringen Größe ergeben. 2002 wird die OSZE-Mission ein Programm durchführen, das eine Zusammenarbeit zwischen Gemeinden auf dem Dienstleistungssektor vorsieht und gleichzeitig die Zusammenarbeit über ethnische und Parteigrenzen hinweg fördert. Es wurde auch besprochen, inwieweit UNDP-Projekte OSZE-Aktivitäten in einem gegebenen Gebiet ergänzen können, um deutlich zu machen, wie nützlich Zusammenarbeit sein kann.

Büro des Hochkommissärs der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)

Zwischen der Mission und UNHCHR findet regelmäßig ein informeller Informationsaustausch statt, bei dem unter anderem die Mitwirkung von UNHCHR an der Ausbildung und der Entwicklung der Polizei erörtert wurde.

Das UNHCHR-Büro in Belgrad erklärte sich bereit, anlässlich der Verlegung von Polizeikräften in ehemalige Krisengebiete Ausbildung in zivilen Fragen anzubieten und die Polizei mit verschiedenen Konzepten für bürgernahe Polizeiarbeit vertraut zu machen. Es wurde ferner

erörtert, ob UNHCHR das Innenministerium dazu ermutigen soll, eine interne Beschwerdestelle einzurichten, die sich mit Bürgerbeschwerden befasst.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Die Mission leistet regelmäßig Beiträge zu den Treffen von UNHCR mit anderen internationalen Organisationen, und UNHCR nimmt seinerseits an der allwöchentlichen Informationssitzung für die bilateralen Botschaften und wichtigsten internationalen Organisationen teil. Ferner werden täglich Informationen über Flüchtlingsbewegungen im Zuge der gegenwärtigen Krise ausgetauscht und verglichen, und die Mission hält rund um die Uhr Kontakt, um stets auf dem letzten Stand zu sein und die Lage präzise einschätzen zu können. UNHCR nimmt an den täglichen Treffen in der Mission teil, bei denen die Krisenlage besprochen wird. UNHCR fördert ein Missionsprojekt, das Journalisten über die Aufgaben internationaler Organisationen informiert. Die Beziehung wird von beiden Seiten hoch geschätzt.

Die OSZE-Beobachter, die seit einigen Monaten in großer Zahl vor Ort im Einsatz sind, bemühen sich gemeinsam mit UNHCR um die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Rückkehr der durch den Konflikt Vertriebenen in ihre Heimatorte. Derzeit setzen sich OSZE-Teams für die Verbesserung der Bewegungsfreiheit ein, überwachen die neu entstandenen Machtstrukturen und bemühen sich, durch ihre Präsenz vertrauensbildend auf die Rückkehrer zu wirken.

Obwohl UNHCR und die OSZE vor Ort nicht in gemischten Teams sondern getrennt arbeiten, besteht eine äußerst enge Zusammenarbeit, die unter anderem dem Austausch von Informationen über die Rückkehrbedingungen dient. In Anlehnung an die wöchentlichen organisationsübergreifenden Treffen in Skopje finden nun auch derartige Treffen in anderen Gebieten, zum Beispiel in Tetovo, statt, wo UNHCR, die OSZE, andere internationale Organisationen und NGOs ihre Aktivitäten für diese Region koordinieren.

Welternährungsprogramm (WFP)

Auf informeller Ebene wurden Informationen über den Anteil der Lebensmittel an den Gesamtausgaben der Haushalte (als Armutsindikator) ausgetauscht. Damit wollte man sich ein Bild

von den sozialen Auswirkungen der drastischen Reduzierung der Hilfsprogramme von Ende 2000 auf den sozialen Frieden machen.

Europäische Union (EU)

Im Rahmenabkommen wurde die Europäische Union zum Koordinator für Initiativen nach Anhang C bestimmt. Daher stimmt die Mission ihre Programmplanung für 2002 enger mit der EU ab, insbesondere in den Bereichen Polizeientwicklung, Medieninitiativen, lokale Selbstverwaltung und interethnische Beziehungen.

Auf politischer Ebene setzt sich die Mission in allen wichtigen Fragen mit dem EU-Gesandten ins Einvernehmen, der gemeinsam mit dem Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und dem Sondergesandten der Vereinigten Staaten Mitinitiator des Rahmenabkommens war.

Die OSZE-Mission wurde über die Verhandlungen zum EU-Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen auf dem Laufenden gehalten, dessen Umsetzung als Voraussetzung für eine Zukunft in Wohlstand und Stabilität für das Land angesehen wird.

Europäische Kommission (EK)

Die Mission steht in täglichem Kontakt mit Vertretern der Europäischen Kommission und tauscht informell Informationen mit ihnen aus. Die EK ist bei den wöchentlichen Sitzungen der Mission vertreten, bei denen ein informeller Informationsaustausch über *Good Governance*- und Transparenzprogramme stattfindet. Zum Thema lokale Selbstverwaltung gab es einen regelmäßigen Gedankenaustausch zur Unterstützung dieser wichtigen Reform und eine entsprechend enge Zusammenarbeit. Darüber hinaus arbeitet die OSZE mit der EK in Fragen der Medienreform und der Schulung von Medienmitarbeitern eng zusammen.

Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM)

Die beschränkte Anzahl qualifizierter Überwacher verlangte in der aktuellen Krise eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen. Man unterstützte sich gegenseitig, indem die Beobacherteams einander im Sinne größerer Sicherheit Begleitschutz gaben, Gebiete zwecks optimaler Effizienz aufgeteilt wurden und natürlich die Informationen aus der direkten Beobachtung vollständig weitergegeben wurden. Die EUMM erhält die *Spot Reports* der

Mission über Entwicklungen in der Krisensituation und leistet wertvolle Beiträge zu den wöchentlichen Treffen der Mission. Als bei einer gemeinsamen Patrouille im Grenzgebiet Anfang dieses Jahres Mitglieder beider Missionen eine Minenexplosion miterlebten, bemühten sie sich gemeinsam um das Leben des verletzten mazedonischen Soldaten. Infolge der äußerst positiven Zusammenarbeit herrscht auf dem Gebiet der Überwachung große gegenseitige Achtung. Das Rahmenabkommen fordert im Interesse der fortgesetzten und ausgedehnten Zusammenarbeit zwischen den Organisationen zur Transparenz der Aktivitäten in den ehemaligen Konfliktgebieten auf.

Die Mission hat eine gemeinsame Einsatzzentrale eingerichtet, in der die EUMM (gemeinsam mit der NATO und UNHCR) einen ständigen Sitz hat und die mithelfen soll, bei den umfassenden Überwachungseinsätzen maximale Koordination und Effizienz sicherzustellen.

Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)

Seit Beginn der verstärkten NATO-Präsenz im Lande, die ursprünglich *Task Force Essential Harvest* hieß, finden in der Mission täglich Sitzungen mit wichtigen Organisationen statt, bei denen einschlägige Informationen ausgetauscht werden und die Lage besprochen wird. Die Beziehungen zur NATO sind durch gegenseitige Unterstützung und einen freien Informationsaustausch gekennzeichnet. Das Ausmaß der Zusammenarbeit ist heute weit größer als die frühere mit der im Lande stationierten Organisationseinheit der KFOR für logistische Unterstützung. Ein NATO-Vertreter leistet wichtige Beiträge bei den wöchentlichen Treffen auf hoher Ebene in der Mission mit bilateralen Botschaften und wichtigen Institutionen, bei denen ein informeller Informationsaustausch stattfindet.

Vor Ort arbeiten die Beobachter besonders eng mit den NATO-Verbindungsteams der *Task Force Amber Fox* zusammen, die seit 27. September 2001 für die Sicherheit der Beobachter der OSZE und der EUMM sorgen, wie es in einem Schriftwechsel zwischen dem NATO-Generalsekretär und dem OSZE-Generalsekretär über die Sicherheit der internationalen OSZE-Beobachter festgelegt worden war. Die Organisationen bemühen sich gemeinsam um die Wiederherstellung normaler Verhältnisse, unter anderem durch die Verbesserung der Bewegungsfreiheit, Hilfestellung bei der Rückkehr

Vertriebener und Unterstützung bei der Wiederherstellung der vollen polizeilichen Autorität im ganzen Land.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Im Bereich des Menschenhandels, insbesondere des Frauenhandels, war die Zusammenarbeit äußerst umfangreich. Gemeinsam decken die IOM und die Mission den gesamten Bereich ab, der zur Bekämpfung des Problems im Land erforderlich ist. Die Mission fungierte als Koordinationsstelle für die Arbeit der im Land tätigen internationalen Organisationen und NGOs, die IOM war dank ihrer Fachkompetenz der Hauptpartner bei der Durchführung. Trotz einer durch die Krise bedingten Unterbrechung geht der regelmäßige Informationsaustausch weiter. Die Entwicklung dieses wohl fortschrittlichsten Lösungsansatzes zur Bekämpfung des Menschenhandels in Südosteuropa hatte die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Schlüsselorganisationen zur Grundlage.

Die Mission und die IOM ermutigen die Regierung, einen Zufluchtsort für Frauen einzurichten, die Opfer von Menschenhändlern wurden, die Polizei in Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels auszubilden und für einen regionalen Ansatz einzutreten. Es ist bekannt, dass die Regierung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien bei der Bekämpfung des Menschenhandels auf dem Balkan heute eine führende Rolle spielt.

Im Herbst 2001 fanden zahlreiche Diskussionen zur gemeinsamen Planung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels statt. Die enge Zusammenarbeit mit der IOM in dieser Frage wird aller Voraussicht nach nächstes Jahr fortgesetzt.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Aufgrund seines Tätigkeitsfeldes befindet sich das IKRK zwangsläufig in einer gewissen Isolation. Dennoch trägt der leitende Vertreter im Land Wesentliches zu den wöchentlichen Sitzungen der Mission und zu den Kontakten bei, die in dieser Krisenzeit besonders wichtig sind. Gemeinsam werden mehrmals täglich Informationen über Bevölkerungsbewegungen, sichere Gebiete, Aktivitäten militärischer Einheiten und bewaffneter Gruppen usw. evaluiert. Die Zusammenarbeit hat ein hohes Niveau erreicht, und die Mission verlässt sich in vielen Fällen allein

auf die fundierte Beurteilung der Ereignisse durch das IKRK, um Waffenruhen optimal ausnutzen zu können. Während der Krise kam es gelegentlich vor, dass die Organisationen ersucht wurden, gemeinsam für ein gewisses Maß an unabhängiger Transparenz und Sicherheit bei sensiblen Aktivitäten in von bewaffneten Gruppierungen besetzten Gebieten zu sorgen.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

Es besteht ein regelmäßiger informeller Informationsaustausch.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Der laufende Informationsaustausch bezieht sich hauptsächlich auf die Dezentralisierung. Diese Reform wird steuerliche Konsequenzen haben, wenn gewisse Funktionen, die mit Einnahmen verbunden sind, den Gebietskörperschaften übertragen werden. Die kostenrelevanten Auswirkungen der Dezentralisierung wurden auch mit der Weltbank erörtert (siehe folgenden Absatz).

Weltbank (WB)

Der Informationsaustausch betrifft hauptsächlich die Reform der Lokalverwaltung. Die Reformen der Weltbank in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildungswesen und öffentliche Verwaltung werden von der Dezentralisierung stark betroffen sein, weshalb die Bank bei der Mission Informationen über die Rechtslage, den politischen Prozess und den voraussichtlichen Zeithorizont für die Verabschiedung und Umsetzung des Dezentralisierungspakets einholte.

Die OSZE und andere internationale Organisationen erörterten die möglichen kostenrelevanten Auswirkungen der Dezentralisierungsreform in Vorbereitung der ursprünglich für 15. Oktober 2001 vorgesehenen Geberkonferenz, die jedoch bis auf Weiteres verschoben wurde.

OSZE-Institutionen

Nach wie vor erfolgt die Zusammenarbeit auf hohem Niveau.

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Das BDIMR stellte der Mission einen Vertreter zur Verfügung, der sie bei zahlreichen Seminaren über Polizeiarbeit, die Armee und kommunales Bewusstsein unterstützte, die im Einsatzgebiet der Mission in Zusammenarbeit mit der britischen Botschaft und der *Royal Ulster*

Constabulary des Vereinigten Königreiches veranstaltet wurden. Die Mission unterhält unverändert enge Beziehungen zum BDMR in Hinblick auf die Schaffung einer Polizeiakademie in Mazedonien, die mit Unterstützung von Polizeixperten der Europäischen Kommission und der Botschaft der Vereinigten Staaten angestrebt wird.

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM)

Die Beziehung der Mission zum Hohen Kommissar steht auf einer soliden Basis. Während des langwierigen Prozesses, der schließlich zur Gründung der Südosteuropa-Universität in Tetovo führte, wurde zu seiner Unterstützung ein Mitglied der Mission abgestellt. Die Universität befindet sich bereits im Bau. Die Mission fungiert als Clearingstelle für die Bereitstellung und Abrechnung der Mittel für die Bauaufträge, die von der Europäischen Union und bilateralen Geldgebern finanziert werden.

Beauftragter für Medienfreiheit

Der Presse- und Medienberater der Mission steht in enger Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Medienfreiheit. Erst vor kurzem betreute die Mission den Beauftragten bei seinem Besuch, bei dem es um Mängel der Medienberichterstattung während der Krise ging. Mit der Arbeitsgruppe Medien des Stabilitätspakts, der *Soros Foundation* und dem Europarat wurden Gespräche über Fragen der Politik und der Gesetzgebung geführt.

Nichtstaatliche Organisationen

Die Mission unterhält Beziehungen zu lokalen und internationalen NGOs wie dem Ost-West-Institut und der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften.

Ost-West-Institut (EWI)

Gemeinsam mit dem EWI veranstaltete die Mission ein Seminar über grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region Ochridsee und Prespasee, um mit örtlichen Beteiligten und dem Europarat die Möglichkeit einer Institutionalisierung der Zusammenarbeit durch die Schaffung einer Euroregion zu erörtern.

Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK)

Die IFRK hält die Mission bei den wöchentlichen Treffen auf hoher Ebene in der Mission über die Bewegungen und Unterbringung von

Binnenvertriebenen und Flüchtlingen sowie über Sozialhilfe in Einzelfällen auf dem Laufenden.

DIE BERATUNGS- UND ÜBERWACHUNGSGRUPPE IN BELARUS

Allgemeine Beurteilung

Eine rege Zusammenarbeit entfaltet sich im Wege regelmäßiger Konsultationen in Angelegenheiten, die unter die Mandate der jeweiligen Organisationen fallen und deren Status im Gastland entsprechen. Dazu zählen Kontakte zu der Europäischen Union, dem Minsker Büro des EU-Programms „Technische Hilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (TACIS), der Europäischen Kommission in Brüssel, dem Europarat, UNHCR, IOM, IWF, der Weltbank und dem Sekretariat der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Künftige Zusammenarbeit

Eine dauerhafte Zusammenarbeit soll in folgenden Bereichen fortgesetzt werden:

- Durchführung der von EU/BDMR/AMG unterstützten und im März 2000 begonnenen Demokratieprojekte in Belarus. Seit August 2001 werden Anschlussprojekte für die Jahre 2002 und 2003 vorbereitet.
- Konsultationen mit UNHCR und der IOM zu Fragen grenzüberschreitender Migrationsbewegungen als Ursache internationaler Spannungen, innerer Instabilität und humanitärer Probleme.
- Konsultationen mit dem IWF über wirtschaftliche und währungspolitische Entwicklungen in Belarus.
- Konsultationen mit der Weltbank in Bezug auf die Zusammenarbeit bei Projekten zur Sanierung von Gefängnissen.
- Konsultationen mit der GUS in Fragen der internationalen Wahlbeobachtung.

Europarat

Der Europarat und die Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus (AMG) veranstalteten am 2. April 2001 in Zusammenarbeit mit den belarussischen Behörden und der unabhängigen nichtstaatlichen Organisation *Sapieha* gemeinsam ein Seminar über kommunale Verwaltung in Belarus. Vertreter des Kongresses der

Gemeinden und Regionen Europas nahmen an dem Seminar als Vortragende teil. Dem Seminar wohnten auch mehrere offizielle Vertreter aus dem regionalen Verwaltungsapparat und der Zentralregierung teil. Es fand jedoch nicht die volle Unterstützung der Regierung, da eine nicht-staatliche Organisation beteiligt war, die als eine der oppositionellen Gruppen des Landes angesehen wird.

Die AMG plant die Fortsetzung ihrer engen Zusammenarbeit mit dem Europarat im Hinblick auf die kommunale Selbstverwaltung in Belarus. Ein neues Projekt wird derzeit erwogen.

Die parlamentarische Troika, der Vertreter des Europäischen Parlaments sowie der Parlamentarischen Versammlungen der OSZE und des Europarats angehören, traf während der Vorbereitung der Präsidentenwahlen vom 9. September 2001 bei verschiedenen Anlässen mit der AMG zusammen. Vom 5. bis 7. Mai 2001 hielt sich eine Delegation im Land auf, die aus dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, A. Severin, dem Vorsitzenden des Ausschusses für politische Angelegenheiten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Terry Davis, und dem Vorsitzenden der Untergruppe „Belarus“ des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Jan Marinus Wiersma, bestand.

Ein weiterer Besuch in Minsk fand vom 31. Juli bis 3. August 2001 statt. Die Delegation setzte sich aus folgenden Vertretern der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) zusammen: Terry Davis, PACE-Vorsitzender, Wolfgang Behrendt, deren Berichterstatter, und Cyril Svoboda, Berichterstatter des PACE-Ausschusses für Rechtsfragen und Menschenrechte.

Im Rahmen der internationalen begrenzten Wahlbeobachtungsmission, die das BDIMR vom 16. August bis 10. September 2001 durchführte, entsandten die parlamentarischen Institutionen der Europäischen Union, des Europarats und der OSZE Parlamentsdelegationen als Kurzzeitbeobachter. Die vorläufigen Ergebnisse der Beobachtungsmission wurden am 10. September 2001 als „Erklärung über die vorläufigen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen“ veröffentlicht.

Vereinte Nationen (UN)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Zu den vom UNDP und der AMG durchgeführten Projekten werden regelmäßig Treffen abgehalten. Im Frühjahr 2001 fanden Sonderkonsultationen zur Frage der Bedeutung des provisorischen Präsidentenerlasses Nr. 8 vom 12. März 2001 statt, der die Registrierung ausländischer Zuwendungen an NGOs in Belarus im humanitären Bereich verlangt. Die AMG veranstaltete diese Treffen mit diplomatischen Missionen und belarussischen nichtstaatlichen Organisationen, um die Auswirkungen des Erlasses Nr. 8 auf die künftige internationale Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen in Belarus zu erörtern.

Darüber hinaus finden projektbezogene Konsultationen unter Beteiligung aller diplomatischen Missionen und internationalen Organisationen in Minsk statt, die auf irgendeine Weise in die technische Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und Vereinigungen einbezogen sind.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)

Die AMG unterstützt nach wie vor Strafgefangene und Häftlinge, die sich als Opfer politischer Verfolgung betrachten und mit dem Büro des UNHCHR in Kontakt stehen. Die AMG sorgt neben der Beobachtung der Gerichtsverfahren für die sichere Weiterleitung von Hilfersuchen belarussischer Bürger an das UNHCHR-Hauptquartier.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Konsultationen gibt es zu Einzelfällen und im Rahmen der gemeinsamen Bestrebungen, Belarus im Hinblick auf die wachsenden Probleme des illegalen Flüchtlingsdurchzugs durch Belarus internationale Unterstützung zukommen zu lassen. Die AMG veranstaltete im Mai und Juni 2001 Konferenzen zur Erörterung und Lösung der Frage junger Afghanen, die während des Kriegs in Afghanistan in die Sowjetunion kamen und ohne Aufenthaltsgenehmigung in Belarus leben. Unter den Teilnehmern befanden sich Vertreter von UNHCR, der IOM, der belarussischen Behörden aus Minsk und verschiedener Organisationen wie etwa des belarussischen staatlichen Roten Kreuzes. Die Frage könnte,

unter anderem dank finanzieller Unterstützung durch UNHCR, gelöst werden.

Im Juni 2001 konsultierte UNHCR die AMG im Hinblick auf die Prioritätensetzung in seiner Arbeit. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die an die Europäische Union und ihre zukünftigen Mitglieder (Polen und Litauen) grenzen, stehen vor immer größeren Problemen angesichts des wachsenden Drucks durch die Ost-West-Migration. Diese und andere Fragen wurden anlässlich des Koordinationstreffens zwischen OSZE, UNHCR, Europarat und IOM in Wien am 4. Juli 2001 eingehend erörtert.

Europäische Union (EU)

Die AMG arbeitet regelmäßig mit den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten in Belarus zusammen. Im Zentrum dieser Konsultationen stehen der Demokratisierungsprozess in Belarus, insbesondere die Notwendigkeit freier und demokratischer Wahlen im Einklang mit den EU-Standards, und die Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten für die Arbeit der AMG in Belarus.

Europäische Kommission (EK)

Die AMG ist nach wie vor mit der Planung und Umsetzung von sieben Projekten beschäftigt, die von der Europäischen Kommission und dem BDIMR gemeinsam finanziert werden und seit März 2000 laufen. Ziel dieser Projekte ist die Stärkung demokratischer Institutionen. Derzeit steht ein Anschlussprogramm zur Diskussion, das für den Zeitraum 2002 bis 2003 einen Haushalt von über 800.000 EUR vorsieht. Für Ende 2001 wird eine endgültige Einigung über diese Projekte erwartet. Das Programm umfasst folgende Projekte:

- Einrichtung eines Zentrums für europäische und transatlantische Studien an der Unabhängigen europäischen humanistischen Universität in Minsk;
- Herstellung elektronischer Datenverbindungen zwischen der Europäischen humanistischen Universität und internationalen Hochschul- und Forschungseinrichtungen;
- Vortragsreihe zum Thema Zivilgesellschaft und pluralistische Demokratie;
- Verbesserung der sanitären und medizinischen Bedingungen in Gefängnissen;
- Unterstützung und Ausbildung von Pflichtverteidigern und Unterstützung von Per-

sonen, gegen die ein Straf- oder Verwaltungsverfahren anhängig ist, das politische Auswirkungen hat;

- logistische Unterstützung nichtstaatlicher Organisationen und Unterstützung medienorientierter Aktivitäten im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen;
- Konferenzen zum Thema Konflikt- und Streitbeilegung.

Europäisches Parlament (EP)

Die Parlamentarier der parlamentarischen Troika für Belarus, der Vertreter der Parlamentarischen Versammlungen der OSZE und des Europarats sowie des Europäischen Parlaments angehören, verfolgen die Entwicklungen in Belarus sehr genau. Die parlamentarische Troika für Belarus unterstützt die Bemühungen der Beratungs- und Überwachungsgruppe der OSZE in Belarus, demokratische Institutionen zu entwickeln und die Einhaltung europäischer Verpflichtungen durch das Land zu beobachten. Eine Delegation der parlamentarischen Troika besuchte Belarus vom 5. bis 7. März und beobachtete am 9. September 2001 die dortigen Präsidentenwahlen; sie stand unter dem Vorsitz von Jan Marinus Wiersma, dem Vorsitzenden der Untergruppe „Belarus“ des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments.

Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)

Die AMG wurde anlässlich des Besuchs einer Delegation der Parlamentarischen Versammlung der NATO im April 2001 konsultiert. Außerdem wurde die AMG eingeladen, über den Demokratisierungsprozess in Belarus und den internationalen Status des dreizehnten Obersten Sowjets und der Nationalversammlung - des parlamentarischen Gremiums nach der Verfassung von 1996 - zu informieren.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die Teilnehmer am Koordinationstreffen zwischen OSZE, Europarat, IOM und UNHCR vom 4. Juli 2001 in Wien begrüßten den Vorschlag der AMG, die Europäische Union in die Analyse und Lösung von Problemen der grenzüberschreitenden Migration in allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die an gegenwärtige und zukünftige Mitgliedstaaten der Europäischen Union grenzen, einzubeziehen. Die Fragen im Zusammenhang mit diesem wachsenden Problem

der grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen betreffen die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den angrenzenden Staaten in Osteuropa, insbesondere Belarus, Moldau und die Ukraine.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Im Berichtszeitraum setzte das IKRK die Unterstützung des Strafvollzugsprojekts der AMG fort, das von der Europäischen Kommission und dem BDIMR finanziert wird. Ein Arzt des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz besuchte zusammen mit einem Mitarbeiter der AMG und einem Arzt der belarussischen Strafvollzugsverwaltung Haftanstalten und Untersuchungsgefängnisse. Anhand ihrer Berichte wird die AMG die Einzelheiten des Sanierungsprojekts für Haftanstalten und Untersuchungsgefängnisse ausarbeiten.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Gelegentliche Konsultationen gibt es mit den für Belarus zuständigen IWF-Vertretern hinsichtlich der Beurteilung der währungs- und wirtschaftspolitischen Entwicklung des Landes.

Weltbank (WB)

Die AMG arbeitet mit der Weltbank an Projekten in Bezug auf medizinische Probleme, insbesondere die medizinischen und sanitären Bedingungen in Gefängnissen und die Ausrottung der Tuberkulose. Die Weltbank plant ein derartiges Programm auf landesweiter Ebene; die AMG befasst sich mit der Durchführung eines entsprechenden Programms in den Gefängnissen des Landes.

OSZE-Institutionen

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Im Berichtszeitraum wurde die enge Zusammenarbeit in Bezug auf die Parlaments- und Präsidentenwahlen in Belarus und auch im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsprozess, der internationalen und der nationalen Beobachtung sowie mit Expertenbesuchen und der Teilnahme an der BDIMR-Überprüfungskonferenz zum Thema Wahlen im Mai 2001 fortgesetzt. Darüber hinaus finanzierte die AMG im Dezember 2000 und im Juni 2001 die Teilnahme offizieller und nichtoffizieller Vertreter von Belarus an den Wahlbeobachtungsmissionen des BDIMR in Serbien und Bulgarien.

Die Fortsetzung der Zusammenarbeit und der regelmäßigen Berichterstattung erfolgt im Rahmen der von der Europäischen Kommission und dem BDIMR finanzierten Projekte für Belarus, die von der AMG für die Jahre 2000 bis 2002 vorgeschlagen wurden und nun umgesetzt werden (siehe Aufzählung unter der Überschrift Europäische Kommission), sowie im Rahmen der Vorbereitung eines Anschlussprogramms für die Jahre 2002 und 2003.

Zu einer engen Zusammenarbeit kam es im Zusammenhang mit der Teilnahme des BDIMR an einer internationalen begrenzten Wahlbeobachtungsmission anlässlich der Präsidentenwahlen in Belarus vom 9. September 2001.

Beauftragter für Medienfreiheit

Ein vom Beauftragten für Medienfreiheit veranstalteter und von der AMG unterstützter Workshop für Journalisten und Medienvertreter aus Belarus fand im Mai 2001 in Wien statt.

Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV)

Die AMG erfreut sich einer engen Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der PV und mit der Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Belarus“ der PV im Zusammenhang mit der Behandlung der Belarusfrage. Es wurde versucht, die Teilnahme eines parlamentarischen Gremiums aus Belarus an der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu ermöglichen; im Februar und im Juni 2001 kam es zu einer Zusammenkunft. Bei beiden Anlässen wurde dem Vollmachtenprüfungsausschuss des Ständigen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung der OSZE die Meinung der AMG zum Status des 13. Obersten Sowjets und des Repräsentantenhauses der Nationalversammlung dargelegt.

Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Belarus“ der Parlamentarischen Versammlung der OSZE wurde 1998 eingesetzt und hat die Aufgabe, der Parlamentarischen Versammlung regelmäßig über Belarus zu berichten und die Bemühungen der AMG um Förderung demokratischer Institutionen im Land zu unterstützen.

Darüber hinaus besuchten im Frühjahr 2001 und anlässlich der Präsidentenwahlen vom 9. September 2001 Vertreter der PV Belarus.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

Die AMG arbeitet mit einer großen Zahl von NGOs, die sich der Menschenrechte annehmen,

so etwa mit dem *Belarusian Helsinki Committee*, *Viasnya 96* und *Charter 97*, mit NGOs, die sich die Förderung der kommunalen Selbstverwaltung zum Ziel gesetzt haben, etwa *Sapieha*, und mit verschiedenen Forschungsinstituten zusammen. Die AMG unterhält auch enge Beziehungen zur Belarussischen Journalistenvereinigung (BAJ).

DIE OSZE-MISSION IN ESTLAND

Allgemeine Beurteilung

Die Mission in Estland arbeitet erfolgreich mit einer Reihe internationaler Organisationen und örtlicher NGOs zusammen. Sie setzt sich für den Aufbau der Kapazitäten von NGOs und anderen Organisationen ein, die die Integration der estnischen Gesellschaft unterstützen, sowie für die Beschaffung von Geldmitteln für deren Projekte. Verschiedene Projekte wurden von der Mission in Estland initiiert und werden von ihr umgesetzt, um den Dialog und die Erörterung von Fragen der Integration, der Medienentwicklung, der Kenntnis der internationalen Menschenrechtsnormen und zu anderen Themen, die unter das Mandat der Mission fallen, zu unterstützen.

Künftige Zusammenarbeit

Die Mission wird ihre derzeitige Zusammenarbeit mit ihren internationalen und nationalen Partnern fortsetzen. Einige Seminare und Konferenzen, die in Zusammenarbeit mit Partnern durchgeführt werden sollen, sind in Planung. So wird die Mission im November 2001 gemeinsam mit dem estnischen Sprachinspektorat und dem estnischen Bildungsministerium ein Rechtsschulungsseminar für Sprachinspektoren veranstalten und die Präsidentenrunde bei der Veranstaltung einer Konferenz zu Integrationsfragen, die am 15. November 2001 stattfinden soll, unterstützen.

Europarat

Die Mission steht in Fragen der Sprachzertifizierung, der Sprachausbildung und der sprachlichen Anforderungen in Kontakt mit den Mitarbeitern des Europarats in Straßburg und liefert diesen Informationen in Sachen Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsrecht und über die diesbezüglichen Prozesse. Der Europarat hat keine diplomatische Vertretung in Tallinn, doch gibt es in der Nationalbibliothek ein Informationsbüro.

Vereinte Nationen (UN)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Das UNDP ist eine der wichtigsten internationalen Organisationen, mit denen die Mission zusammenarbeitet. Obwohl das UNDP-Büro Ende 2000 geschlossen wurde, setzt es die Durchführung noch laufender Projekte fort, etwa des EU-PHARE-Programms für Estnisch-Sprachkurse. Die Mission ist Mitglied des Lenkungsausschusses dieses Programms und nimmt alle zwei Monate an Sitzungen teil, bei denen die Fortschritte erörtert werden.

Darüber hinaus bespricht sich die Mission regelmäßig mit den UNDP-Mitarbeitern und anderen, die das Projekt des Nordischen Rates, des *British Council* und des UNDP umsetzen, das die Förderung der Integration nichtestnischer Bewohner des Landes in eine offene, demokratische, geeinte und multikulturelle estnische Gesellschaft zum Ziel hat. Dieses Projekt wird bis Ende 2001 laufen. Ein neues Programm, an dem mehrere Geldgeber beteiligt sind, wird die Tätigkeit in den Jahren 2002 bis 2004 fortsetzen.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Die Mission informiert UNHCR-Vertreter auf lokaler und regionaler Ebene und bespricht mit ihnen Fragen von beiderseitigem Interesse. Die Mission liefert UNHCR Informationen über Staatsbürgerschaft, Staatenlosigkeit, Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen und Statistiken. Gelegentlich verweist die Mission Hilfe Suchende an die UNHCR-Büros.

Europäische Union (EU)

Die Mission steht in enger Zusammenarbeit mit der EU. Das PHARE-Programm der Europäischen Union für Estnisch-Sprachkurse begann im September 1998. Es dient in erster Linie dem Erlernen von Estnisch als Zweitsprache und unterstützt Sprachkurse für Erwachsene und den Sprachunterricht im Bildungssystem. Des Weiteren versucht das Programm, die Öffentlichkeit für den Integrationsprozess und die im Rahmen des Programms gesetzten Aktivitäten zu sensibilisieren. Die Mission ist Mitglied des Lenkungsausschusses dieses Programms und nimmt an den alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen teil.

Europäische Kommission (EK)

Die Kontakte mit der Delegation der Europäischen Kommission in Tallinn sind sehr eng.

Die Mission und die Europäische Kommission besprechen regelmäßig aktuelle Entwicklungen in Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die Zusammenarbeit besteht in erster Linie aus einem Informationsaustausch über in Estland durchgeführte IOM-Projekte.

Rat der Ostseestaaten (CBSS)

Die Mission arbeitet regelmäßig mit dem Kommissar des Rates der Ostseestaaten für Menschenrechte und die Rechte nationaler Minderheiten zusammen. Am 1. März 2001 nahm sie in Kopenhagen an einem Seminar für Volksanwälte der CBSS-Mitgliedstaaten teil. Im Mai 2001 besuchte Kommissarin Helle Degn Estland, wo sie im Verlauf ihres Besuchs auch mit der Mission zu Beratungen zusammentraf.

Nordischer Ministerrat (NCM)

Die Mission steht in Kontakt mit dem Nordischen Ministerrat und betreibt mit ihm in manchen Fällen gemeinsame Aktivitäten. Dazu gehören Seminare und Schulungsveranstaltungen für NGO-Entwicklung. Die Arbeitsbeziehungen und der Informationsaustausch mit dem Nordischen Ministerrat sind sehr nützlich. Im Berichtszeitraum leitete die Mission eine Reihe von NGO-Projekten im Bildungsbereich an das Büro des Nordischen Ministerrats in Tallinn zur Finanzierung weiter.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

Die Mission arbeitet insbesondere mit folgenden nationalen NGOs zusammen:

Peipsi Center for Transboundary Cooperation (Peipussee-Projekt)

Das Zentrum organisiert grenzüberschreitende Entwicklungsprojekte im zivilen Bereich und unterstützt lokale Initiativen in der Peipussee-Region. Die Mission arbeitet eng mit dem Zentrum selbst und dem ihm angeschlossenen Zentrum für Freiwilligenarbeit zusammen. Sie hat ein Lager in der Peipussee-Region mitfinanziert, in dem Freiwillige aus Tartu und Narva unbezahlte Arbeit leisten, und das Zentrum auch bei der Beschaffung von Mitteln für andere Projekte unterstützt. Zum Beispiel erhielt das Projekt „Verstärkte Entwicklung der Zivilgesellschaft und Zusammenarbeit zwischen NGOs, Gemeinden und lokalen Gebietskörperschaften“ in Narva über die Mission Mittel des BDIRM.

Estonian Women's Studies and Resource Centre (ENUT)

Das ENUT ist eine der wenigen NGOs in Estland, die sich mit Gender-Fragen beschäftigen, und wählt dazu einen wissenschaftlichen Ansatz. Die Mission organisierte im Frühjahr 2001 gemeinsam mit dem Zentrum ein Seminar über die Auswirkungen der Integrationspolitik auf Frauen und Männer und unterstützt das Zentrum bei der Beschaffung von Mitteln für andere Projekte.

Jaan Tõnisson Institute (JTI)

Das JTI ist eine aktive NGO, die sich für die Demokratisierung einsetzt. Es organisiert Seminare, die sich mit multikulturellen Fragen sowie mit Staatsbürgerschafts- und Menschenrechtsfragen auseinandersetzen. Das *Civic Education Centre* des JTI verfügt über langjährige Erfahrungen bei der Ausbildung von Lehrern, Schuldirektoren, Beamten lokaler Gebietskörperschaften und Mitgliedern anderer NGOs in Staatsbürgerkunde. Zwischen der Mission und dem JTI besteht eine intensive Zusammenarbeit. Die Mission arbeitet mit dem *Civic Education Centre* auch bei einem Projekt zusammen, das Schulen Unterrichtsmaterial über die multikulturelle Gesellschaft, Minderheiten und Menschenrechte zur Verfügung stellt.

Legal Information Centre for Human Rights (LICHR)

Das LICHR ist eine der wichtigsten estnischen Institutionen, die sich für die Menschenrechte einsetzen. Die Mission führt in Zusammenarbeit mit dem Zentrum Projekte durch und nimmt regelmäßig an Seminaren und Schulungsveranstaltungen teil, die vom LICHR organisiert werden. Derzeit läuft ein LICHR-Projekt unter der Bezeichnung „Förderung der Integration durch Rechtsberatung“ in der Region Ida-Virumaa, in dessen Rahmen der örtlichen Bevölkerung kostenlose Rechtsberatung angeboten wird. Die Mission unterstützt dieses Projekt und hat dafür im Jahr 2000 Mittel vom BDIRM erhalten. Die Zusammenarbeit mit dieser NGO ist sehr eng, da ihre Tätigkeit eine Ergänzung des Missionsmandats darstellt.

Round Table of National Organizations in Ida-Virumaa

Der Runde Tisch steht in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Behörden, insbesondere mit dem Amt des Gouverneurs von Ida-Virumaa. Die Mission unterhält mit dem Runden

Tisch einen nützlichen Meinungs austausch und hilft seinen Mitarbeitern bei der Ausarbeitung von Projektvorschlägen und der Beschaffung von finanziellen Mitteln für ihre Projekte. So erhielt zum Beispiel das Projekt „Unterstützung der multikulturellen Gesellschaft - Verbreitung von Informationen über nationale Minderheiten und Integration“ in Ida-Virumaa über die Mission Mittel des BDIMR.

Social Initiative Support Centre for Integration

Das Zentrum befasst sich - insbesondere durch seine Büros in Tallinn und Narva - mit der Umsetzung lokaler Integrationsinitiativen durch die Veranstaltung von Sprachkursen und durch Rechtsberatung für Privatpersonen. Die Mission unterstützt das Zentrum bei der Beschaffung finanzieller Mittel für seine Projekte und nimmt auch regelmäßig an den von ihm organisierten Veranstaltungen teil.

Andere

Präsidentenrunde für nationale Minderheiten

Die Mission nimmt regelmäßig an den Sitzungen der Präsidentenrunde für nationale Minderheiten teil. Dieses Forum wurde 1993 von Präsident Meri ins Leben gerufen und spielt eine wichtige Rolle bei der Unterstützung des Dialogs zwischen den Volksgruppen. Zu den Teilnehmern zählen prominente Wissenschaftler, Politiker und Minderheitenvertreter. Am 15. November 2001 werden im Rahmen einer Konferenz das bisher Erreichte und die Zukunftspläne des Diskussionsforums sowie das Tallinner Integrationsprogramm erörtert. Präsident Ryytel und sein Vorgänger Meri werden daran teilnehmen.

Darüber hinaus hat die Mission gemeinsam mit der Präsidentenrunde verschiedene Projekte organisiert, etwa das Medienseminar über den Integrationsdiskurs in estnisch- und russischsprachigen Medien am 18. und 19. Dezember 2000 und die Konferenz über das estnische Bildungssystem und nationale Minderheiten am 30. März 2001.

DIE OSZE-MISSION IN LETTLAND

Allgemeine Beurteilung

Die Missionsarbeit wird größtenteils in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und NGOs sowie mit nationalen

Institutionen abgewickelt. Im wichtigsten Tätigkeitsbereich der Mission können diese Kontakte folgendermaßen beschrieben werden:

- Beratung in Gesetzgebungsfragen. Die Mission berät die lettische Regierung und das lettische Parlament nach wie vor in Bezug auf verschiedene Aspekte der Staatsbürgerschafts- und der Sprachgesetzgebung sowie in einigen anderen Bereichen. Diese Arbeit vollzieht sich in enger Zusammenarbeit mit OSZE-Institutionen, insbesondere dem HKNM, und mit anderen internationalen Organisationen wie Europarat, UNHCHR, UNHCR und IOM. Beiträge von NGOs im Minderheiten- und Menschenrechtsbereich spielen bei der Formulierung der Ratschläge eine wichtige Rolle.
- Projekte zur Unterstützung der Durchführung der Gesetze und zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit. Diese Art von Tätigkeit wurde besonders wichtig, nachdem die Gesetzgebungsvorhaben weitgehend erfüllt waren. Ein Großteil der Projektarbeit vollzieht sich in Zusammenarbeit mit dem UNDP, an einigen zukünftigen Projekten wird auch der Europarat beteiligt sein. In einigen Fällen kam es auch zur Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen wie dem Rat der Ostseestaaten und dem Nordischen Ministerrat sowie mit nationalen Institutionen.
- Betreuung von Einzelfällen. Diese Arbeit erfordert Kontakte zu einigen NGOs, die die Minderheitengemeinden vertreten, insbesondere jenen, die Rechtsberatung anbieten. Die Intensität dieser Kontakte hat jedoch abgenommen, nachdem der größte Teil der Einzelfälle im Zusammenhang mit Fragen der Staatsbürgerschaft und des Aufenthaltsstatus gelöst wurde.

Darüber hinaus unterhält die Mission regelmäßige Kontakte zu NGOs, Forschungseinrichtungen und Planungsstäben wie etwa dem Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen und anderen internationalen Organisationen zum Zweck des Austauschs von Informationen und Beurteilungen.

Künftige Zusammenarbeit

Die Mission wird sich in ihrer Tätigkeit weiterhin auf vier getrennte Bereiche konzentrieren: Staatsbürgerschaftsfragen und Fragen der nichtlettischen Staatsbürger, Sprache und

Bildung, das Integrationsprogramm der lettischen Regierung und die Volksanwaltschaft. In dieser Hinsicht wird es verstärkt zu längerfristigen Projekten kommen, um eine nachhaltige Entwicklung in diesen Tätigkeitsbereichen zu gewährleisten, nachdem das Mandat der Mission erfüllt ist. Dazu werden intensiviertere Kontakte zu einschlägigen internationalen Partnern, insbesondere dem UNDP, dem Europarat und der Europäischen Union (EU), gehören. Die Mission wird auch weiterhin mit ihren Partnern in der Expertenprüfungsmission, die Wege zur Stärkung des staatlichen lettischen Menschenrechtsbüros empfohlen hat, zusammenarbeiten und mit ihnen Gedanken austauschen. Zu diesen Partnern gehören die kanadische Menschenrechtskommission und der finnische Parlamentsombudsmann. Der HKNM und das BDIMR werden in Missionsprojekten wahrscheinlich eine immer größere Rolle spielen, da die Mission die Verantwortung für Projekte schrittweise an andere Partnerorganisationen überträgt. Die Bedeutung von Kontakten mit der EU, der Präsidentschaft und der Kommission nimmt zu, da Lettland die EU-Mitgliedschaft anstrebt und es wahrscheinlich ist, dass die EU letztlich die Rolle der Mission zum Teil übernehmen wird.

Europarat

Die Mission informiert den Europarat regelmäßig über die jüngsten Entwicklungen, die für die Arbeit des Europarats von Belang sind, beispielsweise über die Sprachgesetzgebung, Bildungsfragen und das staatliche Integrationsprogramm. Im vergangenen Jahr nahm die Mission an einigen Europaratsseminaren in Lettland teil, bei denen Fragen von gemeinsamem Interesse, etwa Sprachgesetzgebung und -politik, erörtert wurden. In den kommenden Monaten sollen die Mission und der Europarat zusammen mit dem Staatlichen lettischen Sprachenzentrum an einem gemeinsamen Projekt teilnehmen, dessen Ziel es ist, ein Praxishandbuch (Handbuch für Standardverfahren) für die staatlichen Sprachinspektoren auszuarbeiten.

Die Mission und der Europarat haben geprüft, welche Bereiche sich für gemeinsame Aktivitäten in Bezug auf Rechtsschutz und Ombudsmannfunktionen eignen. Die Mission leistete einen substanziellen Beitrag zum jüngsten Bericht des Lettland-Berichterstatters der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der von dieser am 23. Januar 2001 angenommen wurde (Doc. 8924, Bericht des Ausschusses über

die Erfüllung von Verpflichtungen durch Mitgliedstaaten des Europarats, Berichterstatter: Davis und Jansson).

Die interinstitutionellen Kontakte werden in den kommenden Monaten durch Besuche der Mission beim Europarat verstärkt werden.

Vereinte Nationen (UN)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Die Zusammenarbeit mit dem UNDP hat sich beträchtlich ausgeweitet, da die Projektaktivitäten der Mission, die in erster Linie auf die Unterstützung der Bemühungen um Durchführung der Gesetze gerichtet sind, an Umfang zugenommen haben. Sie war insofern besonders komplementär und nützlich, als das UNDP in der Lage ist, Management- und Finanzdienste anzubieten, für die die Mission nicht die erforderlichen Mittel hat.

Das UNDP und die Mission nehmen an zwei gemeinsamen Projekten mit dem lettischen Einbürgerungsausschuss teil, die den Zweck haben, die Einbürgerungsrate unter Staatenlosen zu erhöhen. Es handelt sich um ein Programm zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Fragen der Staatsbürgerschaft und der Einbürgerung und ein Programm, das Einbürgerungswilligen kostenlose Sprachkurse anbietet. Beide Projekte werden im Herbst 2001 beginnen.

Da sowohl das UNDP als auch die Mission an Menschenrechten und an der Entwicklung demokratischer Institutionen interessiert sind, haben sie einen gemeinsamen internationalen Expertenbericht über Rechtsschutz und Ombudsmannfunktionen in Lettland in Auftrag gegeben, der der Präsidentin Vike-Freiberga im Mai 2001 vorgelegt wurde.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)

Die Mission berät sich mit UNHCHR über Fragen von beiderseitigem Interesse, insbesondere bei der Aufklärung und Beratung der lettischen Behörden über Rechtsschutz und Ombudsmannfunktionen.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Die Mission tauscht mit dem UNHCR-Büro in Riga und der UNHCR-Zentrale in Genf Informationen über Fragen von gemeinsamem Interesse aus, etwa über Staatenlosigkeit und Migrationstrends.

Europäische Union (EU)

Europäische Kommission (EK)

Die Mission unterrichtet die EK-Delegation regelmäßig über Angelegenheiten betreffend die rechtliche Infrastruktur Lettlands und tauscht mit ihr Informationen aus. Dieses beiderseitige Interesse hat zu gemeinsamen Aktivitäten bei der Beobachtung und Beratung in Bezug auf bestimmte Gesetzestexte geführt. Vorbereitende Erörterungen gibt es über gemeinsame Bemühungen im Informationsbereich und in Form regelmäßiger Artikel über Integration und Staatsbürgerschaft in lokalen Zeitungen mit Unterstützung der Mission und der EK-Delegation.

Rat der Europäischen Union

Die Interaktion mit der EU-Präsidentschaft hat sich verstärkt, seit die Verhandlungen über den EU-Beitritt Lettlands ihrem Ende zugehen und auf Seiten der EU ein wachsendes Interesse an allen Aspekten der lettischen Gesellschaft zu verzeichnen ist. Am 9. April 2001 hielt der Missionsleiter einen Vortrag vor der OSZE-Arbeitsgruppe des Rates, in dem er die Tätigkeit der Mission in Lettland beschrieb.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die OSZE-Mission unterhält gute Arbeitsbeziehungen mit der IOM. Es besteht ein regelmäßiger Informationsaustausch und Personen, die aus Lettland auswandern möchten, werden an die IOM verwiesen.

Rat der Ostseestaaten (CBSS)

Die Mission steht im Dialog mit dem CBSS-Kommissar für demokratische Entwicklung. Dieser Dialog konzentriert sich insbesondere auf die Frage des Rechteschutzes und den Aufbau einer Volksanwaltschaft in Lettland.

Nordischer Ministerrat (NCM)

Die Mission arbeitet mit dem Nordischen Ministerrat in Fragen des Rechteschutzes und des Aufbaus einer Volksanwaltschaft in Lettland zusammen. Diese Zusammenarbeit betraf insbesondere die Vorbereitung einer Konferenz am 2. Juni 2001 in Riga in Verbindung mit dem Präsidentenbüro, bei der ein gemeinsamer OSZE/UNDP-Bericht zu diesem Thema vorgestellt wurde.

OSZE-Institutionen

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Die OSZE-Mission unterhält enge Arbeitsbeziehungen mit dem BDIMR. Dies gilt sowohl für den Informationsaustausch über einschlägige Entwicklungen in Lettland als auch für gemeinsame projektbezogene Aktivitäten. Das BDIMR leistete insbesondere finanzielle Beiträge, um es der Mission zu ermöglichen, in Fragen des Rechteschutzes und der Ombudsmannfunktionen in ihrem Kooperationsprojekt mit dem UNDP beratend tätig zu werden. Die Mission erhält vom BDIMR auch Unterstützung für kleine aber anspruchsvolle Publikationen in Zusammenarbeit mit lettischen Menschenrechts-NGOs.

Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)

Die OSZE-Mission steht fast täglich in Kontakt mit dem Büro des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten in Fragen von gemeinsamem Interesse, insbesondere Staatsbürgerschaft, Bildung, Sprache und Integration. Es ist vorgesehen, dass der HKNM gemeinsam mit der Mission, staatlichen lettischen Behörden und lokalen NGOs an der Umsetzung sprachbezogener Projekte mitwirkt.

Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV)

Die Mission steht in regelmäßigem Dialog mit den lettischen Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

Die Mission unterhält enge Kontakte zu den wichtigsten NGOs in Lettland, die an den unter das Missionsmandat fallenden Themen interessiert sind, und baut diese Kontakte ständig aus. Insbesondere bestehen enge Kontakte zwischen der Mission und den im Menschenrechtsbereich tätigen NGOs. Diese NGOs haben eine Vielzahl von Ansprechpartnern in der lettischen Gesellschaft und bieten der Mission somit einen wertvollen Zugang zu einem breiten Spektrum von Informationen.

Association for Support of Russian Language Schools in Latvia (LASHOR) und Association of Teachers of Russian Language and Literature

Die Mission unterhält mit diesen Vereinigungen, die unter der Leitung der Direktorin der

Abteilung für Slawistik an der Lettischen Universität in Riga, Tatjana Liguta, stehen, einen regelmäßigen Informationsaustausch über Bildungsfragen.

Baltic Insight

Die Mission steht in Kontakt mit diesem Informationsdienst, der sich mit Minderheitenfragen befasst, und bezieht von ihm regelmäßig Informationen.

Friedrich-Naumann-Stiftung

In Zusammenarbeit mit der Mission wird die deutsche Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) eine Konferenz über russisch- und lettischsprachige Medien in Lettland veranstalten, die am 9. November 2001 stattfinden soll. Auch lettische NGOs werden an der Durchführung dieses Projekts mitwirken.

Lettisches NGO-Zentrum

In vielen Projekten der Mission spielen lettische Menschenrechts-NGOs eine maßgebliche Rolle. Dies gilt insbesondere für jene Projekte, die mit Staatsbürgerschaft und Einbürgerung zu tun haben. Dabei sind das NGO-Zentrum und seine regionalen Außenstellen direkt in die Verbreitung von Informationen über die öffentliche Aufklärungskampagne einbezogen, die vom lettischen Einbürgerungsausschuss in Zusammenarbeit mit der Mission durchgeführt wird.

Latvian Center for Human Rights and Ethnic Studies (LCHRES)

Der Direktor des LCHRES nahm an der Arbeit der Expertengruppe über Rechteschutz und Ombudsmannfunktionen teil, bei der es zu einem Dialog mit zahlreichen anderen NGOs kam. Dieses Projekt trug daher zur Entwicklung des Netzes von Kontakten der Mission zu NGOs bei. Die Mission plant für Ende des Jahres eine Konferenz über die Rolle der OSZE in Lettland, die gemeinsam mit dem LCHRES abgehalten werden soll.

Latvian Human Rights Institute der Lettischen Universität

In Zusammenarbeit mit dem Institut geben die OSZE-Mission und das BDIMR ein Buch mit dem Titel „Aspekte der Integration von Minderheiten in Lettland“ heraus. Die Publikation soll als Lehrbuch für Studenten der Rechtswissenschaft und auch als Informationsquelle für Wissenschaftler und andere Personen dienen, die

sich für Minderheitenfragen in Lettland interessieren.

Latvian Human Rights Committee

Ein wichtiges Ziel der Mission ist die Pflege und Entwicklung von Kontakten zu NGOs, die ethnische Minderheiten, in erster Linie die russische Minderheit, vertreten. Die Mission setzt insbesondere den Informationsaustausch mit dem Komitee fort, bei dem es sich um eine NGO handelt, die sich hauptsächlich der Rechtsberatung und der Förderung der Rechte von russischen Volksangehörigen und Personen mit russischer Muttersprache in Lettland widmet. Ein Mitarbeiter der Mission nimmt regelmäßig an den Verhandlungen zwischen dem *Latvian Human Rights Committee* und dem lettischen Amt für Staatsbürgerschafts- und Migrationsfragen teil, bei denen es um einzelne Staatsbürgerschaftsfälle geht.

Soros Foundation

Die Mission steht in engem Kontakt zur *Soros Foundation*, die in vielen Bereichen, in denen die Mission tätig ist, parallele Aktivitäten entfaltet. In einigen Fällen bemühen sich die Mission und die *Soros Foundation* gemeinsam um die Finanzierung von Projekten, etwa der Enquete „Auf dem Weg zu einer Zivilgesellschaft“. Die Mission unterhält eine sehr enge Arbeitsbeziehung zu dem von der *Soros Foundation* finanzierten *Latvian Center for Human Rights and Ethnic Studies*.

Andere

Canadian Human Rights Commission

Im gemeinsamen Projekt der Mission und des UNDP für die Entwicklung und Stärkung von Institutionen zum Schutz der Menschenrechte und verantwortungsvoller Staatsführung in Lettland befanden sich unter den Mitgliedern der internationalen Expertenmission der Generalsekretär der *Canadian Human Rights Commission* und der finnische Parlamentsombudsmann. Bei der Umsetzung des Berichts der Expertenmission werden diese Institutionen weiterhin mit der OSZE-Mission zusammenarbeiten.

DIE OSZE-MISSION IN MOLDAU

Allgemeine Beurteilung

Die OSZE-Mission in Moldau arbeitet aktiv mit mehreren im Land tätigen internationalen Organisationen und OSZE-Institutionen

zusammen; mit vereinten Kräften sind sie bemüht, die Ziele zu verwirklichen, die ihren Mandaten gemeinsam sind. Die politischen Verbindungen der OSZE-Mission in Moldau zu den separatistischen Behörden am linken Ufer des Dnjestr sind besonders nützlich für die Anknüpfung von Kontakten, erleichtern Einsätze und ermöglichen die Unterstützung von Programmen in Transnistrien.

Künftige Zusammenarbeit

Die OSZE-Mission in Moldau plant, in naher Zukunft mit internationalen Organisationen, Institutionen und NGOs in den folgenden Schwerpunktbereichen zusammenzuarbeiten:

- Unterstützung für rumänische/moldauische (lateinisches Alphabet) Sprachkurse in Transnistrien, gemeinsam mit UNHCR.
- Initiativen gegen Menschenhandel, mit der IOM, dem Europarat, dem BDIMR und einigen NGOs.
- Unterricht in der Staatssprache für Angehörige nationaler Minderheiten, gemeinsam mit dem HKNM.

Das sind nur einige der sichtbarsten von der Mission geplanten Kooperationsaktivitäten.

Europarat

Die Mission steht in regelmäßigem Kontakt mit dem Informationsbüro des Europarats in Chişinău, insbesondere mit dem Direktorat für politische Angelegenheiten. Sie hat Experten der Venedig-Kommission und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas für ihre Vermittlungsaktivitäten in Transnistrien und Gagausien gewonnen. Viele Besucher aus dem Europarat lassen sich von der Mission informieren und kommen über ihre Vermittlung in Kontakt mit den transnistrischen Behörden.

Die internationale Wahlbeobachtungsmission für die Parlamentswahlen in Moldau gab eine gemeinsame Erklärung ab, in der festgestellt wurde, dass die Parlamentswahlen in Moldau vom 25. Februar mit internationalen Standards im Einklang standen. Diese Mission war ein gemeinsames Unternehmen des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (PV) und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Die OSZE-Mission und die Wahlbeobachtungsmission des BDIMR koordinierten insbesondere die Berichterstattung

über Versuche moldauischer Bürger aus Transnistrien, an diesen Wahlen teilzunehmen.

Vereinte Nationen (UN)

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Die OSZE-Mission steht in regelmäßigem Kontakt zum örtlichen UNICEF-Vertreter und zum UNICEF-Büro. Sie intervenierte mehrmals bei den abtrünnigen transnistrischen Behörden oder kontaktierte diese, um ihre Zustimmung und ihre Zusammenarbeit mit UNICEF bei der Durchführung der Datenbeschaffung, der Verteilung von Medikamenten und ähnlichen medizinischen und humanitären Programmen in der transnistrischen Region Moldaus zu erwirken.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Die OSZE-Mission unterhält regelmäßige Kontakte mit dem UNDP-Vertreter und dem UNDP-Büro in Chişinău und ermöglicht bei Bedarf Kontakte zu transnistrischen Behörden.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Die Mission arbeitet aktiv mit der UNHCR-Außenstelle in Chişinău zusammen, um Kontakte zu erleichtern und die Arbeit von UNHCR in den separatistischen Gebieten am linken Dnjestr-Ufer zu unterstützen. UNHCR und die Mission arbeiten insbesondere bei der vorgeschlagenen Gründung und Errichtung einer gemeinsamen russischen/moldauischen Sprachschule in der transnistrischen Stadt Rybniţa zusammen. Die Mission und UNHCR wirken auch an einer Reihe von Initiativen zur Bekämpfung des Menschenhandels mit. Häufig sponsert die Mission gemeinsam mit der UNHCR-Außenstelle öffentliche Veranstaltungen, etwa Konzerte, um die Öffentlichkeit auf Flüchtlings- und Menschenrechtsfragen aufmerksam zu machen.

Europäische Union (EU)

Europäische Kommission (EK)

Die OSZE-Mission unterhält regelmäßige Kontakte mit den zuständigen Beamten der Europäischen Kommission, sowohl mit den von der Außenstelle des Programms „Technische Hilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (TACIS) aus tätigen örtlichen Vertretern als auch in der entsprechenden Direktion in Brüssel. Die Mission leistet Beiträge und erteilt Ratschläge in Bezug auf erwünschte Programme und Bereiche für politische und materielle Unterstützung in

Moldau, wie etwa der Wiederaufbau der Gura-Biculi-Brücke über den Dnjestr oder die Bereitstellung von Ausrüstung und Räumlichkeiten zur Unterstützung parlamentarischer Kontakte zwischen Chişinău, Tiraspol und Comrat. Die Mission ermöglicht auch Kontakte und Besuche in der transnistrischen Region Moldaus.

Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)

Die OSZE-Mission unterstützt derzeit gemeinsam mit der NATO das moldauische Verteidigungsministerium bei der Vernichtung von 360 Tonnen giftigem Oxidator-Raketentreibstoff, der außerhalb von Chişinău gelagert ist. Die OSZE-Mission unterrichtet auch NATO-Besucher über die politische Situation und die Sicherheitslage in Moldau, und Mitarbeiter der Mission nehmen an gelegentlich stattfindenden Konferenzen der NATO teil.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die OSZE-Mission arbeitet derzeit mit dem IOM-Vertreter in Kiew und dem örtlichen Büro in Chişinău bei einigen Programmen zur Bekämpfung des Menschenhandels zusammen, insbesondere im Hinblick auf die Revision und Annahme von Gesetzen und nationale Koordinationsbemühungen. Die OSZE-Mission unterstützt auch ein von der IOM finanziertes Projekt zur Verstärkung der Kontrolle entlang der moldauisch-ukrainischen Grenze. Der Missionsleiter und der IOM-Vertreter für die Ukraine und Moldau sprachen kürzlich beim Ministerpräsidenten vor, um die Annahme und Durchführung des Programms zu besprechen.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Die OSZE-Mission steht in regelmäßigem Kontakt mit IKRK-Vertretern aus dem Regionalbüro in Kiew, um Zugang zu den in Tiraspol inhaftierten Mitgliedern der so genannten „Ilascu-Gruppe“ zu erhalten. Die OSZE-Mission lässt sich auch bei der Erledigung eines Ersuchens der Konfliktparteien vom IKRK beraten und unterstützen, bei dem es um Hilfe in gerichtsmedizinischen Belangen und anderen Spezialbereichen im Hinblick auf die Identifizierung von Personen geht, die seit den Kampfhandlungen des Jahres 1992 vermisst sind.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

Die OSZE-Mission nimmt von Zeit zu Zeit mit den für Moldau zuständigen EBWE-Vertretern in London Kontakt auf. Auf Ersuchen informiert die Mission über die politischen Verhältnisse und die Sicherheitslage in Moldau.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Die OSZE-Mission unterhält regelmäßige Kontakte und berät sich regelmäßig mit dem örtlichen Vertreter des Internationalen Währungsfonds in Chişinău, sowohl in den allgemeinen, alle zwei Monate stattfindenden Geberkonferenzen als auch in bilateralen Kontakten mit dem örtlichen Vertreter und zu Besuch weilenden Delegationen.

Weltbank (WB)

Die OSZE-Mission unterhält regelmäßige Kontakte und berät sich regelmäßig mit dem örtlichen Vertreter der Weltbank, sowohl in allgemeinen Geberkonferenzen, die alle zwei Monate stattfinden, als auch in bilateralen Kontakten. So unterrichtete etwa der Weltbankvertreter im April 2001 die zu Besuch weilenden Leiter und Mitglieder von OSZE-Delegationen über die wirtschaftliche Lage in Moldau.

OSZE-Institutionen

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Die OSZE-Mission und das BDIMR engagieren sich als wichtige Organisatoren und Sponsoren in einer Reihe von Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels in Moldau, etwa in einer nationalen Koordinationsgruppe zwischen Vertretern der Regierung, internationaler Organisationen und von NGOs. Das BDIMR unterstützt auch mehrere Kleinprojekte, insbesondere Konferenzen, Seminare, Tagungen und andere Aktivitäten unabhängiger Journalisten und NGOs in der transnistrischen Region Moldaus.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

Die OSZE-Mission unterhält Kontakte zu verschiedensten NGOs, insbesondere in der transnistrischen Region Moldaus, und versucht, deren Tätigkeit zu unterstützen. Diese NGOs haben unter anderem mit Pressefreiheit, den Menschenrechten im Allgemeinen, Frauenrechten, Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels, Umweltschutz und Jugend-

kontakten zu tun. Die OSZE-Mission pflegt schon seit langem Kontakte zum Gemeinsamen Komitee für Demokratie und Aussöhnung, einer moldauisch-transnistrischen NGO, und zwei NGOs aus dem Vereinigten Königreich, der *Foundation for International Security* und dem *Moldova International Committee on Management*. Diese NGOs haben Unterstützung und Vermittlerdienste in nichtoffiziellen Kontakten und Austauschbeziehungen zur Unterstützung der Verhandlungen über eine politische Lösung angeboten. Eines der wichtigsten Ziele der Mission ist es, die Entwicklung einer aktiven NGO-Gemeinde in ganz Moldau zu fördern, was als wichtiger Schritt bei der Entwicklung demokratischer Institutionen und der Förderung der Menschenrechte anzusehen ist.

DER PROJEKTKOORDINATOR IN DER UKRAINE

Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Institutionen

Der Posten des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine wurde geschaffen, um sicherzustellen, dass Aufgaben, die der Zusammenarbeit zwischen der OSZE, ihren Institutionen und den ukrainischen Behörden bedürfen, durchgeführt werden. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit steht die Planung, Durchführung und Überwachung konkreter Projekte. Im Berichtszeitraum wurden in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen vier Projekte (von insgesamt 12) verwirklicht. Eines wurde gemeinsam mit einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, zwei mit der Internationalen Organisation für Migration und eines in Abstimmung mit dem Europarat durchgeführt. Entsprechend dem Mandat des Koordinators können auch nicht-staatliche Stellen an den Projekten mitwirken. Bei etwa der Hälfte der Projekte kommt es zu gemeinsamen Aktivitäten mit NGOs.

In der Ukraine tätige internationale Organisationen und Institutionen

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die in der Ukraine tätigen internationalen Organisationen und Institutionen. Sie enthält die Namen aller Organisationen und Institutionen, die vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine anerkannt werden oder für

das Mandat der OSZE in der Ukraine von Belang sind.

Organisation/Institution		Tätigkeitsbereich
Kommission der Europäischen Union (EK/EU)		Politische, wirtschaftliche, technische Hilfe
Internationaler Währungsfonds (IWF)		Finanzhilfe
Weltbank (WB)		Finanzhilfe
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)		Finanzhilfe
Vereinte Nationen (UN)/Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)	(1)	Technische Hilfe
Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)		Flüchtlinge
Internationale Organisation für Migration (IOM)		Migration
Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)	(2)	Sicherheit und Verteidigung
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)		Humanitäres Völkerrecht
Europarat	(3)	Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit

1. Der Leiter dieses UN-Büros hat eine Doppelfunktion als örtlicher Koordinator der Vereinten Nationen und örtlicher UNDP-Vertreter.
2. Zwei NATO-Büros werden vom Außenministerium anerkannt: das NATO-Verbindungsbüro in der Ukraine und das Informations- und Dokumentationszentrum der NATO.
3. Der Europarat hat in der Ukraine kein vom Außenministerium anerkanntes Büro.

Zusammenarbeit mit dem Europarat: Umfassende Überprüfung der Menschenrechtsgesetze

Ziel des Gesetzesprüfungsprojekts, das in Zusammenarbeit mit dem BDIMR durchgeführt wird, ist es, der Ukraine dabei zu helfen, ihre Gesetze mit europäischen Standards in Einklang zu bringen. Die wichtigsten Projektpartner auf ukrainischer Seite sind das Justizministerium und die Werchowna Rada (Parlament). Zur Vermeidung von Doppelgleisigkeiten wird das Projekt in regelmäßigem Kontakt mit dem Europarat durchgeführt.

Diese enge Zusammenarbeit hat zu weiteren gemeinsamen Aktivitäten geführt, beispielsweise im Fall der Überprüfung des Entwurfs zum

Justizgesetz, die im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Rechtspolitischen Ausschuss der Werchowna Rada erfolgt. Zwei über den Europarat bestellte internationale Experten analysierten zwei konkurrierende Entwürfe zu diesem konkreten Gesetz. Am 6. März 2001 besprachen die Experten ihre Erkenntnisse bei einem Seminar mit Mitgliedern des Ausschusses und anderen Interessenten.

Zusammenarbeit mit UN-Sonderorganisationen: Geberkonferenz für die Krim

Die ukrainische Regierung, die OSZE und UN-Sonderorganisationen veranstalteten gemeinsam ein internationales Gebertreffen über die humanitäre und die entwicklungspolitische Dimension der Bevölkerungsintegration auf der Krim. Dieses Treffen fand am 6. Dezember 2000 im ukrainischen Außenministerium statt. Es war die dritte derartige Geberkonferenz, die zweite hatte 1998 in Kiew stattgefunden. Der damalige Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Max van der Stoep, führte den Kovorsitz. UN-Organisationen und der Projektkoordinator bereiteten in Zusammenarbeit mit den zuständigen ukrainischen Behörden die entsprechenden Dokumente vor. Die Vertreter der Gebergemeinde sagten insgesamt rund 3,5 Millionen USD zu.

Zusammenarbeit mit der IOM: Bekämpfung des Menschenhandels

2001 führte das IOM-Büro in der Ukraine im Rahmen des Programms „Technische Hilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (TACIS) ein Projekt der Europäischen Union mit dem Titel „Bekämpfung des Frauenhandels in der Ukraine“ durch. Nachdem der Projektkoordinator und das IOM-Büro in der Ukraine auf diesem Gebiet schon zuvor erfolgreich zusammengearbeitet hatten, wurde vereinbart, dass der Projektkoordinator diejenigen Teile des TACIS-Projekts durchführen sollte, die die Gesetzgebung und die Strafverfolgung betreffen.

Einer der Partner in diesem TACIS-Projekt ist die NGO *La Strada*-Ukraine. Diese NGO ist auch einer der wichtigsten Partner in den Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels, die der Projektkoordinator im Namen des BDIMR durchführt, insbesondere bei der Einrichtung und Unterstützung von fünf regionalen Beratungs- und Informationshotlines, die von *La Strada* betrieben werden.

Vom 22. bis 26. Januar 2001 wurde ein Besuch ukrainischer Beamter in Griechenland organisiert, bei dem diese Gelegenheit hatten, mit ihren griechischen Amtskollegen die Rückführung von Opfern des Menschenhandels und die Zusammenarbeit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität zu besprechen. Dieser Besuch, der vom IOM-Büro in Kiew und vom BDIMR gemeinsam durchgeführt wurde, setzte den Schlusspunkt unter ein gemeinsames Projekt zur Verhütung des Menschenhandels, durch das der dem ukrainischen Ombudsmann unterstehende Nationale Rat gegen Menschenhandel unterstützt werden sollte und in dessen Rahmen bereits ähnliche Besuche in Belgien, der Türkei und Italien stattgefunden hatten.

Zusammenarbeit mit der IOM: Reform des Grenzwachdienstes

Vom 14. bis 18. November 2000 veranstaltete das BDIMR in Zusammenarbeit mit dem polnischen Grenzwachdienst einen Studienbesuch ukrainischer Grenzwachbeamter im Ausbildungszentrum des polnischen Grenzwachdienstes in Ketrzyn. Diese Studienreise war Teil eines gemeinsamen Projekts mit dem IOM-Büro in Kiew, durch das die Reform des ukrainischen Grenzwachdienstes gefördert werden sollte. Weder das BDIMR noch das IOM-Büro in Kiew planen derzeit eine Fortsetzung ihrer diesbezüglichen Aktivitäten.

Zusammenarbeit mit internationalen und nationalen NGOs und ausländischen Regierungsstellen

Im Rahmen des vom Europarat und vom BDIMR betriebenen Projekts zur Überprüfung der Menschenrechtsgesetze laufen einige Aktivitäten, deren Ziel es ist, die Arbeit des ukrainischen Regierungsbeauftragten vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zu unterstützen. Dabei wird mit der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ-Stiftung) zusammengearbeitet. Diese Stiftung ist auch einer der wichtigsten Partner bei der Durchführung eines Projekts mit dem Obersten Gerichtshof, das Hilfestellung beim Aufbau der ukrainischen Verwaltungsgerichtsbarkeit vorsieht.

Die Ukrainische Sektion der NGO Internationale Gesellschaft für Menschenrechte spielt eine wichtige Rolle im Projekt „Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit im militärischen Bereich“, das gemeinsam mit dem Verteidigungs-

ministerium umgesetzt wird. Nachdem schon früher mit dem Verteidigungsministerium und der NGO erfolgreich zusammengearbeitet worden war, wurde vereinbart, zwischen September 2001 und Mai 2002 in verschiedenen Garnisonen in der gesamten Ukraine eine Serie von 25 Seminaren abzuhalten, die die Entwicklung der demokratischen Institutionen in den ukrainischen Streitkräften zum Gegenstand haben werden.

Weitere Beispiele für die Mitwirkung von NGOs sind Seminare, die gemeinsam mit der *American Bar Association (ABA/CEELI)*, *Irex ProMedia* und *Ekopravo* im Zusammenhang mit Projekten veranstaltet wurden, die den Kampf gegen die Korruption, die Medienfreiheit beziehungsweise das Umweltrecht betrafen.

Beurteilung

Gemeinsame Bemühungen mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen, die über sachbezogeneres technisches Fachwissen und Kenntnisse zur Lösung bestimmter Probleme verfügen, bleiben ein wichtiges Ziel des Projektkoordinators. In der Praxis erweist es sich jedoch als schwierig, mit anderen vor Ort tätigen internationalen Organisationen gemeinsame Projekte auszuarbeiten oder Projekte zu kombinieren. Oft ist es leichter, NGOs einzubeziehen oder mit ausländischen Regierungsstellen zusammenzuarbeiten, und zwar aus folgenden Gründen:

- Einem Land im Transformationsprozess beizustehen, ist ein sehr breit angelegtes Unterfangen und kann oft verschiedenste Aspekte und Aktivitäten berühren. Deshalb gibt es weit weniger Überschneidungen zwischen den Aktivitäten verschiedener internationaler Akteure, als man auf den ersten Blick vermuten würde.
- Die Ziele der einzelnen internationalen Organisationen und Institutionen können sich stark voneinander unterscheiden. So legt etwa der OSZE-Projektkoordinator hinsichtlich seines Tätigkeitsschwerpunkts größeren Wert auf die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen, während andere gemeinsame Projekte mit NGOs bevorzugen.
- Die Mechanismen, die bei der Ausarbeitung, Durchführung und Finanzierung von Projekten zur Anwendung kommen, variieren zwischen den verschiedenen internationalen Organisationen und Institutionen. So kann es

vorkommen, dass ein Projekt von der Zentrale einer Organisation ausgearbeitet und finanziert wird, das mit der eigentlichen Durchführung betraute Organ der Organisation aber nicht über die nötige Flexibilität verfügt, um vor Ort mit anderen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, was den Kooperationsprozess erschwert oder überhaupt unmöglich macht.

- Eine der großen Stärken der OSZE ist die Flexibilität ihrer Arbeitsweise. Der Projektkoordinator ist im Zuge seiner täglichen Arbeitskontakte mit den zuständigen staatlichen Stellen der Ukraine und aufgrund der über die Zusammenarbeit bei konkreten Projekten gewonnenen Einblicke stets bestrebt, Projekte weiterzuentwickeln oder anzupassen, um ihre Wirkung im Hinblick auf das Gesamtziel eines bestimmten Projekts zu maximieren. In den meisten Fällen geht diese Stärke in der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen verloren.

Aus diesen und anderen Gründen beschränkt sich die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen oft auf einen regelmäßigen Informationsaustausch und die Koordination der Aktivitäten.

DAS OSZE-BÜRO IN BAKU

Allgemeine Beurteilung

Für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen bietet sich ein weites Betätigungsfeld und mit den meisten örtlich vertretenen internationalen Institutionen, insbesondere mit dem Europarat und UNHCR, wird in der Praxis kooperiert. Das Büro ist im Begriff, seine bereits bestehende Zusammenarbeit mit den verschiedensten lokalen und internationalen NGOs weiter auszubauen; diese NGOs tragen maßgeblich dazu bei, dass sich das Büro weiterhin der Förderung der von ihm angestrebten regionalen Zusammenarbeit annehmen kann.

Künftige Zusammenarbeit

Es gibt verschiedene Vorschläge für die Intensivierung der institutionellen Zusammenarbeit mit dem Europarat. Geplant ist die Ausweitung der Zusammenarbeit des Büros mit UNHCR in Angelegenheiten, die unter sein Mandat fallen und Binnenvertriebene und Minderheitenfragen in Aserbaidschan betreffen.

Gemeinsame Aktivitäten mit der IOM in Zusammenarbeit mit dem BDIMR werden ins Auge gefasst. Ein Programm zur Erweiterung der Zusammenarbeit mit NGOs wird sich auf die Formulierung politischer Anliegen in Bezug auf die Stärkung der Institutionen der Zivilgesellschaft konzentrieren. Insbesondere zielt das Büro darauf ab, seine Zusammenarbeit mit *Internews-Aserbaidschan* zu verstärken, bei der es um die Förderung und Durchführung des neuen Mediengesetzes geht.

Europarat

Das Mandat des OSZE-Büros in Baku und die 28 Verpflichtungen, die Aserbaidschan im Zusammenhang mit seiner Mitgliedschaft im Europarat eingegangen ist, bilden den rechtlichen und inhaltlichen Kontext für das konzertierte Vorgehen beider Organisationen. Die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch vollziehen sich regelmäßig im Zusammenhang mit folgenden Fragen: Überwachung der von Aserbaidschan eingegangenen Europaratsverpflichtungen (d.h. die Rechtspflege), Einsetzung eines Ombudsmanns, Verhütung von Folter, nationale Minderheiten und mutmaßliche politische Gefangene.

Das Büro nahm am 1. und 2. März 2001 an einem vom Europarat organisierten zweitägigen Seminar zur Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen teil. Auf Ersuchen des Europarats half das Büro dabei, Teilnehmer zu ermitteln und zu kontaktieren; es wurde auch eingeladen, den OSZE-Ansatz in Fragen ethnischer Minderheiten vorzustellen.

Zur Erleichterung der Zusammenarbeit mit dem Europarat und zur Verstärkung der Aktivitäten des Büros in der menschlichen Dimension wurde am 26. September 2001 zwischen der OSZE und dem Europarat eine Vereinbarung unterzeichnet, nach der ein Europarats-Experte für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit die Räumlichkeiten des OSZE-Büros in Baku mitbenutzen wird. Dadurch wird die Planung gemeinsamer Aktivitäten und der rechtzeitige Austausch von Informationen zwischen den Organisationen verbessert.

Vereinte Nationen (UN)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Gute Arbeitsbeziehungen bestehen zum leitenden technischen Berater (CTA) des UNDP, der für das NGO-Ressourcen- und Ausbildungs-

zentrum verantwortlich ist. Das Büro beteiligte sich an verschiedensten vom CTA überwachten Aktivitäten und Sitzungen in Sachen Entwicklung der Zivilgesellschaft und verbreitet über dieses Zentrum Informationen über die OSZE.

UNDP und UNIFEM (Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau)

UNDP und UNIFEM sind die wichtigsten Partner des Büros in Bezug auf seine Aktivitäten zur Hebung des Gender-Bewusstseins in Aserbaidschan. Beide Organisationen arbeiten in gemeinsamen Interessenbereichen eng mit dem Büro zusammen. Am 6. Juni 2001 veranstaltete das Büro einen Runden Tisch internationaler Geldgeber, die mit Gender-Fragen befasst sind. Vertreter beider UN-Programme stellten den Teilnehmern die Gender-spezifischen Aktivitäten ihrer jeweiligen Büros für 2001 und 2002 vor.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)

Im abgelaufenen Jahr fanden drei oder vier Treffen mit UNHCHR-Vertretern aus Genf statt. Das Kooperationsprogramm von UNHCHR mit Aserbaidschan, in erster Linie mit dem Justizministerium, bietet sich für die weitere Zusammenarbeit mit dem Büro an. Vor allem die Menschenrechtsschulung für Polizeibeamte wurde für mögliche gemeinsame Aktivitäten ins Auge gefasst.

Es wäre wünschenswert, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Büros zu verstärken. Die Tatsache, dass es in Baku keinen UNHCHR-Mitarbeiter gibt, und die institutionelle und finanzielle Ausstattung der Büros lassen die Realisierung jedoch etwas schwierig erscheinen.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen war von Beginn an gut und könnte nach Ansicht beider Büros noch erheblich ausgebaut werden. Das Büro berät sich regelmäßig mit UNHCR in einer ganzen Reihe von Fragen, etwa in Bezug auf die Lage der Binnenvertriebenen in Aserbaidschan, die meschetschen und tschetschenischen Flüchtlinge sowie die Rechtsreform und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Institutionen.

Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Rechtsvorschriften über die staatliche Registrierung juristischer Personen (einschließlich NGOs), einer Europaratsverpflichtung, kam es zu häufigen Besprechungen zwischen dem Büro

und dem leitenden Schutzbeauftragten von UNHCR. UNHCR arbeitete mit dem Europarat zusammen, als das NGO-Gesetz verkündet wurde, und fungiert nach wie vor als örtlicher Vertreter des Europarats in dieser Frage, obwohl dies nicht unter das eigentliche Mandat von UNHCR fällt. Das Büro brachte bei einer Expertentagung zu dieser Frage, die am 28. August 2001 in Baku vom Europarat und von UNHCR veranstaltet wurde, sein Fachwissen ein.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Das Büro schlug ein gemeinsames Projekt mit der IOM zur Lage von Frauen und Kindern in Aserbaidschan vor, die Opfer des Menschenhandels wurden. Der Vorschlag wurde mehreren Geberorganisationen unterbreitet. Mit diesem Projekt werden die Empfehlungen des Zusätzlichen Treffens zur menschlichen Dimension über Menschenhandel aufgegriffen, das im Juni 2000 in Wien stattfand.

Gemeinsam mit der IOM führte das Büro ein Projekt gegen den Menschenhandel durch, in dessen Verlauf es zu einer engen Zusammenarbeit mit dem BDIMR, insbesondere dem Experten für Menschenhandel, kam.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Kontakte zum IKRK zu Fragen der Haftbedingungen sind geplant, haben jedoch noch nicht konkrete Gestalt angenommen. Das Büro möchte sich noch besser über die IKRK-Verfahren informieren, um sich auf seine eigenen geplanten Gefängnisbesuche vorzubereiten.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Das Büro nahm mit dem Internationalen Währungsfonds im Zusammenhang mit dem OSZE-Schwerpunkt „verantwortungsvolle Staatsführung“ (*Good Governance*) Kontakt auf. Zu den IWF-Forderungen an die Regierung Aserbaidschans gehören die Eindämmung der Korruption und Verbesserungen in der Staatsführung. Das Büro möchte mit dem IWF in Bezug auf dessen Programm für verantwortungsvolle Staatsführung enger zusammenarbeiten. In dieser Hinsicht plant das Büro zwei oder mehrere Diskussionsrunden zum Thema *Good Governance* mit der *Eurasia Foundation* und *Transparency International*.

Weltbank

Die Weltbank hat in Aserbaidschan eine große Kampagne gegen die Armut gestartet. Dieses Projekt betrifft Verbesserungen im Agrarbereich und die Entwicklung der ländlichen Wirtschaft. Die Weltbank führte eine Bedarfserhebung durch und stellte fest, welche Landesteile von akuter Armut bedroht sind. Unterstützung der Mikrofinanzierung im ländlichen Bereich ist ebenso wie die Restrukturierung des Agrarsektors ein wichtiger Teil des Programms zur Eindämmung der Armut. Das Büro hat in Fragen der Mikrofinanzierung im ländlichen Bereich mit der Weltbank Kontakt aufgenommen. Zu diesem Thema fand im Oktober 2001 ein wichtiges Mikrokredit-Seminar mit *Mercy Corps International* statt, das vom Büro unterstützt und organisiert wurde.

Internationale staatliche und nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

American Bar Association (ABA)

Die ABA unterstützte das Büro durch Bereitstellung der Übersetzungen von Rechtsdokumenten ins Englische.

ACDI/VOCA

Diese internationale NGO, die sich der landwirtschaftlichen Entwicklung in Aserbaidschan widmet, unterstützt das Büro bei der Untersuchung von Problemen der ländlichen Wirtschaftsentwicklung und der Beschäftigung im Nichtenergie-Sektor.

Eurasia Foundation

Das Büro hielt mit der *Eurasia Foundation* einige Treffen ab, bei denen es um Projekte zum Thema verantwortungsvolle Staatsführung ging, unter anderem gab es eine Diskussionsrunde über Fragen der Korruption.

Helsinki Citizens Assembly (HCA)

Die HCA-Zweigstelle in Baku ist eine der etwa zehn etablierten Menschenrechts-NGOs, mit denen das Büro in regelmäßigem Kontakt steht. Die HCA bot konkrete Hilfe im Zusammenhang mit der Weiterleitung einiger Einzelbeschwerden an.

Menschenrechts-NGOs

Das Büro arbeitete mit einigen NGOs in Form von Gesprächen am Runden Tisch direkt zusammen. Es wird seine Arbeit mit NGOs bei der Überwachung ihrer Bemühungen im Rahmen des vom BDIMR betriebenen Schulungsprojekts

für Menschenrechtsüberwachung fortsetzen. NGOs berichten dem Büro über Entwicklungen im Menschenrechtsbereich und werden regelmäßig in konkreten Fragen zu Rate gezogen.

Initiative for Social Action and Renewal in Eurasia (ISAR)

Das Büro beteiligte sich an einigen Aktivitäten (auch in der Region), die von ISAR, das mit lokalen NGOs zusammenarbeitet, organisiert wurden. Es verbreitete Informationen über OSZE-Veranstaltungen und -Aktivitäten. Der Austausch mit ISAR bezog sich auch auf die Überprüfung des Gesetzes über die staatliche Registrierung juristischer Personen (einschließlich NGOs).

Internationale Stiftung für Wahlsysteme (IFES)

Das Büro berät sich mit IFES regelmäßig über Fragen von beiderseitigem Interesse. Diese in den Vereinigten Staaten ansässige Organisation half dem Büro durch Bereitstellung von Übersetzungen aserbaidchanischer Gesetze und Verordnungen zu Wahlangelegenheiten.

Internationale Liga für Menschenrechte (ILMR)

Nach einem Treffen im Herbst 2000 wurde ein Informationsaustausch eingeleitet. Die ILMR versorgt das Büro mit Informationen über Schulungsveranstaltungen und Seminare über Menschenrechte und mit Berichten über die Förderung unabhängiger Rechtsanwälte.

Kosia-Smeda

Diese lokale NGO widmet sich der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Ihre Vertreter nahmen auch am OSZE-Wirtschaftsforum im Mai 2001 teil und sind im ganzen Land aktiv. *Kosia-Smeda* wird mit dem Büro in Bezug auf einen Runden Tisch zur Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen weiter zusammenarbeiten.

Das aserbaidchanische NGO-Forum

Das NGO-Forum ist eine Dachorganisation von rund 250 aserbaidchanischen NGOs. Das Forum wurde 1999 gegründet und wird von UNDP und Weltbank unterstützt. Das Büro steht in regelmäßigem Kontakt mit dem Forum und arbeitet mit ihm bei der Überprüfung des Gesetzes über die staatliche Registrierung juristischer Personen (einschließlich NGOs) zusammen.

Umid (aserisch für „Hoffnung“)

Umid ist eine lokale NGO, die hauptsächlich mit der Mikrofinanzierung für Binnenvertriebene befasst ist. Vertreter von *Umid* nahmen im Mai 2001 am OSZE-Wirtschaftsforum teil und lieferten Informationen über die soziale Lage.

DIE UNTERSTÜTZUNGSGRUPPE IN TSCHETSCHENIEN

Allgemeine Beurteilung

Am 15. Juni 2001 wurden internationale Beamte in das Büro der Unterstützungsgruppe in Snamenskoje entsandt. Das Niveau der Interaktion zwischen der Unterstützungsgruppe und anderen internationalen Organisationen hat sich im Verlauf der vergangenen eineinhalb Jahre im Gefolge der wachsenden internationalen Sorge über die Menschenrechtssituation und die humanitäre Lage in der vom Krieg erschütterten Republik erhöht. Die große Zahl von Vertriebenen in der Region gibt nach wie vor Anlass zu großer Besorgnis. Eine der Aufgaben der Unterstützungsgruppe besteht darin, humanitäre Hilfsleistungen an die Opfer der Krise, wo immer sich diese aufhalten, zu ermöglichen. Die Unterstützungsgruppe leistet in Tschetschenien weiterhin Hilfe und Unterstützung in Sachen Konflikt-nachsorge, Reintegration und Wiederaufbau sowie in anderen humanitären Belangen, insbesondere zugunsten von Binnenvertriebenen in Snamenskoje (Bezirk Nadteretschny). Die Unterstützungsgruppe führt ihre Projekte in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen durch. Außerdem dient sie als Informationsquelle und liefert Analysen und Beurteilungen über die Lage in der Republik.

Künftige Zusammenarbeit

Die Unterstützungsgruppe wird ihre Zusammenarbeit vor Ort mit anderen internationalen und nichtstaatlichen Organisationen weiter verstärken. Eine von UNHCR und OCHA organisierte zweiwöchentliche Koordinationssitzung wird der Unterstützungsgruppe weiterhin als wichtiges Forum für den Austausch von Meinungen und Informationen mit den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, dem Europarat und anderen internationalen und nichtstaatlichen Organisationen dienen.

Europarat

Im Berichtszeitraum waren die OSZE und der Europarat die einzigen internationalen Organisationen, deren internationale Mitarbeiter ständig in Tschetschenien tätig waren. Die Unterstützungsgruppe und Europaratsexperten stehen in enger Arbeitsbeziehung und treffen regelmäßig zum Informationsaustausch über Fragen von gemeinsamem Interesse zusammen.

Vereinte Nationen (UN)

Büro für die Koordinierung der humanitären Hilfsmaßnahmen (OCHA)

Das OCHA ist Mitorganisator der Koordinationssitzungen, die alle zwei Wochen in Moskau und Nasran (Inguschetien) stattfinden. Diese Treffen bieten der Unterstützungsgruppe ein Forum zur Erörterung von Fragen gemeinsamen Interesses. Im August 2001 veranstaltete das OCHA einen Workshop über das *Consolidated Appeal Program (CAP)* der Vereinten Nationen, an dem auch die Unterstützungsgruppe teilnahm. In verschiedenen Konsultationen liefert die Unterstützungsgruppe Analysen über die humanitäre Lage, insbesondere im Nordwesten Tschetscheniens.

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Die Unterstützungsgruppe beteiligt sich an einem UNICEF-Projekt zur Beurteilung der schulischen Infrastruktur in Tschetschenien. Sie steuerte eine Analyse über die Infrastruktur des Schulwesens im Nordwesten Tschetscheniens bei.

Darüber hinaus nützt UNICEF die Infrastruktur der Unterstützungsgruppe in Snamenskoje zur Verteilung von Hilfsgütern. Zur Neujahrsfeier 2001 der UNICEF steuerte die Unterstützungsgruppe 785 Geschenkpakete für binnenvertriebene Kinder in den Zeltlagern von Snamenskoje bei. Außerdem wurden 2500 Winterjacken sowie Schulbücher, Sportartikel und Spielzeug an Schulen und Kindergärten im gesamten Bezirk Nadteretschny und an den Schülerhort und die Vorschule für binnenvertriebene Kinder verteilt, die zu den Projekten der Unterstützungsgruppe in den Zeltlagern von Snamenskoje gehören.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Im Juni 2001 nahm die Unterstützungsgruppe an einem informellen Runden

Tisch zum Thema Wiederaufbau nach dem Konflikt in Tschetschenien teil, der in Lovik (Schweden) stattfand und vom *Forum on Early Warning and Early Response (FEWER)* veranstaltet wurde. Vertreter örtlicher Behörden, internationaler Organisationen (UNDP, OCHA), der Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Union, tschetschenischer und internationaler NGOs sowie westliche und russische Experten nahmen in persönlicher Eigenschaft daran teil, um Sicherheits- und Wirtschaftsfragen in Bezug auf Tschetschenien zu erörtern. Ein Dokument, das die Standpunkte der Gruppe wiedergibt, wurde an eine ausgewählte Gruppe politischer Entscheidungsträger versandt. Im Anschluss an diese Veranstaltung wird Ende 2001 ein Runder Tisch im Nordkaukasus abgehalten.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Die Unterstützungsgruppe nimmt an den regelmäßigen Koordinationssitzungen teil, die UNHCR und das Büro für die Koordinierung der humanitären Hilfsmaßnahmen (OCHA) alle zwei Wochen in Moskau und Nasran (Inguschetien) veranstalteten. Im Zentrum dieser Sitzungen stehen Sicherheitsfragen und die Bemühungen um humanitäre Hilfe für die Binnenvertriebenen im Nordkaukasus. Vertreter des Büros des Sicherheitskoordinators der Vereinten Nationen (UNSECOORD), von WFP, UNDP, UNICEF, WHO, IKRK, des Amtes der Europäischen Gemeinschaft für humanitäre Hilfe (ECHO) und verschiedener NGOs nehmen an diesen Sitzungen teil.

Außerdem treffen der Leiter der Unterstützungsgruppe und der UNHCR-Regionalvertreter in der Russischen Föderation und humanitäre Koordinator für den Nordkaukasus bei verschiedenen Anlässen zusammen, um Aktionen in bestimmten gemeinsamen Interessensgebieten zu koordinieren und Informationen über die Lage der tschetschenischen Binnenvertriebenen auszutauschen.

UNHCR unterstützte zwei humanitäre Hilfsprojekte der Unterstützungsgruppe - psychomedizinische Therapie für binnenvertriebene Kinder in Snamenskoje und den Schülerhort - durch Bereitstellung von Zelten, Betten, Decken und Matratzen. Die Unterstützungsgruppe koordiniert und überwacht diese Projekte, die in Zusammenarbeit mit örtlichen Behörden und NGOs durchgeführt werden.

Welternährungsprogramm (WFP)

Die Unterstützungsgruppe plant die Durchführung eines gemeinsamen Projekts mit dem WFP, das den Wiederaufbau einer Dorfschule im Rahmen des Programms „Essen für Arbeit“ zum Gegenstand hat.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Zusätzlich zu den häufigen Gelegenheiten für einen Informationsaustausch im Rahmen der zweiwöchentlichen Koordinationsitzungen traf der Leiter der Unterstützungsgruppe gelegentlich mit Vertretern des IKRK und des *Danish Refugee Council* (DRC) zusammen, um Sicherheits- und Kommunikationsfragen zu besprechen.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

Human Rights Watch (HRW) und Memorial

Eine der Aufgaben, die der Unterstützungsgruppe in ihrem Mandat übertragen wurden, ist die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, die die Menschenrechtssituation in Tschetschenien beobachten. Die Unterstützungsgruppe entwickelte enge Beziehungen zu HRW und zum russischen Menschenrechtszentrum *Memorial*, mit denen sie im Rahmen regelmäßiger Treffen Meinungen und Informationen über die Menschenrechtssituation in Tschetschenien austauscht.

People in Need Foundation (PINF) und Médecins du Monde (MDM)

Von März bis September 2001 verteilte die Unterstützungsgruppe gemeinsam mit PINF und MDM 5000 Wasserfilter an die Bevölkerung und Krankenhäuser in Grosny. Die Filter wurden im Rahmen des humanitären Hilfsprogramms „Wasserfilter für Grosny“ angekauft, das von der deutschen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik großzügig gesponsert wurde.

Serlo

Seit Mitte 2000 führen die Unterstützungsgruppe und die tschetschenische NGO *Serlo* das humanitäre Hilfsprojekt „Psychomedizinische Rehabilitation binnenvertriebener Kinder in Snamenskoje“ durch, das ursprünglich vom österreichischen OSZE-Vorsitz gesponsert wurde und derzeit von der deutschen Firma Wintershall AG finanziert wird.

Die Unterstützungsgruppe steht in Verbindung mit folgenden NGOs, die im Nordkaukasus humanitäre Hilfe leisten und an den Koordinationsitzungen von OCHA und UNHCR teilnehmen: *Danish Refugee Council* (DCR), *Médecins sans frontières* (MSF Frankreich, Holland, Belgien), *International Rescue Committee* (IRC), *Hilfswerk Austria*, *Action contre la Faim* (ACF), *International Medical Corps* (IMC), *Centre for Peacemaking and Community Development* (CPCD), *Islamic Relief* (IR), *Benevolence International Foundation* (BIF) und *Polish Humanitarian Organization* (PHO).

DIE OSZE-MISSION IN GEORGIEN

Allgemeine Beurteilung

Die Mission pflegt insgesamt eine fruchtbare Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und NGOs, doch besteht schon seit einiger Zeit der Eindruck, dass das Potenzial der organisationsübergreifenden Zusammenarbeit noch nicht voll ausgeschöpft ist.

Die Bandbreite der Fragen, die vom Mandat der Mission erfasst werden, ist größer geworden. Aus diesem Grund wird es immer offensichtlicher, dass eine organisationsübergreifende Zusammenarbeit an thematischen und geographischen Berührungspunkten erforderlich ist, um die Mission in die Lage zu versetzen, die Herausforderungen, vor denen sie steht, in ihrer ganzen Komplexität anzusprechen.

Am 4. Oktober 2001 fand in Tiflis (Georgien) in Fortsetzung des Treffens vom 4. Juli 2001 in Wien ein gemeinsames Regionaltreffen von OSZE, UNHCR, IOM und Europarat statt. Erstmals nahmen daran auch UNDP-Vertreter als Beobachter teil. Schwerpunkt des Treffens waren Migrations- und Asylfragen in der Kaukasusregion, wobei Möglichkeiten zur Verbesserung der organisationsübergreifenden Zusammenarbeit in dieser Frage im Vordergrund standen. Es wurde betont, dass bei den Einsätzen im Kaukasus die Sicherheit Vorrang habe.

Künftige Zusammenarbeit

Die Mission hat den Vorschlag zur Diskussion gestellt, in Georgien eine Reihe gemeinsamer Arbeitskreise einzurichten, beginnend mit einem Gemeinsamen Arbeitskreis für Migration,

Vertreibung und Wiederansiedelung unter Beteiligung von IOM, UNHCR, Europarat und OSZE. Wenn sich auch andere Länder des Kaukasus dieser Maßnahme anschließen, könnte letztlich ein regionaler Arbeitskreis entstehen.

Ausgehend von ihrem Mandat hat die Mission noch zwei weitere Arbeitskreise vorgeschlagen: einen Gemeinsamen Arbeitskreis für Sicherheit, Konfliktbeilegung, Friedenssicherung und Polizeiarbeit und einen Gemeinsamen Arbeitskreis für Menschenrechte, Demokratisierung und Medienfreiheit.

Sobald sie ihre Tätigkeit aufgenommen haben, würden diese Arbeitskreise zu Katalysatoren, die das institutionelle Gedächtnis zwischen den internationalen Organisationen und innerhalb der betreffenden Organisationen gewährleisten.

Europarat

Seit der Einrichtung des Informationszentrums des Europarats in Tiflis im Frühjahr 2001 hält die Mission mit dem Europaratsvertreter regelmäßige Treffen zu Fragen von beiderseitigem Interesse ab.

Mit der Aufnahme Georgiens in den Europarat im April 1999 wurden die von Georgien im Zusammenhang mit seiner Mitgliedschaft eingegangenen Verpflichtungen zu einer Messlatte für die Überwachungsaktivitäten des Menschenrechtsbüros der OSZE in Georgien, mit Schwerpunkten unter anderem in folgenden Bereichen:

- Reform des Justizsystems, insbesondere des Strafvollzugs;
- Rückführung und Integration der in den vierziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts deportierten meschetischen Bevölkerung.

Der Europarat beteiligte sich im November 2000 mit zwei Vertretern an der Gemeinsamen Beurteilungsmision (JAM) im Bezirk Gali (Abchasien). Neben den Teilnehmern von Seiten der OSZE waren auch mehrere UN-Sonderorganisationen, die EU und das IKRK vertreten. Die OSZE-Mission leistete den Vertretern des Europarats außerhalb Abchasiens logistische Unterstützung. Während des Aufenthalts im Bezirk Gali entwickelte sich eine positive Synergie zwischen den Vertretern des Europarats und der OSZE, die gemeinsam Ideen und Überlegungen entwickelten. Wieder in Tiflis, nahm ein Europaratsvertreter in der OSZE-Mission an

einer informellen Nachbesprechung mit den OSZE-Vertretern teil. Die Teams des Europarats und der OSZE verfassten nach den abschließenden Sitzungen in Gali einen gemeinsamen Kommentar, den sie als gemeinsamen Beitrag dem Redaktionsteam der UN präsentierten. Die Europarats- und OSZE-Vertreter waren sich einig über die Perspektive und betonten ihre Bedenken hinsichtlich der Menschenrechtssituation für Rückkehrer im Bezirk Gali.

Vereinte Nationen (UN)

Büro für die Koordinierung der humanitären Hilfsmaßnahmen (OCHA)

Die Mission beteiligt sich aktiv an den vom OCHA in Zchinwali veranstalteten monatlichen Koordinationssitzungen, die den Themen humanitäre Hilfe und wirtschaftlicher Wiederaufbau gewidmet sind.

Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM)

UNIFEM beabsichtigt in den kommenden Jahren die Einrichtung eines sektorenübergreifenden Netzwerks für Frauen im Südkaukasus. Die Ansprechstelle der Mission für Gender-Fragen steht in engem Kontakt mit UNIFEM, um die Synergieeffekte voll nutzen zu können.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

UNHCR ist in Georgien seit 1993 präsent. Seine Aktivitäten sollen zur Schaffung von Bedingungen beitragen, die der Rückkehr der Flüchtlinge aus Nordossetien nach Georgien und der Rückkehr der Binnenvertriebenen in ihre Herkunftsgebiete in Südossetien in den von der Regierung kontrollierten Gebieten Georgiens förderlich sind. Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und UNHCR erfasst folgende Bereiche:

- Gemeinsame Kontrollkommission (JCC). Dieses Gremium ist der nichtpolitische Rahmen des Mechanismus zur Lösung des georgisch-ossetischen Konflikts. Die JCC befasst sich mit militärischen und Sicherheitsfragen, dem wirtschaftlichen Wiederaufbau, Flüchtlingen und Binnenvertriebenen. Neben den Plenarsitzungen der JCC nimmt UNHCR auch an der Arbeitsgruppe und dem Ad-hoc-Ausschuss für Flüchtlinge und Binnenvertriebene teil.

- Eine Arbeitsgruppe zur Wiederherstellung von städtischem Wohnraum und Eigentumsrechten. Diese Arbeitsgruppe war das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen der Mission, des BDIMR, des UNHCR und des Europarats, die diese Frage der internationalen Gemeinschaft zur Kenntnis brachten. Sowohl die Mission als auch das UNHCR-Büro in Tiflis haben zu diesem Zweck bei mehreren Anlässen die georgischen Behörden aufgefordert, die Arbeit in der Gruppe zu beschleunigen. Das BDIMR, UNHCR und der Europarat erhielten einen Gesetzesentwurf, zu dem sie nach gegenseitiger Absprache Stellung nehmen werden.
- Präsenz in Zchinwali. Die Außenstelle der OSZE in Zchinwali und das Mobile UNHCR-Team arbeiten in der Konfliktzone in Südossetien/Region Zchinwali eng zusammen. Während die OSZE-Mission kontinuierlich die militärische und soziale Lage in Südossetien überwacht, widmet sich UNHCR Wiederaufbau- und Sozialprojekten und überwacht die Rückführung und den (rechtlichen) Schutz. Nach der Übersiedlung des UNHCR-Büros in das außerhalb der Konfliktzone gelegene Gori Ende 2000 wurden die Kontakte seltener.
- Sicherheit. Die Mission ist für die internationalen Organisationen und NGOs in Südossetien der Ansprechpartner in Sicherheitsfragen. Es gibt regelmäßige Treffen sowohl in Tiflis als auch in Zchinwali. In Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Friedenstruppe (JPKF) werden regelmäßig Notfalls- und Evakuierungsübungen abgehalten.
- Ausbildung. UNHCR hat freundlicherweise angeboten, Mitarbeiter anderer Organisationen in sein Ausbildungsprogramm aufzunehmen, das verschiedene Themen, etwa das Flüchtlingsrecht, betrifft. Themen anderer Organisationen könnten zum allseitigen Vorteil einbezogen werden und für einen Multiplikatoreffekt der Ausbildung sorgen.

Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in Abchasien (Georgien) (HROAG)

Im April 1997 wurde zwischen der OSZE-Mission und UNHCR ein Memorandum of Understanding betreffend die Entsendung eines Mitarbeiters der OSZE-Mission zum HROAG unterzeichnet. Seither wird ein Mitarbeiter der

Mission (manchmal auch zwei) zum HROAG abgestellt. Das Dienstzuteilungssystem führte zu einer engen Verbindung zwischen den Vereinten Nationen und der OSZE in Bezug auf dieses Büro, wodurch ein Fluss von Informationen aus erster Hand zu und von der Mission von und nach Suchumi und auch eine OSZE-Präsenz in Abchasien ermöglicht wird. In seiner täglichen Arbeit untersteht das HROAG dem Leiter der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien.

Im Anschluss an den Beschluss des Ministerratstreffens von Oslo 1998 führte die Mission mit den Vereinten Nationen eingehende Konsultationen über die Eröffnung eines OSZE-Büros in Gali. Während diese Option aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar war, gibt es seit Kurzem Fortschritte in den Konsultationen mit den Vereinten Nationen über die Eröffnung einer Außenstelle des HROAG in Gali. In dem Vorschlag, der an den Amtssitzen der Vereinten Nationen und der OSZE vorgelegt werden soll, wird in Aussicht gestellt, dass die OSZE ein Mitglied ihrer Mission in Georgien zur Außenstelle abstellt.

Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien (UNOMIG)

Das Mandat der OSZE-Mission in Georgien, die Achtung der Menschenrechte und die Medienfreiheit zu fördern und demokratische Institutionen aufzubauen, erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet Georgiens einschließlich Abchasiens. Mit der Einsetzung der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien (UNOMIG) im Jahr 1993 übernahmen die Vereinten Nationen die Federführung im Prozess der Konfliktbeilegung in Abchasien, und die OSZE-Mission sollte laut einer Sonderbestimmung in ihrem Mandat die Vereinten Nationen in ihren Verhandlungsbemühungen unterstützen.

- Die regelmäßigen Konsultationen und der Informationsaustausch mit den Vereinten Nationen wurden in formelle Bahnen gelenkt, als 1997 der so genannte Genfer Prozess begann und die OSZE Mitglied des unter Führung der Vereinten Nationen stehenden Koordinationsrats wurde. Seither nimmt die Mission an allen Sitzungen des Koordinationsrats einschließlich seiner Arbeitsgruppen teil. Während die OSZE bei den Sitzungen in erster Linie eine unterstützende Funktion hat, tragen ihre Anwesenheit und die damit zusammenhängenden

Konsultationen zu einer größeren Einheitlichkeit der Standpunkte der internationalen Gemeinschaft in den zur Debatte stehenden politischen Fragen bei. In einigen Fällen führt die Mission gemäß den Beschlüssen über vertrauensbildende Maßnahmen, die vom Koordinationsrat gefasst wurden, Projekte über die Konfliktlinien hinweg durch, etwa den Austausch von Zeitungen und gemeinsame Schulungen von abchasischen und georgischen Journalisten.

- Die Mission hat ihre Aktivitäten in Abchasien durch häufigere Besuche und die Entwicklung mehrerer Projekte in der menschlichen Dimension intensiviert. In vielen Fällen wurden Projekte durch die Vereinten Nationen ermöglicht, die dann von der OSZE finanziert und durchgeführt wurden, oder umgekehrt. Es entwickelt sich eine fruchtbare Zusammenarbeit, ausgehend von den jeweiligen Stärken der OSZE-Mission und der Vereinten Nationen an ihren jeweiligen Standorten.
- Wann immer ein Missionsteam Abchasien besucht, erhält die Mission in der Sicherheitszone von UNOMIG Unterstützung in Bezug auf Logistik, Sicherheit und Kommunikation; die Unterbringung erfolgt im UN-Stützpunkt oder im russischen Stützpunkt in Suchumi.
- Regelmäßige Treffen und andere Kommunikationsmittel kommen auf der Ebene der Missionsleiter, der politischen Beamten und der Militärbeobachter zum Einsatz. Oft stehen Vertreter der beiden Organisationen in täglichem Kontakt, und einmal pro Woche gibt es in der OSZE-Mission in Georgien ein Treffen zu Sicherheitsfragen. Mit ihrem breiter gefassten Mandat und ihrer Präsenz in anderen Regionen Georgiens kann die Mission UNOMIG mit Informationen über die allgemeine Lage in Georgien versorgen, während UNOMIG eingehende Informationen über ihren Einsatzbereich liefert. So können sich beide Organisationen dank dieser gegenseitigen Information ein besseres allgemeines Bild von der Lage machen und von den jeweils unterschiedlichen Sichtweisen und Kompetenzen profitieren.

Die Gemeinsame Beurteilungsmission (JAM) im Bezirk Gali ist ein sehr gutes Beispiel für eine enge Zusammenarbeit und Absprache im Rahmen gemeinsamer Ermittlungen.

Europäische Union (EU)

Europäische Kommission (EK)

Die Mission nimmt regelmäßig an den auch von der Europäischen Kommission besuchten Koordinationssitzungen der Geldgeber teil. Sie berät die mit der Durchführung von EK-Projekten in Südossetien betrauten Stellen in Bezug auf die politische Situation und die Sicherheitslage. Die Mission fungiert auch als Beobachter in den Gesprächen zwischen der georgischen und der südossetischen Seite über EK-finanzierte Projekte in den vom Konflikt betroffenen Gebieten.

Die Mission hat dazu beigetragen, dass die EU als Beobachter in die Gemeinsame Kontrollkommission aufgenommen wurde, was dem georgisch-ossetischen Friedensprozess neuen Aufschwung verliehen hat.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die Zusammenarbeit mit der IOM weitet sich schrittweise aus und die Kontakte entwickeln sich.

Mit der Mission gab es eine Reihe von Treffen und mehrmals einen Informationsaustausch zum Thema Menschenhandel. Nach einer ersten Erkundungsphase in Sachen Menschenhandel moderiert die IOM derzeit in enger Zusammenarbeit mit der *American Bar Association* (ABA) und der OSZE-Mission einen Runden Tisch, an dem Beamte teilnehmen, die mit Fragen des Menschenhandels befasst sind. Damit soll innerhalb der Regierung und der staatlichen Stellen eine Anlaufstelle geschaffen werden, die die Regierung bei der Koordination ihrer Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel unterstützt.

Darüber hinaus beabsichtigt die OSZE, ebenfalls in enger Zusammenarbeit mit IOM und ABA, sich für die Einrichtung einer sicheren Unterkunft für Opfer des Menschenhandels in Rustawi einzusetzen. Die IOM plant eine Aufklärungskampagne und einen ersten Gedankenaustausch über die Möglichkeiten der Inanspruchnahme der *International Association of Journalists „South Caucasus“*, die unter der Schirmherrschaft der OSZE gegründet wurde. Die OSZE beteiligt sich auch an der Unterstützung der Netzwerke von Frauen-NGOs, die im Zusammenhang mit der Aufklärungskampagne der IOM aktiviert werden könnten.

Die IOM ist in Konsultationen zum Problemkreis Samzche-Dschawacheti/Mescheten eingebunden. Sie prüft mögliche Projekte zum Aufbau von Kapazitäten unter lokalen NGOs in der Region sowie Programme zur Armutsbekämpfung. Es könnte zu einer Erweiterung der Zusammenarbeit kommen. Die IOM nahm im Dezember 2000 an einem von der OSZE und der US-Botschaft gemeinsam veranstalteten Runden Tisch zu Problemen in der Region Samzche-Dschawacheti teil.

Die IOM ist am Aufbau von Kapazitäten in der georgischen Grenzwahe beteiligt. Da die Mission entlang des ossetischen und des tschetschenischen Abschnitts der Grenze mit einschlägigen Fragen befasst ist, findet ein informeller Informationsaustausch statt und in Zukunft könnte diese Zusammenarbeit ausgeweitet werden.

Die IOM ist federführend für ein Clusterprojekt zur Wiedereingliederung abgelehnter Asylsuchender verantwortlich. In Fällen, die Südossetien betreffen, könnte die Mission aufgerufen sein, der IOM fachlich Hilfestellung zu leisten.

DER PERSÖNLICHE BEAUFTRAGTE DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN FÜR DEN KONFLIKT, MIT DEM SICH DIE MINSK-KONFERENZ DER OSZE BEFASST

Allgemeine Beurteilung

Der Persönliche Beauftragte und sein Büro stehen in regelmäßigem Kontakt mit dem IKRK, UNHCR und anderen internationalen Organisationen und NGOs. Der sehr konkrete Charakter seines Mandats und seiner Aufgaben verlangt von ihm, dass er seine Tätigkeit auf den Berg-Karabach-Konflikt konzentriert, unter enger Einbindung des Amtierenden Vorsitzenden und in enger Absprache mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe. Durch diese Besonderheiten unterscheidet sich das Büro des Persönlichen Beauftragten von den meisten anderen OSZE-Missionen. Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen beschränkt sich auf den Geltungsbereich des Mandats und beruht folglich auf nachhaltigen Kontakten, auf Meinungs austausch und gegenseitiger Unter-

stützung zwischen dem Persönlichen Beauftragten und internationalen Organisationen, die sich mit den Auswirkungen des Berg-Karabach-Konflikts befassen.

Das Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden ist nach wie vor die einzige Stelle, die in der Lage ist, alle von den Berg-Karabach-Kräften kontrollierten Territorien zu besuchen, um eine allgemeine Beurteilung der Lage vorzunehmen, und wird sich als idealer Ratgeber in Fragen des Wiederaufbaus erweisen, der nach einem Friedensabkommen erforderlich sein wird.

Künftige Zusammenarbeit

Der Eckpfeiler der Aktivitäten des Persönlichen Beauftragten sind die Bemühungen um Herbeiführung einer dauerhaften Konfliktlösung, Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen, Pflege und Verbesserung der Kontakte zwischen den Parteien und Unterstützung humanitärer Aktivitäten zum Abbau der Spannungen.

Im Zusammenhang mit dem ungelösten Konflikt bestehen nach wie vor viele akute Probleme, insbesondere in Bezug auf Binnenvertriebene und Flüchtlinge, Wiederaufbau und Wiederansiedelung, Vermisste und Inhaftierte sowie Minenräumung. In diesen Angelegenheiten wird der Persönliche Beauftragte weiterhin im Rahmen seines Mandats mit internationalen Organisationen und Institutionen Verbindung halten und zusammenarbeiten.

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden wird weiterhin an internationalen Konferenzen, Seminaren, Symposien und ähnlichen Veranstaltungen unter der Schirmherrschaft internationaler Organisationen teilnehmen. Solche Treffen bieten Gelegenheit zur Beurteilung der Entwicklungen im Friedensprozess und zur Darstellung der aktuellen Situation, einschließlich jener an der Kontaktlinie.

Vereinte Nationen (UN)

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden unterhält Kontakte zu den örtlichen UN-Vertretern in Baku und Eriwan.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden unterhält Kontakte zu UNDP-Vertretern in der Region, um sich über deren

Aktivitäten auf dem Laufenden zu halten und sich über die Verhältnisse in Berg-Karabach und den von den Berg-Karabach-Kräften kontrollierten Territorien zu informieren, zu denen die UN-Sonderorganisationen, wie schon erwähnt, keinen Zutritt haben.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Durch häufige Kontakte mit den UNHCR-Büros in Baku, Eriwan und Tiflis sind der Persönliche Beauftragte und sein Team in der Lage, sich über die von UNHCR in Armenien und Aserbaidschan geleistete Arbeit auf dem Laufenden zu halten. Diese Zusammenarbeit ermöglicht es dem Persönlichen Beauftragten seinerseits, diese UNHCR-Büros über Entwicklungen im Minsk-Prozess zu informieren und Datenmaterial für die Bedarfserhebung in Bezug auf die Konfliktnachsorge zur Verfügung zu stellen, die Teil eines umfassenden Friedensabkommens sein wird. UNHCR soll ja im Wiederaufbauprozess eine führende Rolle spielen. Informationen über die Verhältnisse in Berg-Karabach und in den von den Berg-Karabach-Kräften kontrollierten Territorien sind besonders wichtig, da UN-Sonderorganisationen derzeit keinen Zutritt zu diesen Gebieten haben.

Europäische Union (EU)

Europäische Kommission (EK)

Der Persönliche Beauftragte und die Mitarbeiter des Büros treffen von Zeit zu Zeit mit dem regionalen Vertreter der Europäischen Kommission zusammen, um Informationen über die Wirtschaftshilfe für die Region einzuholen, sofern diese für die Beilegung des Konflikts von Belang sind. Auf Einladung der Europäischen Kommission begab sich der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden am 12. Juni 2001 nach Brüssel, wo er die Europäische Kommission über die jüngsten Entwicklungen in der Region informierte.

Europäisches Parlament (EP)

Im Berichtszeitraum besuchten mehrere Delegationen des Europäischen Parlaments die Region und ersuchten um ein Treffen mit dem Büro des Persönlichen Beauftragten. Diese Treffen dienen dem Informationsaustausch über die Tätigkeit des Persönlichen Beauftragten, die Lage in der Region und die Mitwirkung des Europäischen Parlaments an der Herbeiführung einer friedlichen Lösung des Berg-Karabach-Konflikts.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Das Büro des Persönlichen Beauftragten steht in regelmäßigem Kontakt mit der IOM. Im Wege informeller Treffen werden IOM-Vertreter über den Minsk-Prozess und die gegenwärtige Lage in der Region informiert.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Der Persönliche Beauftragte und seine Außendienstmitarbeiter stehen laufend in Verbindung mit dem IKRK. Vom 24. bis 27. Mai 2001 führte der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden am Amtssitz des IKRK in Genf mit der IKRK-Direktion Konsultationen über humanitäre Aspekte des Friedensprozesses in Berg-Karabach. Hauptthemen waren die gemeinsamen Bemühungen und die Zusammenarbeit bei der Aufklärung des Schicksals von Vermissten. In den Medien der Region erscheinen regelmäßig Berichte über Vermisste und in Kriegsgefangenschaft vermutete Personen. Der Persönliche Beauftragte und das IKRK gehen über ihre jeweiligen Kanäle diesen Berichten nach, was es dem Persönlichen Beauftragten ermöglicht, dem Amtierenden Vorsitzenden über die Ergebnisse zu berichten.

Dank seines Zugangs zu allen Parteien auf hoher Ebene kann der Persönliche Beauftragte dem IKRK wertvolle politische Hilfestellung in der Region leisten, indem er alle Parteien eindringlich auffordert, mit den IKRK-Vertretern in der Region uneingeschränkt zusammenzuarbeiten.

Weltbank (WB)

Mit der Weltbank bestehen Kontakte in Bezug auf ihre Mitwirkung an der Konfliktnachsorge, ein Faktor, der sich auf die Beilegung des Konflikts auswirken könnte.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisation (NGOs)

Der Persönliche Beauftragte und Mitglieder seines Teams stehen häufig in Kontakt mit einer Reihe von NGOs, die auf humanitärem Gebiet tätig sind, etwa der *Helsinki Citizens Assembly*, *Oxfam*, *Médecins sans frontières* und dem *Halo Trust*.

Halo Trust

Die von *Halo Trust* gelieferten Informationen über Minenfelder auf dem Gebiet von Berg-Karabach sind von größtem Wert, da die

Minenräumung ein wesentlicher Bestandteil der Konfliktnachsorge sein wird. Darüber hinaus setzt dieses Büro auch vertrauensbildende Maßnahmen, indem es die aserbaidische Seite vorwarnt, wenn *Halo Trust* nicht explodierte Sprengkörper in Berg-Karabach zur Explosion bringt.

Andere

Arbeitsgruppe für die Suche nach Vermissten

Der Persönliche Beauftragte unterstützt die Tätigkeit der Arbeitsgruppe für die Suche nach Vermissten und Geiseln und die Freilassung von Kriegsgefangenen in der Zone des Berg-Karabach-Konflikts. Mehrere Treffen dieser Arbeitsgruppe fanden in Baku, Eriwan und Berg-Karabach statt, politisch koordiniert durch das OSZE-Büro. Das Schicksal der Vermissten ist eines der wichtigsten Gesprächsthemen bei den Begegnungen des Persönlichen Beauftragten mit den höchsten Behörden des Mandatsgebiets.

DAS OSZE-BÜRO IN ERIWAN

Allgemeine Beurteilung

Insgesamt ist die Zusammenarbeit zwischen dem Büro und anderen internationalen Partnern - seien sie vor Ort vertreten oder nicht - eng und effizient. Monatliche Koordinationssitzungen, an denen die Leiter aller örtlichen Büros internationaler Organisationen und diplomatischer Missionen teilnehmen, sorgen dafür, dass alle Partner über die Aktivitäten der anderen Bescheid wissen. Eine vom UNDP gesponserte Website, auf der alle humanitären und Entwicklungsprojekte aufgelistet sind, dient als zusätzliche Informationsquelle.

Ein Schwerpunkt des Mandats des Büros ist die Arbeit mit armenischen NGOs. Gemeinsam mit dem BDIMR arbeitet das Büro an der Durchführung des Großprojekts „Kapazitätsaufbau und Überwachung“. Die Lage wird jedoch dadurch erschwert, dass über 2000 NGOs in Konkurrenz zueinander tätig sind. Eine wichtige Aufgabe des Büros war es und wird es auch weiterhin sein, die Schaffung von „Dachorganisationen“ zu betreiben, die der Zivilgesellschaft dabei helfen, einen Beitrag zur politischen und rechtlichen Grundsatzdebatte zu leisten.

Künftige Zusammenarbeit

Die künftige Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wird dem Muster

folgen, das sich in den 18 Monaten seit der Eröffnung des Büros wie unten beschrieben herausgebildet hat. Viele der Bereiche oder Projekte befinden sich noch in einer frühen Entwicklungsphase.

Europarat

Der Europarat ist in Eriwan nicht vertreten. Seit dem Beitritt Armeniens zum Europarat im Januar 2001 hat sich das Büro intensiv damit befasst, sowohl die Zentrale des Europarats als auch die armenische Regierung bei der Ausarbeitung und Kommentierung neuer Gesetzestexte zu unterstützen. Auch in den Bereichen Medienfreiheit und Korruptionsbekämpfung arbeitet das Büro gemeinsam mit dem Europarat an Gesetzen und institutionellen Änderungen.

Gemeinsam mit dem BDIMR nahm der Europarat an einer Reihe von Seminaren teil, die vom Büro zu Fragen des Medienrechts, der Polizei und der Demokratisierung veranstaltet wurden, und sponserte diese. So fand zum Beispiel am 11. und 12. Januar 2001 in Eriwan ein zweitägiges Seminar über europäische Standards der Medienregulierung statt. Es wurde vom OSZE-Büro in Zusammenarbeit mit dem Europarat veranstaltet, der auch zwei Experten für Medienregulierung zur Verfügung stellte.

Am 26. September 2001 wurde mit dem Europarat eine Vereinbarung unterzeichnet, die die gemeinsame Nutzung der Räumlichkeiten des OSZE-Büros in Eriwan vorsieht, in denen nun auch ein Europaratexperte für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit arbeiten wird. Davon sollen beide Organisationen profitieren, da dadurch eine Verstärkung und eine bessere Koordination ihrer gemeinsamen Aktivitäten zu erwarten ist.

Vereinte Nationen (UN)

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Das Büro, UNICEF und die IOM führten eine gemeinsame Studie über die Bekämpfung des Menschenhandels durch, deren Ergebnisse im September 2001 veröffentlicht wurden. Daraus könnte gegen Ende des Jahres 2001 ein nationales und möglicherweise ein regionales Projekt entstehen. Vorerst werden Gespräche mit der Regierung zu führen sein, um die Verabschiedung nationaler Gesetze zu erreichen.

Ferner wirkt das Büro am UNICEF-Projekt „Frühes Lernen“ (Menschenrechtsschulung für

Grundschüler) mit. Es hilft bei der Ausarbeitung des Lehrplans und stellt Vortragende für Lehrer-Workshops zur Verfügung.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

In allen Bereichen des Mandats des OSZE-Büros besteht eine enge und umfassende Zusammenarbeit und Koordination. Das UNDP ist Mitglied der vom Büro geleiteten internationalen Arbeitsgruppe, die sich mit Strategien zur Bekämpfung der Korruption in Armenien befasst. Ihr gehören auch diplomatische Vertretungen und die unten erwähnten internationalen Organisationen an. Wo das Büro über Fachwissen und Zugang verfügt, arbeitet es mit dem UNDP etwa in Fragen der Ausarbeitung eines nationalen Menschenrechtsprogramms, der Einrichtung einer Volksanwaltschaft und der Wahlrechtsreform zusammen. Die Zusammenarbeit begann im Jahr 2000 und wird mindestens 12 weitere Monate dauern, bis das entsprechende Gesetz verabschiedet ist und die Institutionen ihren Betrieb aufnehmen.

Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE) und Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

Das Büro, UN/ECE und UNEP planen gemeinsam den Zweiten Regionalen Workshop zum UN/ECE-Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention), das vom 14. bis 17. November 2001 in Eriwan stattfinden soll. Unter den Teilnehmern werden sich Vertreter staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen aus allen drei Kaukasusstaaten befinden. Nach diesem Workshop wird ein nationaler Workshop zum Thema Koalitionsbildung zwischen Umwelt-NGOs abgehalten werden.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Es besteht eine ausgedehnte Zusammenarbeit in sämtlichen Flüchtlingsfragen, in denen die politische Stärke des OSZE-Büros UNHCR in seinen Aktivitäten von Nutzen sein kann. UNHCR beteiligt sich an der Finanzierung eines BDIMR-Projekts zur Registrierung des ständigen Wohnsitzes. Außerdem wird das Büro im Herbst 2001 mit UNHCR und dem *Norwegian Refugee Council* an einer Erhebung unter der Flüchtlingsbevölkerung in Armenien mitwirken, um zu ermitteln, wie viele Flüchtlinge auf längere Sicht

in ihre Heimatorte zurückkehren wollen. Das Büro arbeitet mit UNHCR auch an der Übernahme der Leitsätze der Vereinten Nationen zur Binnenvertreibung durch die armenischen Regierungsstellen.

Welternährungsprogramm (WFP)

Regelmäßige Kontakte bestehen zum Welternährungsprogramm, insbesondere im Zusammenhang mit Maßnahmen, die nach der Dürre in Armenien im Jahr 2000 ergriffen werden müssen.

Europäische Union (EU)

Europäische Kommission (EK)

Die Europäische Kommission beteiligt sich an der internationalen Arbeitsgruppe für Strategien zur Korruptionsbekämpfung in Armenien, in der das Büro den Vorsitz führt. Außerdem gibt es regelmäßige Kontakte und Informationsaustausch über wirtschaftliche und regionale Umweltthemen und -projekte.

Das Büro unterrichtete die Mitglieder der EU-Troika während ihres Besuchs in der Region am 20. Februar 2001 gemeinsam mit den OSZE-Missionsleitern aus Tiflis und Baku über die Lage im Land. Außerdem informiert das Büro zu Besuch weilende Beamte und Delegationen der EU/EK über ihre Tätigkeit.

Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)

Das Büro informierte den NATO-Generalsekretär während seines Besuchs in Eriwan im März 2001 über seine Programme. Nachdem sich Armenien an immer mehr Programmen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden beteiligt, wird das Büro zusätzlich Gelegenheit haben, an künftigen Workshops und Seminaren teilzunehmen.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Das BDIMR ist an laufenden Gesprächen über ein Projekt zur Grenzkontrolle und zur Verbesserung der Ausbildung von Grenzwachbeamten beteiligt, das ab 2002 durchgeführt werden soll.

Wie schon erwähnt, war das Büro an einer gemeinsamen Studie der IOM und von UNICEF über Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels beteiligt, die Ende 2001 in ein nationales und möglicherweise ein regionales Projekt münden könnte. Im September 2001

wurden die Ergebnisse der Studie der Regierung präsentiert, womit der Forderung nach Einführung nationaler Gesetze durch die Regierung Nachdruck verliehen wurde.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Das IKRK und das Büro tauschen Informationen über die Lage und Probleme im Strafvollzug aus, was für die Gefängnisprojekte des Büros und des BDIMR von großem Nutzen ist.

Westeuropäische Union (WEU)

Polizeiberater der WEU in Bosnien nahmen in Eriwan an einer hochrangig besetzten zweitägigen Konferenz teil, bei der die Demokratisierung der Strafverfolgungsbehörden in Armenien besprochen wurde. Das OSZE-Büro, der Europarat, das armenische Außenministerium und das niederländische Helsinki-Komitee haben diese Konferenz am 17. und 18. Mai 2001 veranstaltet. Weitere Seminare dieser Art, darunter Direktgespräche unter Fachleuten, sind für Ende 2001 oder Anfang 2002 geplant, wenn die Finanzierung gesichert ist.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

Neben Gesprächen über eine mögliche Zusammenarbeit in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung wird die EBWE auch über alle Fortschritte im Hinblick auf die Korruptionsbekämpfung auf dem Laufenden gehalten.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Der IWF ist Teil der Arbeit des Büros im Bereich der Korruptionsbekämpfung und nimmt an der vom OSZE-Büro geleiteten internationalen Arbeitsgruppe für Strategien zur Korruptionsbekämpfung teil.

Weltbank

Die Weltbank ist ein wichtiger Akteur in der unter OSZE-Führung stehenden internationalen Arbeitsgruppe für Strategien zur Korruptionsbekämpfung. Die Weltbank hat erstmals einer nationalen Regierung einen finanziellen Zuschuss zur Ausarbeitung eines nationalen Strategiedokuments gewährt.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen und NGOs

Mit NGOs wird praktisch tagtäglich zusammengearbeitet. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in alle durch oder über das Büro durchgeführten Programme/Projekte ist ein

wesentlicher und zentraler Bestandteil des Mandats des Büros.

DAS OSZE-ZENTRUM IN ALMATY

Allgemeine Beurteilung

Das OSZE-Zentrum in Almaty steht in enger Kooperation mit allen vor Ort vertretenen internationalen Organisationen in der menschlichen und der ökonomischen/ökologischen Dimension. Insbesondere hält das Zentrum regelmäßige Konsultationen mit Vertretern des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der Weltbank, der Internationalen Organisation für Migration (IOM), des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) und der Europäischen Union ab. Diese Konsultationen leisten einen nützlichen Beitrag zu einem kontinuierlichen Informationsaustausch über die Aktivitäten und Projekte der einzelnen Organisationen und zu einer Zusammenarbeit, die allen Beteiligten zugute kommt. Das Zentrum kooperiert aktiv mit internationalen nichtstaatlichen Organisationen wie ISAR (*Initiative for Social Action and Renewal in Eurasia*) und *Milieu Kontakt*, die mittels technischer und finanzieller Hilfe das Umweltbewusstsein in Kasachstan fördern.

Künftige Zusammenarbeit

Das Zentrum beabsichtigt, seine derzeitige Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, OSZE-Institutionen und NGOs weiter zu pflegen und auszubauen. In der menschlichen Dimension wird das Zentrum weiterhin seine Aktivitäten im Bereich des Menschenhandels mit der IOM und anderen mit einschlägigen Fragen befassten internationalen Organisationen und im Gender-Bereich mit UNIFEM und dem UNDP koordinieren. In der ökonomischen und ökologischen Dimension plant das Zentrum, mit internationalen und nichtstaatlichen Organisationen wie dem UNDP, der Weltbank, ISAR und *Milieu Kontakt* zusammenzuarbeiten, um die Ausarbeitung eines Umweltkodex zu fördern. Das Zentrum hofft auch auf eine Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, die auf regionaler Ebene Aktivitäten zur Bekämpfung der Armut setzen.

Vereinte Nationen (UN)

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Neben häufigem Informationsaustausch koordinieren das Zentrum und UNICEF ihre Bemühungen auf dem Gebiet der Jugendgerichtsbarkeit. So nahm etwa UNICEF im November 2000 an einer Veranstaltung des OSZE-Zentrums und des BDIMR zur Menschenrechtserziehung teil, der eine gemeinsame Abschlusspressekonferenz folgte.

Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM)

UNIFEM stützte sich bei der Ausarbeitung des kasachischen Länderberichts, der im Januar 2001 dem Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau vorgelegt wurde, und bei den Nacharbeiten hierzu auf den gemeinsamen Bericht des OSZE-Zentrums und des BDIMR über die Übereinstimmung des kasachischen Rechts mit internationalen Standards in Bezug auf Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter. UNIFEM lieferte dem Zentrum auch Unterlagen über die Mitwirkung von Frauen in der Politik für eine Schulungsveranstaltung für Ausbildner im Juli 2001.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Im Frühjahr 2001 nahm das Zentrum an einem Treffen teil, das dem „Bericht über die menschliche Entwicklung 2000“ gewidmet war. Im Berichtszeitraum fanden einige Koordinationssitzungen zur gegenseitigen Information über Aktivitäten in allen Bereichen statt. In Bezug auf Gender-Fragen stehen die OSZE und das UNDP durch Informationsaustausch und Koordination ihrer Aktivitäten in regelmäßigem Kontakt. Das *Gender in Development Bureau* des UNDP lieferte Unterlagen über die politische Mitsprache von Frauen auf lokaler Ebene für eine Schulungsveranstaltung für Ausbildner im Rahmen des frauenrechtlichen Sensibilisierungsprojekts des OSZE-Zentrums und des BDIMR. Das Zentrum steht auch in engem Kontakt mit der Sozialabteilung des UNDP, die Projekte zur Armutsbekämpfung und Umweltprojekte betreibt.

Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE)

Im Lauf der letzten beiden Jahre beteiligte sich das Zentrum aktiv an den Arbeitsgruppen-

sitzungen im Rahmen des Sonderprogramms der Vereinten Nationen für die Volkswirtschaften Zentralasiens (SPECA) in Almaty. Diese Sitzungen haben Verkehrsfragen und Fragen des Grenzübertritts zum Gegenstand und widmen sich der regionalen Wirtschaftskooperation, um den Integrationsprozess in Zentralasien voranzutreiben.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)

Die Zusammenarbeit betrifft in erster Linie den Informationsaustausch über die Menschenrechtsgesetzgebung, insbesondere in Fragen der Verhütung von Folter.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Das Zentrum tauscht mit UNHCR regelmäßig Informationen über einschlägige Aktivitäten und Entwicklungen aus. Die beiden Büros unterstützen einander durch Lobbying in Bezug auf die Annahme eines neuen Gesetzes über Flüchtlinge und Migration.

Europäische Union (EU)

Europäische Kommission (EK)

Das Zentrum erfreut sich einer engen Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission. Diese Beziehung stützt sich auf einen regelmäßigen Informationsaustausch. Im Frühjahr 2001 hielten die OSZE und die EK Konsultationen zu der Frage ab, wie sie auf die von der Regierung vorgeschlagene Änderung des Gesetzes über Religionsfreiheit und religiöse Vereinigungen reagieren sollen.

Es ist wichtig anzumerken, dass die EK seit einigen Jahren mehrere Projekte des OSZE-Zentrums und des BDIMR zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und zur Überwachung der Menschenrechte mitfinanziert, für deren Durchführung das Zentrum zuständig ist. Das Zentrum lädt EK-Vertreter zur Teilnahme an allen mit diesen Projekten verbundenen Aktivitäten ein. So wirkte etwa ein Vertreter der EK-Delegation in Almaty an Schulungsveranstaltungen zum Thema Überwachung der Menschenrechte mit und erläuterte die Finanzierungspolitik der EK. Konsultationen gibt es auch zu ökonomischen und ökologischen Fragen, um die Arbeit am Umweltgesetz zu unterstützen.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Das Zentrum tauscht mit dem IOM-Büro in Kasachstan regelmäßig Informationen über einschlägige Aktivitäten und Entwicklungen aus und nimmt an IOM-Seminaren teil. Im November 2000 veranstaltete die IOM eine Konferenz über Frauen, Migration und Recht, zu der das Zentrum durch Übernahme der Kosten für einen Experten aus der Ukraine gemeinsam mit dem BDIMR einen Beitrag leistete. Dieser Experte stellte die Arbeit von *La Strada* vor, einer ukrainischen NGO, die sich auf Lobbying für ein Gesetz gegen den Menschenhandel und auf Hilfe für die Opfer von Menschenhandel spezialisiert hat.

Das Zentrum und das BDIMR veranstalteten gemeinsam mit der IOM und UNHCR einen Schulungskurs für Staatsanwälte über internationale Menschenrechtsstandards, die Rolle des Völkerrechts und damit verbundene Fragen. Dieser Kurs fand vom 15. bis 18. Oktober 2001 statt. Außerdem veranstalteten die IOM, das Zentrum und das BDIMR vom 29. bis 31. Oktober 2001 in Almaty gemeinsam einen Workshop zu Fragen der Grenzüberwachung. Dabei ging es in erster Linie um ein Gesetz über Migration (Einreise, Aufenthalt und Ausreise) in den GUS-Staaten.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

Das Zentrum hat mit Vertretern der EBWE erste Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung des Umweltkodex geführt. Wichtigstes Ziel des Zentrums ist es, NGOs in alle Arbeiten zum Thema Umweltrecht einzubeziehen. Das Zentrum erörtert mit der Bank Möglichkeiten der EBWE-Finanzierung für NGOs, die in diesem Bereich tätig sind, und leitet diese Informationen weiter.

Weltbank (WB)

Die Schaffung eines Ausbildungszentrums für Richter, die Teil eines Weltbankprojekts zur Rechtsreform ist, bietet dem Zentrum Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit der Weltbank. Dieses Projekt, das im August 2001 begonnen wurde, besteht im Wesentlichen aus drei Elementen: Unterlagen, einem Studienbesuch und Hilfestellung bei der Ausarbeitung von Lehrplänen. Es wurden Unterlagen verschiedener europäischer Einrichtungen für die juristische Aus- und Weiterbildung beziehungsweise

Dokumente über sie übersetzt und vom BDIMR und dem Zentrum dem Obersten Gerichtshof Kasachstans vorgelegt.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

In der menschlichen und der politischen Dimension führte das Zentrum eine Vielzahl von Projekten mit lokalen Partnern durch, da dem Zentrum daran gelegen ist, diese in alle seine Bemühungen einzubinden. In der ökonomischen und ökologischen Dimension organisierte das Zentrum eine Reihe von Seminaren und Konferenzen zum Thema NGO-Beteiligung an der Lösung von Umweltproblemen.

Adil Soz

Das Zentrum veranstaltete gemeinsam mit der NGO *Adil Soz*, die sich die Medienüberwachung zur Aufgabe gemacht hat, ein Seminar unter dem Titel „Stärkung der beruflichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Massenmedien, den Strafverfolgungsbehörden und dem Gerichtswesen in der Republik Kasachstan“, das am 26. und 27. Januar 2001 stattfand.

Crisis Center for Women and Children

Die NGO *Crisis Center for Women and Children* führt derzeit in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Zentrum ein Erziehungsprojekt zur Bekämpfung des Frauenhandels durch.

Ecology and Public Opinion

Ein Workshop über die Rolle der NGOs bei der Umsetzung der Grundsätze der Aarhus-Konvention in der Region Pawlodar wurde vom Zentrum und der lokalen NGO *Ecology and Public Opinion* am 11. und 12. Juni 2001 veranstaltet. Zwischen der örtlichen Umweltschutzbehörde, dem *Maslichat* (örtliches Gesetzgebungsorgan) und der NGO *Ecology and Public Opinion* wurde ein Memorandum über die Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Grundsätze der Aarhus-Konvention unterzeichnet.

Internews Kazakhstan

Das Zentrum und *Internews Kazakhstan* veranstalteten gemeinsam mit finanzieller Unterstützung von Seiten der deutschen Regierung einen siebentägigen Schulungskurs für Fernsehjournalisten. Der Kurs, der vom 25. bis 31. Mai 2001 stattfand, hatte die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen in Kasachstan zum Gegenstand.

Kazakhstan Centre for Conflict Management

Als Teil des BDIMR-Projekts zur Unterstützung der Zivilgesellschaft veranstaltete die NGO *Kazakhstan Centre for Conflict Management* am 31. Oktober und 1. November 2000 gemeinsam mit dem OSZE-Zentrum eine internationale Konferenz über Menschenrechts-erziehung.

National Democratic Institute for International Affairs (NDI)

Das Zentrum arbeitet auch mit dem *National Democratic Institute for International Affairs* (NDI) in Fragen zusammen, die Wahlen, den Aufbau von NGOs und politischen Parteien durch das NDI und die Unterstützung der Zivilgesellschaft betreffen. Das Zentrum unterstützte mit finanzieller Hilfe von Seiten des BDIMR eine Kampagne des NDI während der Novellierung des Mediengesetzes im ersten Quartal 2001.

Soros Foundation-Kazakhstan

Das Zentrum koordiniert seine Tätigkeit in den Bereichen Migration, Gender-Fragen, Hilfe für die Zivilgesellschaft und Minderheiten mit Vertretern der *Soros Foundation-Kazakhstan*. Ein Vertreter des OSZE-Zentrums nimmt an einem „Planungsstab Migration“ dieser Stiftung teil, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die Gesetzgebung in Bezug auf kasachische Rückkehrer zu verbessern.

Transparency Kazakhstan

Das Zentrum veranstaltete dank irischer Finanzierung am 13. und 14. November 2000 gemeinsam mit der NGO *Transparency Kazakhstan* eine Konferenz zum Thema „Die Auswirkungen des Völkerrechts auf die nationale Gesetzgebung: Stärkung der Rechtsstaatlichkeit“.

DAS OSZE-ZENTRUM IN ASCHGABAD

Allgemeine Beurteilung

Zwischen dem OSZE-Zentrum in Aschgabad und Vertretern von in Turkmenistan tätigen internationalen Organisationen und Institutionen kommt es regelmäßig zu informellen Konsultationen und zur Weitergabe von Informationen. Das Zentrum übernimmt oft eine führende Rolle, wenn es darum geht, innerstaatliche Entwicklungen und Menschenrechtsfragen zur Sprache zu bringen; dies wird von vielen internationalen

Organisationen unterstützt und als wichtig erachtet.

Das Zentrum nimmt regelmäßig an Informations- und Koordinationssitzungen für Geldgeber teil, die von verschiedenen in Turkmenistan tätigen internationalen Gebereinrichtungen, etwa den UN-Sonderorganisationen, USAID und der Weltbank, veranstaltet werden. Diese Sitzungen erleichtern den Informationsaustausch über laufende Aktivitäten und Fragen, die in Turkmenistan von Bedeutung sind.

Das Zentrum arbeitet mit nationalen NGOs durch Weitergabe von Informationen und Beurteilungen und durch deren Einbeziehung in OSZE-Aktivitäten aktiv zusammen.

Künftige Zusammenarbeit

Die Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Institutionen verringern sich zunehmend, da außer den UN-Sonderorganisationen immer weniger derartige Organisationen in Turkmenistan präsent sind. Das Zentrum wird von anderen nach wie vor als Informationsquelle in Bezug auf die Lage im Land angesehen.

Das Zentrum sondiert Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit einheimischen NGOs in den Bereichen Umwelterziehung und -information. Darüber hinaus betätigt es sich weiterhin im Hinblick auf die Umsetzung des internationalen Umweltrechts mit besonderem Schwerpunkt auf dem Zugang zu Informationen und der Mitsprache der Öffentlichkeit.

Das Zentrum und das Büro von ABA/CEELI (*American Bar Association/Central and East European Law Initiative*) in Turkmenistan fassen für die Zukunft eine Zusammenarbeit im rechtlichen Bereich und die Fortsetzung ihrer derzeitigen gemeinsamen Aktivitäten ins Auge.

Es wird in Erwägung gezogen, dass das Zentrum mit dem TACIS-Programm (Technische Hilfe für die GUS) im Hinblick auf das Umweltrecht und mit der Weltbank im Bereich verantwortungsvolle Staatsführung und Transparenz zusammenarbeitet.

Das Zentrum wird ein Treffen mit Vertretern von NGOs, Regierungsstellen und internationalen Organisationen koordinieren, auf dem die Ergebnisse der früheren informellen Konsultationen über künftige Aktivitäten, die gemeinsam durchgeführt werden können, einer Beurteilung unterzogen werden sollen.

Vereinte Nationen (UN)

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Das Zentrum nimmt regelmäßig an den von UNICEF veranstalteten Informationssitzungen für Geldgeber teil, in denen es um die Folgen der Dürre in Turkmenistan geht, von der die ganze Region betroffen ist, sowie um die Frage, was die Geberorganisationen tun oder tun können, um Hilfe zu leisten. Angesichts der immer sichtbarer werdenden Auswirkungen der Dürre werden diese Sitzungen zu Fragen der Wasserversorgung monatlich abgehalten.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Das Zentrum nimmt an den Sitzungen des Lokalen Programm-/Projektberatungsausschusses (LPAC) teil, eine Maßnahme, die getroffen wurde, um an der Beurteilung der Qualität von Programmen und Projekten mitzuwirken, die vom UNDP unterstützt werden. Diese Sitzungen bieten den Parteien innerhalb und außerhalb des UN-Systems Gelegenheit, zu den vom UNDP vorgeschlagenen Programmen oder Projekten Stellung zu nehmen und Vorschläge zu unterbreiten.

Das so genannte LPAC-Verfahren hat es dem Zentrum ermöglicht, sich für die Umsetzung von OSZE-Verpflichtungen hinsichtlich der ökonomischen und ökologischen Sicherheit in UNDP-Aktivitäten einzusetzen und Arbeitsüberschneidungen zu vermeiden. Darüber hinaus ermöglicht sie dem Zentrum gegebenenfalls die aktive Mitwirkung an UNDP-Aktivitäten, und es wird zu einem Gedankenaustausch zwischen internationalen und nationalen Organisationen und Institutionen, die an ähnlichen Fragen interessiert sind, angeregt. LPAC-Sitzungen finden bei Bedarf statt.

Das UNDP-Büro in Aschgabad hat ein mehrjähriges Kapazitätsaufbauprogramm ausgearbeitet, die „Agenda 21“, in deren Rahmen das Projekt des Zentrums betreffend die Aarhus-Konvention und diesbezügliche Folgemaßnahmen miteinander verbunden sind. Dadurch bieten sich größere Möglichkeiten für die Zusammenarbeit, um den Informationsfluss in Bezug auf die Entwicklungen und die Umsetzung der entsprechenden Aktivitäten in Gang zu halten.

Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE)

Das Zentrum und die UN/ECE tauschen regelmäßig Informationen und Gedanken über Aktivitäten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Aarhus-Konvention aus. Das UN/ECE-Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention) fördert die Grundsätze der partizipatorischen Demokratie.

Die *Global Resource Information Database* (GRID) des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) mit Sitz in Arendal (Norwegen) und das Polnische Zentrum für Umweltschutz beteiligen sich ebenfalls aktiv an diesem Dialog. Sie kooperieren mit dem OSZE-Zentrum in Bezug auf Maßnahmen im Anschluss an ein Regionalseminar zur Konvention. Die Folgemaßnahmen bestehen in der Übersetzung und Verbreitung einer Publikation über die Grundelemente der Aarhus-Konvention.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Im Januar und Februar 2001 veranstalteten das Zentrum und das UNHCR-Büro in Aschgabad gemeinsam einen zweiwöchigen Lehrgang über humanitäres Völkerrecht für Beamte des Mittelbaus. Unter den Teilnehmern waren Vertreter der verschiedensten staatlichen Stellen, darunter eine beträchtliche Anzahl von Beamten aus den Verwaltungszentren der turkmenischen Regionen. Der erste gemeinsam veranstaltete Lehrgang dieser Art im Jahr 1999 wurde sehr gut aufgenommen. Als Reaktion auf ein Ersuchen vom vergangenen Jahr wurden Lehrgänge auf Anfänger- und Fortgeschrittenenebene angeboten. In Anbetracht des großen Interesses an diesen Lehrgängen hoffen das Zentrum und UNHCR, dass sie zu einer jährlichen gemeinsamen Einrichtung werden.

Büro der Vereinten Nationen für Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung (ODCCP)

Das Zentrum plant, Mitte November 2001 mit dem ODCCP-Büro in Aschgabad ein gemeinsames Seminar über Drogenaufklärung für Jugendliche abzuhalten.

Europäische Union (EU)

Europäische Kommission (EK)

Das Zentrum arbeitet mit der Europäischen Union in Bezug auf das TACIS-Programm (Technische Hilfe für die GUS) zusammen. Diese Zusammenarbeit vollzieht sich hauptsächlich in Gestalt eines häufigen Informationsaustauschs und regelmäßiger Beurteilungen der politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Lage in Turkmenistan.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die Möglichkeit gemeinsamer Projekte des Zentrums und der IOM war Gegenstand informeller Gespräche. Gemeinsame Bemühungen wurden im Bereich der Freizügigkeit (Abschaffung der Ausreisevisa) und der Haftbedingungen für Ausländer, denen Verstöße gegen die Visaordnung zur Last gelegt werden, angeregt. In diesem Zusammenhang wird derzeit ein gemeinsames Projekt zur Schulung von Grenzschutzbeamten entwickelt, das im Jahr 2002 umgesetzt werden soll.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Das Zentrum trifft mit Vertretern des IKRK-Regionalbüros, die Aschgabad besuchen, zusammen und tauscht mit ihnen Informationen aus.

Asiatische Entwicklungsbank (AsEB)

Delegationen der Asiatischen Entwicklungsbank, die Aschgabad im Zuge der Ausarbeitung einer Investitionsstrategie für die Entwicklungsbank besuchten, erhielten vom Zentrum Beurteilungen und Ratschläge in Bezug auf Projekte, die in Turkmenistan durchgeführt werden könnten.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

Die Zusammenarbeit mit der EBWE erstreckt sich in erster Linie auf den Informationsaustausch. Das Zentrum liefert Vertretern und Delegationen der EBWE regelmäßig Beurteilungen der politischen, ökonomischen, ökologischen und menschenrechtlichen Lage in Turkmenistan. Besondere Aktivitäten entfaltete das Zentrum vor dem Treffen des EBWE-Vorstandes im Juni 2001, bei dem Strategieberatungen für Turkmenistan genehmigt wurden.

Weltbank (WB)

Mit dem Verbindungsbüro der Weltbank werden Konsultationen in wirtschaftlichen Angelegenheiten abgehalten, insbesondere zu Fragen der verantwortungsvollen Staatsführung und der Transparenz.

Das Zentrum nimmt im Rahmen der Vorbereitungen für das Nationale Wirtschaftsforum, das auf Veranlassung der Weltbank Ende November 2001 stattfinden soll, an einer Arbeitsgruppe teil. Dieser gehören Vertreter von USAID, EBWE, UNDP und UNICEF sowie des Zentrums und der Weltbank an.

Das Zentrum prüft auch die Möglichkeit seiner Mitwirkung an einem Weltbankprojekt über gesetzliche Bestimmungen und Praktiken in Bezug auf das staatliche Beschaffungswesen.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

Catena Ecological Club und Dashoguz Ecological Club

Der in Aschgabad ansässige *Catena Ecological Club* und der *Dashoguz Ecological Club* arbeiten mit dem Zentrum im Zusammenhang mit der Aarhus-Konvention zusammen. Beide NGOs beteiligten sich an der Entwicklung und Umsetzung des im Rahmen der Aarhus-Konvention laufenden Projekts „Runde Tische“: Sie steuerten Ideen dazu bei, in welcher Form die Gespräche stattfinden sollen, entsandten Referenten und stellten eine Datenbank auf CD-ROM zusammen.

Counterpart Consortium und die Central and East European Law Initiative der American Bar Association (ABA/CEELI)

Das Zentrum berät sich regelmäßig mit dem *Counterpart Consortium*, mit ABA/CEELI und dem UNDP in Bezug auf seine laufenden Aktivitäten und organisiert gemeinsame Runde Tische über die Umsetzung der Aarhus-Konvention in den Welayats (Regionen) Turkmenistans.

Aus dem Missionsleiterfonds finanzierte das Zentrum ein Seminar über Umwelterziehung, das am 21. und 22. April 2001 von der NGO *University Green Guards* veranstaltet wurde. Dies war das Ergebnis von Gesprächen und eines Meinungsaustauschs zwischen dem Zentrum und der NGO zum Thema Umwelterziehung ab Sommer 2000.

Gespräche über die Einbindung des Zentrums in die Umwelterziehung wurden mit

dem Ministerium für Naturschutz und während einer Informationssitzung der Geldgeber geführt, an der UNICEF, das *Counterpart Consortium*, die Gesellschaft vom Roten Halbmond und die NGO *Dashoguz Ecological Club* teilnahmen.

Das Zentrum verstärkte seine Zusammenarbeit mit anderen registrierten und nicht registrierten NGOs in den Bereichen Menschenrechte und Entwicklung der Zivilgesellschaft. Es intervenierte fallweise bei Behörden im Namen registrierter NGOs, um deren Fortbestand zu ermöglichen.

Sonstige

USAID

Es kommt häufig zu einem Austausch von Informationen und Beurteilungen zwischen dem Zentrum und dem USAID-Büro in Aschgabad und Vertretern des USAID-Regionalbüros in Almaty.

DAS OSZE-ZENTRUM IN BISCHKEK

Allgemeine Beurteilung

Das OSZE-Zentrum in Bischkek unterhält enge Arbeitsbeziehungen zu internationalen Organisationen, Institutionen und NGOs. Zu den wichtigsten Partnern zählen UNDP, UNHCR, IOM, die OSZE-Institutionen und einige internationale NGOs. Es werden auch Aktivitäten mit bilateraler finanzieller Unterstützung aus ausgewählten Geberländern durchgeführt. Das Zentrum betreibt weiterhin den Ausbau seiner Kontakte auf lokaler Ebene mit möglichen Geldgebern und Partnern, um seine Programmaktivitäten zu verstärken.

Künftige Zusammenarbeit

Die künftige Zusammenarbeit wird sich im Wesentlichen auf jene Bereiche konzentrieren, in denen schon jetzt mit bestimmten Partnern kooperiert wird. Es ist jedoch zu erwarten, dass es zu gemeinsamen Bemühungen in Bezug auf die Durchführung neuer Initiativen im ökonomischen und ökologischen Bereich mit UN/ECE und der EU kommen wird, einschließlich finanzieller Unterstützung von Seiten mehrerer bilateraler Geberländer.

Bei der Entwicklung und Durchführung programmbezogener Aktivitäten wird besonderer Nachdruck auf die Zusammenarbeit mit inter-

nationalen NGOs, insbesondere vor Ort, gelegt werden. Es gibt weit gediehene Initiativen von NGOs, in denen das Zentrum mögliche künftige Kooperationsbereiche sieht, etwa: die Schaffung eines regionalen Menschenrechtsnetzwerks in Zusammenarbeit mit der polnischen Helsinki-Stiftung für Menschenrechte; Maßnahmen in Bezug auf Probleme der Wasserbewirtschaftung und verantwortungsvolle Staatsführung unter regionalem Gesichtspunkt gemeinsam mit der Deutschen Welthungerhilfe/German Agro Action (DWHA/GAA); Organisation von Fürsprache- und Schulungsveranstaltungen zum Thema Menschenrechte, ethnische Beziehungen, nationale Minderheiten und Justizreform, gemeinsam mit der *American Bar Association*, um nur einige zu nennen. Auch auf nationaler Ebene werden weiterhin Ideen für die künftige Zusammenarbeit mit NGOs entwickelt, innerhalb der von knappen Personalressourcen und oft unsicherer finanzieller Unterstützung auferlegten Beschränkungen.

Vereinte Nationen (UN)

Das Zentrum nimmt an informellen monatlichen Sitzungen teil, die dem Informationsaustausch zwischen Vertretern der internationalen Gemeinschaft dienen und vom örtlichen UN-Koordinator einberufen werden. Das Zentrum nimmt auch an den unter UN-Führung stehenden Sicherheitstreffen teil und arbeitet mit dem UN-System in verschiedenen administrativen und personellen Managementprozessen zusammen, indem es aktiv an Erhebungen des gemeinsamen UN-Systems und an Vorkehrungen für das Sicherheitsmanagement des UN-Organisationsystems mitwirkt.

Das Zentrum arbeitete mit UN-Sonderorganisationen auch bei der Organisation und Durchführung einiger Workshops und anderer Schulungsveranstaltungen wie der Konferenz über Frauen im 21. Jahrhundert vom 13. und 14. April 2001 zusammen, etwa mit UNDP, UNHCR, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und anderen. Ferner wurde vom 10. bis 14. August 2001 in Zusammenarbeit mit UNHCR der sechste Regionale Sommerlehrgang für Völkerrecht und Menschenrechte abgehalten.

Im Süden des Landes wirkt die OSZE-Außenstelle in Osch im Rahmen von Konsultationen über die Lage in der Provinz Batken und diesbezügliche Frühwarnvorkehrungen aktiv am Informationsaustausch mit.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Das Zentrum beteiligt sich gemeinsam mit dem UNDP an der Koordination des Projekts „Hilfestellung beim Aufbau einer Volksanwaltschaft“, das vom BDIMR und UNDP Anfang 2000 eingeleitet wurde. Im Dezember 2000 und Januar 2001 fand eine Reihe informeller Treffen zwischen dem Parlamentarischen Menschenrechtsausschuss, nationalen NGOs, dem UNDP und dem Zentrum statt. Ein diesbezüglicher Runder Tisch wurde am 12. Februar 2001 unter Beteiligung aller Betroffenen, einschließlich der NGOs und politischer Parteien, veranstaltet. Im Anschluss an diese Treffen wurden die letzten Entwürfe des Präsidentenbüros und des Parlamentsausschusses ins Englische übersetzt; derzeit werden sie von den beteiligten Parteien noch erörtert.

Das Zentrum veranstaltete im April 2001 unter anderem gemeinsam mit dem UNDP die multilateral gesponserte Konferenz über Frauen an der Schwelle zum neuen Jahrhundert. Die Konferenz schloss mit der Formulierung einer Reihe von Empfehlungen zur Stärkung der Stellung der Frauen in Kirgisistan in Form eines Entwurfs für einen Aktionsplan, der bei einem vom UNDP im September 2001 veranstalteten Runden Tisch weiter ausgearbeitet und in der Folge dem Präsidentenbüro zur Genehmigung und Durchführung vorgelegt wurde.

Gemeinsam mit anderen teilnehmenden internationalen Geldgebern und Organisationen, darunter das *Gender in Development Bureau* des UNDP, ist das Zentrum Mitglied der *Gender Coordination Group*, die regelmäßig zum Zwecke des Informationsaustauschs zwischen Geldgebern in Gender-Fragen einberufen wird.

Derzeit beteiligt sich das Zentrum in enger Zusammenarbeit mit UNDP, UN/ECE und anderen an der Entwicklung eines Systems zum Informationsaustausch in Bezug auf regionale Fragen der Wasserversorgung in Zentralasien. Vor Ort nimmt das Zentrum über die Außenstelle in Osch an der regelmäßigen Arbeit einer anderen Arbeitsgruppe von Geldgebern, der *Information Sharing and Consultation South Group* (ISC South), teil. Dieser informelle Koordinationsmechanismus betrifft Informationen und Frühwarnsignale hinsichtlich der Sicherheitslage in den südlichen Regionen Batken und Osch.

Seit Juni 2001 steht das Zentrum im Hinblick auf die Vorbereitungen für die Folgekonferenz zu der im Oktober 2000 in Taschkent abgehaltenen Konferenz auf lokaler Ebene in engem Kontakt mit dem UNDP. Die kirgisische Regierung wird die „Internationale Konferenz von Bischkek zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien: Stärkung umfassender Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus“ ausrichten. Die Konferenz wird gemeinsam von der OSZE und dem ODCCP veranstaltet und findet am 13. und 14. Dezember 2001 statt. Die Kontakte des Zentrums mit ODCCP laufen direkt und über das UNDP.

Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE)

Auf der Grundlage des gemeinsamen Mandats von UN/ECE und der OSZE in Fragen der regionalen Wasserbewirtschaftung, das am Ende des Achten Wirtschaftsforums der OSZE in Prag im April 2000 vereinbart wurde, nahm das Zentrum im Jahr 2001 gemeinsam mit UN/ECE, UNDP und einigen anderen Organisationen an der Vorbereitungsphase zur Schaffung einer regionalen Informationsstelle und einer entsprechenden Website über Fragen der Wassernutzung und der Wasserbewirtschaftung teil. Das Zentrum wirkte auch an vorbereitenden Konsultationen für zwei von UN/ECE im November 2000 und im April 2001 veranstaltete regionale Workshops über Wasserbewirtschaftung und Energienutzung mit.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Das dritte Jahr in Folge veranstalteten das Zentrum und UNHCR gemeinsam den Regionalen Sommerlehrgang für Völkerrecht und Menschenrechte. Ziel des Lehrgangs ist es, vertieftes Wissen über Menschenrechtsfragen und die damit im Zusammenhang stehende Rechtsmethodik an 30 ausgewählte ausgezeichnete Studenten und junge Fachleute aus den zentralasiatischen Republiken und anderen GUS-Staaten zu vermitteln. Der Lehrgang fand vom 10. bis 24. August 2001 statt.

Dieses Jahr konnte das Zentrum einen beträchtlichen Teil des Gesamthaushalts für den Lehrgang decken, nachdem es großzügige Beiträge von der britischen und der deutschen Regierung und dem BDIMR erhalten hatte.

Weltbank (WB), Internationaler Währungsfonds (IWF) und Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

Das Zentrum und die Büros der Weltbank, des IWF und der EBWE tauschen regelmäßig Informationen und Lagebeurteilungen sowohl auf lokaler Ebene als auch im Verlauf von Treffen in Bischkek mit zu Besuch weilenden Vertretern der Weltbank, des IWF, der EBWE und der OSZE aus.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Das Zentrum führt gemeinsam mit der IOM und dem BDIMR ein dreistufiges Projekt durch, in dessen Rahmen Grenzschutzbeamte über Menschenrechte und die richtige Behandlung von Flüchtlingen und Migranten sowie über Verfahren in Bezug auf den Menschenhandel und den illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen, Tabakerzeugnissen, Suchstoffen, Alkohol und Kraftfahrzeugtreibstoff unterrichtet werden. Dieses Ausbildungsprogramm, das im OSZE-Aktionsplan 2000 enthalten ist, wird derzeit vom BDIMR im Hinblick auf weitere Ausbaustufen unter der Gesamtkategorie „Ausbildung von Grenzschutzbeamten“ geprüft.

Im Anschluss an eine Reihe von Vorbereitungstreffen und einen Round-Table-Workshop wurde der Bericht „Frauenhandel in Kirgisistan“ ausgearbeitet, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Bischkek Mitte Dezember 2000 vorgestellt und in der Folge im gesamten Land verteilt. In diesem Bericht werden konkrete Maßnahmen empfohlen. Es ist geplant, die Zusammenarbeit mit der IOM im Hinblick auf die Umsetzung dieser empfohlenen Maßnahmen fortzusetzen. Die OSZE und die IOM haben drei Projekte entwickelt, die 2001 und 2002 beginnen sollen. Eines dieser Projekte soll Beamten, NGOs und Journalisten anhand einer Studienreise in die Ukraine oder in die Niederlande weitere Kenntnisse über geltende einschlägige Gesetze sowie Systeme und Mechanismen für vorbeugende Maßnahmen vermitteln. Die zweite Initiative betrifft gemeinsame Untersuchungen über Migrationsmuster und Hinweise auf Menschenhandel in den südlichen Teilen des Landes, die dritte soll die Bevölkerung durch so genannte „amtliche Verlautbarungen“ im staatlichen Fernsehen für das Problem Menschenhandel sensibilisieren.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

Das Zentrum steht in Kontakt mit mehreren internationalen NGOs, und in einigen Fällen führte die enge Zusammenarbeit zu sehr erfolgreichen gemeinsamen Aktivitäten.

Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Stiftung und die OSZE-Außenstelle in Osch veranstalteten am 27. Februar 2001 gemeinsam einen Runden Tisch über religiösen Radikalismus in Südkirgisistan. Der Teilnehmerkreis bestand aus Vertretern des Staatsapparats, religiöser Organisationen und NGOs sowie aus Journalisten. Einige internationale Organisationen wie das Internationale Institut für Strategische Studien nahmen ebenfalls teil. Weitere Kooperationsbereiche sind im Gespräch, insbesondere die gemeinsame Veranstaltung einer Regionalkonferenz über Religion und Religionsfreiheit in Zentralasien.

Konrad-Adenauer-Stiftung

Diese Stiftung war an der Durchführung der vom BDIMR veranstalteten Serie von Schulungsveranstaltungen zum Thema Frauen in Führungspositionen beteiligt und war auch federführend bei der Veranstaltung des Seminars „Zentralasien: vereint oder getrennt?“. Die Konferenz sollte eine eingehende Analyse der Herausforderungen für die Sicherheit und Zusammenarbeit in der zentralasiatischen Region vornehmen. Die Finanzierung beziehungsweise Organisation der Konferenz teilten sich die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Schweizer Stiftung für bürgerliche Entwicklung, Medienunterstützung, Forschung und Analyse (CIMERA), UNESCO, UNDP und das Zentrum.

Internews

Das Zentrum veranstaltete gemeinsam mit der internationalen NGO *Internews* ein subregionales Seminar zum Thema Medienrecht und Berufsethos der Journalisten, das am 1. und 2. März 2001 in Bischkek stattfand. Neben 60 Journalisten aus Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan nahmen auch 30 Vertreter von Universitäten, des Parlaments, des Staatsapparats, der Justiz, des Präsidentenbüros und von Journalistenverbänden daran teil. Es wurde der Entwurf zu einem Verhaltenskodex erörtert, der derzeit unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Erörterungen überarbeitet wird. Ein gemeinsames Schulungsseminar für Richter und Journalisten zu Fragen des Medienrechts wurde

vom 26. bis 28. September 2001 in Issyk Kul abgehalten.

DIE OSZE-MISSION IN TADSCHIKISTAN

Allgemeine Beurteilung

Die OSZE-Mission in Tadschikistan besteht aus der Zentrale in Duschanbe und fünf Außenstellen. Diese befinden sich in den Städten Kurghon-Teppa, Dusti, Schahritus, Garm und Chudschand. Seit ihrer Gründung bemüht sich die OSZE-Mission um verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen in Tadschikistan. Der Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit mit der Mission der Vereinten Nationen und UN-Sonderorganisationen sowie mit bilateralen Entwicklungsagenturen wie der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit.

Künftige Zusammenarbeit

Um die Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen weiter zu verstärken, erkundete die Mission mit UNICEF, IFES und dem *Open Society Institute* (OSI) Möglichkeiten für künftige gemeinsame Aktivitäten. UNICEF hat verschiedene Projekte im Bereich der Jugendgerichtsbarkeit vorgeschlagen und in Umrissen skizziert. IFES hat sich für weitere Zusammenarbeit im Bereich der staatsbürgerlichen Erziehung ausgesprochen, etwa in Form der Bereitstellung von Ausbildnern für IFES oder der Mitarbeit an der Ausarbeitung des Staatsbürgerkundeprogramms für höhere Schulen in Tadschikistan. OSI ist an die Mission mit dem Vorschlag herangetreten, die Regionalkonferenz zum Thema Abschaffung der Todesstrafe gemeinsam zu veranstalten.

Vereinte Nationen (UN)

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

UNICEF und die Mission veranstalteten gemeinsam eine Nationale Konferenz über den Schutz von Kindern, die vom 10. bis 12. Juli 2001 in Duschanbe stattfand. Gegenstand der Konferenz war die inhaltliche Überprüfung eines Entwurfs zum Nationalen Aktionsplan für Kinder und die Abgabe von Empfehlungen. Dieses Forum, das erste seiner Art in Zentralasien, wurde von über 150 Teilnehmern aus staatlichen Stellen Tadschikistans, örtlichen Be-

hörden, NGOs, Jugend- und Kinderorganisationen und internationalen Institutionen besucht. Außerdem war es die erste echte Aktion im Land, die Kinder als Zielgruppe hatte. Als Ergebnis der Konferenz verabschiedeten die Teilnehmer Grundelemente eines Entwurfs zum Nationalen Aktionsplan für Kinder.

Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM)

Im Januar 2001 veranstaltete UNIFEM Seminare zu Gender-Fragen für 20 Frauenunterstützungsgruppen im Rahmen eines Projekts, das von der Mission seit Juni 2000 durchgeführt und von der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) finanziert wird. Außerdem hielten die Mission, UNIFEM und die IOM am 21. Juni 2001 in Duschanbe gemeinsam einen Runden Tisch zur Bekämpfung des von Tadschikistan ausgehenden Frauen- und Kinderhandels ab. Es ist vorgesehen, dass UNIFEM die Mission weiterhin bei ihren Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Länderbericht im Rahmen des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) unterstützt und berät.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Die Mission und das UNDP haben eine Reihe gemeinsamer Aktivitäten in den Bereichen staatsbürgerliche Erziehung, Gender-Fragen und Schutz der Menschenrechte unternommen.

Die Mission führte mit finanzieller Unterstützung des UNDP ein groß angelegtes staatsbürgerliches Erziehungsprogramm durch. Gegenstand dieses Programms waren Schulungen für Vertreter politischer Parteien und örtliche Behörden in Rechtsfragen, Informationskampagnen in den Medien über politische und bürgerliche Rechte, Seminare zu Gender-Fragen und Sommerlager für Jugendliche. Die Gender-Komponente wurde im Dezember 2000 abgeschlossen, die Komponente für politische Parteien und die örtliche Verwaltung lief bis Juli 2001.

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)

Die Zusammenarbeit zwischen der Mission und UNHCR beruht auf dem Austausch von Informationen und auf gemeinsamen Bemühungen um Verbesserungen in den Gesetzen und Verordnungen, die für die Flüchtlinge in Tadschikistan von Belang sind. Die Mission

überwacht in enger Zusammenarbeit mit UNHCR die Lage afghanischer Flüchtlinge in Tadschikistan, und die beiden Büros äußerten gemeinsam ihre Besorgnis, was die Umsetzung derartiger Maßnahmen der Regierung anbelangt. Die tadschikische Regierung verfasste einen neuen Entwurf zum Gesetz über Flüchtlinge, zu dem UNHCR Stellung nahm. Auch die Mission und das BDIMR können mit ihrem Rechtswissen einen Beitrag dazu leisten.

Die Zuständigkeitsbereiche der Mission und von UNHCR sind unterschiedlich, ergänzen einander jedoch, wie man im Fall der Deportierten an der usbekisch-tadschikischen Grenze sehen konnte. Im Allgemeinen leistet UNHCR humanitäre Hilfe und arbeitet mit der Regierung zusammen, um in verschiedenen Situationen Abhilfe zu schaffen, und die OSZE unterstützt UNHCR in seiner Rolle.

Büro der Vereinten Nationen für Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung (ODCCP)

Über den Austausch von Informationen und durch Gespräche sind die Mission und das ODCCP bemüht, einen gemeinsamen Ansatz zur Bewältigung des Problems des Drogenschmuggels, der organisierten Kriminalität und des Terrorismus zu erarbeiten.

Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS)

Da die Mission und UNOPS über unterschiedliche Mandate und Strukturen verfügen, beschränkt sich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Einrichtungen darauf, dass die OSZE für Teilnehmer an UNOPS-Programmen Seminare über politische, bürgerliche und wirtschaftliche Rechte veranstaltet.

Büro der Vereinten Nationen zur Friedensbildung in Tadschikistan (UNTOP)

Die Mission widmet sich weiterhin der Verstärkung ihrer engen Zusammenarbeit mit UNTOP in allen Bereichen ihres Mandats. Neben häufigen informellen Treffen zwischen den Leitern der beiden Büros arbeiten die Mission und UNTOP auch bei der Veranstaltung von Diskussionsklubs für politische Parteien und Bewegungen in der Provinz Chatlon zusammen. Die in Schahritus und Kolchosabad veranstalteten Diskussionsklubs galten als großer Erfolg. Die bei diesen Diskussionen gewonnenen Erkenntnisse sollen in politischen Diskussionsrunden, die von der OSZE in Dusti veranstaltet

werden, einer weiteren Überprüfung unterzogen werden. Des Weiteren unterstützen die Gender-Gruppe der Mission und UNTOP gemeinsam die Regierung und die Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung des Landesberichts im Rahmen des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW).

Welternährungsprogramm (WFP)

Die OSZE-Mission in Tadschikistan hat eine Reihe von Projekten unter dem Titel „Frauenunterstützungsgruppe“ durchgeführt, die von DEZA-Tadschikistan finanziert wurden. Im Rahmen dieses Projekts veranstaltete die Mission Seminare und Schulungen für Frauen in Tadschikistan, die den Zweck hatten, diesen ihre Rechte bewusst zu machen und auf Möglichkeiten aufmerksam zu machen, wie sie für den Unterhalt ihrer Familien sorgen können; Themen waren unter anderem die Befähigung zu eigenverantwortlichem wirtschaftlichem Handeln, ein Leben ohne Gewalt, der Zugang zu Landbesitz und zum Bildungswesen. Im Verlauf dieses Prozesses ermöglichte die Mission die Teilnahme von WFP an ihrem landesweiten Frauennetzwerk. WFP sagte Unterstützung für ein von der Mission betriebenes Programm „Essen für Bildung“ zu. Die Teilnehmer an den Schulungsveranstaltungen der OSZE bekommen als Vergütung für die Teilnahme an den Schulungen eine vereinbarte Menge von Weizenmehl.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die Mission und die IOM finanzierten gemeinsam ein Forschungsprojekt zum Thema Frauen- und Kinderhandel in Tadschikistan, das von Oktober 2000 bis Juni 2001 von der örtlichen NGO *Modar* durchgeführt wurde. Darüber hinaus brachte der BDIMR-Berater für Fragen des Menschenhandels sein Wissen in den von der IOM koordinierten und fertig gestellten Bericht ein. Auf der Grundlage dieses Berichts organisierten die Mission, die IOM und UNIFEM am 21. Juni 2001 gemeinsam einen Runden Tisch zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels. Vertreter der tadschikischen Behörden, der Justiz und nichtstaatlicher Organisationen und die Medien nahmen an diesem Treffen teil. In der Folge wurde ein gemeinsames Projekt vorgeschlagen, das die Bekämpfung des von Tadschikistan ausgehenden Frauenhandels zum Gegenstand hat. Dieser Vorschlag wurde dem BDIMR-Berater für Fragen des Menschen-

handels und einigen in Tadschikistan tätigen Geldgebern vorgelegt.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

Agency for Technical Co-operation and Development (ACTED)

Die Mission unterhält im Rahmen eines Projekts ein landesweites Netzwerk von Frauenunterstützungsgruppen, an dem sich auch andere internationale Akteure beteiligen können. ACTED nahm drei dieser Frauenunterstützungsgruppen aus der Provinz Sughd in ihr sechs Monate laufendes Mikrokreditprogramm auf. Die Agentur sorgte auch für die Schulung der Außendienstmitarbeiter in Fragen der Überwachung der Kreditpläne und leistete Hilfe bei der Entwicklung von Modulen für Schulungsseminare etwa zum Thema Zugang zu Landbesitz.

American Bar Association/Central and East European Law Initiative (ABA/CEELI)

Die Mission veranstaltete zwischen Oktober 2000 und Juli 2001 in Zusammenarbeit mit ABA/CEELI 13 Rechtsseminare für Unternehmerinnen. Diese Seminare fanden in drei verschiedenen Provinzen (Chatlon, Sughd und im Rascht-Tal) sowie in Duschanbe statt. Außerdem sind ABA/CEELI und die Mission dabei, an der tadschikisch-russischen Slawischen Universität in Duschanbe eine Rechtsberatungsstelle einzurichten, ein Projekt, das vom BDIMR finanziert wird.

Amnesty International

Während des Besuchs eines Vertreters von *Amnesty International* in Duschanbe vom 20. bis 25. Juni 2001 fanden Gespräche statt, die sich auf Bereiche einer möglichen künftigen Zusammenarbeit und konkret auf die Frage der Todesstrafe bezogen. Die Mission überlegt, zu dieser Frage eine Diskussionsrunde zu veranstalten und das Thema in das Staatsbürgerkundeprogramm aufzunehmen.

Counterpart Consortium

Die Mission arbeitet bei der Auswahl der Auszubildner für ihre vielfältigen Seminare eng mit dem *Counterpart Consortium* zusammen. Dieses führte am 26. und 27. Juli 2001 für die Außendienstmitarbeiter der Frauenunterstützungsgruppen ein Schulungsprogramm für Auszubildner zum Thema NGOs und die Gesellschaft durch. Außerdem veranstalteten die Mission und das

Counterpart Consortium im August 2001 ein Schulungsseminar für Auszubildner, in dem über das Jahresprogramm für Staatsbürgerkunde informiert wurde.

Internationale Stiftung für Wahlsysteme (IFES)

Die Mission und IFES setzten gemeinsame Aktivitäten in Fragen der Wahlbeobachtung und der Vertretung politischer Parteien. So arbeiteten IFES und die Mission etwa bei der Beobachtung der Nachwahlen im Dezember 2000 und im Mai 2001 zusammen. Außerdem veranstalteten sie am 15. März 2001 in Chudschand einen Runden Tisch für politische Parteien.

Die Mission und IFES veranstalteten vom 18. bis 20. Juli 2001 für Vertreter politischer Parteien aus Duschanbe und den Regionen eine Konferenz zum Thema Führungsqualitäten in der Parteiarbeit und Verbesserung der Langzeitplanung von Parteien. Diese Veranstaltung war insofern von besonderer Bedeutung, als sie eine praxisbezogene Diskussion über die Vorbereitungen für die landesweiten Parlamentswahlen im Jahr 2005 in Gang setzte.

Internews

Am 23. August 2001 begann die Mission in Zusammenarbeit mit *Internews* mit einer Reihe von monatlichen Gesprächen am Runden Tisch zum tadschikischen Medienrecht. Die 15 Teilnehmer vertreten Medienunternehmen, Journalisten, politische Parteien und die Regierung. Die Gespräche werden sich über sechs Monate erstrecken, und in dieser Zeit soll ein Entwurf zum Mediengesetz ausgearbeitet werden, der Anfang 2002 dem Präsidentenbüro und dem Parlament vorgelegt werden soll.

Open Society Institute (OSI)

Das *Open Society Institute* und die Mission arbeiten in erster Linie in den Bereichen Gender-Fragen, Umwelt und Medien zusammen. Die beiden Organisationen veranstalteten am 8. und 9. Juni 2001 in Chudschand eine zweitägige Regionalkonferenz zum Thema rechtliche und soziale Probleme der Frauen in Zentralasien.

Am 23. August 2001 fand in Zusammenarbeit mit dem OSI und tadschikischen Rechtsanwältinnen eine Gesprächsrunde statt. Die Teilnehmer - 40 Vertreter des Präsidentenbüros, der Gerichte, der Staatsanwaltschaft und der Medien - erarbeiteten eine Empfehlung über die eingeschränkte Verhängung der Todesstrafe in Tadschikistan.

Sonstige

Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Die Mission und die DEZA arbeiten bei Gender- und Medienaktivitäten zusammen. Die DEZA beteiligte sich an der Finanzierung des Frauenunterstützungsgruppen-Projekts, das von der OSZE seit Juni 2000 betrieben wird und bis Juni 2002 läuft. Außerdem arbeiten die Mission und die DEZA nach wie vor beim Projekt zur Sanierung der Zeitung *Navdi Dusti* in Kumsangir und der Zeitung *Bischkenty* im Bezirk Bischkent zusammen.

Im Juli 2000 veranstalteten die Mission und die DEZA für Vertreter der Medien und der Regionalverwaltung in Chudschand gemeinsam einen Runden Tisch zum Thema Zugang zu Information, der als Pilotprojekt für weitere gemeinsame Aktivitäten in den anderen Provinzen dienen kann.

USAID

USAID leistet finanzielle Unterstützung für diverse Medienprojekte der Mission, von der Sanierung von Druckereiausrüstung bis zur Gründung und Unterstützung der unabhängigen Wochenzeitung *Sughd*.

DAS OSZE-ZENTRUM IN TASCHKENT

Am 14. Dezember 2000 wurde das Verbindungsbüro der OSZE in Zentralasien vom Ständigen Rat der OSZE in OSZE-Zentrum in Taschkent umbenannt. Dieser Beschluss trug der Verlagerung der Tätigkeitsschwerpunkte des Büros Rechnung. Der ursprüngliche Schwerpunkt des 1995 in Taschkent (Usbekistan) eingerichteten Verbindungsbüros der OSZE lag darin, die fünf zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan enger an die OSZE anzubinden. 1998 wurden vom Ständigen Rat der OSZE auch Zentren in Almaty, Aschgabad und Bischkek eingerichtet. Bereits seit 1993 gibt es eine Mission in Tadschikistan. Infolge dieser erweiterten OSZE-Präsenz in der Region verlagerte das Verbindungsbüro seinen Tätigkeitsschwerpunkt auf Usbekistan, und der Ständige Rat formalisierte diesen Vorgang in seinem Beschluss.

Allgemeine Beurteilung

Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, Institutionen und NGOs leistet einen wertvollen Beitrag zur effizienteren Gestaltung der Arbeit des Zentrums. Gemeinsame Bemühungen garantieren dafür, dass es in den Aktivitäten zu keinen Doppelgleisigkeiten kommt, und werden als Ergänzung zu den Kapazitäten und Ressourcen aller betroffenen Partner angesehen.

Das Zentrum veranstaltet die Sitzungen der Koordinationsgruppe für Menschenrechte, bei denen Mitarbeiter von Botschaften der OSZE-Teilnehmerstaaten und Vertreter internationaler Organisationen zusammenkommen, die sich mit Menschenrechtsfragen befassen, etwa UNDP, IKRK, EK/TACIS, UNHCR und *Human Rights Watch*; diese Sitzungen finden alle drei Wochen statt. Sie bieten dem Leiter des OSZE-Zentrums und seinen Mitarbeitern Gelegenheit, andere Organisationen über hochrangige OSZE-Besuche, einschlägige Aktivitäten der OSZE-Institutionen, vom Zentrum organisierte Veranstaltungen und Probleme im Bereich der Menschenrechte sowie gegebenenfalls über Erörterungen des Ständigen Rates zu informieren. Diese Sitzungen bieten ein nützliches Forum für die Abstimmung zwischen den internationalen Organisationen in Bezug auf die weitere Vorgehensweise bei Menschenrechtsproblemen im Land.

Am 23. Oktober 2001 fand in Taschkent (Usbekistan) erstmals ein Gemeinsames Regionaltreffen statt. Es schloss an das Treffen vom 4. Juli 2001 in Wien an. Die OSZE, UNHCR und die IOM waren bei diesem Treffen vertreten. Schwerpunkt waren die Entwicklungen in Afghanistan und die Gefahr eines verstärkten Flüchtlingszustroms. Außerdem wurden Kooperationsmodalitäten und Angelegenheiten von allseitigem Interesse erörtert, etwa Fragen des Menschenhandels und grenzüberschreitende Belange.

Künftige Zusammenarbeit

Obwohl das Zentrum beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern zu verstärken, kam es aufgrund des entmutigenden politischen und wirtschaftlichen Klimas im Land nur am Rande zu einem Engagement internationaler Organisationen, besonders im wirtschaftlichen Bereich. Daher hält sich die Zahl potenzieller Kooperationspartner in Grenzen.

Vereinte Nationen (UN)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Das Zentrum beteiligt sich an den von UNDP vierteljährlich in Taschkent veranstalteten Kooperationsgruppensitzungen der Entwicklungspartner. Diese Sitzungen bieten Botschaften und in Taschkent tätigen internationalen Organisationen ein Forum zur Erörterung ihrer Arbeit in den Bereichen Menschenrechte, Wirtschaft und Umwelt.

Seit Mai 2001 nahm das Zentrum neben Botschaften und in Taschkent tätigen internationalen Organisationen an mehreren von UNDP ausgerichteten Treffen teil, die die Dürre im Westen Usbekistans zum Gegenstand hatten. In der Folge erging ein allgemeiner Aufruf zu humanitärer Hilfe, und die Teilnehmer dieser Treffen planen, die Dürresituation weiter zu beobachten.

Büro der Vereinten Nationen für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung (ODCCP)

Das Zentrum veranstaltete im September 2001 gemeinsam mit dem ODCCP ein Seminar zur Frage, wie die Öffentlichkeit durch die Medien über die schädlichen Auswirkungen des Drogenmissbrauchs aufgeklärt werden kann. Medienvertreter wurden über Probleme des Drogenmissbrauchs, Maßnahmen in Bezug auf die Drogenprobleme in Usbekistan und bewährte Praktiken anderer Staaten bei der Verhütung des Drogenmissbrauchs und beim Umgang mit diesem und bei der Reintegration ehemaliger Drogenabhängiger informiert.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Das IKRK hat mit der usbekischen Regierung eine Vereinbarung getroffen, die ihm den Zugang zu Inhaftierten sowie zu Untersuchungsgefängnissen und Haftanstalten eröffnet. Das Zentrum und das IKRK tauschen in erster Linie Informationen über diesbezügliche Fragen aus.

OSZE-Institutionen

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Das Zentrum setzte in Partnerschaft mit anderen internationalen Organisationen und NGOs in Usbekistan mehrere BDIMR-Projekte um. Es arbeitet häufig mit dem UNDP, dem

Open Society Institute/Soros Foundation, der *American Bar Association/Central and East European Law Initiative (ABA/CEELI)* und der *Polish Helsinki Foundation* zusammen.

Beispielsweise organisierte das Zentrum zusammen mit ABA/CEELI und der usbekischen Richtervereinigung am 1. und 2. August 2001 eine Konferenz zum Thema Überwachung des Justizsystems. Im Verlauf der Konferenz erörterten Rechtsexperten internationale Rechtsnormen in Bezug auf die Dauer der Anhaltung und der Haft, das Recht, rasch einem Richter vorgeführt zu werden, und das Recht, gegen ein Urteil zu berufen.

Außerdem arbeiten das Zentrum und das BDIMR eng mit der *Polish Helsinki Foundation* zusammen, die eine Schulungsmethodik für die Überwachung und Meldung in Menschenrechtsfragen entwickelt hat. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR organisiert das Zentrum Qualifizierungskurse für örtliche Menschenrechtsaktivisten, die im nichtstaatlichen und im staatlichen Sektor tätig sind. Die *Polish Helsinki Foundation* stellt Kursleiter für diese Schulungen zur Verfügung.

Internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen (NGOs)

American Bar Association/Central and East European Law Initiative (ABA/CEELI) und Winrock International

Das Zentrum plant ein Projekt mit dem *Open Society Institute/Soros Foundation*, der ABA/CEELI und *Winrock International*. Ziel dieses Projekts ist die Schaffung einer Rechtsberatungsstelle, bei der Frauen kostenlos Rat und Hilfe erhalten.

In Zusammenarbeit mit ABA/CEELI gab es Gespräche in Bezug auf die Schaffung eines Netzwerks usbekischer Umwelt-NGOs. Ferner werden im Herbst 2001 Workshops über den Beitritt Usbekistans zur Aarhus-Konvention und deren Umsetzung stattfinden, deren Kosten die Organisationen zu gleichen Teilen tragen werden.

Open Society Institute/Soros Foundation

Seit 1999 veranstalten das Zentrum und das *Open Society Institute/Soros Foundation* gemeinsam vierteljährliche Treffen von NGOs, die sich Frauenangelegenheiten widmen. Die Teilnehmer kommen von NGOs aus allen Regionen Usbekistans. Jedes Treffen ist einem bestimmten

Thema im Zusammenhang mit der Stellung der Frau in der Gesellschaft gewidmet. Außerdem bieten diese Treffen Gelegenheit, konkrete Aktionen und Strategien zu erörtern, durch die eine breitere Frauenbewegung entstehen soll.

Das Zentrum hat begonnen, mit finanzieller Unterstützung des *Open Society Institute/Soros Foundation* eine Serie von Talkshows zu veranstalten, die im zweiten staatlichen Kanal gesendet werden. Die Diskussion bezieht sich darauf, wie sich Kultur und Tradition auf die Menschenrechte und die Gleichberechtigung der Frauen auswirken. Teilnehmer der Ausbildungsveranstaltungen des Zentrums zum Thema Überwachung und Meldung in Bezug auf die Menschenrechte von Frauen wurden als Gäste und Referenten eingeladen.

ANHANG I

BESCHLUSSDOKUMENT - DIE PLATTFORM FÜR KOOPERATIVE SICHERHEIT

I. Die Plattform

1. Das Ziel einer Plattform für kooperative Sicherheit ist es, die auf gegenseitiger Verstärkung beruhende Beziehung zwischen jenen Organisationen und Institutionen zu stärken, die mit der Förderung der umfassenden Sicherheit innerhalb des OSZE-Gebiets befasst sind.
2. Die OSZE wird mit denjenigen Organisationen und Institutionen kooperativ arbeiten, deren Mitglieder einzeln und gemeinsam, auf eine Weise, die mit den für jede Organisation beziehungsweise Institution geeigneten Modalitäten vereinbar ist, heute und in Zukunft
 - die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen einhalten, wie sie in der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris, dem Helsinki-Dokument 1992, dem Budapester Dokument 1994, dem OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und der Erklärung von Lissabon über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert niedergelegt sind;
 - sich in ihren Handlungen im Geiste des Wiener Dokuments 1999 der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu den Prinzipien der Transparenz und der Vorhersehbarkeit bekennen;
 - von ihnen eingegangene Rüstungskontrollverpflichtungen, einschließlich Abrüstung und VSBM, vollständig umsetzen;
 - davon ausgehen, dass diese Organisationen und Institutionen, denen sie angehören, in ihrer Entwicklung der Transparenz verpflichtet bleiben;
 - gewährleisten, dass ihre Mitgliedschaft bei diesen Organisationen und Institutionen auf Offenheit und Freiwilligkeit beruht;
 - das Konzept der OSZE für eine gemeinsame, umfassende und unteilbare Sicherheit und einen gemeinsamen Sicherheitsraum ohne Trennlinien aktiv unterstützen;
 - in vollem Umfang und in geeigneter Weise an der Entwicklung der Beziehungen zwischen einander verstärkenden Institutionen im OSZE-Gebiet mitwirken, die sich mit Sicherheitsfragen befassen;
 - grundsätzlich bereit sind, institutionelle Ressourcen internationaler Organisationen und Institutionen, denen sie angehören, bei Vorliegen der entsprechenden Grundlagenbeschlüsse, gegebenenfalls für die OSZE-Arbeit einzusetzen. Diesbezüglich stellen die Teilnehmerstaaten fest, dass die Zusammenarbeit in den Bereichen der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung von besonderer Bedeutung ist.
3. Diese Prinzipien und Verpflichtungen bilden gemeinsam die Plattform für kooperative Sicherheit.

II. Modalitäten der Zusammenarbeit

1. Im Rahmen der einschlägigen Organisationen und Institutionen, denen sie angehören, werden sich die Teilnehmerstaaten dafür einsetzen, dass die Organisationen und Institutionen an der Plattform für kooperative Sicherheit mitwirken. Diese Mitwirkung auf der Grundlage von Beschlüssen, die jeder Mitgliedsstaat innerhalb der einschlägigen Organisationen und Institutionen mitträgt, erfolgt im

Einklang mit den für die einzelne Organisation beziehungsweise Institution geltenden Modalitäten. Die Kontakte und die Zusammenarbeit der OSZE mit anderen Organisationen und Institutionen werden für die Teilnehmerstaaten transparent sein und in einer Weise durchgeführt, die mit den der OSZE und diesen Organisationen und Institutionen angemessenen Modalitäten vereinbar ist.

2. Auf dem Ministerratstreffen 1997 in Kopenhagen wurde ein Beschluss über das Gemeinsame Konzept für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen einander verstärkenden Institutionen gefasst. Wir stellen fest, dass seither ein umfassendes Netz von Kontakten geknüpft wurde, insbesondere die zunehmende Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen, die sowohl im politisch-militärischen Bereich als auch in der menschlichen und der wirtschaftlichen Dimension der Sicherheit aktiv sind, sowie die Festigung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den verschiedenen Gremien und Organisationen der Vereinten Nationen, wobei wir auf die Rolle der OSZE als regionale Abmachung im Sinne der Charta der Vereinten Nationen verweisen. Wir sind entschlossen, dies weiter zu entwickeln.

3. Die wachsende Bedeutung subregionaler Gruppierungen in der Arbeit der OSZE ist ein weiterer wichtiger Bereich und wir unterstützen die zunehmende Zusammenarbeit mit diesen Gruppen auf der Grundlage dieser Plattform.

4. Die Entwicklung der Zusammenarbeit kann durch den umfassenden Einsatz folgender Instrumente und Mechanismen weiter gestärkt werden:

- regelmäßige Kontakte, darunter auch Treffen; innerhalb eines ständigen Rahmens für Dialog, erhöhte Transparenz und praktische Zusammenarbeit, darunter die Benennung von Verbindungs-offizieren oder Kontaktstellen; gegenseitige Vertretung bei entsprechenden Treffen; und sonstige Kontakte, die geeignet sind, die Instrumente jeder Organisation zur Konfliktverhütung besser kennen zu lernen.

5. Darüber hinaus kann die OSZE an Sondertreffen mit anderen im OSZE-Gebiet tätigen Organisationen, Institutionen und Strukturen mitwirken. Diese Treffen können auf politischer beziehungsweise leitender Ebene (zur grundsatzpolitischen Koordinierung oder zur Festlegung von Bereichen der Zusammenarbeit) oder auf Arbeitsebene (zur Erörterung der Modalitäten der Zusammenarbeit) stattfinden.

6. Die Entwicklung von Feldoperationen der OSZE in den vergangenen Jahren brachte eine wesentliche Veränderung der Organisation mit sich. Im Hinblick auf die Verabschiedung der Plattform für kooperative Sicherheit sollte die bestehende Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen einschlägigen internationalen Gremien, Organisationen und Institutionen in Feldoperationen im Einklang mit ihren jeweiligen Mandaten entwickelt und als Ausgangsbasis herangezogen werden. Diese Form der Zusammenarbeit könnte unter anderem auf folgende Art und Weise erfolgen: regelmäßiger Informationsaustausch und regelmäßige Treffen, gemeinsame Bedarfserhebungsmissionen, Dienstzuteilung von Experten anderer Organisationen zur OSZE, Bestellung von Verbindungspersonen, Entwicklung gemeinsamer Projekte und Feldoperationen und gemeinsame Schulungsbemühungen.

7. Zusammenarbeit bei der Reaktion auf konkrete Krisen:

- Die OSZE über ihren Amtierenden Vorsitzenden und mit Unterstützung des Generalsekretärs sowie die einschlägigen Organisationen und Institutionen werden ermutigt, einander über die von ihnen in Hinblick auf die Bewältigung einer speziellen Situation unternommenen oder geplanten Aktionen zu unterrichten;
- zu diesem Zweck ermutigen die Teilnehmerstaaten den Amtierenden Vorsitzenden, mit Unterstützung des Generalsekretärs, sich mit anderen Organisationen und Institutionen im Wege der Zusammenarbeit um eine koordinierte Vorgehensweise zu bemühen, durch die Doppelgleisigkeit vermieden und der rationelle Einsatz der verfügbaren Ressourcen gewährleistet wird. Die OSZE

kann nach Bedarf ihre Dienste als flexibler Rahmen für die Zusammenarbeit der verschiedenen, einander verstärkenden Bemühungen anbieten. Der Amtierende Vorsitzende wird mit den Teilnehmerstaaten über den Prozess Rücksprache halten und entsprechend den Ergebnissen dieser Konsultationen tätig werden.

8. Der Generalsekretär erstellt für den Ständigen Rat einen jährlichen Bericht über das Zusammenwirken zwischen Organisationen und Institutionen im OSZE-Gebiet.

ANHANG II

ABKÜRZUNGEN

ABA	American Bar Association
AMG	Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus
ARFG	Gruppe für die Erleichterung der Rückkehr in bestimmte Gebiete
BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
BiH	Bosnien und Herzegowina
BOAC	Koordination der auf dem Balkan aktiven Organisationen
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
BSEC	Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation
CBSS	Rat der Ostseestaaten
CEDAW	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
CEELI	Central and East European Law Initiative
CEI	Zentraleuropäische Initiative
EAPC	Euroatlantischer Partnerschaftsrat
EAR	Europäische Agentur für Wiederaufbau
EBWE	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
EEO	Büro für Wirtschaft und Umwelt der OSZE-Präsenz in Albanien
EK	Europäische Kommission
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EUMM	Beobachtermission der Europäischen Union
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FoA	Freunde Albaniens
FSCC	Außenstellenkoordinierungsstab der OSZE-Präsenz in Albanien
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HKNM	Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten
HLSG	Hochrangige Lenkungsgruppe
HROAG	Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in Abchasien (Georgien)
ICITAP	Internationales Schulungsprogramm für kriminalpolizeiliche Ermittlungen
ICMC	Internationale katholische Kommission für Wanderungsfragen
ICMP	Internationaler Ausschuss für Vermisste
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof der Vereinten Nationen für das ehemalige Jugoslawien
IFES	Internationale Stiftung für Wahlsysteme
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IOM	Internationale Organisation für Migration
IPTF	Internationale Polizeieinsatztruppe
ISAR	Initiative for Social Action and Renewal in Eurasia
IWF	Internationaler Währungsfonds
JIAS	Gemeinsame Übergangsverwaltungsstruktur
JOC	Gemeinsame Einsatzzentrale der Mission in BiH
KFOR	Kosovo-Friedenstruppe
KGRE	Kongress der Gemeinden und Regionen Europas
KJI	Kosovo-Institut für juristische Fortbildung
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LICHR	Legal Information Centre for Human Rights
NATO	Nordatlantikvertrags-Organisation
NCM	Nordischer Ministerrat
NGO	Nichtstaatliche Organisation
OAS	Organisation der amerikanischen Staaten

OCEEA	Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE
OCHA	Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung der humanitären Hilfsmaßnahmen
ODCCP	Büro der Vereinten Nationen für Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OHR	Büro des Hohen Repräsentanten (BiH)
OMIK	OSZE-Mission im Kosovo
OSI/SF	Open Society Institute/Soros Foundation
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PACE	Parlamentarische Versammlung des Europarats
PC	Ständiger Rat der OSZE
PLIP	Implementierungsplan für Vermögensrecht
PV	Parlamentarische Versammlung der OSZE
REACT	Schnelle Einsatzgruppen für Expertenhilfe und Kooperation
RFG	Gruppe für die Erleichterung der Rückkehr
RRTF	Arbeitsgruppe Wiederaufbau und Rückkehr
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SECI	Südosteuropäische Kooperationsinitiative
SFOR	Stabilisierungstruppe
TACIS	Technische Hilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
UN	Vereinte Nationen
UN/ECE	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNEAD	Abteilung für Wahlhilfe der Vereinten Nationen
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNFPA	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UNHCHR	Hochkommissär der Vereinten Nationen für Menschenrechte
UNHCR	Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIFEM	Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau
UNMAAP	Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für Minenräumung
UNMBiH	Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina
UNMIK	Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
UNOMIG	Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien
UNSECOORD	Sicherheitskoordinator der Vereinten Nationen
UNTAES	Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien
USAID	US-Agentur für internationale Entwicklung
VSBM	Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
WB	Weltbank
WEU	Westeuropäische Union
WFP	Welternährungsprogramm
WHO	Weltgesundheitsorganisation